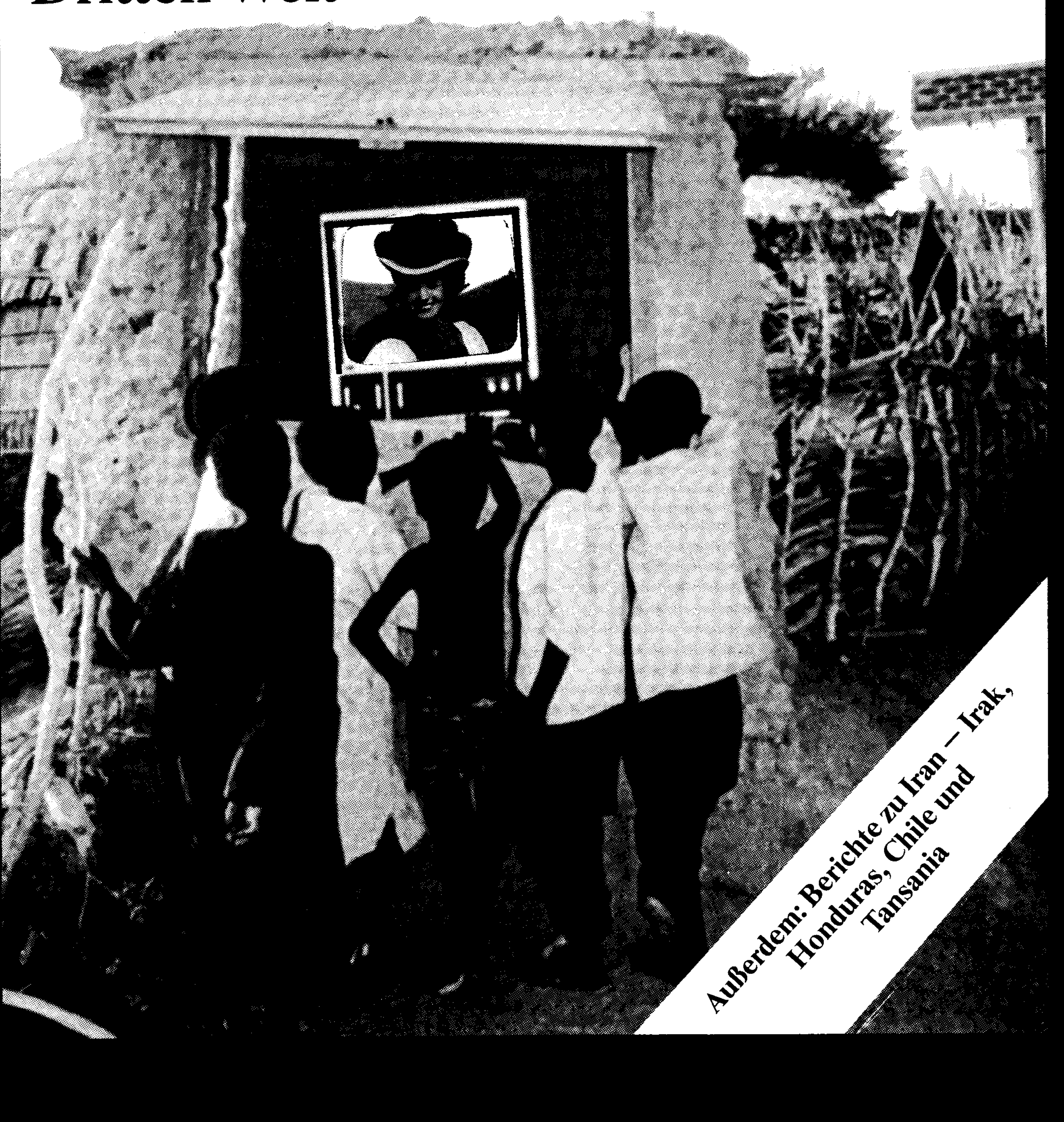
M 3477 F

Medien in der Dritten Welt



impressum

blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Alf Baier, Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Gerhard Braun, Georg Cremer, Ferdos Forudastan, Wolf-Matthias Gall, Uwe Göde, Christine Grieshaber, Daniela Heuberger, Hans-Martin Holub, Peter Hübner, Christa Kernbichl, Werner Kobe, Claudia Koenig, Michael Krischer, Rainer Luick, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Theo Niewerth, Mariele Pelster, Bernd Riegraf, Matthias Rommel, Dietmar Saier, Peter Schmidt, Alexander Spermann, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11,
Telefon: (0641)77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 129:
1. Oktober 1985

Anzeigenschluß für Nr. 129:
7. Oktober 1985

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

NACHRICHTEN UND BERICHTE ZU:

Iran — Irak
Geschäfte mit dem Golfkrieg 3

Honduras
Salvadorianische Flüchtlinge von der Armee bedroht 5

Chile
Die Junta unter Druck 8

Tanzania
Bilanz der Präsidentschaft Nyereres 10

THEMENBLOCK

Medien in der Dritten Welt 13

Bluff ohne Grenzen oder Schlüssel zum Fortschritt
Medien und Entwicklung 14

Bundesdeutsche Medienhilfe 20

Nur für Eingeweihte
TransTel und e-te-es exportieren deutsche TV-Verschnitte und Nachrichten in die Dritte Welt 25

Verlegen für Afrika
Der Buchmarkt im frankophonen Schwarzafrika 29

Im Windschatten des Krieges
Die Entstehung eines neuen Publikationswesens im afghanischen Widerstand 33

Medien in Südafrika
Es gibt kein richtiges Leben im Falschen (Adorno) 37

Entwicklung durch Fernsehen
Alte und Neue Medien in Brasilien 40

Elektronische Medien in Indonesien
Ein Modell für die Dritte Welt? 43

Rezensionen
Neue Bücher über alte und neue Medien 48

Warnung vor Afrika-Hilfe 52

Solidaritätsaktion für Edmundo Huamani, Peru 53

Offener Brief: An die Flender-Werke 55

Tagungshinweise 56

Neuerscheinungen 57

Zeitschriftenübersicht 58

AMILCAR CABRAL

10 Jahre Unabhängigkeit der kapverdischen Inseln

Am 5. Juli '85 feierten die kapverdischen Inseln ihren 10. Jahrestag der Befreiung von der portugiesischen Kolonialherrschaft. Der Führer der Befreiungsbewegung der Inseln und Guinea-Bissau's (Unabhängigkeitstag: 24.9.73) erlebte den Tag der Befreiung nicht mehr. Amilcar Cabral wurde am 20. Januar 1973 durch portugiesische Agenten in Conakry (Hauptstadt von Guinea) ermordet. Um sein geistiges Erbe, seine Theorie, seine Gedichte und Schriften zu verbreiten, wurde die Amilcar-Cabral-Gesellschaft (ACG) 1975 gegründet. Sie veröffentlichte 1983 das Standardwerk „Amilcar Cabral, Die Theorie als Waffe, Schriften zur Befreiung in Afrika" (edition CON, 321 S., 19,80 DM). Die ACG, deren Solidaritätsarbeit im Zuge des Staatsstreichs in Guinea Bissau (1980) zum Teil zum Erliegen kam, befindet sich nun wieder in der Aufbauphase und sucht Interessenten und Förderer.

Kontakt und Information:
Amilcar-Cabral-Gesellschaft
Bispinghof 5—7
4400 Münster

Die 330.000 Einwohner der Republik Kap Verde leiden ebenso wie die Sahel-Länder unter Dürre und Unwetterkatastrophen. Dank relativ erfolgreicher Entwicklungsprojekte scheinen sich die negativen Folgen in Grenzen zu halten. Dennoch wird jede Mithilfe gebraucht, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit und gesellschaftliche Eigenständigkeit der jungen Republik zu unterstützen.

Spenden zur Unterstützung der Solidaritätsarbeit werden erbeten auf das Konto Nr. 66568-462, Postscheckamt Dortmund.

Titelfoto von: *Mark Edwards*

Geschäfte mit dem Golfkrieg



Am 27. Juli '85 wurde im Bremer Hafen beobachtet, wie Kisten des Rüstungskonzernes MTU/Friedrichshafen[1] auf das irakische Schiff Balqees (Basrah) der Iraqi Line verladen wurden (s. Photo). Die MTU-Kisten, die sich auf österreichischen LKW's des Typs Steyr 1491 befanden, waren an das irakische Verteidigungsministerium adressiert. Daraufhin stellte die Bremer Arbeitsgemeinschaft gegen Rüstungsproduktion und Waffenhandel Anzeige gegen MTU wegen Verstoßes gegen Art. 26.1 des Grundgesetzes und § 7 des Außenwirtschaftsgesetzes. Aufgrund derselben Gesetze erstattete die Arbeitsgemeinschaft Anzeige gegen die an der Verschiffung beteiligte Bremer Lagerhaus Gesellschaft, die zu 51 % dem Bremer Senat gehört.

Bereits am 20. Juni und am 24. Juni wurden 60 bzw. 70 Militär-LKW's sowie am 24. Juli ca. 20 im Hafen Bremer Neustadt und ca. 40 im Überseehafen für denselben Empfänger gesehen. Die Militärfahrzeuge sind mittlerweile alle verschifft worden. Alle LKW's wiesen dieselben militärischen Kennzeichen auf (s. a. Photo):

- militärische Pritschen zum raschen seitwärtigen Abspringen
- sandfarbener Tarnanstrich
- Fadenkreuz zum Kolonnefahren
- Allradantrieb mit Ausgleichsgetriebe
- Schießkranz mit Gewehrhalterung auf dem Fahrerhaus sowie Schießluke
- Nato-Anhängerkupplung
- Tanrbeleuchtung

Zur Erinnerung sei angemerkt, daß der iranisch-irakische Golfkrieg im September 1980 entbrannte, ein Jahr nach der iranischen Revolution, und bisher ca. 1 Million Tote forderte (Irak: ca. 200.000 Tote). Der Krieg, der bereits länger als der erste Weltkrieg dauert, darf als gewaltige Materialschlacht bezeichnet werden, bei der es der Bundesregierung und bundesdeutschen Unternehmen gelingt, trotz direkter Waffenlieferungen in den Irak, beste Wirtschaftsbeziehungen zu **beiden** Staaten aufrechtzuerhalten. Der Handelspartner Nr. 1 des Irak heißt BRD.[1a] Die islamische Republik Iran ist seit 1983 wieder zum wichtigsten deutschen Exportmarkt in der Nah- und Mittelostregion aufgestiegen.[2]

Nun sind für die LKW-Lieferungen — wie eine Anfrage beim zuständigen Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft ergab — keine Genehmigungen erforderlich, da die österreichischen Behörden bereits eine Exportgenehmigung erteilt hätten. So bleiben bundesrepublikanische Häfen weiterhin wichtige Umschlagplätze für Rüstungslieferungen.

In jüngster Zeit sind folgende Exportgeschäfte deutscher Rüstungsbetriebe mit dem Irak bekannt geworden:

1.) Zur Zeit prüft die Bundesregierung, ob die Lieferung des Hubschraubers BK-117 von MBB einen illegalen Rüstungsexport darstellt. Sie sollen via Österreich in den Irak geliefert worden sein, nachdem sie in Augsburg mit entsprechender Militärelektronik ausgestattet wurden. Die Elektronik wäre nach dem Außenwirtschaftsgesetz genehmigungsfplichtig gewesen.[3]

2.) 20 Panzerabwehrhubschrauber des Typs BO-105 vom MBB, bewaffnet mit HOT-Panzerabwehrraketen von Euromissiles (deutsch-französisches Gemeinschaftsprojekt) und einer 20 mm Kanone der Schweizer Firma Bührleder Oerlikon, gelangten über die spanische Firma Casa in den Irak. Hierzu sei — nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums — keine Exportgenehmigung notwendig gewesen.[4]

3.) Transporter von Magirus-Deutz befördern britische Chieftain-Panzer von Kuwait nach Irak.[5]

Weitere Informationen zu Waffenexporten in die Golfregion s. „blätter des iz3W" Nr. 120/84, S. 30/31.

Deutsch-irakische Rüstungskooperation

Der Begriff Rüstungsexporte, der von der Regierung sehr eng gefaßt wird (s. o.), umfaßt auch Lieferungen von Produktionsanlagen zur Herstellung von Rüstungsgütern. Dabei ist die Unterscheidung zwischen ziviler und militärischer Nutzung oft der willkürlichen Interpretation der am Geschäft beteiligten Regierungen und Unternehmen ausgeliefert. Drei Beispiele sollen dies verdeutlichen.

Pestizid- oder Giftgasproduktion?

Undurchsichtig ist noch, inwieweit eine deutsch-irakische Zusammenarbeit bei der Pestizid- bzw. Giftgasproduktion besteht. Es ist erwiesen, daß der Irak Senfgas im Krieg gegen Iran einsetzt(e).[6] Vergiftete Iraner befinden sich zur Behandlung in deutschen Spezialkliniken.[6a] Im letzten Jahr kam der Verdacht auf, daß die chemischen Kampfstoffe in Produktionsanlagen für Pflanzengift der deutschen Firma Karl Kolb/Pilot Plant hergestellt wurden. Daraufhin erließ die Bundesregierung im August '84 eine entsprechende Exportbeschränkung.[7] Das Hessische Finanzgericht hob diesen Erlaß aus formalen Gründen auf: das nach der Geschäftsordnung der Bundesregierung praktizierte Umlaufverfahren reiche nicht aus; es hätte dazu einen Kabinettsbeschluß geben müssen.

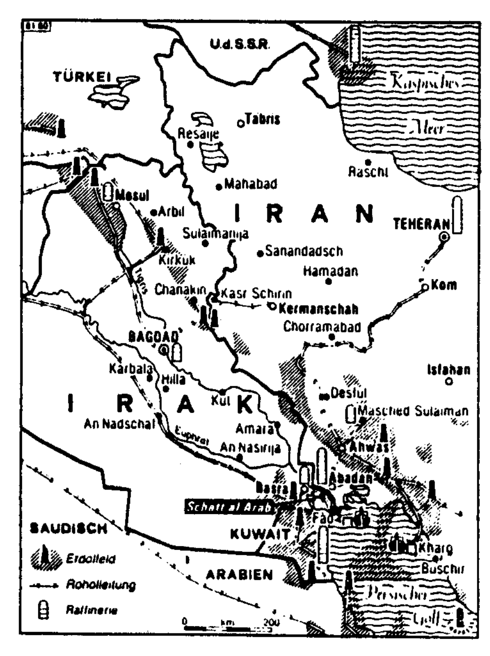
Die Firma konnte den Verdacht zurückweisen, nachdem der TÜV festgestellt hatte, daß die Produktion von Senfgas in dieser Anlage gar nicht möglich sei. Die Bundesregierung muß nun Schadenersatz leisten. Die Auftragssumme für die Produktionsanlage belief sich auf 6.6 Millionen DM.[8]

Deutsch-ägyptische Kooperation

15 Millionen Menschen leben im Irak, davon 2 Millionen ägyptische Gastarbeiter (übertragen auf bundesrepublikanische Verhältnisse hieße das 8 Millionen — tatsächlich 4 Millionen — Gastarbeiter). 420 ägyptische Kampfpiloten stehen in Diensten der irakischen Luftwaffe. Ägypten, das als eines der wenigen Länder der 3. Welt eine relativ eigenständige Rüstungsindustrie aufbaute, lieferte 1984 Munition im Wert von 1.42 Mrd. $ auf Rechnung der Saudis in den Irak.[9] Vor diesem Hintergrund bekommt das Interesse der deutschen Rüstungsbetriebe Krauss-Maffei am Bau eines Panzerwerks, Thyssen-Henschel und Daimler/Benz an der Lieferung von Produktionsanlagen für den Schützenpanzer „Fahd" (der Ersatz-Leopard II für den Nahen- und Mittleren Osten) sowie Dynamit Nobel an der Planung einer Langstreckenrakete ein anderes Gewicht.[10] Ägypten exportiert zur Zeit für ca. 1 Mrd. $ Waffen, vor allem an Irak. Neben der direkten deutschen Beteiligung an der Waffenversorgung der Kriegsparteien will man sich auch die indirekten Wege offenhalten. Guter Geschäftssinn?

Nukleare Zusammenarbeit

Beim Export von KKW's ist die deutsche Geschäftstüchtigkeit, speziell der Kraftwerksunion (KWU-Siemens), bereits aus anderen Ländern bekannt (z. b. Brasilien).[11] In Ägypten arbeiten Industrie und Bundesregierung zum Wohl der hiesigen Arbeitsplätze wieder einmal zusammen. Die KWU hat dank der Hermes-Bürgschaft über 2 Mrd. DM gute Chancen eine 3.8 Mrd. Auftrag für den Bau eines KKW's zu erhalten.[12] Der Irak, dessen Forschungsreaktor 1981 von Israel zerstört wurde,[13] ist übrigens eines von 8 nuklearen Schwellenländern. Die Behauptung, beim irakischen Interesse an Ägyptens Atomenergieprogramm schwinge der Hintergedanke an die militärische Nutzung der Kernenergie mit, mag eine Unterstellung darstellen. Behauptungen und Unterstellungen in dieser Richtung haben sich allerdings — spätestens seit Indien's erstem Kernwaffentest — oft als bittere Realität herausgestellt. Denn „friedliche" und „militärische" Nutzung der Atomenergie gehen Hand in Hand.



Deutsch-irakische Wirtschaftsbeziehungen

Während die deutschen Ausfuhren trotz des Krieges zwischen 1977 und 1982 um das Vierfache auf 7.6 Mrd. DM gestiegen sind, erlebten die irakischen Exporte in die BRD einen kriegsbedingten Einbruch im Jahre 1981 (1980: 1.1 Mrd. DM, 1981: 176.8 Mill. DM)[14] auf ein Achtel ihres Vorjahreswertes. Die Zahlenvergleiche aus dem Jahre 1982 zeigen das Ungleichgewicht im Handel zwischen beiden Staaten. Die Bundesrepublik exportierte im wesentlichen Straßenfahrzeuge (34%) und Maschinen (24%) im Wert von besagten 7.6 Mrd. DM, der Irak lieferte Erdöl (etwa 99% der irakischen Gesamtausfuhren entfallen auf Öl) im Wert von 562.5 Mill. DM.[15] Der deutsche Ausfuhrüberschuß entsprach demnach zu gut 90% dem Volumen der Gesamtausfuhren. Wenn sich auch die Export-Import-Relation 1983 (neuere Zahlen nicht verfügbar) etwa entspannte (Dt. Einfuhren: 1 Mrd. DM, dt. Ausfuhren: 3,6 Mrd. DM), so besteht dennoch ein krasses Mißverhältnis.[15a]

Dieses enorme Ungleichgewicht bleibt natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die irakische Wirtschaft. Außerdem ließ der Krieg die 35 Mrd. $ (nach Handelsblatt)[16] bzw. 26 Mrd. $ (nach Spiegel)[17] starken Devisenreserven auf fast Null schmelzen. Mittlerweile hat der Irak mit der Rückzahlung seiner Schulden zu kämpfen. Allerdings scheint es nach langwierigen Umschuldungsverhandlungen (ca. 2 Mrd. $ Schulden gegenüber BRD, Frankreich und Japan) wieder aufwärts zu gehen. Jedenfalls bekam die Bundesrepublik, die nach Schätzungen alleine 1 Mrd. DM (laut Handelsblatt)[18] bzw. 3 Mrd. DM (laut ZEIT)[19] aus dem Zeitraum 1983—1985 auf 2 Jahre stundete, am 1. April '85 ihre erste Rate bezahlt. Dies scheint die Bundesregierung dazu veranlaßt zu haben, der deutschen Wirtschaft für Exporte in den Irak — wegen dessen „politischer und wirtschaftlicher Beständigkeit" — wieder Hermesbürgschaften auszustellen.[20] Und die krisengeschüttelte deutsche Bauindustrie wird sicherlich aufgeatmet haben, da sie — neben der Rüstungsindustrie — besonders stark im Irak engangiert ist.:

1.) Das Mosul-Staudamm-Projekt im Nordirak (s. Karte), bei dem der Tigris aufgestaut werden soll, ist ein gigantisches Mammutvorhaben (Ende der Bauzeit: Juni '86) unter führender Beteiligung des Essener Bauunternehmens Hochtief. Auftragsvolumen: 1.5 Mrd. $!

2.) Nahe Basra im Süden des Iraks (s. Karte) entsteht ein 170 km langer Kanal. Bauherren: Philipp Holzmann, Polensky & Zöllner, Strabag u. a.

3.) Zwischen Kirkuk und Sulaimanija (s. Karte) baut die Krupp Polysius AG ein auch für europäische Verhältnisse gewaltiges Zementwerk.[21]

Trotz Krieg nahm die Anzahl der in Bagdad mit Büros vertretenen bundesdeutschen Firmen in den letzten 5 Jahren um 30 auf 150 Unternehmen zu.

Deutsch-iranische Wirtschaftsbeziehungen

Nach Angaben von amnesty international wurden seit Bestehen der islamischen Republik (1979) offiziell 6027 Menschen hingerichtet, alleine 1984 sind 580 Personen exekutiert worden. Tatsächlich darf man die Zahlen viel höher ansetzen, da heimliche Exekutionen an der Tagesordnung sind.[22] Trotz der verbalen Verurteilung des Chomeini-Regimes florieren die deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen nun bereits schon besser als zu Zeiten des Schahs. Während Waren im Wert von 2 Mrd. $ im letzten Jahr exportiert wurden, kamen lediglich Waren für 560 Millionen $ aus dem Iran in die Bundesrepublik. Der Überschuß beträgt demnach 1.44 Mrd. $, eine Summe, die mehr als die Hälfte des iranischen Handelsbilanzdefizits ausmacht (1984: 2.25 $).[23]

Die islamische Republik, deren Gesamtausgaben von 41 Mrd. $ zu einem Drittel im Golfkrieg Verwendung finden, kämpft im Moment mit dem starken Rückgang der Ölexporte und dem Ölpreisverfall. Bei einem Besuch des stellvertretenden iranischen Ministerpräsidenten für Wirtschaft und Finanzen — Mohammad Nasser Sherafat — in Bonn (Februar '85) beklagte dieser das Ungleichgewicht im Handel mit der Bundesrepublik. Aus der BRD kommen im wesentlichn Kraftfahrzeuge, Maschinen und elektronische sowie chemische Erzeugnisse, der Iran liefert Erdöl und Teppiche (reiner Warenverkehr, keine industrielle Zusammenarbeit wie mit Irak).[24] Dieses Ungleichgewicht, so wird nun von wirtschaftlicher und politischer Seite bedauert, sei strukturell bedingt. Nicht bedauert wird der eklatante Widerspruch zwischen politischen Verbalattacken gegen das Chomeini-Regime und den wirtschaftlichen Fakten. Die „Freunde der iranischen Revolution" in der BRD beurteilen diesen Widerspruch folgendermaßen: „Aufträge aus diesem Land — das in den deutschen Medien oft verteufelt wird — werden von unseren Firmen gern angenommen, ebenso gern das Geld, das die Islamische Republik für die Durchführung der Aufträge bezahlt. Kaum jemand macht sich über dieses Paradoxon Gedanken, daß das islamische Gesellschaftssystem — und damit auch die Bevölkerung Irans, die die Islamische Revolution unterstützt — bei uns (der BRD — die red.) verabscheut wird, während wir gerne deutsche Arbeitsplätze durch Geld der islamischen Republik gesichert sehen."[25] Zur Erläuterung: Die „Freunde" sind eine pro-revolutionäre Vereinigung deutscher und iranischer Chomeini-Sympathisanten.

as

Anmerkungen:

1. MTU wurde im Februar '85 für 680 Mill. DM von Daimler/Benz gekauft
1a. Statistik des Auslandes, Länderbericht des Irak 1984, S. 44, Hrsg.: Statistisches Bundesamt
2. Handelsblatt (HB) vom 12.2.85
3. vgl. ami 4/85, K-8
4. vgl. ami 1/85, K-1
5. taz vom 11.9.84
6. vgl. „blätter des iz3W" Nr. 120/84, S. 30
6a. Die ZEIT vom 26.7.85
7. die ZEIT vom 8.2.85
8. HB vom 7.2.85
9. Spiegel vom 25.3.85
10. vgl. ami 2/85, K-4
11. zu den Atomexportinteressen der Bundesrepublik vgl. ami-Themenheft Nr. 6/85, Y-55
12. vgl. ami 2/85, K-4
13. vgl. ami 6/85, Y-71f
14. Statistik des Auslandes, ebda. S. 46
15. ebda.
15a. Stat. Jahrbuch 1981
16. HB vom 23.4.85
17. Spiegel vom 25.3.85
18. HB vom 23.4.85
19. Die ZEIT vom 2.8.85
20. FAZ vom 15.4.85
21. vgl. Die ZEIT vom 2.8.85
22. FAZ vom 5.3.85
23. HB vom 9.3.85
24. HB vom 12.2.85
25. „Freunde der iranischen Revolution in Iran", Juni '85

Honduras

Der neue Plan „Mil"

Salvadorianische Flüchtlinge von der Armee bedroht



Der ursprüngliche Plan der US-amerikanischen Mittelamerika Strategen sah vor, die seit 1980 nach Honduras geflüchteten Salvadorianer von den grenznahen Lagern (s. Karte) weit in den Norden Honduras' nach Olanchito zu verlegen. Dort sollte ACNUR (spanische Abkürzug für das „Hohe Flüchtlingskommissariat der UNO")[1] eine Art Homeland für die Flüchtlinge kaufen, in dem sie fern ab ihrer Heimat isoliert leben sollten Der Plan scheiterte letztlich am Widerstand der zu 90 % landlosen honduranischen Bauern, die bereits seit langem auf eine von der Regierung versprochene Agrarreform (Ziel: Landbesitz für die Bauern) warteten sowie an den energischen Protesten der Flüchtlinge und internationaler Solidarität.[2]

Der neue Plan „Mil", im September 1984 erstmals offiziell angekündigt, sieht die Rückführung (Repatriierung) der ca. 20.000 Flüchtlinge nach El Salvador vor. Sie sollen mit den ca. 500.000 internen Flüchtlingen in Siedlungen zusammengefaßt werden, die Erinnerungen an vietnamesische und neuerdings guatemaltekische Wehrdörfer aufkommen lassen.[3] Red.

„... wir möchten an dieser Stelle sagen, daß in den Lagern von Colomoncagua niemand mit diesem Repatriierungsplan einverstanden ist. Denn wir wissen, daß in unserem Heimatland Krieg ist, und wir akzeptieren die Repatriierung erst dann, wenn es dort einen wirklichen Frieden gibt!"
(Brief von Dimas, 11 Jahre, vom November '84, „Volkslehrer"[4] bei der Erwachsenenalphabetisierung im Lager Colomoncagua)

Die Gefahr der Verlagerung nach Olanchito[5], die abgewendet werden konnte, war nicht der erste und nicht der letzte Angriff gegen die salvadorianischen Flüchtlinge in Honduras. Ihre Leidensgeschichte, die bei der Ermordung ihrer Angehörigen in den Dörfern der salvadorianischen Grenzprovinzen Morazan, Chalatenango und Cabañas beginnt, und sich mit ihrer Flucht nach Honduras bis zur gegenwärtigen militärischen Einkreisung der Lager fortsetzt, ist Teil der Geschichte der US-Aggression in Mittelamerika. Seit Beginn der US-amerikanischen Einmischung in mittelamerikanische Angelegenheiten im Gefolge der sandinistischen Revolution von 1979 ist die Säuberung der Grenze zwischen Honduras und El Salvador eines der taktischen Ziele der US-Regierung. Hintergrund: Sie will sich alle Möglichkeiten für ungehinderte militärische Operationen gegen die salvadorianische Befreiungsbewegung offen halten. Deshalb haben die Armeen von Honduras und El Salvador seit 1980 gemeinsam

versucht, die Flucht aus El Salvador nach Honduras zu verhindern. Aus diesem Grunde wurde bereits 1981/82 ein Teil der Flüchtlinge von der Grenze weg in das Internierungslager Mesa Grande deportiert (siehe Karte). Außerdem sollten letztes Jahr alle salvadorianischen Flüchtlinge, soweit sie in solchen Lagern erfaßt sind, weit ins Landesinnere von Honduras „verschubt" werden.

Heute wird die geplante zwangsweise Rückführung der Flüchtlinge (Repatriierung) unter dem Vorwand betrieben, in El Salvador herrschten demokratische Zustände. Der Wahlsieg Napoleon Duarte's liefert hierzu das Argumentationsmaterial. In Wirklichkeit ist die Repatriierung in ein umfassenderes Vorhaben eingebettet: **den Plan „Mil"**. Nach diesem Plan sollen die internen Flüchtlinge, und eben auch jene, die nach Honduras geflohen sind, in 1000 Siedlungen bzw. Wehrdörfer mit je 500 Personen unter Regierungskontrolle gebracht werden. Dahinter steht das Anfang der 60er Jahre von den USA für Mittelamerika entwickelten militärische Konzept der Aufstandsbekämpfung (Counterinsurgency).[5a] Das entscheidende Problem: die Flüchtlinge in Honduras wollen nicht nach El Salvador zurück (s. Brief aus Colomoncagua). Andererseits kann die ACNUR, das die Umsiedlung durchführen soll und in Honduras lediglich Gastrecht besitzt,[6] nach ihrem Statut nur eine freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge durchführen.

Ein Dokument des US-Außenministeriums vom 19.2.1985, das „Non-Paper on Refugee Policy on the Issue of Colomoncagua", enthüllt die Methoden, mit denen dieses Problem gelöst werden soll: der militärische Druck auf die Lager von Colomoncagua und San Antonio wird derart erhöht, daß es zu Zwischenfällen kommt (s. Augenzeugenbericht). Dies wiederrum zwingt ACNUR und die honuranische Regierung „aus Sicherheitsgründen" diese beiden Lager zu evakuieren. Ein Transitlager steht bereits zur Verfügung, das in der nahegelegenen Provinzhauptstadt La Esperanza eingerichtet wurde. Dort sollen die Flüchtlinge vor die Alternative gestellt werden, entweder „freiwillig" nach El Salvador unter Regierungskontrolle zurückzukehren, oder in das größere grenzfernere Lager Mesa Grande verfrachtet zu werden.[7] Mesa Grande war einst für 2000—3000 Flüchtlinge konzipiert. Heute leben dort bereits 10—12000 Flüchtlinge, annährend 10.000 kämen hinzu.

Seit Februar '85 verstärkt nun die honduranische Armee die Militarisierung der Lager. Colomoncagua ist seit dem 15. Mai 1985 umstellt, ein Flüchtling wurde vorübergehend gefangen genommen, ein anderer verprügelt. Zwischen den Teillagern gibt es scharfe Kontrollen und am 1. Juni 1985 rückte eine neue Militäreinheit an, die die bereits bestehenden Kontrollen und Patrouillen mittels eines zusätzlichen Kommandopostens unmittelbar am Eingang der Lager verschärfen sollen. Die honduranische Regierung unterstützt den militärischen Druck mit politischen Maßnahmen. So soll der rechtliche Status der Flüchtlinge dahingehend verändert werden, daß sie als Einwanderer eingestuft werden, was eine viel strengere Behandlung erlauben würde.[8]

Augenzeugenbericht: Razzia in San Antonio

„Um 1 Uhr mittags flog ein Hubschrauber ziemlich niedrig über das Lager und zog mehrere Kreise... Gegen 10 Uhr in der Nacht merkten wir, daß das Militär um das Lager herum aufgezogen war, aber nicht hereinkam. Um 6:30 Uhr morgens begannen sie im Norden des Lagers, in der ersten Lagerstraße mit einer Razzia. Sie drangen in die Hütten ein und durchsuchten alles, was es darin gab, die Kleider, die Lebensmittel usw... Wir wußten nicht, was wir tun sollten. Das einzige, was wir machen konnten, war, den Arzt zu wecken, damit er nachschauen komme. Ich ging mit dem Arzt und er fragte mich unterwegs, ob es diesbezüglich eine Vereinbarung mit ACNUR gebe. Da niemand von ACNUR anwesend war, schlug der Arzt vor, mit den Soldaten zu sprechen, aber sie reagierten nicht. Sie sagten, es sei ein Befehl, den sie ausführen müßten. Aber wir Flüchtlinge waren alle erschrocken. Und so fingen sie mit der Razzia in der ersten Lagerstraße an und so weiter bis zur letzten. Im Grunde waren es zwei Razzien, denn eine Gruppe begann damit und hinterher kam eine andere, die die Hütten noch einmal durchsuchte und fragte, wo die Waffen versteckt seien. Das war, was ich beobachten konnte."
(Augenzeugenbericht vom 1./2. April 1985, ides Nr. 244, S. 6)



Um die Tragweite der politischen und militärischen Maßnahmen abschätzen zu können, muß man sich noch folgende Tatsachen vor Augen halten:

1.) Anläßlich des Kampfes gegen die Zwangsverlagerunng ins Landesinnere von Honduras haben die Regierung und ACNUR gemerkt, daß die Flüchtlinge dank der internationalen Mitarbeiter (-innen) ein Sprachrohr und eine Verbindung zur internationalen Öffentlichkeit besitzen. Diese Verbindung wird seither mit der Politik der „Honduranisierung", des Austausches von internationalem durch honduranisches Personal, untergraben. Die gleiche Absicht verfolgt die Einschränkung der Besuchsmöglichkeiten in den Lagern.

2.) Die Versorgung der Lager mit Lebensmittel, Werkstattmaterial, Medikamenten usw. wird von ACNUR nicht nur immer strenger kontrolliert, sondern langsam aber sicher abgebaut. Die Flüchtlinge verstehen die sich verschlechternde Versorgung als Druckmittel, das sie zur „freiwilligen" Rückkehr nach El Salvador drängen soll. Vor allem im medizinischen Bereich sind die Folgen spürbar: dank fehlender Medikamente breitet sich die Tuberkulose aus, Fälle von Mangelernährung häufen sich, Basismedikamente fehlen plötzlich, so daß Kranke nicht weiterbehandelt werden können.

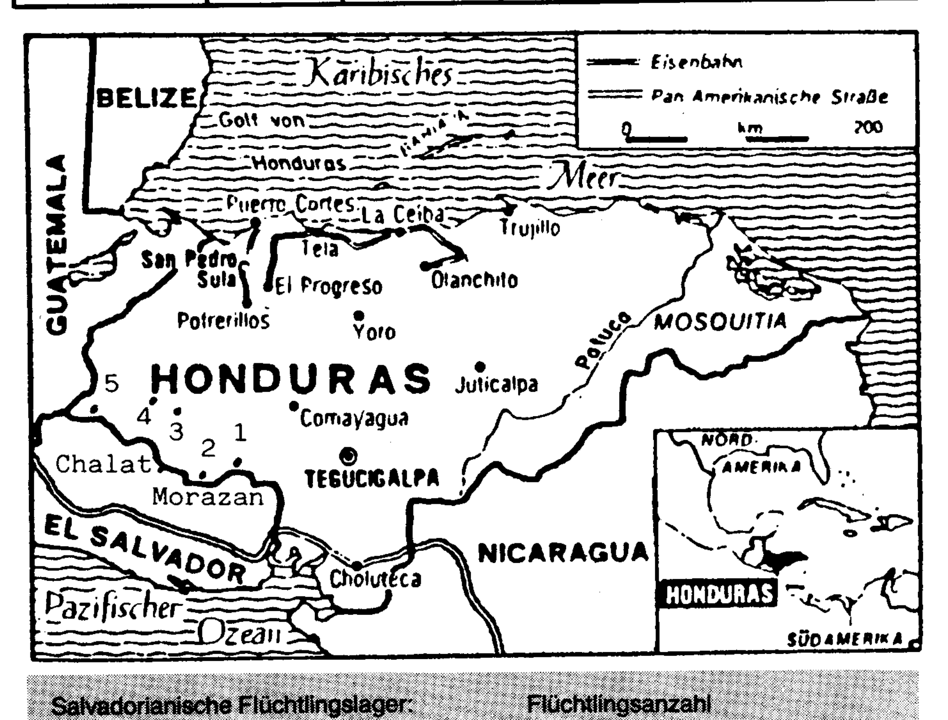
3.) Gelang es dem Friedensnobelpreisträger ACNUR, auf dessen Initiative der im letzten Jahr gescheiterte Plan zurückging, bisher, sich hinter den Beschlüssen der honduranischen Regierung zu verbergen, so zeigt das Flüchtlingshochkommissariat nun offen seine Kollaboration. ACNUR nimmt an einer Dreierkommission zur Durchführung der Repatriierung, zusammen mit der salvadorianischen und honduranischen Regierung, teil. Der ACNUR-Vertreter Robert Müller aus der Genfer Zentrale hat im Februar entsprechende Verhandlungen geführt, und anschließend das Gerücht verbreitet, angesichts eines drohenden Angriffes der salvadrianischen Armee auf Colomoncagua, könnte sich ACNUR veranlaßt sehen, dieses Lager zu evakuieren. Bei der Personalauswahl fällt auf, daß der Nachfolger des ACNUR-Chefs in Honduras (Werner Blatter), während der Zwangsverlagerung der guatemaltekischen Flüchtlinge in Mexiko von Chiapas nach Campeche im letzten Jahr, seine Organisation dort vertrat.[9]

Die Flüchtlinge von Colomoncagua und San Antonio haben sich eindeutig und einhellig gegen die Repatriierung zu diesem Zeitpunkt ausgesprochen. Sie demonstrieren gegen das Vordringen der honduranischen Militärs. Sie werden sich auch weiterhin gegen Angriffe und Deportationsversuche wehren. Außer ihrer eigenen Einheit und Entschlossenheit kann den salvadorianischen Flüchlingen in Honduras nur die internationale Solidarität helfen, die zwangsweise Rückführung nach El Salvador zu verhindern.

Flüchtlingshilfe Mittelamerika e. V., Essen

Flüchtlinge und im eigenen Land Vertriebene nach Herkunft und Gastland

Herkunftsland	Gastland	Flüchtlinge	im eigenen Land Vertriebene
El Salvador	USA Mexiko Honduras Nicaragua Costa Rica Panama Belize	500000 150000 20000 22000 10000 1500 7000	ca. 300000 bis 500000
total		710000	300000 bis 500000



Salvadorianische Flüchtlingslager:	Flüchtlingsanzahl
1.) Colomoncagua	ca. 8000
2.) San Antonio	ca. 1200
3.) La Esperanza	Transitlager
4.) Mesa Grande	ca. 10—12000
5.) La Virtud	aufgelöst*

* vgl. blätter des iz3W Nr. 6/84, S. 42

Gegensätze: El Salvador und...

Mit 5 Millionen Einwohnern auf 21000 qkm (entspricht der Fläche Hessens) besitzt El Salvador die höchste Bevölkerungsdichte in Zentralamerika. Es ist das am meisten industrialisierte Land der Region. Der Anteil der Industrieprodukte am Gesamtexport beträgt etwa 30 % Kaffee (ca. 50 % am Gesamtexport) und Baumwolle (11—12 % am Gesamtexport) in Monokulturen angebaut prägen die Landwirtschaft. Charakteristisch ist die extrem hohe Konzentration des Landbesitzes: nur 0.02 % der Bevölkerung kontrollieren 31.5 % des fruchtbaren Bodens.[1]

...Honduras

Das flächenmäßig zweitgrößte Land Zentralamerikas weist die geringste Bevölkerungsdichte der Region auf: 3.8 Millionen Menschen leben auf einer Fläche von 112088 qkm (so groß wie Österreich und Baden-Württemberg). Das Armenhaus Mittelamerikas ist industriell am wenigsten entwickelt. Bananen, deren Anbau von US-Konzernen kontrolliert wird, tragen ca. 25 % zum Gesamtexport bei, Kaffee etwa ein Drittel.[2]

1969, zu einem Zeitpunkt als sich etwa 350.000 Salvadorianer aus wirtschaftlichen Gründen (ländliche Armut, hohe Arbeitslosigkeit in den Städten) in Honduras befanden, kam es wegen ihrer geplanten Ausweisung zum sog. Fußballkrieg.[3]

Anmerkungen zum Kasten:
1. Der Überblick Nr. 1/85, S. 9
2. ebda. und Fischer Welt Almanach '85
3. Friedrich Kassebeer, Die Tränen der Hoffnung, Piper, 12/84, S. 139

Briefvorschlag

Herrn
Poul Hartling
— Flüchtlingshochkommissar —
UNHCR
Palais des Nations
CH-1211 Genf 10
Schweiz

Sehr geehrter Herr Hartling,
täglich erfahren wir von neuen Repressalien gegenüber den salvadorianischen Flüchtlingen in den Grenzlagern von Honduras. Verstärkte Militärpatrouillen, zusätzliche Truppen, Razzien (wie z. B. am 2. April '85 in San Antonio), zumindest ein Überfall und eine Festnahme eines Flüchtlings im Lager von Colomoncagua sind uns bekannt geworden.

Das „Non-Paper on Refugee Policy on the Issue of Colomoncagua" des US-Außenministeriums, die Rolle des Zwischenlagers „La Esperanza", die Äußerungen des ACNUR-Vertreters Mueller zu einem möglichen salvadorianischen Angriff auf Colomoncagua sowie die Abschiebung der Koordinatorin des „Catholic Relieve Service" im Rahmen der Honduranisierung des Lagerpersonals sind für uns mehr als nur Stichworte. Diese Fakten stehen im Zusammenhang mit dem Plan 1000, der neben den internen Flüchtlingen in El Salvador auch die Flüchtlinge in Honduras im Visier hat und, der jenseits humanitärer Floskeln gemeinhin als Plan zur Errichtung von Wehrdörfern zu charakterisieren ist.

Das „Hohe Flüchtlingskommissariat" muß sich gemäß seines Mandates dem Schutz der Flüchtlinge widmen. Wir glauben, daß eine Verbesserung der Situation der Flüchtlinge durch folgende Maßnahmen erreicht werden kann:
1.) ACNUR sollte sein Schutzpersonal in den Lagern verstärken.
2.) Es sollte wieder mehr internationales Personal beschäftigt werden.
3.) Die Besuchsmöglichkeiten in den Lagern sollen verbessert werden.

Sie können sicher sein, daß ACNUR für solche Anstrengungen eine breite internationale Unterstützung finden wird. Wir hoffen, daß Sie unsere Befürchtungen teilen und unsere Vorschläge aufgreifen.

Ein Erwartung Ihrer baldigen Antwort verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Anmerkungen:
1. ACNUR = UNHCR = United Nations High Comissariat for Refugees Chef: Poul Hartling (s. Briefvorschlag)
2. Der Überblick, Nr. 1/85, S.10/11
3. ides Nr. 244, 14.6.85, S. 6/7
4. vgl. „Exilio: Colomoncagua — eine Außenansicht" (Video), Bezug: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 7800 FR, Verleihgebühr: 60 DM
5. vgl. „blätter des iz3W" Nr. 118, S. 42—45
5a. ebda. S. 46—53
6. ebda. — Honduras ist der Genfer Flüchtlingskonvention nicht beigetreten. ACNUR Honduras (Chef: Werner Blatter) wird von daher nur formal geduldet —
7. NZZ vom 29.6.85
8. ides Nr. 241, 24.5.85, S. 4
9. vgl. MISEREOR AKTUELL, Nr. 3/85, S. 6 und „blätter des iz3W" Nr. 120, S. 49

Chile

Die Junta unter Druck

In letzter Zeit häufen sich die Nachrichten über Proteste und Unruhen in Chile. Der Mord an drei Oppositionellen im März und seine Aufklärung sorgen für Krisen in der Führung des Pinochet-Regimes. Besteht Hoffnung auf eine Einigung der Opposition?

Am 16. Juni hob General Pinochet den den Belagerungszustand auf, den er knapp sieben Monate zuvor nach einem erfolgreichen Generalstreik verhängt hatte. Grund zum Aufatmen für die chilenische Opposition, deren politische Arbeit durch diese repressive Maßnahme stark behindert wurde?

Die wichtigste Änderung ist sicherlich die Lockerung der Zensur. Die sechs Zeitschriften ANALISIS, APSI, CAUCHI, FORTIN MAPOCHO, LA BICICLETA und PINCEL Y PLUMA, die unter dem Belagerungszustand verboten waren, können nun wieder erscheinen; das blindwütige Zensieren irgendwelcher Artikel aufgrund „verdächtiger" Worte wie transición = Übergang, wird wahrscheinlich unterbleiben. Bestehen bleibt aber das dehnbare Verbot, über „bestimmte Tatbestände, die durch die Verfassung verboten sind, wie terroristische Handlungen, Anstiftung zur Störung der öffentlichen Ordnung und Parteipolitik „zu berichten"[1].

Vergleichbar steht es mit anderen Machtmitteln, die sich die Diktatur durch den Belagerungszustand zubilligte — Verbannung, Verhaftung und Ausweisung sind durch den weiterhin geltenden Ausnahmezustand und Art. 24 der Verfassung „rechtlich" abgesichert. Die absolute Ausgangssperre von 24.00 bis 5.00 in den größeren Städten bleibt weiterhin bestehen.

Den stark angewachsenen Protesten nach zu urteilen, scheint die Aufhebung des Belagerungszustandes jedoch immerhin psychologisch eine befremdende Wirkung gehabt zu haben.

Begründet hat der chilenische Innenminister Ricardo García die Aufhebung mit einem „spürbaren Abflauen der terroristischen Welle und des Prozesses des Volksaufstandes".[2] Dies scheint aber angesichts der wachsenden Aktivität der links-militanten Organisation FPMR (Frente patriotico Manuel Rodriguez) wenig plausibel. Wahrscheinlicher, wenn auch vom Regime dementiert, ist, daß die Rüchnahme des Belagerungszustandes in Rücksichtnahme auf das internationale Ansehen der Diktatur geschah. Während eines Besuches im Februar ließ US-Staatssekretär Longhorne Motley wissen, daß den USA an einem demokratischen



Gesicht der Militärregierung gelegen sei — verständlich in Anbetracht der Tatsache, daß Chile nunmehr außer Paraguay die einzige Militärdiktatur im Südkegel Lateinamerikas darstellt.

Neue Kredite für die Diktatur

Zwei Wochen nach der Aufhebung des Belagerungszustandes hat Chile mit seinen Gläubigerbanken ein umfangreiches Umschuldungspaket beschlossen. Gegenstand der Umschuldung waren Kredite in Höhe von 6 Mrd. US-Dollar, die zwischen 1985 und 1987 zurückbezahlt werden müssen. Da Zahlungsschwierigkeiten abzusehen waren, erhielt Chile, das als Land mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung der Welt gilt, einen neuerlichen Kredit in Höhe von 1,08 Mrd. US-Dollar. Die Weltbank, die sich mit 300 Mio. US-Dollar an diesem Kredit beteiligt, hat zusätzlich eine projektgebundene Kredithilfe von zunächst 140 Mio. US-Dollar bereitgestellt, die im günstigsten Fall auf bis zu 300 Mio. US-Dollar erhöht werden kann. In der Vergangenheit hatten sich die USA, die der chilenischen Militärregierung gerne eine demokratische Maske übergestülpt sähen, aus Protest gegen den Belagerungszustand einem Weltbank-Kredit in den Weg gestellt.

Wie bei Umschuldungen gemeinhin üblich, mußte sich die chilenische Militärregierung im Gegenzug zur Verfügung einiger wirtschaftspolitischer Begleitmaßnahmen verpflichten. Diese Maßnahmen sollen eine Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes bewirken, um eine schrittweise Rückzahlung der chilenischen Gesamtverschuldung von 19 Mrd. US-Dollar zu ermöglichen. Kernstücke sind eine 9 %ige Abwertung des Peso und die Senkung der Zölle von 30 % auf 20 %.

Die Peso-Abwertung, der man von Regierungsseite eine exportfördernde Wirkung beimißt, bedeute eine Ergänzung des im März verabschiedeten Wirtschaftsprogramms für 1985. Abgesehen von einer stärkeren Exportorientierung sieht es eine drastische Verringerung der Staatsausgaben und eine erhöhte Spartätigkeit im ganzen Lande vor. Das Ziel dieses Programms besteht darin, über eingespartes Kapital einen Investitionsboom auszulösen. Die Befriedigung der inländischen Konsumbedürfnisse muß hinter dieser Zielsetzung erneut zurückstehen. Der chilenischen Militärregierung scheinen die sozialen Gegensätze noch immer nicht krass genug zu sein, um von ihrem neo-liberalen Wirtschaftskurs abzugehen, der schon in den vergangenen Jahren wegen ungerecht verteilter Sparopfer die Armen immer ärmer und die im Ausland investierenden Reichen immer reicher gemacht hat.

Als Folge des diesjährigen Wirtschaftsprogramms wird sich die wirtschaftliche Situation breiter Bevölkerungskreise immer weiter verschlechtern. So gibt es auch dieses Jahr wieder für 80 % der Arbeiterschaft trotz einer Preissteigerungsrate von 30 % auf 40 % keine Lohnanpassung. Auch die Rentner sind nicht minder betroffen; ihre Bezüge werden sich inflationsbereinigt um ein Drittel verringern. Am stärksten leiden aber immer noch die Arbeitslosen unter dem rigorosen Wirtschaftskurs. Bei einer Arbeitslosenrate von 26 % erhalten sie bereits nach einem Jahr der Nichtbeschäftigung keine finanzielle Unterstützung mehr.

Angesichts dieser Daten bleibt fraglich, wie eine Wirtschaft wachsen soll, deren Kaufkraft systematisch gesenkt wird. Das fortgesetzte Ausbleiben der Investitionen ist unter diesen Umständen nur konsequent. Es ist Beweis dafür, daß selbst das chilenische Unternehmertum den regierungsamtlichen Optimismus nicht teilt. Auch für die Zukunft ist daher zu befürchten, daß Produktion und Beschäftigung in Chile weiter zurückgehen werden.

Abgesehen von der tiefen wirtschaftlichen Krise sieht sich die Junta gegenwärtig auch großen internen Schwierigkeiten ausgesetzt.

Die Carabineros und die Krise

Anfang August wurden in Santiago 14 Carabineros unter dem Verdacht des Mordes an drei kommunistischen Oppositionellen vom Dienst suspendiert. Die Opfer, Jose Manuel Parada, Manuel Guerrero und Santiago Nottino sind vor ihrer Ermordung gräßlich gefoltert worden. Das ohnehin große Aufsehen um diese Suspendierung verstärkte sich noch, als bekannt wurde, daß General Cesar Mendoza, oberster Polizeichef und Juntamitglied, von seinen Ämtern zurücktrat.

In den Tagen nach diesen Ereignissen verdichteten sich seit längerem anhaltende Spekulationen, wonach eine verstärkte Flügelbildung innerhalb des Militärregimes die Formulierung und Ausführung einer einheitlichen Politik weitgehend verhindere. Denn nur mit massiven, militärinternen Differenzen läßt sich die zivilgerichtliche Untersuchung des Falles erklären. In der Vergangenheit waren Geheimdienstmorde an Oppositionellen keine Seltenheit. Sie wurden bisher aber immer als Abrechnung unter Linksextremisten dargestellt und nie gerichtlich untersucht. Daß es Pinochet auch diesmal nicht darum geht, die wahren Schuldigen zu bestrafen, erkennt man am besten daran, daß ausgerechnet der erste Stellvertreter Mendozas, der deutschstämmige General Rodolfo Stange, der sich zunächst zu seiner Verantwortung bekannt hatte und ebenfalls zurückgetreten war, zum neuen Chef der Carabineros ernannt wurde.

General Mendoza, der als Vertreter der „Duros" (Verfechter einer harten Linie) seit 1973 der Regierungsjunta angehört, vertrat die Ansicht, daß im Kampf gegen die „marxistische Bedrohung" härter vorgegangen werden müsse. Der Rücktritt Mendozas und die Auflösung des Geheimdienstes der Carabineros sind die vorläufigen Endpunkte des gegenwärtigen Machtverfalls der „Duros", dessen erstes offenes Anzeichen die Aufhebung des Belagerungszustandes war. Sie sind Pinchet unbequem geworden, da er sich gegenwärtig sowohl vor dem chilenischen Volk als auch vor der internationalen Öffentlichkeit als gemäßigter Politiker ins Bild zu setzen versucht.

Auch die Rücktritte des Wirtschaftsministers Modesto Collados und des Erziehungsministers Horacio Aranguiz am 27. Juli unterstützen die Annahme führungsinterner Spannungen.

Einigt sich die Opposition?

Die krisenhaften Vorgänge, die Anschuldigungen gegen die 14 Carabineros auslösten, schlugen — wie damals der Mordfall selbst — hohe Wellen in Chile.

In der Hauptstadt Santiago kam es in den ersten Augusttagen fast täglich zu Auseinandersetzungen zwischen Carabineros und Demonstranten. Vier Menschen — darunter ein 13jähriges Kind — verloren ihr Leben, über die Zahl der Verletzten gibt es keine genauen Angaben. Allein am 9. August wurden 170 Personen festgenommen. 14 Mitglieder von Gewerkschafts- und Menschenrechtsgruppen wurden auf eine abgelegene Insel verbannt. Todesfälle und Verhaftungen lösten ihrerseits weitere Protestaktionen aus. Am schwersten waren die Zusammenstöße wieder in den Arbeitervierteln um Santiago.

Die Friedhofsruhe, die der Belagerungszustand dem Land beschert hatte, scheint also endgültig begraben. Allerdings hatte es bereits zuvor immer wieder Protestkundgebungen wie die sog. „Hungermärsche" oder eine Schulbesetzung in Santiago gegeben. Trotz anderer Verlautbarungen der Regierung nahm auch die Aktivität des bewaffneten Widerstandes der FPMR, zu. Durch Anschläge auf Hochspannungsmasten wurde wiederholt in weiten Teilen des Landes die Stromversorgung unterbrochen. Bei einem Anschlag auf das Bürgermeisteramt von El Prado nahe der Hauptstadt, zu dem sich nach Angaben eines Regierungssprechers FPMR bekannte, wurden zwei Frauen getötet und mehrere Kinder in einer nahegelegenen Schule verletzt.

Sich ein Bild über die innere Lage der Opposition zu machen, erscheint schwierig. Einerseits scheint der Belagerungszustand die Spaltung zwischen den beiden großen Blöcken — der Mitte-Rechts-Koalition Alliánza Democrática (AD) und dem Zusammenschluß der Linksparteien Movimiento Democrático Popular (MDP) — vertieft zu haben. „Die Paralyse in der Aktion eröffnet immer Raum für akademische Diskussionen mit entgegengesetzen Thesen."[4] Die Gewaltfrage scheint noch immer nicht geklärt. Außerdem gibt es unterschiedliche Einschätzungen über die Stabilität des Regimes. Während die MDP auf Massenmobilisierung und Anwendung aller Kampfformen setzt, um die Junta in die Knie zu zwingen, ist man auf Seiten der AD eher bereit, das Regime bis 1989 zu tolerieren, die versprochenen Wahlen abzuwarten und bis dahin den Dialog mit den Militärs zu suchen.

Deutlich zutage traten die beschriebenen Spannungen, als sich im April 16 zumeist linksorientierte Politiker zur „Intransigencia Democrática (intrasigente = unnachgiebig) zusammenschlossen und eine gemeinsame Erklärung herausgaben. Sie stellten fest, daß das Pinochet-Regime kein legitimer Verhandlungspartner sei und dessen Ende daher durch indirekten Druck herbeigeführt werden müsse. Um diese Erklärung auf Parteienebene umsetzbar zu machen, formulierte Ricardo Lagos, Sozialist in der AD, das Konzept der „Frente civico" (etwa: „Bürgerliche Front"): Politische Gesrpäche zwischen allen Oppositionsgruppierungen. Der eben erst mit knapper Mehrheit wiedergewählte Präsident der Christdemokraten, Gabriel Valdés war aber nicht bereit, das Konzept in seinen Kernpunkten anzunehmen: Gespräche mit den Kommunisten seien ausgeschlossen, solange diese nicht der Gewalt als Mittel im Kampf gegen die Diktatur entsagten, und Gespräche mit den Streitkräften seien unumgänglich. Valdés gilt dabei noch als Vertreter des linken Flügels der christdemokratischen Partei. So scheint die Initiative der „Intransigencia" keine wesentlichen Änderungen am Zustand der Opposition bewirken zu können.

Dieses Bild einer gespaltenen und durch Streitigkeiten geschwächten Opposition wird allerdings durch die jüngsten Berichte von den Protesttagen kaum bestätigt. Schon der hohe Mobilisierungsgrad läßt annehmen, daß sich Angehörige aller möglichen oppositionellen Gruppierungen an den Protesten beteiligt haben. Die Festnahmen von Christdemokraten während der Aktionen deuten ebenfalls in diese Richtung. Am stärksten ins Gewicht fallen schließlich die gemeinsamen Aufrufe von AD und MDP zu den letzten „Protestas". Sogar der „Partido Nacional", Teil der extremen Rechten, beteiligte sich an einem Aufruf.

Sicherlich ist aber diese plötzliche Einheit in der Aktion zu einem großen Teil auf den sehr explosiven Anlaß der Protesttage zurückzuführen. Der Skandal um die Ermordung der drei Regimegegner und die Aufklärung des Falles beschäftigt die gesamte chilenische Öffentlichkeit, und löste Protest aus allen Lagern aus.

Ob die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, die sich jetzt gezeigt hat, wirklich von Dauer sein wird, bleibt abzuwarten. Vielleicht trägt die scharfe Repression, mit der die Proteste beantwortet wurden, mit dazu bei, zumindest bei einem Teil der Christdemokraten einen Sinneswandel auszulösen, was die Kooperative mit der Linken angeht.

Chile Komitee Freiburg

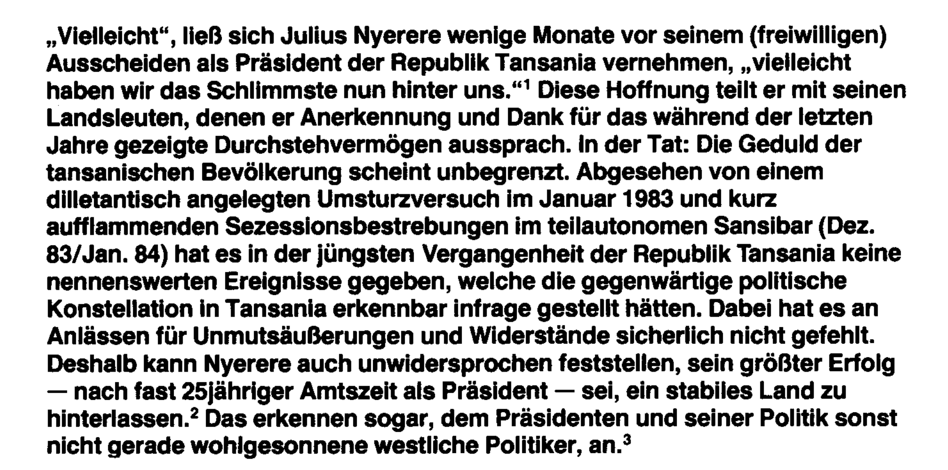
Anmerkungen:
1 Libéraiion 18.6.85
2 ebenda
3 ebenda
4 Solidaridad 6/7 85

Quellen:
FR, FAZ, BZ, taz, NZZ, Le Monde, Libération, Solidaridad Jun/jul 85, ila-info Aug 85 Lateinamerika Nachrichten Aug 85

Tanzania vor der Wende?



Bilanz der Präsidentschaft Nyereres



„Vielleicht", ließ sich Julius Nyerere wenige Monate vor seinem (freiwilligen) Ausscheiden als Präsident der Republik Tansania vernehmen, „vielleicht haben wir das Schlimmste nun hinter uns."[1] Diese Hoffnung teilt er mit seinen Landsleuten, denen er Anerkennung und Dank für das während der letzten Jahre gezeigte Durchstehvermögen aussprach. In der Tat: Die Geduld der tansanischen Bevölkerung scheint unbegrenzt. Abgesehen von einem dilletantisch angelegten Umsturzversuch im Januar 1983 und kurz aufflammenden Sezessionsbestrebungen im teilautonomen Sansibar (Dez. 83/Jan. 84) hat es in der jüngsten Vergangenheit der Republik Tansania keine nennenswerten Ereignisse gegeben, welche die gegenwärtige politische Konstellation in Tansania erkennbar infrage gestellt hätten. Dabei hat es an Anlässen für Unmutsäußerungen und Widerstände sicherlich nicht gefehlt. Deshalb kann Nyerere auch unwidersprochen feststellen, sein größter Erfolg — nach fast 25jähriger Amtszeit als Präsident — sei, ein stabiles Land zu hinterlassen.[2] Das erkennen sogar, dem Präsidenten und seiner Politik sonst nicht gerade wohlgesonnene westliche Politiker, an.[3]





Die Ziele der Arusha-Deklaration sind nicht erreicht worden

Gemessen an den in der Arusha-Deklaration von 1967 niedergelegten Zielen (gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln, Partizipation der Bevölkerung, egalitäre Gesellschaft, landwirtschaftliche Produktion als Hauptträger der Entwicklung, Abbau von Stadt-Land-Gefälle, Einbeziehung traditioneller und christlicher ethischer Werte, ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Autarkie, Vertrauen auf die eigenen Kräfte, außenpolitische Unabhängigkeit), gemessen auch an später erfolgten Korrekturen und Modifizierungen (Dezentralisierung und Regionalisierung von Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen, Einbeziehung industrieller Produktion und der städtischen Infrastruktur in die Entwicklungsplanung), sind die Ergebnisse schlichtweg enttäuschend.[4] Das Entwicklungsmodell Tansania, für mehr Europäer als Afrikaner Hoffnungsträger für eine alternative Gesellschaftsform, hat seine Attraktivität längst verloren. Ein besonderes Land ist Tansania dennoch geblieben. Für die einen Anlaß zu Schmähungen aus enttäuschter Liebe, für die anderen als schlagender Beweis des Scheiterns aller sog. sozialistischen Experimente. Beide Positionen werden den Zielen, Bedingungen und Realitäten dieses Landes nicht gerecht. Natürlich ist die gegenwärtige Situation in Tansania von zahllosen politischen, ökonomischen und sozialen Widersprüchen gekennzeichnet. Die Dorfentwicklung im Sinne des Ujamaa-Gedankens wird weiterhin beschworen, die versprochene Beteiligung der Landbevölkerung an den Planungen und Entscheidungen der Bürokraten und Funktionäre finden aber nicht statt. Versuche, die politischen Entscheidungen und Verwaltungen zu dezentralisieren, versanden immer wieder. Nicht immer liegt es am guten Willen und nicht immer liegt es am Geld

Seit 1971 haben sich Exporte stetig verringert, weil die Produktivität gesunken ist. 1981 waren die Exporte wieder auf dem Stand von 1962 angelangt. Zwar sind Ineffizienz, Korruption und Mißmanagement keine Unbekannten in Tansania, aber schwerwiegender haben sich die steigenden Ölpreise, die über 60% der Exporterlöse verschlingen, und die hohen Kosten des Uganda-Krieges sowie der Zusammenbruch der Ostafrikanischen Gemeinschaft[5] auf das Land ausgewirkt. Die Defizite konnten nur durch Aufnahme immenser internatinaler Kredite ausgeglichen werden: die Auslandsverschuldung Tansanias hatte astronomische Formen angenommen.[6] Die Versorgung des Landes verschlechterte sich zusehends, weil nicht genug Devisen erwirtschaftet wurden, um Mineralöl, Rohstoffe und Ersatzteile zu beschaffen. Deshalb wurden zunehmend Fabriken geschlossen bzw. neue Produktionsstätten erst gar nicht in Betrieb genommen. Ernteerträge verrotten, weil mangels Dieselkraftstoff der Transport zu den Märkten und Umschlagplätzen einfach nicht stattfinden kann. Die Nahrungsmittelproduktion kann mit dem hohen Bevölkerungszuwachs von 3,5% pro Jahr unter diesen Bedingungen nicht Schritt halten. Die Städte sind von dieser Situation besonders betroffen. Die Landbevölkerung, die immerhin fast 90% der Gesamtbevölkerung ausmacht, hat sich mehr oder weniger von den Zentren und damit vom Weltmarkt abgekoppelt und produziert weitgehend nur für den Eigenbedarf. 60% der Landbevölkerung leben heute ausschließlich als Selbstversorger. Es lohnt sich nicht, Einkommen zu erwirtschaften, weil man damit bei einer 30%igen Inflationsrate ohnehin nicht auskommen kann.[7]

Der IWF erzwingt die Wende

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung für das Budgetjahr 1984/85 haben eine drastische Wende eingeleitet, die in der westlichen Presse als Schritt zu einer „pragmatischen" Politik gefeiert wird: konsequent, allerdings nicht in dem geforderten Ausmaß, hat die Regierung die Forderungen des IWF umgesetzt: weitere Abwertung um 25%, Lokkerung der Preisbindung, Erhöhung der

Erzeugerpreise, Ausweitung des produktiven Sektors, Förderung von Privatinitiativen, Abbau von Importrestriktionen, Erleichterung des Devisentransfers.

Zur Milderung der Folgen für die Bevölkerung sind die Mindestlöhne z. T. bis zu 35% drastisch erhöht worden. Da trotz dieser Maßnahmen und der erwarteten steuerlichen Mehreinnahmen der öffentliche Sektor nicht finanzierbar ist, sind zusätzliche direkte bzw. indirekte Steuern eingeführt worden wie z. B. ein Schulgeld. Besonders die „Kopfsteuer" (Community Development Levy) hat in weiten Bevölkerungskreisen zu sozialen Härten geführt und Verbitterung ausgelöst. Deshalb werden immer häufiger, gesetzlich eigentlich ausgeschlossene Ausnahmen, von den Kommunalbehörden zugelassen.

Mittlerweile ist durch die Maßnahmen die Inflation weiter angeheizt worden; die Preissteigerungen haben die Lohnsteigerungen längst aufgezehrt. Immerhin ist ein erheblich verbessertes Warenangebot zu verzeichnen, welches, da ausnahmslos importiert, allerdings nur zu horrenden Preisen genutzt werden und deshalb nur für einkommensstarke Schichten zugänglich ist.

In Zentraltansania haben sich wegen der Dürre vom Sommer 1984 Probleme in der Nahrungsmittelversorgung ergeben, die aber nach Einschätzung von Fachleuten nicht so schwerwiegend, wie zunächst verkündet, waren und sich mehr als landesweites Verteilungsproblem darstellen. Die immer dann üblicherweise folgende Nahrungsmittelhilfe westlicher Geberländer und Organisationen ließ sich auch diesmal nicht verhindern, hat aber relativ bescheidenen Umfang gehabt.

Die letzten Verhandlungen der tansanischen Regierung mit dem IWF im Mai 1985 sind zwar wieder gescheitert, weil Tansania mit den Bedingungen hinsichtlich Umfang und Zeitspanne der Umsetzung oben erwähnter Forderungen nicht einverstanden sein konnte.[8] Nach der Ankündigung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit Warnke, sich vermittelnd einzuschalten, scheint eine Einigung in der nächsten Verhandlungsrunde nicht ausgeschlossen. Auch wenn wiederholt die unmoralische, machtpolitischen Einflußnahme der westlichen Industrieländer über das Instrument IWF beklagt und die Gefahr von Unruhen bzw. Aufständen der Bevölkerung beschworen werden, wird sich auch Tansania (übrigens genau wie Ghana bzw. Uganda) den Forderungen des IWF beugen müssen.

Bildungssystem und Gesundheitsfürsorge sind vorbildlich

Diese Darstellung behandelt nur einige wenige Probleme, denen sich Tansania ausgesetzt sieht, und diese sind auch nur oberflächlich angesprochen. Zu kaum einem Land in der Dritten Welt ist so viel publiziert, analysiert, spekuliert, kritisiert, kritiklos sympathisiert worden wie gerade zu Tansania, so daß man getrost unvollständig bleiben kann.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen, beim Anreißen von Schwierigkeiten und Negativbilanzen, die offenkundigen Erfolge und Errungenschaften auf die Tansania zu recht verweisen kann. Es gibt keine nennenswerten Stammeskonflikte. Das wird meist auf die objektiven Gebenheiten zurückgeführt, denn in Tansania leben ca. 130 verschiedene Ethnien, ohne daß einzelne quantitativ bzw. politisch-ökonomisch dominieren. Die Dorfentwicklung scheint manche Stammesabgrenzung verändert und verwischt zu haben, denn die Neuansiedlung erfolgte unabhängig von ethnischen Kriterien. Integrationsfördernd hat sich zweifellos auch die einheitliche afrikanische Landessprache Kiswahili ausgewirkt. Lediglich ältere Bevölkerungsteile sind dieser Sprache immer noch nicht mächtig.


Frauen in Tanzania

Die wohl anerkennenswertesten und beispielhaftesten Errungenschaften liegen im Bereich der Gesundheitsfürsorge und des Erziehungswesens. Das ganze Land ist mit einem Netz von Gesundheitsstationen und Krankenhäusern überzogen in denen die Konsultationen und Behandlungen kostenlos sind. Mittlerweile können 35% aller Dörfer ein eigenes Basisgesundheitszentrum in Anspruch nehmen. 40% aller Dörfer versorgen sich aus eigenen Brunnen mit Wasser. Die durchschnittliche Lebenserwartung eines tansanischen Bürgers ist von 34 Jahren (1961) auf gegenwärtig 51 Jahre angestiegen.

Hervorragendes wurde auch auf den Gebieten Erziehung und Ausbildung erreicht. Nachdem 1977 die allgemeine Schulpflicht eingeführt worden war, besuchen inzwischen 95% aller schulpflichtigen Kinder eine Primarschule. Belief sich zur Zeit der Unabhängigkeit die Alphabetisierungsquote der Erwachsenen nur auf ca. 10%, so betrug diese Quote 1978 bereits über 70%. Konnte man damals die Universitätsabsolventen an einer Hand abzählen, so können heute etwa 15000 Tansanier einen Hochschulabschluß vorweisen.

Wenn auch qualifiziertes Personal, Medikamente und Verbandsmaterial sowie Unterrichtsmittel immer noch nicht in ausreichendem Maße zu Verfügung stehen, so können diese Mängel das Erreichte auf dem Gesundheits- und Ausbildungssektor keinesfalls schmälern. Hervorzuheben sind auch die Einführung von — wenn auch recht niedrigen — Mindestlöhnen sowie Einkommensanpassungen insbesondere in den Städten, welche erhebliche Unterschiede aufgehoben haben.

Selbstkritik

Eine Liberalisierung zeichnet sich auch hinsichtlich der Behandlung der freien Meinungsäußerung, der persönlichen Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit ab. Ihren Niederschlag erfährt die Verbesserung der Menschenrechte vor allem in der bedeutsamen Gesetzesänderung zur Entschärfung der bislang berüchtigten Vorbeugehaft (Prevention Detention Act).

Der größte politische Fehler der Vergangenheit sei, räumte der Präsident jüngst ein, das Ausmaß der Verstaatlichung insbesondere in der Landwirtschaft und die Abschaffung der Genossenschaften gewesen.[9] Tansania korrigiert zur Zeit diese Maßnahmen erfolgreich in einem ebenso unafrikanischen atemberaubenden Tempo, wie seinerzeit auch die Verstaatlichungen betrieben wurden. (Selbst-)Kritikfähigkeit und die Versuche der praktischen Umsetzung sind immer, wenn auch weiterhin die Grenzen und das Ausmaß vom Präsidenten bestimmt werden,[10] eine politische Tugend in diesem Lande, der man woanders selten begegnet.

Die Union ist gestärkt worden

Die Bestrebungen, Sansibar politisch enger an die Union zu binden, wurden in personeller und struktureller Hinsicht konsequent fortgesetzt. Durch eine Verfassungsänderung ist die maximale Amtsperiode des Staatspräsidenten und des Vizepräsidenten auf 10 Jahre begrenzt worden. Neben dem Präsdenten von Sansibar ist nunmehr kraft Amtes auch der Premierminister der Union Vizepräsident.[11]

Erwartungsgemäß wurde der Präsident von Sansibar, Mwinyi, der seinen Vorgänger Jumbe aus allen Ämtern verdrängt hatte, auch zum stellvertretenden Vorsitzenden der Einheitspartei CCM gewählt.

Seit Anfang dieses Jahres sind die seit der Ermordung des ersten Sansibar-Prä-

sidenten Karume berüchtigten Volksgerichtshöfe (Peoples Courts) aufgelöst und durch einen High Court nach englischem Vorbild (wie auf dem Festland) ersetzt worden. Als Preis für die politisch engere Bindung der Insel an die vom Festland aus zentral regierte Union wurden den Sansibaris symbolische Zugeständnisse z. B. eigenen Hymne, Flagge und Präsidentschaftswappen zur Bestätigung weiterer Teilautonomie gemacht.

Insbesondere außenpolitisch kann Tansania eine sehenswerte Bilanz vorweisen. Die Normalisierung der Beziehungen zu all seinen Nachbarn konnte 1984 erfolgreich abgeschlossen werden, nachdem die Grenze zu Kenia 1983 wiedereröffnet und sich das, durch die unterschiedlichen Beziehungen zu Südafrika, belastete Verhältnis zu Malawi entspannt hatte.

Abbau der Selbstbestimmung

Tansania hat sich Freiheiten geschaffen (anhaltender Widerstand gegen Kreditbestimmungen des IWF) oder erhalten (Bildungssystem, Struktur der Gesundheitsversorgung), die angesichts der vorherrschenden ökonomischen und politischen Machtverhältnisse in der Welt erstaunlich anmuten. Der Preis für diese Unabhängigkeit waren Mangelerscheinungen und Unzulänglichkeiten. Die Bevölkerung, jedenfalls überwiegend die konsumabhängigen Schichten in den Städten und konsumorientierten Schichten auf dem Lande, ist offenbar nicht länger bereit, die Verzichte und Mängel auf sich zu nehmen; der Preis ist zunehmende Fremdbestimmung. Wenn der IWF die Bedingung stellt, die (defizitären) öffentlichen Ausgaben zumindest einzufrieren, dann heißt das angesichts des Bevölkerungswachstums, die sozialen Leistungen des Staates in Erziehungs-, Ausbildungs- und Gesundheitssektor zurückzuschrauben.

Das ist klassische Fremdbestimmung. Vertrauen in die eigenen Kräfte (self reliance) ist ein gesellschaftspolitisches Ziel gewesen. Kräfte können sich ohne Quellen nicht entfalten. Tansania hat immer über seine Verhältnisse und Möglichkeiten gelebt, auch wenn es ein Leben in äußerster Bescheidenheit war. Lange hatte das keiner bemerkt — weder die Tansanier noch die Geber. Man hatte sich daran gewöhnt und darauf eingespielt. Die Tansanier entscheiden, was man wo wielange machen darf, und die Geberinstitutionen führten die Maßnahmen (häufig nach eigenem Gutdünken) aus. So sind Eigen- und Parallelstrukturen aufgebaut worden, die sich tansanischer Einflußnahme und Kontrolle weitgehend entziehen. Selbstbestimmung reduziert sich mittlerweile auf die Entscheidung als solche, seltener auf die Umsetzung. Das hat dazu geführt, daß die Erweiterung des sozialen Leistungsangebots oder allein dessen Fortbestand total fremdbestimmt sind.

Stabilität durch Konsumangebote

Die tansanische Regierung ist bereit, diesen Realitäten Rechnung zu tragen und immer mehr die Bedingungen der Kapitalgeber zu erfüllen. Sie tut viel für das Fortbestehen der eigenen gegenwärtigen (Macht-) Strukturen, d. h. für die Stabilität und gibt damit das Ideengut der Arusha-Deklaration offenkundig auf. Konvergenz der Enwicklungsmodelle? Jedenfalls scheint sich Tansania gesellschaftspolitisch und ökonomisch mehr auf Kenia zuzubewegen als umgekehrt.

Nach lange erlebtem und häufig erlittenem Mangel verstärkt sich bei vielen Tansaniern das Bedürfnis nach Konsumgütern in auffälliger Weise. Die Verbesserung der Lebensbedingungen und der Versorgungssituation scheinen vordringlichstes Bedürfnis von Regierung und Bevölkerung zu sein. Alle Anstrengungen konzentrieren sich darauf. Es ist völlig klar, daß es wenigen Tansaniern besser als heute gehen wird, zum Preis, daß es vielen noch schlechter gehen wird. Armut erzeugt weitere Armut.[12] Dennoch wollen die meisten die eingeleitenden Veränderungen in der Hoffnung, zu diesen wenigen zu zählen. Und eines Tages werden die, denen es heute schlecht geht und denen es zukünftig noch schlechter gehen wird, den guten alten Zeiten der Präsidentschaftsjahre Nyereres nachtrauern.

Goetz Nagel

Anmerkungen:

1 Daily News (Tanzania) vom 28.5.85
2 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.5.85
3 Süddeutsche Zeitung vom 15.5.85 (BMZ Warnke)
4 Vergl. Dieter Hampel: „Tanzania: qou vadis", in: Rundbrief der Kontakt- und Informationsstelle für zurückgekehrte Fachkräfte, Nr. 14/84, S. 9ff
5 Ostafrikanische Gemeinschaft: Ursprünglich Zusammenschluß der vier britischen Kolonien Sansibar, Tanganjika, Kenia und Uganda als Zollunion seit 1923. Nach der Unabhängigkeit beibehalten, brach sie nach dem Machtantritt Amins in Uganda 1971 und durch den wachsenden „Systemkonflikt" zwischen Tanzania und Kenia zusammen. (Anm. d. Red.)
6 Vergl. Jane Carrol; Tanzania in Africa Review, 1985, in: 9th Ed. of African Guide, S. 315ff
7 Ausführlich dazu: R. Hofmeier; zur Lage in Tanzania, in: Der Überblick, Nr. 1/84
8 Handelsblatt vom 21. 5. 85
9 Daily Nation (Kenia) vom 24. 5. 85; R. v. Lucius, Zwiespältige Gefühle nach dem Abschiedsbesuch Nyereres in Bonn, in: FAZ vom 24. 5. 85
10 Daily News vom 28. 5. 85
11 Vergl. Quarterly Economic Review of Tanzania/Mozambique Nr. 4/84
12 Ein Kernsatz der Rede Nyereres vor der Friedrich-Ebert-Stiftung am 21. 5. 85 in vollem Wortlaut in blätter des iz3W Nr. 127/85

Medien in der Dritten Welt

Kinoreklame in Bombay

Zerstört moderne Medientechnologie per se die Kultur der Entwicklungsläner in die sie Eingang findet.
oder
Kann diese Technologie innerhalb einer demokratischen Medienordnung in den „Dritte Welt" Ländern sinnvoll und nutzbringend sein?

Auf allen Redaktionssitzungen zum vorliegenden Themenblock diskutierten wir immer wieder diese Frage. Eine solche Frage aufzuwerfen kristallisierte sich schließlich auch als das Ziel des Themenblocks heraus. Denn sie ist Grundlage für eine dringend notwendige neue Diskussion um die Neue Internationale Informationsordnung (NIIO). Eine Diskussion, die sich nicht, wie bisher auf das Anprangern der herrschenden Informationsordnung beschränkt. Eine Diskussion innerhalb der „Dritte-Welt"-Bewegung, die nicht bei der Kritik daran steckenbleibt, daß ca. 90 % der in der Welt verbreiteten Nachrichten von den fünf großen westlichen Nachrichtenagenturen kommen. Sondern eine Diskussion um Medienordnungen in den jeweiligen Ländern, die Kritik an deren Medienrealität zuläßt: daran, daß viele Regierungen immer noch gerne prestigeträchtige Großprojekte wie Farbfernsehen oder eigene Nachrichtensatelliten fördern. Eine Diskussion, die neben der Forderung nach einer NIIO Platz läßt, für die Forderung, Kommunikationsstrukturen auch in den Ländern selbst zu demokratisieren. Nach mehreren Auseinandersetzungen hatten wir beschlossen, uns auf die Analyse von Medienordnungen zu beschränken. Denn von der Medienordnung hängen auch die Inhalte ab. Zum Beispiel: Ein dezentral aufgebautes Mediensystem, das mit Hilfe von größtenteils nebenberuflich arbeitenden, in der Bevölkerung verwurzelten Korrespondenten funktioniert, fördert eher eine gerechte Medien- und Kommunikationsstruktur als ein staatsautoritäres, durchprofessionalisiertes Mediensystem.

Was für alle unsere Länderbeispiele, ob Indonesien oder Brasilien gilt: Ihre Medienordnung wird im wesentlichen von zwei Faktoren bestimmt. Einmal stecken die Regierungen auf der politischen Ebene bestimmte Rahmenbedingungen ab: Indem sie etwa die Anschaffung von eigenen Satelliten beschließen oder die Werbezeiten im Fernsehen gesetzlich regeln.

Der zweite, wichtigere Faktor, sind die technischen Möglichkeiten. So muß die „Dritte Welt" noch immer fast ihre gesamte Medientechnologie aus den Industriestaaten importieren. Und die wird oft nur in sogenannten Paketen verkauft. Ein Land, beispielsweise, das einen Fernsehsender kauft, ist gezwungen, gleichzeitig entsprechende Programme mitzubeziehen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt: Seit einiger Zeit macht das Schlagwort von „entwicklungsbezogenen Medien" die Runde. Gemeint sind damit etwa Landfunk oder Basis-Medien. Solche Alternativen, die es übrigens in Ansätzen schon gibt, und mit ihnen zusammenhängende Probleme werden in zwei Artikeln („Medien und Entwicklung", „Bundesdeutsche Medienhilfe") behandelt. Werden sie überleben? Der Beitrag zur Programmpolitik der BRD und ihre Verzahnung mit wirtschaftlichen Interessen macht wenig Hoffnung. *Red.*

Bluff ohne Grenzen oder Schlüssel zum Fortschritt?

Medien und Entwicklung

Sie sind die Hätschelkinder der Internationalen Entwicklungshilfe-Organisationen und stehen, als Hätschelkinder der Regierungs-Eliten gleich welcher Coleur, auf der Prioritätenliste aller Länder des Südens: Medien. Kein Land des Nordens, das nicht in „Medienhilfe" involviert wäre, Rundfunkanstalten, BBC und British Council, Stiftungen privater Presse-Monopole wie das Londoner International Press Institute, die Thompson Foundation, die US-amerikanische International Communication Agency (ICA), Universitäten von Reading bis Stanford, von Stockholm bis Lewicester, FAO, UNESCO und WHO, Weltbank und IDA, selbst die in Brüssel ansässige westlich-orientierte und die in Prag beheimatete, sozialistisch-orientierte(n) Internationale(n) Journalisten-Gewerkschaft(en) — niemand scheint sich dem Sog der „Medienhilfe" entziehen zu können.

Der Glaube an die Bedeutung von Medien in Ländern des Südens treibt seltsame Blüten:
Als die selige Indira Ghandi während ihrer Regierungszeit einmal zum Instrument der Pressezensur griff, sahen die westlichen Medien auf dem Subkontinent das Ende aller britischen Zivilisationsfrüchte. In Wirklichkeit eine Maßnahme, die von 700 Millionen Indern gewiß kaum 10 Millionen berührte — weil sie die englischsprachigen Tagesblätter wie die „Times of India" weder lesen noch bezahlen konnten, und selbst wenn: nichts darin hätte für ihr Leben Relevanz. Doch auch die in Urdu, Hindi oder Bengali gedruckten Blätter erreichen nicht ein Prozent aller indischen Dörfer.

In Dakar wird die nationale Rundfunk- und Fernsehanstalt mit Videokameras und Elitetruppen bewacht. Verständlich, denn bei jedem Putsch, bei jedem Putschversuch ist die nationale Sendeanstalt eines der ersten Ziele der neuen Machthaber. Verständlich. Aber begründet?

Die Angst der Regierenden vor der Wirkung von Medien — sie treibt seltsame Blüten: in Jakarta gibt es unter einer Reihe ausländischer Magazine auch die in Hongkong erscheindende „Far Eastern Economic Review" zu kaufen. Jedes Exemplar (jedes!) im Handel wurde an zwei Stellen mit Druckerschwärze eingefärbt, die Seiten anschließend verklebt. Handarbeit. Ein Artikel über die Aufstände auf den Phillippinen, einer über die indonesischen Umsiedlungsprogramme von Java nach Kalimantan. Nicht nur Angst hindert einen indonesischen Journalisten daran, ein kritisches Wort über derartige Themen zu schreiben. Ohne vorherige „Sicherheitsüberprüfung" bekommt er erst gar keine Reisegenehmigung. Zensur? Nicht doch. Die Regierten sollen vor seelischem Schaden bewahrt werden. Zum Beispiel vor dem Kulturschock, vor falschen oder künstlichen Bedürfnissen durch Massenmedien, vor Bedürfnissen, die der Staat momentan nicht erfüllen könnte, die ihr Wertesystem durcheinanderbringen könnte. Und so verbietet Präsident Suharto, daß Werbung über den indonesischen TV-Satelliten Palapa II im Fernsehen verbreitet wird. Welch fortschrittlicher Kulturakt. In den Kinos, einem weit massenwirksameren Medium, aber werden die Werbebotschaften in japanischen und amerikanischen Billigproduktionen viel psychologisch-plausibler vorgelebt.

Die Freiheit für den Import primitivster und brutalster, menschenverachtendster Kinoware aus Japan, Hongkong und den USA ist auf Malaysia, den Phillippinen und Indonesien grenzenlos, nur wenig extremer freilich als in der Mehrheit aller Länder des Südens (von Ländern wie Vietnam, Angola, Nicaragua, Mocambique oder Guinea-Bissau abgesehen), ist die Freiheit für kommerzielle Privatsender mit einem Werbeanteil bis zu 40% in Ostasien ebenfalls. Dieselben Regierungen aber beschweren sich in der UNESCO im Rahmen ihres — berechtigten! — Kampfes um eine Neue Internationale Informationsordnung (NIIO) über die Dominanz des Südens durch die großen westlichen Medienagenturen, den westlichen Medienimperialismus.

Der Glaube an die Wirkung von Massenmedien scheint grenzenlos — da werden Millionen in neue Fernsehanstalten investiert, aber unabhängigen afrikanischen Dokumentar- oder Spielfilm kann man einmal jährlich beim Filmfestival in Ouagadougou sehen, ansonsten, erheblich problemloser, in London, Paris, Frankfurt oder Berlin. Das Papier füllt Regale, auf dem die unterschiedlichsten Regierungen des Südens beschwören, daß der Ausbau der Medien die nationale Einheit fördern, die kulturelle Vielfalt verbreiten, die Entwicklung des Landes vorantreiben werde. Nur: kaum ein Land, das sich nicht in London im International Press Institute auf der Liste findet, die Verhaftungen, Berufsverbote, Zensur, Gefängnis und, wenn es denn sein muß, auch mal ein bißchen Folter für Journalisten aufreiht.

Der Glaube an die entwicklungsfördernde, massenbildende Wirkung der Medien mag grenzenlos sein — so recht traut niemand dem anderen: nicht nur daß Journalisten verhaftet werden, nirgends werden die Köpfe schneller ausgewechselt als in den jeweiligen Informationsministerien. Auch gibt es keinen Bereich der Entwicklungspolitik, in dem Geld so massiv fließt und zugleich so wenig empirische Untersuchungen über die entwicklungsrelevanten Auswirkungen vorliegen: ein Beispiel nur mag dies verdeutlichen — im Jahre 78 wurden im Auftrag des BMZ in einer „Querschnittsanalyse" elf ausgesuchte (!?) Medienprojekte untersucht. Elf von Hunderten, doch selbst die bescheidenen 50 Seiten dieser Untersuchung wurden gegenüber kritischen Abgeordneten wie eine Geheimsache behandelt.

Ob die Medientechnologien der Industriegesellschaften und die damit verbundenen Medienformen je eine nennenswerte entwicklungsfördernde Funktion hatten, ist bisher nirgends schlüssig nachgewiesen worden.

Dennoch wird weiter zügig am Ausbau der Massenmedien in den Ländern des Südens gebastelt: 1981 hatten die UN, ohne förmliche Abstimmung, beschlossen, das Jahr 1983 zum Weltkommunikationsjahr zu erklären. Ein Blick in die Hintergrundpapiere, der dafür zuständigen „pressure groups" in den UN zeigt rasch, was die vordergründigen Gründe dafür waren: ein — theoretisch zumindest, wenn man die Finanzierungsseite beiseite läßt — geradzu gigantischer Markt (oder, den jeweiligen Regierungen und Regierten entsprechend schmackhaft gemacht) ein gigantisches Bedürfnis nach Telefonnetzen, Fernseh- und Rundfunkempfängern, Druckmaschinen, Bodenstationen für Satellitenempfang, Relaisstationen, Cassettengeräten, Telexmaschinen für nationale Nachrichtenagenturen, Ü-Wagen und Studiotechnologie.

Und wären erst die entsprechenden Kommunikations-, besser: Empfängersysteme vorhanden, sind die Bedingungen geschaffen für eine noch perfektere „glo-

bal village"-Strategie, für die Penetration des Südens mit den an Sendeleistung unschlagbaren Transmittern millionenschwerer amerikanischer Missionsstationen, der Voice of America, der Deutschen Welle, Radio France International, den Konsumleitbildern des US-amerikanischen Kommerzkinos.

Doch was so schlüssig scheint, sagen wir eher: was eine gemeinsame Bewunderung im Norden wie im Süden erfährt, ist offensichtlich ein wenig in Verwirrung geraten.

War vor knapp zehn Jahren in den Medienhilfe-Zirkeln fast nur von „mass media", von Massen-Medien die Rede, von „journalism", von den gelobten Vorbildern der amerikanischen „schools of journalism" wurde vor kaum zehn Jahren allen-Begriff von „Massen" richten, und „media and communications". Es wird also, was eigentlich selbstverständlich sein sollte, akzeptiert, daß einerseits über Medien mit „der" Bevölkerung kommuniziert werden kann (unabhängig von der Frage, ob sie diese Kommunikation versteht, akzeptiert oder überhaupt empfängt), zum anderen aber in jeder Gesellschaft von modernen Medien unabhängige Kommunikationsformen bestehen (Versammlungen, Markttage, traditionelles Theater, Tanz, Musik, Erzählkunst, Rituale, Feste, Ältestenrat, religiöse Versammlungsformen, Frauentreffen). Diese, meist erheblich älteren, Kommunikationsformen haben naturgemäß wenig oder gar nichts mit modernen Medien zu tun. In allen „Entwicklungsprozessen" kamen neue Technokraten, als — vor allem durch endlose Fehlschläge — vereinzelte ausländische Berater mußten begreifen, was bei Turnbull, Davidson oder Ki-Zerbo einfach nachzulesen wäre: daß afrikanische wie andere südliche Gesellschaften auch (afrikanische umso mehr aufgrund der künstlichen Berliner Grenzziehungen) keine homogenen, sondern komplexe Gesellschaften sind. „Massenmedien", die generalisierend, verallgemeinernd sich ständig nur an „die Nation" richten, verstärken die Ablehnung der Zentralregierungen.

„Den" afrikanischen Landbau, „die" afrikanische Viehzucht, „das" Gesundheits- oder Bildungsprogramm scheint es nicht zu geben? Also schon gar nicht „die" Medienentwicklung, „den" Stan-



Redaktionsräume mit Druckerei der ländlichen Zeitung „Sauti ya Kericho", Kenya. UNESCO — rural-press-projekt *Foto: Frommlet*

falls unterschieden zwischen „big media" (Radio, Fernsehen, Zeitungen) und den meist belächelten „small media" (Poster, Fotografie, hektographierte Druckerzeugnisse, am Rande, vielleicht und gelegentlich, von Theaterformen), war, wenn nicht überhaupt nur von „media" oder „modern media", allenfalls die Rede von „mass communications", also Massenkommunikation, waren die Ausbildungsziele für Medienleute des Südens geprägt von den Standard-Termini westlichen Journalismus („reporting, news, feature, current affairs, editing, sub-editing" und dergleichen,), so ist in der Medienhilfe nun der Umgang mit Entwicklungsbegriffen zum unumgänglichen täglich Brot geworden.

Die neuen Medien-Slogans

Die Inflation der Medien-„Hilfe" mit Entwicklungsbegriffen. Bluff oder gewandeltes Bewußtsein? Erkenntnis, daß, wie in allen anderen Bereichen, ein Instrument des Nordens unter den Bedingungen des Südens versagt hat? Zuerst eine Klärung dessen, was sich, international, und teilweise auch in Medienprojekten internationaler und nationaler Organisationen — aus welchen Gründen, soll später untersucht werden — verändert hat:

Da wird, in der allgemeinen Definition von „Medien" inzwischen häufiger unterschieden zwischen „mass communications" — also Kommunikationsformen und Technologien, die sich an einen vagen Kommunikationsformen dazu, meist in der Form von Kommunikatoren, Autoritäten, die erst im Verlauf der Entwicklungshilfe, von „Projekten" entstanden. Überwiegend städtische Ideen, in der Mehrzahl künstlich, von außen (den „Hilfsorganisationen") oder zumindest den nationalen, westlich geschulten einheimischen Entwicklungsstrategen erfunden: der „party branch secretary", der „community development officer", der „extension worker", der „health officer", der „agricultural adviser", der „literacy officer", „nutrition demonstrators", um nur einige aus den Scharen derer zu nennen, die in persona für die Unterentwickelten fortan die Institutionen von Bildung und Fortschritt, „richtiger Ernährung", „verbessertem Hausbau", „Gesundheitspolitik" und „Frauenbildung", die die Ideen von nationalem Fortschritt durch permanente landwirtschaftliche Beratung, Anschluß an Kredit- und Genossenschaftswesen, kurz: die das verkörpern, was die Massen der Unterentwickelten über Jahrtausende nicht wußten, nicht konnten, nicht wollten — sich entwickeln, produktiv sein, eine nationale Idee begreifen.

Diese beiden, meist sehr divergierenden Kommunikationsformen, werden immer häufiger im Zusammenhang mit Medien-Entwicklung genannt, ja, sie sollen in eine entwicklungsbezogene Medienstrategie einbezogen werden. Warum?

Weniger die jeweiligen Informationsminister, die Regierungsbürokratien und dardtypus von Journalismus? Die zaghafte Revision der gängigen Medienprojekte wurde fraglos beeinflußt durch die Fehler und Lernprozesse auch in Nicht-Medienprojekten.

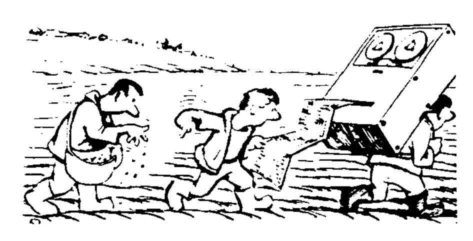
Dies drückt sich folgerichtig in einem der neuen Medien-Zauberwörter aus: **„development support communications"** — die Pluralform „communications" verdeutlicht bereits, was intendiert ist. Medien werden als gleichberechtigter Teil mit anderen Kommunikationsformen gesehen, die Verbindung zwischen Medien und Kommunikationen außerhalb, parallel zu „modernen" Instrumentarien, ist das erstrebenswerte Ziel. Und: Medien per se bewirken (was lange genug und noch allzu häufig in vielen Köpfen geistert) keine Entwicklung, sie haben allenfalls unterstützende Funktion, besser gesagt vielleicht: dienende, flankierende.

Da ist dann in der Folge auch von „zielgruppengerechten Medien" die Rede, von „entwicklungsrelevanten", „entwicklungsbezogenen" Medien.

Weil „Entwicklung" häufig gleichzusetzen ist mit übergeordneten Schwerpunkten — etwa Ländlicher Raum, Gesundheit, Kleinindustrien etc. — sollen auch Medien- und Kommunikationsformen möglich sein, die regionaler oder soziokultureller Spezifizierung gerecht werden. Im gewandelten Jargon nennt sich dies **„project support communications"**, Kommunikationsformen und -Methoden also, die ein bestimmtes Projekt nur be-

gleiten, unterstützen und bekannt machen sollen — beispielsweise Dammbau, verbesserter Reisanbau, Ochsentechnologien, Kreditgenossenschaften.

„Development journalism", Entwicklungsjournalismus, der dritte zentrale Begriff der neuen Terminologien, assoziert die Symbiose aus westlichem Berufsbild — der Journalist bei Tageszeitung, Funk, Fernsehen oder Wochenblatt in den gängigen Formen seines Produktes, — Reportage, Kommentar, Bericht, Feature, Magazin — dessen Inhalte aber nationale oder internationale „Entwicklungsthemen" sind.



Zur Notwendigkeit dieser Diskussion

Unter den UN-Organisationen versuchen vor allem UNICEF, FAO, WHO, in einzelnen Projekten die UNESCO die hier zusammengefaßt skizzierten neuen Medienstrategien und Konzepte in der Praxis zu verwirklichen, doch auch kirchliche Medienarbeit, teilweise bereits bi-laterale Medienprojekte westeuropäischer Staaten und Organisationen wenden sich zunehmend entwicklungsbezogenen Medien- und Kommunikationsformen zu.

Um die Relevanz dieser Veränderungen einschätzen zu können, ist es sinnvoll, die in fast allen 3W-Ländern austauschbare Norm, die Standard-Organisation der privaten wie staatlichen Medien zu umreißen:

Föderative Strukturen — wie in Nigeria oder Indien — sind in der gesamten Süd-Hemisphäre die Ausnahme. Zentralistische Machtkonzentration hatte auch zur Folge, daß Sendeanstalt, Zeitungen und andere Medien in der Hauptstadt — in greifbarer Kontrolle durch die Regierung — zentriert wurden. Die Tageszeitungen in Lateinamerika, im anglophonen und francophonen Afrika (auch dort, wo nationale Sprachen wie Suaheli geschaffen wurden) sind in den ehemaligen Kolonialsprachen geschrieben (In Asien ist die Situation etwas differenzierter). Ausdruck nicht nur des kolonialen-kulturellen „brain-washing", sondern auch bedingt durch die willkürlichen Grenzziehungen, den Zwang, möglichst rasch eine „Nation" zu bilden und dafür bot sich, angeblich, eine nationale Sprache nicht an. Die Heranbildung von einheimischen Journalisten verlief (und verläuft) nicht anders als in den übrigen Bereichen: „his masters voice", Training in England, Frankreich oder Portugal, einen Kommentar schreibt man, wie man in London einen Kommentar schreibt, Umbruch der Seiten nach dem großen Vorbild, der Rest dergleichen.

Folgerichtig heißen Tageszeitungen in Afrika „The Herald", „Standard", „Daily Mail", „Times of...", „Le Quotidien", die Seitenaufteilung ist die Miniaturausgabe von London und Paris: „business page", „women's corner", „latest news", „around the world". Im Ausland hatte man gelernt, Agenturmeldungen zu kürzen, zu bearbeiten, Interviews am Telefon zu führen, eloquente Partner, die vorab wußten, was sie zu sagen hatten, Alltagsstory, human touch, die kleine Reportage, ein paar Stunden Aufwand und die Geschichte sitzt, und dann die Wirklichkeit zu Hause:

kein Telefon, das außerhalb der Hauptstadt funktioniert, keine Dienstfahrzeuge, kein Benzin, Reportagen über Dörfer und Bauern? Das wären Tagesreisen, ohne Hotel, auf Sand- und Schotterstraßen, mit Menschen, zu denen man jeden Kontakt verloren hatte. Zudem zeigte sich, daß die Regierungseliten ihre Reden am liebsten in voller Länge abgedruckt sehen. Kaum Platz für anderes. Sich auf nationale Entwicklungsthemen differenziert einzulassen, ist kaum einem — sagen wir, in der Regeln keinem — Journalisten der Dritten Welt möglich: es fehlt an der entsprechenden Ausbildung, denn im üblichen Journalisten-Training ist von Ländlicher Entwicklung sowenig die Rede wie von Monokulturen, Handelsabkommen, Basisgesundheitsdienst oder Ochsentechnologie. Im post-kolonialen Schulsystem war davon ohnehin kein Wort zu hören un sich einzuarbeiten in solche, national-relevante Themen, fehlt den Journalisten des geringen Personalstandes die Zeit, mangels Fachzeitschriften, Archiven und dem fehlenden Selbstbewußtsein, einem „Experten" gewachsen zu sein, das Potential.

Zeitungen, die für die „Massen" nicht erschwinglich sind (aufgrund der Preise importierten Papieres), nicht lesbar aufgrund der Sprache und nicht relevant aufgrund der ausschließlich städtischen Inhalte, der Regierungs-Deklarationen im Technokratenjargon, der meist geradezu irrwitzig deplazierten Masse an Meldungen von ap, upi, Reuters, afp... Aus Europa versteht sich und den USA.

Wo Journalisten sich mit viel Energie an entwicklungsrelevante Themen heranarbeiten sind die Grenzen meist rasch erreicht. Die Zeitungen, wie auch Funk und Fernsehen oder nationale Filmproduktion und Nachrichten-Agentur, unterstehen den Informationsministerien, und deren Personal fehlt es an jeglicher entwicklungspolitischer Kenntnis. Sie vertreten am ehesten die Medienphilosophie des CSU-Abgeordneten Spranger: positive Nachrichten, „Erfolgsbauern", „Erfolgsprojekte", aber keine Berichte über Fehler, Mißstände, das — vielleicht sogar notwendige und erst damit lehrreiche — Scheitern von „Entwicklungs"-Strategien.

Was für die Zeitungen gilt, gilt auch für die elektronischen Medien, nur, daß hier zur bislang irrelevanten Ausbildung noch die Zwänge der Technik kommen: Studio-Technologie, weil die für die Produzenten profitabler ist als kleine, mobile Reportageeinheiten; Fernseh-Übertragungswagen, die den Weg zu nationalen Politfeierlichkeiten ins „Independence Stadium" schaffen, mit denen sich Commonwealth- oder OAU-Konferenzen in Farbe übertragen lassen, die aber vor jedem Schlagloch in den nur wenige Kilometer entfernten Compound versagen. Halbzoll, Dreiviertel-Zoll-Video, dessen Aufnahmen nicht nur für eine Minderheit von 1—2% Fernsehbesitzern (wie in Zambia, beispielsweise) ausgestrahlt werden könnten, sondern, auf Cassette und tragbarem Monitor, bei Bildungsveranstaltungen, wird als „minderwertig" belächelt, weil Industrieinteressen lange genug die Ausbildung mit teurer Technologie dominiert haben.

Die Schlußfolgerung freilich, die westlichen Medienmodelle hätten nur einen lächerlichen, für den Süden irrelevanten Journalisten hervorgebracht, das schäbige Alibi für den Norden, der Süden sei eben nicht fähig, die Modelle des Nordens zu adaptieren, ist falsch. Zeitschriften wie „South", „Africa Now", „Asia today", „jeune afrique", „african business" oder „Far Eastern Economic Review" werden vorrangig von asiatischen, arabischen oder afrikanischen Journalisten gemacht, brillanter in der Analyse der Nord-Süd-Beziehungen als die meisten ihrer westlichen (oder gar osteuropäischen) Kollegen. Aber zu brillant für die Massen des Südens, denen für diese Lektüre die Bildungsvoraussetzungen fehlen und zu nahe am „Punkt" für die heimischen „Compradoren-Regierungen".

Eine völlige Veränderung der Ausbildung

Wenn Medien eine positive Rolle in Entwicklungsstrategien und -Projekten spielen sollen, muß zuerst eine radikale Veränderung der Ausbildung von Medienproduzenten stattfinden.

Zum Prestige der meisten Universitäten in 3W-Ländern gehört es, ein „Departement for mass communications" zu besitzen. Nicht daß etwas gegen die wissenschaftliche Behandlung von Kommunikationen einzuwenden wäre, aber die Auswirkung auf die Ausbildung von Praktikern ist, immer getreu dem westlichen Vorbild, eine Akademisierung von Medienproduzenten, von Journalisten, die, souverän in allen Theorien der Kommunikationswissenschaften, den Unterschied zwischen Hybrid-Mais und nationalen Sorten nicht kennen, der für manches afrikanische Land und für Hunderttausende von Bauern ein ruinöses Problem wurde. Akademiker, die wie ich es in vielen Fällen in der Praxis erleben konnte, kein Interview mehr mit einem Subsistenzbauern machen können, weil ihre Fragestellungen, ihre Sprechweise, ihr kulturelles Gehabe, nichts mehr mit seiner Wirklichkeit gemein haben.

Die Ausbildungszentren von Zimbabwe

bis Zambia, von Ghana bis Senegal sind in der Hauptstadt angesiedelt. Kontakte mit der Wirklichkeit der Länder beschränken sich auf Tagesexkursionen. Die „Betroffenen" werden zur Lernstaffage, zu Antwortgebern in Lern-Interviews. Die Curricula haben sich — ausländische Experten lernen rasch, sich auf Modetrends einzustellen — verändert, von „rural radio", von „Interviews mit Zielgruppen" ist die Rede, Sendungen und Artikel über Landwirtschaft und Gesundheit sind „in". Der Begriff von „development media" macht die Runde. Aber es ist ein tückischer Begriff, denn er verlangt andere Recherchen und erheblich mehr Arbeitsaufwand als die gängige Medienarbeit, sollen Produkte dabei herauskommen, die den Interessen der Betroffenen zuerst „Stimme verleihen" sollen.


Massenmedien oder traditionelle Kommunikationsformen? Kirchenchor im Westen Kenias *Foto: Frommlet*

Ich kenne kein Land, in dem es möglich wäre, sich in städtischen Compounds oder ländlichen Gebieten als „Einheimscher" (geschweige denn als ausländischer Journalist) ohne die „Segnungen" des lokalen Partei- oder Regierungsvertreters zu denen „unten" zu begeben. Dies bedeutet aber in der Praxis, daß einem nur jene Kreditgenossenschaft vorgeführt wird, die die Kredite auch erhielt, deren Produkte zur Vermarktung abgeholt und anschließend vom Staat bezahlt wurden, daß einem der Subsistenzbauer vorenthalten wird, weil er sich aus Rückständigkeit nicht für Exportprodukte interessiert, weil er schließlich in der Öffentlichkeit die zu überwindende Unterentwicklung und nicht den Fortschritt repräsentiere.

Die Wirklichkeit aber sind — leider — nicht die Erfolgsprojekte, die „entwickelten" Bauern, sondern jene, die aus meist guten Gründen neuen Methoden gegenüber skeptisch sind, die Regel sind Kreditgenossenschaften, die auf ihr Saatgut und ihr Geld warten, die Regel sind „extension officers", die von den Bauern verachtet werden, weil sie nicht mehr von ihrer Hände Arbeit leben, sondern von der Zentralregierung, von der nie Gutes zu erwarten war, Klugscheißer allzuoft, die mit der Krawatte zur Versammlung kommen und sich nach einem Job in der Provinzhauptstadt sehnen.

Diese Wirklichkeit zu dokumentieren, zu begreifen, bedarf es trickreicher Recherchen, vorbei an den Regierungskanälen, braucht es viel Zeit und Vertrauen bei den Betroffenen. Aber dies alleine wäre in den staatlichen Medien nicht zu drucken, nicht zu senden, würde als „disloyal" der Regierung gegenüber abqualifiziert. Dennoch ist diese Wirklichkeit zu senden, zu drucken, wenn es dem Medienvertreter gelingt, über die Beschwerden der Betroffenen hinaus zu gelangen — an ihre Vorschläge, ihre Erfahrungen, ihre Weiseheiten. Und dann, nach einem mehrwöchigen Prozess des Sich-Näherns — ein Prozess der kulturellen Wiederangleichung zwischen verstädterten Medienproduzenten und der Basis (die, im übrigen, von ersteren auch in den städtischen Compounds so weit entfernt ist wie Hunderte von Kilometern auf dem Lande) — begriffen die Journalisten aus der Hauptstadt Lusaka und der Provinzhauptstadt im Rahmen eines zambischen Medienprojektes „plötzlich", daß diese Bauern voller „konstruktiver Kritik, voller Loyalität zum Lande im Sinne einer Nation" waren...

Development support communications fordert einen ständigen Balanceakt: die „Erfolgsprojekte" zu dokumentieren, weil sie andere ermutigen können, vor allem aber, weil es die Regierenden bestätigt und ohne diese Bestätigung ist die Zensur nur eine Frage von Wochen. Zugleich aber jene Wirklichkeit zu dokumentieren, die die Regel ist — um mit den Medien den Rezipienten gegenüber glaubwürdig zu bleiben, den Planern, der Entwicklungs-Executive gegenüber mit der Begründung, nur aus der Publizierung der gesamten Wirklichkeit eines Landes ließen sich Fehler vermeiden.

Die problematischste Frage bei „Entwicklungsbezogenen Medien" aber ist zu entscheiden, wessen Entwicklungsbegriff richtig, relevant, national sinnvoll ist. Die Gefahr liegt in dem kleinen Wort „support", unterstützend. Will heißen, daß andere definiert haben, was Entwicklung ist, den Medien aber nur zukommt, dies kritiklos zu unterstützen? Haben Bauern — beispielsweise — generell immer recht? Die einheimischen landwirtschaftlichen Berater — beispielsweise — nie? Welche Beurteilungskriterien hat ein Journalist, der nie Baumwolle angebaut hat, keinen Lehmbau fertigstellen könnte, keine Ochsenpumpe bedienen könnte? Die Antwort liegt darin, sich nicht ausschließlich auf Journalisten zu verlassen, die ansonsten keine andere Berufserfahrung mitbringen und zudem, wenn schon nicht in der Hauptstadt, so doch in einer Provinzhauptstadt wohnen.

Die Antwort heißt inzwischen in einer Reihe von Ländern, einer Reihe von Medienprojekten (ländliche Zeitungsprojekte in Mali und Kenia beispielsweise, Landfunk in Pakistan, Ansätze in Zambia, um nur einige zu nennen) alternierend zum „hauptberuflichen" Medienproduzenten Korrespondenten, Informanten, Kommunikatoren auszubilden, Menschen mit einem Nicht-Medienberuf, also Lehrer, Krankenschwestern, Hebammen, Basis-Gesundheitsarbeiter, „community-development-officers", Landwirtschaftsberater. Sie sollen wichtige Entwicklungsbereiche repräsentieren, das Vertrauen der Kommunen besitzen, die Interessen der Basis genauso kennen wie die Interessen der „Exekutive" in der Stadt und der Medienleute. Sie sollen verhindern, daß es Journalisten oder Regierungsvertretern überlassen bleibt (oder dem Zufall), was an „Wirklichkeit" in den Medien erscheint. Sie sollen — nachdem sie in mehrwöchigen Kursen gelernt haben, mit einem einfachen Kassettenrecorder umzugehen, einen Bericht zu schreiben, eine Geschichte, — regelmäßig Nachrichten von der Basis weiterleiten, aber auch Leserclubs, Hörerklubs initiieren, die gemeinschaftliche Rezeption, die Diskussion von Artikeln und Sendungen ins Leben rufen, Kritik, Themenvorschläge an die Medien formulieren helfen, sollen über die aktive Rezeption hinaus auch das Verbindungsglied zur „Aktion" sein: Kontakte zu fachkundigen Personen und Gruppen in der Umgebung vermitteln.

Neu sind an dieser Idee nicht die Radioclubs. Afrikanische Länder haben — auf dem Papier — jedes für sich Tausende solcher „farm radio clubs", „radio listener clubs". In der Praxis freilich bleiben die Bauern nach wenigen Sitzungen fern. Ziel war nämlich selten, daß die Bauern einen solchen Club selbst leiten sollten. Dafür hatte die Rundfunkanstalt oder das

Landwirtschaftsministerium einen „gebildeten" Informationsbeamten abgestellt. Keine Gespräche, kein Vertrauen, sondern Frage, Liste, Schreibblock, Krawatte, Teilnehmerzahl. Pädagogische Indoktrination.

Gelegentlich profiliert sich der „neue Typus" des Kommunikators, des „rural correspondant" so sehr, daß er (selten noch Frauen) überwechselt zum Medium. Dies hat, bei den kleinen, dezentralisierten ländlichen Zeitungen in Kenia — über die zu einem späteren Zeitpunkt in den „blättern" ausführlich berichtet werden wird — zu einer faszinierenden Realitätsnähe dieser Zeitungen geführt: die Macher dieser in Suaheli geschriebenen Regionalblätter stammen aus der Umgebung der Leser, sprechen deren Sprache, haben einen „richtigen" Beruf als Hintergrund, sind nicht durch die angeblich höherwertigen städtischen Redaktionen gegangen und haben deshalb keine Ambition, abzuwandern.

Ähnlich positive Erfahrungen wurden mit den ländlichen Zeitungen in Mali gemacht, deren Mitarbeiter sich vor allem — nebenberuflich — aus Lehrern „vor Ort" rekrutieren.

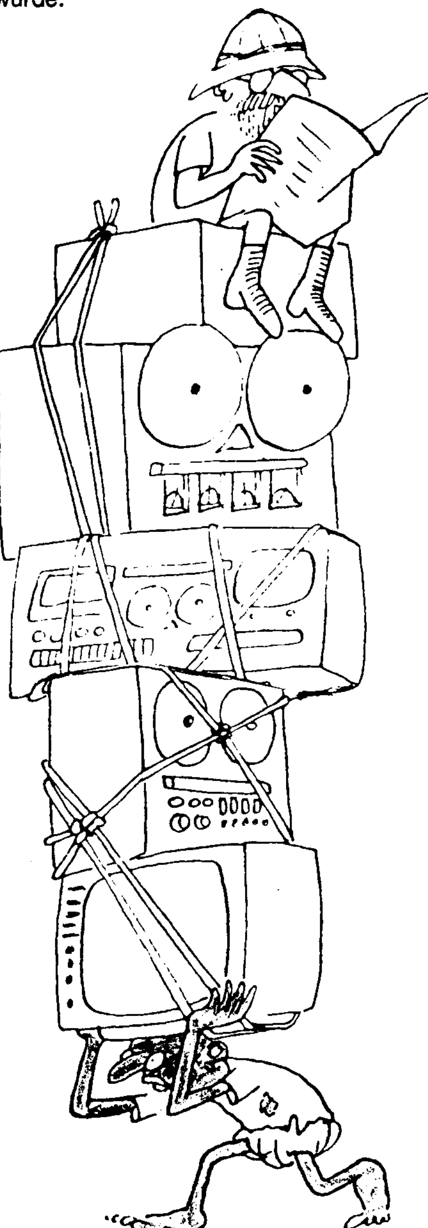
Der verengte Blick

Ein paar Jahre noch und das Ende der Wirkungslosigkeit westlicher Medientechnologie und Medienmodelle ist gekommen? Lokalradios und ländliche Zeitungen, dezentrale kleine UKW-Sender, mobile Abspiel- und Produktionsformen? Selbst wenn die Interessen der westlichen Medienkonzerne so rasch aus dem Felde zu schlagen wären, die Regierungs-Technokraten und Modernisierungsfanatiker in den Regierungen des Südens ihr Herz für O-Ton und Regionalmedien, Dokumentarisches und Basisjournalismus entdeckten: schon zeichnet sich in dem Wenigen, was in Radiosendungen als „developmental media" quer durch den Süden produziert wird, die neue Irrelevanz ab:

die komplexe, facettenreiche, zu einem großen Kreis geschlossene Wirklichkeit der vielen städtischen und ländlichen Kulturformen, der vielfältigen sozialen und ökonomischen Realitäten wird in handliche und handhabbare Scheibchen zerlegt: Menschen, Geschichten von Menschen, die Ruhe und Ausführlichkeit afrikanischer Beschreibungen und Darstellungsweisen, Palaver und Privates wird auf Spot-Länge geschnitten, auf das Wichtigste reduziert, und das ist: die entwicklungsbezogene Botschaft, die — ja, so heißt dies in Fachkreisen inzwischen — „development message".

Da werden O-Töne und Bauern, Handwerker und Genossenschaftsmitglieder zu Versatzstücken in fünfminütigen Entwicklungs- oder „project-support"-Spots, „women's forum", „you and your health", „farmers corner", 6.10—6.15 h, zum Aufwachen. Keine Erfahrungen werden mehr mitgeteilt, und erst recht keine Menschen, die nicht in entwicklungs- und projektbezogenen „topics" leben, sondern in Verhältnissen, in denen nie, oder zumindest selten, über „ein Thema" separat geredet wird.

Zurechtgeschnitten auf — die westlichen Vorbilder — poppige, mit Musikeinblendungen, An- und Abmoderierung, Zwischenmoderation, Zwischen- und Trailermusik versehene Magazinlängen von 30—60 Sekunden Original-Ton, redet dann ein Bauer über Mais. Und über nichts anderes. Eine Mutter über „literacy classes", und über nichts anderes. Was mit Menschen passiert, ist — wieder einmal — der Abklatsch unserer Medienlandschaft: Stichwortgeber für den Moderator, den Kommentar, die Überleitung, das „Nachklappern", rudimentär, reduziert auf „Ausschnitte von Wirklichkeit", ohne daß der ganze Mensch begreifbar würde.



Das muß nicht so bleiben, die weltweit austauschbaren Gesundheitsmagazine, Spots zu Latrinenbau und „breastfeeding is the best", die weltweit gleichen, mit ein wenig Orinigal-Ton garnierten Kurzfeatures über „how to start a co-operative" müssen nicht das Ende von „development media and communications" sein — wenn die Macher sich befreien von Sendeschemata und Sendeformen, vom angeblichen gesicherten Umbruch einer Zeitungsseite, wie es die Normen unserer Medien vorsuggerieren, wenn Aufbau und Rhythmus einer Sendung, „richtige" oder „falsche" Interviewlängen, Erzählformen, wenn sich die Aesthetik von Medien aus den jeweiligen regionalen Kulturformen ableiten und nicht aus neuen Slogans und Rezepten aus dem Norden.

Eigenständige, kreative Entwicklungsmedien

Entwicklungsprozesse finden in langsamen, komplexen Prozessen statt. In Auseinandersetzungen zwischen sehr unterschiedlichen Mitgliedern einer gesellschaftlichen Gruppe, in Dialogen, Palaver, zwischen Alten, traditionellen und neuen, „gebildeteren" Autoritäten (Dorfvorsteher und Lehrer, zum Beispiel), zwischen Frauen und Männern, finden statt an einer Vielzahl von Phänomenen. Wo Latrinen gebaut werden, verändern sich auch andere Dinge, wo es um Alphabetisierung für Frauen geht, steht vieles andere auch zur Diskussion als Folge ihres Lernens, wo Ochsentechnologie Erfolg hat, hat dies auch Auswirkungen auf viele andere dörfliche Bereiche.

Noch neigen entwicklungsbezogene Medien(leute) dazu, diese Vernetzungen aufzubrechen, in Broschüren, Sendungen, Poster und Filmstrips, die — fast ist es die Regel — von verschiedenen „communication units", unter der Oberhoheit der jeweiligen Fachministerien getrennt voneinander recherchiert, produziert und vertrieben werden. Nein, es ist nicht Vereinfachung, es ist die Regel, die ich seit 78 ständig erlebe: daß der „community development officer" für „sein Programm" zu Hausbau und „social acitvities" Interviews macht, im selben Dorf, derselben Dorfgemeinschaft der Kollege vom „health education unit" zu Impfungen und Tsetse-Befall, der Kollege vom „rural information service" zu Maisertrag und Soja.

So sehen sie die Gemeinschaften, so sind allzu oft (noch) ihre Sendungen, ihre Artikel: parzelliert, gutgemeint im besten Falle, Kommunen aufgeteilt nach Entwicklungsprioritäten.

Dies zu durchbrechen, gesellschaftliche Gruppen und Entwicklungsprozesse, Entwicklungsprojekte in der Totalität ihrer Vernetzungen, ihrer Traditionen, Brüche und Veränderungen zeigen, ist am erfolgreichsten, am glaubwürdigsten, am „echtesten" bislang in einer Vielzahl von Ländern mit den Mitteln von „popular theatre" und „radio drama" gelungen.

Hörspiel und Theater, das wenig mit unseren Produktionsweisen zu tun hat, nicht am Schreibtisch entsteht, sondern in der Wirklichkeit von städtischen Com-

pounds und Dorfgemeinden. Popular theatre, wie es seit Ende der siebziger Jahre in Botswana (Laedza Batanana Theatre), in Zambia und neuerdings in Zimbabwe entstanden ist und ähnlich in Tanzania und Westafrika zu finden ist, lebt aus der Wirklichkeit in ihr: junge Stückeschreiber, die ohne Ausnahme von einem anderen Beruf leben, Schauspieler, Musiker, die — wie in Zambia, Ghana, Nigeria — ihre autodidaktischen Fähigkeiten in non-formalen Kursen am universitären „Department of performing arts" verbessern oder, wie in Botswana jeder institutionalisierten Ausbildung entbehren, etablieren über Wochen, oft über Monate, einen regelmäßigen Kontakt zu Individuen und Gruppen in Compounds oder Dörfern, sammeln Daten und Hintergründe zu entwicklungsrelevanten Themen (Gesundheit, Landwirtschaft, Ehestreit, Tabus, Migration etc.), studieren die Verhaltensweisen, die Sprechweisen, die Charaktere „ihrer" späteren Hörspiel- oder Theaterumgebung, vermeiden formalistische (weil abschreckende) Interviews und bevorzugen ausführliche Hintergrundgespräche, übernachten, wo möglich, bei ihren Zielgruppen, denen, die das Material, die „Typen" der Dramatisierungen bieten und... beginnen dann erst mit der Dramatisierung der Inhalte. Um die Stücke, die Hörspiele nicht bei platter Wirklichkeitsabbildung stehen zu lassen, werden Konfliktfiguren ebenso wie langsame Veränderungen in einer Kommune eingeflochten. Witzig, teils die Vertreter der „Entwickler" karikierend: die Berater, das Krankenpersonal, der vom Fortschrittsglauben beseelte lokale Parteien-Vertreter. Um sich über die thematischen Hintergründe abzusichern, wernden Ein- bis Zweitagesseminare zwischen Theatergruppen und, beispielsweise, Gesundheitspersonal veranstaltet.

Mit diesen Theaterentwürfen begegnen sich die Gruppen in die Kommunen und entwicklen einen „offenen" und öffentlichen (Markt, Dorfplatz) Aufführungsrahmen, der das Publikum ständig einbezieht, seine Kommentare ins Spiel integriert, ja, bei vielen Vorstellungen sogar eine spielerische Einbeziehung, einen Dialog mit „Autoritäten" wie dem anwesenden Dorfvorsteher, dem Distriktbeamten, dem Veterinärberater „provoziert". Eine dermaßen flexible, auf Improvisation gestützte Theaterform ist nur deshalb möglich, weil die Akteure ihr Publikum kennen, eine Vertrauensbasis vorhanden ist, sich über den vorherigen Kontakt eine Beziehung entwicklen konnte.

Grundprinzip dieser Theaterform ist es, nach der Vorstellung so lange im Dorf, im Compound zu bleiben, bis sich zum „Problem" des Stückes eine Gruppe gebildet hat, die von der Rezeption eines Mediums zur Handlung übergehen will: also sich in irgendeiner Form zusammenschließt, sich organisiert, etwas unternimmt, um den aufgezeigten Problemen näher zu kommen. Unter den Zuschauern sucht die popular theatre-Gruppe sich eine oder mehrere Kontaktpersonen, die die Gruppe über die „Entwicklungen", die Veränderungen und sozialen, politischen Prozesse in der Gemeinde unterrichten wird, sodaß im Verlauf der nächsten Monate über den veränderten Zustand einer Gemeinde, über mögliche neue Problemstellungen, ein weiteres Stück produziert und vorgeführt werden kann.

Popular theatre lebt von der „audience participation", der aktiven Beteiligung, der Handlungsbereitschft seines Publikums und... dem Mitgehen, dem Mit-Lernen der Theatermacher der Kommunikatoren.

Noch freilich können sich viele dieser Gruppen nur am Leben halten, weil sie Unterstützung aus ausländischen Projektmitteln, von internationalen Organisationen wie UNICEF, WHO, SIDA oder anderen bekommen. Noch absorbiert die Nicht-Funktionsfähigkeit einer neuen, mit japanischer Technologie vollgestopften Rundfunk- und Fernsehanstalt in Zambias Hauptstadt Lusaka das Vielhundertfache dessen, was die Subventionen von mobilen popular-theatre-Gruppen in ganz Ostafrika kosten würden.

Noch ist es für bundesdeutsche und andere Medienprojekte sinnvoller, technologiegestützte Medienprojekte in den Hauptstädten zu fördern, denn diese Projekte schaffen Infrastrukturen, die auch für ausländische Programme nutzbar sein werden, sie produzieren einen Typus von Medienfunktionär, der „gesellschaftspolitisch" beeinflußbarer ist als die für Internationale Kongresse weniger nutzbringenden Theatergruppen, die ländlichen Korrespondenten, die schreibenden Dorflehrer, Landwirtschaftsberater, die Genossenschaftsvertreter, die näher an den Betroffenen sein könnten als an Wünschen von teleprintern, telefax und Terminal als Mittel zur „Kommunikationsförderung in Entwicklungsländern."

Dennoch: zaghafter Optimismus ist erlaubt. Auch wenn es stark nach „entwicklungspolitischen Missionssendungen" aussieht, einer Art „development gospel": skandinavische Organisationen, WACC London, Weltkirchenrat Genf, FAO, WHO und UNICEF, teilweise auch einzelne Abteilungen der UNESCO sind vom Modellcharakter westlicher Journalisten-Schulen, der zentralisierten Druckhäuser und Sendeanlagen, den Träumen von Bildungssatelliten -Programmen abgekommen, plädieren für den Vorrang menschlicher Kommunikationsmodelle vor technischen, für Medienverbund-Systeme in kleinen, dezentralisierten Einheiten (Handpresse, Fotolabor, Kleinst-Studio auf UKW-Sendebasis mit einem Radius von ca. 100 km, Posterproduktion, im Extremfall 3/4 Zoll-Video-Mobileinheit).

Vielleicht werden wir dann, in den Industriegesellschaften, in zehn Jahren, vor dem Erstickungstod durch Regionale Servicewellen, zwischen Parabolantennen, telefix und telemix, zwischen disc-Ketten und pay-TV, um Medienhilfe aus dem Süden bitten. **Wolfram Frommlet**

Anmerkung: dieser Artikel beruht auf drei Jahren Arbeit in einem BMZ-finanzierten Medienprojekt in Zambia (78—81) und, seit 82, regelmäßiger Trainings- und Beratertätigkeit mit verschiedenen Organisationen für afrikanische und asiatische Medienleute, vor allem in den Bereichen Landfunk, Videoeinsatz zu Bildungszwecken, popular theatre, Film, graphic-design, Ausbildung von ländlichen Kommunikatoren und Korrespondenten.

Bundesdeutsche Medienhilfe

Bundesdeutsche Medienhilfe: ein selbst für Experten kaum noch durchschaubares Nebeneinander bilateraler sowie indirekter Hilfe über die verschiedenen Inlands- und Auslandsorganisationen für die unterschiedlichen Projekte. In kaum einem Bereich der Entwicklungspolitik ist es so schwer, an Detailinformationen heranzukommen, da Berichte über Projekte in aller Regel der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden.
Der folgende Artikel von Wolfram Frommlet, der selbst drei Jahre ein BMZ-finanziertes Medienprojekt in Zambia leitete, versucht etwas Licht ins Dunkel zu bringen. Neben einer Übersicht über die verschiedenen Institutionen, die Medienprojekte fördern, stellt er die grundsätzlichen Probleme nach 30 Jahren bundesdeutscher Medienhilfe dar. Red.

Von 1961 bis 1983 (letzte vorliegende Zahlen) hat die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen bilateraler Hilfe 454 Projekte mit einem Finanzvolumen von 1.271 Milliarden DM gefördert.

Diese Projekte umfassen vorrangig den Auf- und Ausbau von Radiostationen, den Aufbau von nationalen oder regionalen Nachrichtenagenturen, Technische Hilfe (Sendeanlagen, Sende- und Studiotechnik, Ausbildung von Technikern vor Ort, Aufbau von Rundfunk-Technikerschulen, mobile Sendeeinrichtungen), Mithilfe beim Aufbau von Journalisten-Ausbildungszentren, in geringerem Maße den Auf- und Ausbau von Fernsehanstalten, die Unterstützung von nationalen Vorlagen, Druckereien, peripher die Unterstützung nationaler Film-Produktiosstätten. Bilaterale Hilfe im Medienbereich wurde entweder im Rahmen von gtz-Projekten (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn) oder über die (seit einigen Jahren an die gtz abgetretene) ehemals eigene Medien-Abteilung der Deutschen Welle, Köln, „abgewickelt", zu einem Teil aber auch direkt im Rahmen direkter Ländervereinbarungen an Regierungen des Südens gegeben, hierbei teilweise über UNESCO-Vereinbarungen.

„Trainigszentren" für ausländische Journalisten

Die bilaterale Kapitalsumme im Bereich der Medien-Entwicklung ist nur ein Teil bundesdeutscher Medienförderung in Ländern des Südens. An Medienförderung sind auch eine Reihe von Inlands- und Auslandsorganisationen über Mittel aus dem BMZ oder dem Auswärtigen Amt (AA) beteiligt.

Seit über 20 Jahren werden in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin Techniker, Journalisten, Kommunikatoren, Hörfunk- und Fernseh-Mitarbeiter — bislang insgesamt über 3.000 — in Kursen zwischen zwei und achtzehn Monaten aus- bzw. weitergebildet. Am West-Berliner Internationalen Institut für Journalismus werden hauptsächlich Journalisten aus dem Bereich der gedruckten Presse weitergebildet (in den meisten Ländern also vor allem die in der Hauptstadt ansässigen Tages- oder Wochenzeitungen in einer der ehemaligen Kolonialsprachen Französisch und Englisch).

Dieses Institut, ursprünglich das Geistes- und Finanzprodukt eines Axel Cäsar Sringer, mit Unterstützung aus den USA, um im „freien Teil Berlins" Journalisten aus Asien und Afrika mit den Idealen eines „freien Journalismus" zu segnen, ist seit langem von diesen dubiosen Ziehvätern unabhängig und erhält, ohne nennenswerte Reglements, die Mittel aus dem BMZ.

Da die Deutsche Welle aus Köln in alle Teile der Welt sendet, war es eine logische Konsequenz, vor 20 Jahren ihr ein von der Intendanz des Senders unabhängiges, ausschließlich aus BMZ-Mitteln finanziertes Rundfunk-Ausbildungszentrum anzuschließen, in dem seither Rundfunktechniker und Rundfunkmitarbeiter (Journalisten, Management, Produzenten der unterschiedlichsten Abteilungen nationaler Anstalten) Theorie (Medien, Ländliche Entwicklung, Tropenlandwirtschaft, Entwicklungsmodelle, Kultur) und Praxis (Magazine, Live, Feature, Serieprogramme, Programmplanung, Funkdrama etc.) vermittelt bekommen. Die Ausbildung von Studiopersonal, Kameraleuten, Technikern, Produzenten, Journalisten im Fernsehbereich wurde dem Sender Freies Berlin (SFB) angegliedert.

Sowohl SFB- als auch DW-Ausbildungszentren führen vor Ort, vorrangig in Asien und Afrika, auch Kurzzeitmaßnahmen (maximal bis zu drei Monaten) durch.

Die politischen Stiftungen

Einen entscheidenden Teil — außerhalb der oben erwähnten bilateralen Projekte — im Medienbereich haben seit etwa 15 Jahren die beiden politischen Stiftungen, Friedrich-Ebert und Friedrich-Naumann (FES und FNS) in Asien, Afrika, im arabischen Raum, der Karibik und Mittel- und Lateinamerika übernommen. Die Projekte reichen von der Unterstützung des kirchlichen Verlages Mambo-Press in Zimbabwe bis zum Ausbau eines „Radio Rurale" in Congo-Brazzaville, sog. „Mass Media Institutes", Abteilungen für „mass communication" in Zambia und Sudan, Film- und Fernsehausbildung in Nairobi, Fernsehen in Ghana und Singapur, bis zur Unterstützung von regionalen Medien-Dokumentations, -Ausbildungs- und Forschungszentren in Singapur und Kuala Lumpur. Sie sind in Puerto Rico wie in Zaire, in Uganda (Fernsehen unter Idi Amin durch die FES) ebenso zu finden wie im Süden des Sudan (Fernsehen unter FES). Die Kapitalhöhe ist nur in detektivischer Langzeitarbeit zu erfahren, da sie in den jährlichen Millionen-Etats der Stiftungen verborgen und nicht im einzelnen in den öffentlichen Berichten ausgewiesen sind.

Weitere Formen der Medienhilfe

So weit gestreut die Projekte und Länderaktivitäten der Stiftungen sind (Adenauer- und Seidl-Stiftung haben bislang im Medienbereich nahezu keine Projekte unternommen), so weit verzweigt sind sie bei der gtz: Da wurde in der Türkei Hörfunk und Fernsehen (Technik und Produktion) aufgebaut bzw. nennenswert ausgebildet, in Liberia die nationale Nachrichtenagentur LINA technisch wie inhaltlich-personell beim Aufbau unterstützt, in Rwanda über Jahre mit freigestelltem journalistischen wie technischem Personal der Deutschen Welle, der Rundfunk ausgebaut. In Birma wurde mit dem Bau von Sendeanlagen durch gtz-Experten ein nationales Radio-Netz ermöglicht und die nationale Schulbuchdruckerei (technisch das Neueste vom Neuen aus der Bundesrepublik, und zu etwa 40% ausgelastet) in Kigali/Rwanda von einem deutschen Experten ins Laufen gebracht — die Liste scheint endlos.

Und: sie wird nicht kleiner, denn sollte, was ohnehin selten genug der Fall ist, ein Projekt endgültig von bundesdeutschen Experten an die einheimischen Partner übergeben werden oder, was gelegentlich besser wäre, wegen fehlender ent-



Aus- und Weiterbildung von Landfunkjournalisten und ländlichen Korrespondenten in Zambia *Foto: Frommlet*

wicklungspolitischer Relevanz eingestellt werden — sollte dieser Ausnahmezustand eintreten, sind neue Projekte längst initiiert.

Dies nicht immer unter Mithilfe bundesdeutscher Experten, nicht immer ausgeführt über bundesdeutsche Organisationen. Außer dem Länderbeitrag, den die Bundesregierung in jedem Haushaltsjahr an die UNESCO zahlt (und wovon im Rahmen aller UNESCO-Aktivitäten eben indirekt auch ein kleinerer Teil in den Medienfonds fließt, ohne direkte Mitsprache der Bundesregierung), außer dieser indirekten Beiträge hat sich die BRD seit knapp zehn Jahren auch entschlossen, an die UNESCO sog. funds-in-trust-Mittel zu entrichten. FIT bedeutet, daß die Mittel nicht in den allgemeinen UNESCO-Topf oder zumindest in die allgemeinen Medien-Aktivitäten dieser UN-Organisation gehen, sondern in ein spezifisches Projekt, das wiederum von einer spezifischen Unterabteilung der Unesco betreut und vor Ort teils mit entsandten UNESCO-Beratern, teils mit einheimischen Fachleuten, gelegentlich unterstützt durch Kurzzeit-Experten aus dem Ausland, durchgeführt wird. Die Bundesregierung bzw. das BMZ behalten sich das Recht vor (und nehmen es in der Regel auch gewissenhaft wahr), nach drei bis vier Jahren Projektverlauf, in Absprache mit der Zentrale der UNESCO in Paris, von unabhängigen Fachleuten eine Evaluierung durchführen zu lassen.

FIT-Projekte werden zunehmend von der BRD, aber auch von anderen finanzstarken Mitgliedsländern, wie Frankreich, Skandinavien, Großbritannien bevorzugt. Dies erscheint angesichts der Undurchsichtigkeit und Schwerfälligkeit internationaler Apparate verständlich, hat aber auch ganz offensichtlich einen anderen Grund, nämlich den, direkteren Einfluß zu haben über die Geldmittel und die Inhalte eines Projektes. Eines der herausragend positiven Beispiele im Rahmen von FIT-Mitteln war die Unterstützung, der Aufbau kleiner, ländlicher und dezentraler Zeitungen, geschrieben in Suaheli, in Kenya. Soeben hat sich die BRD verpflichtet folgende Projekte im Rahmen des UNESCO-Schwerpunktprogrammes zur Internationalen Medien-Entwicklung zu fördern:

— das IPDC-Programmes (International Programme for the Developement of Communication)

— über Treuhand-Gelder den ländlichen Hörfunk in Nepal

— die Rundfunkentwicklung auf Guinea-Bissau

— die Rundfunk-Ausbildung in der Karibik (ein regionales Projekt)

— und den Aufbau der (ebenfalls regionalen) lateinamerikanischen Nachrichtenagentur ALASEI

Außer diesen Formen der Medien-Entwicklung müssen aber noch eine Reihe anderer Aktivitäten und Institutionen genannt werden: Aus Mitteln des BMZ führt die Carl Duisberg-Gesellschaft (Köln), eine fast weltweit aktive Organisation, Fortbildungsmaßnahmen für Programmitarbeiter vorrangig aus Hörfunk und Fernsehen in Asien und Afrika (in Ausnahmefällen in Lateinamerika) durch. Ursprünglich war diese Gesellschaft gegründet worden, um in der „Dritten Welt" primär für die Interessen der Deutschen Industrie wissenschaftlich-technischen Nachwuchs zu fördern.

Organisiert über die Frankfurter Buchmesse-Gesellschaft und in Zusammenarbeit mit der Frankfurter „Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika", finanziert aber durch Mittel aus dem Auswärtigem Amt oder der CDG, unterstützen Graphiker, Designer, Verlagsfachleute in Kurzzeit-Seminaren (meist drei—fünf Wochen) kleine, junge, nationale Verlagshäuser in Asien, Afrika und Lateinamerika. Auch die Goethe-Institute in den verschiedenen Ländern des Südens sind im Medienbereich aktiv: Sie laden Theaterleute, Dramatiker, Filmemacher, Hörfunkjournalisten, Hörspielautoren und Verleger ein, um mehrwöchige Seminare und Workshops durchzuführen.

Neuerdings ist gar die bislang nur durch ihre „Aussiedler- und Emigranten"-Arbeit bekannte Otto-Benecke-Stiftung in Zambia ins Mediengeschäft eingestiegen, lokale Konkurrenz zur dort bereits seit 78 tätigen Naumann-Stiftung.

Versuch einer kritischen Bestandsaufnahme

Eine Einschätzung, eine Bewertung, ja gar eine kritische Aufarbeitung von über 30 Jahren bundesrepublikanischer „Medienhilfe" gibt es bislang nicht. Es gibt



kaum genug öffentliches Material, um einen Ordner zu füllen. Dafür gibt es eine Vielzahl von Gründen: Die Projekte der Stiftungen entziehen sich, wie alles, was diese vier aus BMZ-Mitteln finanzierten Partei-Deckorganisationen im Ausland veranstalten, der Einsicht durch Öffentlichkeit. Selbst entwicklungspolitisch engagierten Bundestagsabgeordneten ist es nicht gelungen, die Stiftungsprojekte, die Berichte und Evaluierungen einzusehen. Doch selbst dem Schreiber dieser Zeilen, der drei Jahre in Zambia ein BMZ-finanziertes Medienprojekt der Naumann-Stiftung leitete, war es nicht möglich, die in anderen Ländern von der FES gemachten Erfahrungen zu studieren. Konkurrenzangst, gewiß auch das, denn an „Projekte" zu kommen, bedeutet Mittel, bedeutet Eigenanteil der Auslandsmittel in die unkontrollierten Taschen der Stiftungen.

So sind 12 % der Projektmittel für die Abdeckung des Verwaltungshaushaltes bestimmt. Auf diese Weise werden natürlich teure (zentralisierte) Projekte für die Stiftungen lukrativer. Bei einem Projekt mit einem Finanzvolumen von 1 Mio. DM ergibt sich für den Verwaltungshaushalt der Stiftung immerhin der stattliche Betrag von DM 120.000,—, wohingegen beispielsweise die Unterstützung eines Selbsthilfeprojektes mit DM 3000,— nur DM 600,— für die Verwaltung abwirft, was wiederum nicht einmal die real entstehenden Kosten abdecken dürfte.

Vertuschen von Fehlern? Gewiß auch das, denn manche Projekte sind auch nach weit über zehn Jahren noch voll in deutscher Hand, technische Fehlplanung, „weiße Elefanten" wären zuhauf zu nennen. Doch warum sollten in diesem Bereich keine Fehler gemacht werden, gibt es schließlich auch unter hunderten von Projekten viele, die zumindest in Ansätzen es ermöglicht haben, anderen als den Herrschenden in Ländern des Südens eine Stimme zu verschaffen. Daß keine Öffentlichkeit, weder über Fehler noch Fortschritte geschaffen wird, ist — wie in der gesamten „Entwicklungshilfe", der Skandal. Häufig gibt es zu viele Abhängigkeiten bei den entsandten Beratern, den „Experten": Sind sie als angestellte Mitarbeiter einer bundesdeutschen Rundfunkanstalt nur für ein paar Jahre beurlaubt, würde — bei den Querverbindungen zwischen Stiftungen und Parteienvertretern in Hauptabteilungen und Rundfunkräten — eine kritische Publikation kaum nützen. Sind sie „freie" Medienleute, versuchen sie, nach einem Projektvertrag im Geschäft zu bleiben — Consulting, Evaluierungen, Kurzzeitmaßnahmen. Vor allem aber vermag kaum jemand, der je in der bundesdeutschen oder internationalen Medienentwicklung gearbeitet hat, ausreichend Fakten zu mehr als einem oder zwei Projekten zusammenzutragen, die ausreichten, eine fundierte, abgesicherte Kritik zu schreiben.

Eine simple ideologische Einschätzung scheint — nach meinen langjährigen und vielfältigen Erfahrung — nicht möglich und auch nicht berechtigt. Aus Mambo-Press in Zimbabwe entstand ein für afrikanische Verhältnisse unvergleichlich mutiger Verlag. Rundfunk auf Guinea-Bissau zu unterstützen ist entwicklungspolitisch gewiß relevant, führt dort schließlich seit Jahren „Dienste in Übersee" mit Dokumentarfilmern und Grafikern ein Medienprojekt durch, das den Kleinbauern und den Genossenschaften nützt.

Der Aufbau nationaler Nachrichtenagenturen als Gegengewicht zu den alle 3W-Medien dominierenden „großen Fünf", ap, upi, afp, reuters, dpa (und, in Grenzen, TASS), ist so nötig wie politisch erstrebenswert, Zeitungen in Landessprachen für die Landbevölkerung zu unterstützen sicherlich ebenso.

Immer häufiger findet sich allerdings auch die Unterstützung der Prestigepro-

jekte einer herrschenden Elite, wie zum Beispiel von Farbfernsehen. Dies führt häufig zu Fehlentwicklungen von Medien zumindest, die keine Relevanz und Berechtigung haben, solange alle anderen, relevanteren Medien, wie Radio, lokale Zeitungen, mobile Theatergruppen, Verlage, Posterproduktionen, nicht umfassend entwickelt sind. Gerechterweise sei aber betont, daß vor allem in der Medien-Abteilung der gtz (inzwischen zumindest) „Wunsch" von Eliten nicht gleichbedeutend mit „Bedürfnis" und Projektzustimmung gesetzt wird.

Medienhilfe der Bundesrepublik Deutschland: eine Einschätzung ist schwierig, weil Projekte nennenswert nicht nur vom bundesdeutschen Träger abhängen, sondern von der entwicklungspolitischen Offenheit, dem politischen Bewußtsein der Partner im Lande, bei denen, sehr viel häufiger als bei den entsandten Beratern, keineswegs der Wunsch besteht, Medien zu entwickeln, in denen die Basis, die Landbevölkerung, die Gewerkschaften, Genossenschaften, die meist gar nicht so unartikulierten „Unterentwickelten" vorkämen, sondern Medien in denen Minister und Abgeordnete ein Sprachrohr haben. Wofür künftige Medienproduzenten im Süden ausgebildet werden, wofür die Medien eingesetzt werden, hängt auch ab vom Medienbegriff, den ausländische Berater in andere Länder mitbringen. Sehen sie die Entwicklung privater wie öffentlich-rechtlicher Medien in einem Land wie der BRD kritisch? Relativieren sie Medien hier in ihrer Wirkung auf politisches Bewußtsein, auf politische Handlungsfähigkeit der Nutzer, oder idealisieren sie den westlichen Journalismus, den angeblich garantierten „free flow of information"? Sind sie ferner fähig und willens, Medientechnologien und Medieninhalte als sich häufig gegenseitig (oft negativ) bedingend zu sehen und entsprechend zu vermitteln?

Medienentwicklung, „Hilfe" von außen also, ist auch nicht ohne weiteres kurzfristig einzuschätzen. Kritische Journalisten, Kommunikatoren, Filmemacher, Autoren oder Verleger haben in der Mehrzahl aller Länder des Südens wenig Chancen, die Eliten und deren Prestigeprojekte anzuprangern, sich zum Sprachrohr, zum Vermittler für Minderheiten oder, häufig genug, für Mehrheiten eines Landes, zu machen. Doch gerade in Ländern wie Pakistan, Indonesien, den Phillippinen, Thailand oder Zaire habe ich Medienleute getroffen, mit ihnen gearbeitet, die, wenn sich die Verhältnisse in diesen Ländern ändern, ihr kritisches Potential, ihr kritisches Denken für eine andere Politik einsetzen werden. Und selbst in sehr viel weniger repressiven Regimen wie Nigeria oder Gabun, Zambia oder Indien, zwingen die Organisationsformen der nationalen Medien, die herrschenden politischen Verhältnisse, kritische Medienproduzenten zu leisen, zu sehr leisen Tönen. Ihnen Erfahrungen aus anderen Ländern in die Hand zu geben, sie in ihren meist isolierten Arbeitsbedingungen, ihrem kritischen Bewußtsein zu unterstützen, ihnen Denkmodelle. Medienmodelle als Beispiele — nicht als Lösungen! —, als „denkbare Modelle für morgen" an die Hand zu geben, ist, wenn dies im Rahmen von Medienhilfe möglich ist, sicher dann zu unterstützen, wenn die Erfahrungen und Modelle anderer relativiert eingebracht werden.



Rechtfertigung westlich/östlich

Daß Medienhilfe in allen Industriegesellschaften einen immer größeren Stellenwert einnimmt, hat sicher zwei Gründe:

Einmal geht es um gewaltige Absatzmärkte für Sendeanlagen, für Studioeinrichtungen, Kopierwerke, mobile Einrichtungen und vor allem um zig-Millionen von Empfangsgeräten. Zum anderen weiß jede Regierung — in den kapitalistischen wie den staatskapitalistischen Gesellschaften — daß, wer die Medien hat, allzuleicht über die Köpfe von Menschen verfügt. Das ideologisch-philosophische Gerüst klingt, vor allem aus der Bundesrepublik, allemal einleuchtend: den Entwicklungsgesellschaften den Zugang zu einem weltweiten freien Fluß auf Information zu ermöglichen, in den Ländern allen Gruppen den Ausdruck nationaler Kulturen und Bedürfnisse zu ermöglichen, gerade den bislang unterprivilegierten Gruppen durch mehr und bessere Medien eine Öffentlichkeit zu verschaffen.

Den Rechtfertigungsballast aus dem anderen Lager kennt man eh: im anti-imperialistischen Kampf eine Stimme..., nationale Einheit fördern, Entwicklung propagieren, die, versteht sich, immer dort automatisch den Massen in den „neuen Medien" verkündet werden muß, wo die jeweils richtigen Experten und Regierenden Entwicklung definieren.

Bislang freilich haben alle Journalisten aus Asien und Afrika, die in der DDR, der UDSSR, Bulgarien oder der CSSR eine Ausbildung bekommen haben, am treffsichersten Prinzipien von Journalismus und Kommunikation vermittelt bekommen, die an den Bedürfnissen der vielzitierten „Armen" vorbeigehen. Nur daß alle, die ich getroffen haben, dies auch wußten. Noch ähnelt der Verlautbarungsjournalismus afrikanischer und asiatischer Sender und Zeitungen eher ADN-Meldungen und „Neues Deutschland", als „freiem Informationsfluß", trotz aller Versuche westlicherseits, eine andere Medienlandschaft zu unterstützen. Noch sind Mobutu und Suharto, Kaunda und Mengistu häufiger in den nationalen Zeitungen zu sehen, in den Radioprogrammen zu hören als Bauern oder Selbsthilfegruppen, Gewerkschafter oder ein Landarzt. Haben alle Versuche, alle Hilfen, alle „Interventionen", oder wie immer man es nennen mag, nichts genutzt?

Hat gar die Internationale Medienhilfe ihr Ziel erreicht, wenn man erlebt hat, wie in Indonesien, auf den Phillippinen oder Malaysia westliche Medien-Technologie zum Instrument von Werbung und importierter us-amerikanischer Kulturbarbarei geworden ist?

Die Antworten sind so einfach nicht, denn daß in so vielen Ländern des Südens kritischer Journalismus mit Gesetzen, mit Haft und Knüppeln unterdrückt werden muß, ist ein Zeichen, daß es Bewegungen gibt, Medien in diesen Ländern anders zu nutzen, anders zu begreifen.

Aussichten...

Ein paar abschließende Bemerkungen zu Medienhilfe und Medienentwicklung.

Entscheidende Anstöße für basis-orientierte Medienformen werden von kirchlicher Seite gefördert, vor allem über die World Association of Christian Communication (WACC) in London.

Die in Rom ansässige größte supranationale Dritte-Welt-Nachrichtenagentur „interpress" unterstützt und berät in ihrem Aufbau insbesondere eigenständige, nationale wie regionale Nachrichtenagenturen. Diese dienen vor allem einem besseren Informationsfluß Süd-Süd mit der Ambition, die nationalen Agenturen nicht zu Verlautbarungs-Medien für die jeweiligen Regierungschefs werden zu lassen, sondern sie Entwicklungsprioritäten zugute kommen zu lassen.

Skandinavische Organisationen, etwa die norwegische „worldview international foundation" (wif), mit Auslandszentrale in Colombo, schwedische, finnische, dänische und norwegische Entwicklungshilfe-Organisationen, wie SIDA und NORAD, lehnen bei Medienhilfe „Groß-Technologien" ab, fördern Medien ausschließlich mit Entwicklungsbezug (educational radio, local radio stations etc.).

Süd-Süd-Kooperation findet auch im Medienbereich nun statt, vereinzelt erst, aber es sind wichtige Schritte zu Entwicklungen, die nicht mehr primär vom Norden geprägt sind. Als Beispiel zu nennen wäre die Zusammenarbeit zwischen Mocambique und Brasilien, die von Indonesien, Malaysia und Indien, oder die von Angola und Mocambique. Weiter die Kooperation des Zimbabwe Publishing House mit anderen afrikanischen Verlagen, vereinzelt Austausch nationaler Film- und Fernsehproduktionen über die in Nairobi ansässige URTNA sowie erste Schritte zur Zusammenarbeit im Agentur-Bereich, etwa der Panafrican News Agency, oder einer gemeinsamen Agentur für die Karibik und einer für Nordafrika (einschließlich Malta).

Entscheidend freilich bleibt die Frage: Wer kommt an welche Nachricht, wer entscheidet über ihre nationale oder lokale Relevanz, wer kann sie empfangen, und, selbst wenn sie empfangen ist, kann die Nachricht umgesetzt werden? Wer kommuniziert mit wem, und, weil diese Gesellschaften sinnigerweise immer „Entwicklungsgesellschaften" genannt werden, wer entscheidet in den Medien des Südens, wer wen zu entwickeln hat, was Entwicklung ist und was dazu gesagt und gehört oder gelesen werden darf?

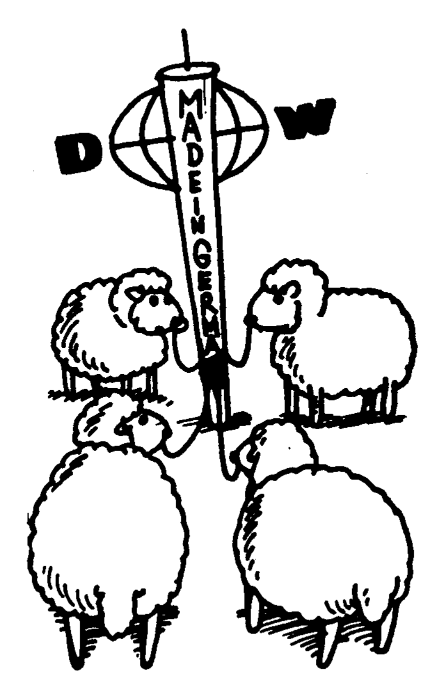
Wolfram Frommlet



Nur für Eingeweihte

TrasTel und e-te-es exportieren deutsche TV-Verschnitte und Nachrichten in die Dritte Welt

Laut UNESCO ist die e-te-s (European Television Service GmbH) die viertgrößte TV-Nachrichtenagentur der Welt (es gibt nur vier). Die Trans Tel — Deutsche Gesellschaft für Fernsehtranskription mbH (TT) liegt ebenfalls im Weltmaßstab an vierter Stelle der Programmanbieter.
Beide haben ihre Geschäfts- und Produktionsräume im Haus der Deutschen Welle (DW) Köln, Raderberggürtel 50.
Mit dem *„Gesetz über die Errichtung von Rundfunkanstalten des Bundesrechts“* beschloß der Deutsche Bundestag im November 1960 die Gründung zweier offizieller Auslandssender. Der *Deutschlandwellenfunk (DLF)* und die *Deutsche Welle (DW)* wurden als *„Gemeinnützige Anstalten des öffentlichen Rechts“* für die Vermittlung eines *„umfassenden Bildes des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland“* und für die Darstellung und Erläuterung der *„Deutschen Auffassung zu wichtigen Fragen“* im Ausland eingerichtet. (BGBl. I. 1960 S. 862)
Während DW und DLF einen recht hohen Bekanntheitsgrad genießen, haben viele Bundesbürger und selbst eingeweihte Medienkundige von TransTel und e-te-s noch nie etwas gehört. Gegenstand der beiden Unternehmungen ist die Bearbeitung bundesdeutscher TV-Produktionen für den Einsatz in ausländischen Fernsehprogrammen, insbesondere in den Ländern der Dritten Welt.



TT & e-te-s: Hilfskonstruktionen für den staatlich kontrollierten Fernsehexport.

Beide Gesellschaften erhalten ihre Haushaltsmittel aus dem Bundesetat.

Die *TT* ist eine gemeinsame Gründung von *ARD*-Anstalten, *ZDF* und Bundesregierung; ihre Gesellschafter haben rein formal, d. h. nach den festgelegten Geschäftsanteilen am Grundkapital, einen ausgewogenen, in etwa gleichrangigen Anteil an dieser Institution. Wichtigste Finanzquellen für die Programmittel der *TT* sind das Bundespresseamt und das Auswärtige Amt. Die *DW* trägt einen beträchtlichen Anteil der nicht projektgebundenen laufenden Ausgaben (Personal, Material, Instandsetzung von Geräten, etc.)

Gesellschafter der *e-te-s* sind *dpa* und *TT:* also die führende Nachrichtenagentur Deutschlands, unter deren rund 200 Gesellschaftern sich auch die Verlagsunternehmen einiger Gewerkschaften finden, und die zuvor beschriebene Tochtergesellschaft von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und Bundesregierung. Kunden der *TT* sind je nach Geschäftsjahr ca. 180—200 TV-Organisationen in 70—80 Ländern (von Australien über Brasilien, Indien, Kuwait bis Kongo oder Malta).

Laut Gesellschaftsvertrag hat die *TT* den Auftrag, *„...die Rundfunkteilnehmer dieser Länder mit den politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten des heutigen Deutschlands in geeigneter Form vertraut (zu) machen und darüber hinaus allgemeine Unterrichtung (zu) vermitteln.“*
Für e-te-s- wird sogar das Ziel proklamiert: *„Gegenstand des Unternehmens ist die Herausgabe eines von wirtschaftlichen, politischen und sonstigen Interessengruppen unabhängigen internationalen Fernsehnachrichtendienstes.“*

Neben diesen Gesellschaftsverträgen sind die Finanzierungsverträge von entscheidender Bedeutung. Der Hauptgeschäftsführer von Trans-Tel wird von der Bundesregierung ernannt.

Bei dem *TT*-Finanzierungsvertrag heißt dies u. a., daß die *TT* neben den allgemeinen Bewirtschaftungsgrundsätzen auch einen von ihr erstellten Wirtschafts- und Stellenplan zu berücksichtigen hat und verpflichtet ist, die *„...für besondere Fälle gegebene(n) Richtlinien des Bundes (zu) beachten.“* Dies wird noch durch eine Klausel im Gesellschaftsvertrag ergänzt, wonach *„...Abstimmungen, die nach übereinstimmender Auffassung der Vertreter des Bundes politische Interessen der Bundesrepublik berühren, einer Mehrheit von drei Vierteln“* der Mitglieder des Programmbeirats bedürfen.

Im Finanzierungsvertrag der e-te-s heißt es lapidar: *„Die Gesellschaft wird Anregungen des Bundes im Rahmen der ihr gestellten Aufgaben berücksichtigen.“* Mit diesen und anderen (hier nicht erwähnten) Vertragsfinessen und Gremienmechanismen haben sich die Geldgeber eine absolute Machtposition gegenüber *TT* und *e-te-s* gesichert. Die Abhängigkeit der beiden Institutionen von den Regierungsvertretern ist faktisch optimal gesichert — bei Wahrung eines liberalen pluralistischen Deckmantels.

Die technisch-redaktionelle Arbeit

Im Ablauf der Produktion und Distribution von Fernsehprogrammen spielen noch zwei Organisationseinheiten der *DW* eine Rolle. Die technisch-redaktionelle Arbeit wie Filmbearbeitung. Synchronisation bzw. Adaption in den Sprachen: Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch, Arabisch (Deutsch für deutschsprachige Programme z. B. in den USA, Kanada), d. h. die gesamte produktionstechnische und redaktionelle Umsetzung ist eigentlich Aufgabe des Transkriptionsdienstes Fernsehen der *DW (TS-FS).* Deren Redaktionen umfassen die üblichen klassischen und neueren Ressorts.

Dabei wird die Arbeit der *e-te-s* von der Redaktionsgruppe *„Aktueller Dienst"* der *DW* technisch redaktionell erledigt. Sie verfügt ebenso wie die Redaktionen der *TT* über alle Ressorts, die eine sogenannte Vollredaktion ausmachen.

Es besteht also offiziell eine Arbeitsgemeinschaft zwischen *TT* und *e-te-s* einerseits und dem TS-FS der DW andererseits. Vereinfacht gesagt ist der TS-FS der DW mit den entsprechenden eben genannten Redaktionen für die technisch-redaktionelle Arbeit zuständig, während TT und e-te-s Verkauf und Vertrieb organisieren. Allerdings entscheiden Angestellte von *TT* und *e-te-s* über die Finanzmittel. Mitarbeiter der *DW* arbeiten quasi als Leihredakteure für die beiden GmbHs. Die Geschäftsführung von *TT* und *e-te-s* wird in Personalunion wahrgenommen.

Als die *TT* 1965 gegründet wurde, gab es eine gewisse Verunsicherung innerhalb der *ARD* wegen der Frage, ob die *DW* überhaupt eine „Fernsehschiene" haben dürfe. Wichtigstes Argument, mit dem diesen Bedenken begegnet wurde, war die Behauptung, daß im Bereich der ideologischen „Waffen" mit ungleichen Mitteln gearbeitet würde und eine „Nachrüstung" hier nicht nur legitim, sondern auch notwendig sei. Dabei ging es primär um Gelände, das noch nicht eindeutig besetzt war, um *„...diejenigen Länder, die weder dem westlichen Bündnissystem noch dem Ostblock angehören, die aber in den weltpolitischen Auseinandersetzungen zusehends an Gewicht gewinnen..."* (Wesemann, 1963). Dort gehe es darum, *„...ein Gegengewicht zu den propagandistischen Anstrengungen zu bilden, die der Ostblock mit ... höheren Aufwand ... unternimmt."* (Wesemann, 1963).

Diese Erklärungen des ersten Intendanten der *DW* bilden die Ursprungskoordinate eines ideologischen Rasters, auf dem man Zielsetzungen und tägliche Praxis der Transkriptionsdienste einordnen und beurteilen muß.

Der Programmprüfungsausschuß

In der Regel orientieren sich die Redakteure bei der formellen Programmplanung der *TT* an ihrer eigenen Schere im Kopf und an den Rahmenvorgaben, die ihnen durch Gesellschafts- und Finanzierungsverträge gegeben sind. Ein entscheidendes Instrument wurde mit dem sogenannten „Programmprüfungsausschuß" geschaffen, der mit Vertretern der Geldgeber und der anderen Gesellschafter *(ARD/ZDF)* der *TT* besetzt ist. Dieses Gremium tagt in Abständen von etwa zwei Monaten und gibt genaue „Regieanweisungen", sprich: inhaltliche und „filmästhetische" Bewertungen der Einzelprojekte. Dies ist bei der *TT*-Arbeit relativ leicht möglich, da ihre Produkte (Magazine, Periodika, Serien etc.) langfristig planbare Beiträge darstellen, die nicht an Tagesaktualität gebunden sind.

Die *e-te-s* dagegen liefert ihr Material in wöchentlichen Abständen. Deshalb wird bei der *e-te-s* durch einen Redaktionsbeirat, in dem erneut die Geldgeber nebst sogenannten „TV-Professionals" *(ARD/ZDF)* sitzen, erst nachträglich auf Inhalt und Form der Beiträge stichprobenartig eingegangen und gegebenenfalls eine Korrektur gefordert, die sich nicht mehr direkt auf bereits in die Empfängerländer übermittelte Streifen auswirken kann, wohl aber die zukünftige Produktion beeinflußt.

Wie der „Programmprüfungsausschuß" in die tägliche Redaktionsarbeit der *TT* eingreift, verdeutlich folgendes Beispiel eines bindenden Beschlusses dieses Gremiums, das sich in Marathonsitzungen ausschnittweise Filme vorführen läßt. Hier z. B. eine Folge der Serie *Mit anderen Augen,* Titel der Produktion: *Der deutsche Mann* von Frau W. Samrandvidhya/Thailand: *„Der Ausschuß beanstandet, daß der Bericht der thailändischen Autorin zahlreiche Fehlurteile enthält. Er soll redaktionell überarbeitet werden. Die Reihe sollte nur dann mit der Unterstützung von TransTel fortgesetzt werden, wenn man bei der Auswahl der Realisatoren berücksichtigt, daß diese ausreichende Kenntnisse über Deutschland besitzen."*

Zwar sollte die Serie, ihrem Titel folgend, die Möglichkeit bieten, „mit anderen Augen zu sehen," also vom Ethnozentrismus kurzfristig etwas abzuweichen, aber dem Ausschuß war dies bereits zuviel. Denn bei näherem Hinsehen gilt das Prinzip des „deutschen Bezugs" als Credo des Ausschusses. Danach sollen alle Beiträge in irgendeiner Form nicht nur den Bezug zu Deutschland, sondern auch die deutsche Perspektive einschließen.

Oft bis zur Lächerlichkeit werden dann diese Bezüge in die Filme eingeschnitten. Unlängst wurden für Beiträge der Serie *Welt der Werkzeuge* (Titel der englischen Adaption ursprünglich *Tools conquer the world,* später in *World of tools* umgewandelt, die Doppeldeutigkeit des ersten Titels — Technologieabhängigkeit der Dritten Welt — war wohl zu direkt) nachträgliche Makroaufnahmen zum Preis von 18.000 DM nachgedreht. Sinn dieser Aktion war es, den „Deutschlandbezug" des Films nachträglich herzustellen, indem Gegenstände mit deutschen Anschriften wie „Rostfrei — Solingen" oder „Vorsicht Strom", gedreht wurden; so wude dem Rezipienten in der „3. Welt" die Assoziation mit „Made in Western Germany" nahegelegt.

Die Zensurmaßnahmen des Programmprüfungsausschusses — bisweilen sogar mit ausdrücklicher Billigung der betroffenen Redakteure durchgeführt — sollen eine offensive audio-visuelle Propaganda-Arbeit im Dienste der Bundesrepublik gewährleisten. Nicht das propagierte Ziel, kulturelle Kommunikation als Mittel der Völkerverständigung zu betreiben, bestimmt die Aufgaben und Praktiken der Transkriptionsdienste, sondern eine Strategie, die bekanntlich bis zu Papst Gregor XV. zurückzuverfolgen ist. In dessen Bulle LVIII vom 22. Juni 1622 wurde als Aufgabe der neu gegründeten „Congregation de Propaganda Fide" bezeichnet: *„daß die Schafe, die elend umherirren, zur Herde Christi herangeführt werden, so daß sie den Herrn und Hirten erkennen und anerkennen."*

Dazu noch ein Beispiel aus der Geschichte der *e-te-s*: 1974 brach ein offener Konflikt zwischen dem Presseamt und der *e-te-s*-Redaktion über die Frage aus, wie das aktuelle Nachrichtenprogramm auszusehen habe. Während die Redaktion über Grundstücksspekulation und Häuserbesetzung (Frankfurter Westend) berichtete, war das Presseamt der Meinung, daß dies nicht zum Deutschlandbild gehöre und somit nicht Aufgabe der *e-te-s* sei. Vielmehr solle sie ein positives Bild der Bundesrepublik bieten. Schließlich, da Argumente fehlten, wurde der Finanzhahn mit bürokratischen und fadenscheinigen Gründen zugedreht. (Für Vergeßliche: Es waren die Blütejahre der sozial-liberalen Koalition. Nach Säuberung der Redaktion flossen nicht nur die Finanzmittel im früher gewohnten Umfang wieder, der Etat wurde sogar aufgestockt.

Technik, Marketing und Vertrieb

Die Technik zur Produktion der Programme ist umfangreich und kostenintensiv. Zunächst bedarf es der Adaption der Programme in den oben genannten fünf Adaptionssprachen. Da die **DW** sehr viel Wert auf eine professionelle Adaptation legt, hat sie eigens hierfür Richtlinien erlassen, Grundregeln für die Sprachregelung. Dadurch soll sichergestellt werden, daß die Ausgangsmanuskripte ohne Abweichungen adaptiert werden, was im Einzelfall durchaus umfangreiche zusätzliche sprachliche Interpretationen des deutschen Manuskripts notwendig macht, um den entsprechenden deutschen Sinn zu transportieren. Deutschland soll in den Beiträgen und sprachlich so erfaßt werden, wie Deutsche ihr Land eben sehen oder gern aussehen lassen wollen.

Der Erfolg der Transkriptionsdienste aber liegt in der technischen Aufbereitung und optimalen Präsentation der Endprodukte. Grundsätzlich werden sie in den entsprechenden Sprach- und TV-Normen eines jeden Kunden ausgeliefert; in Farbe und Schwarz-Weiß, als 16mm-Film oder auf U-Matic-Videoträger, in NTSC, Secam oder PAL. Sämtliche Fernseh- und Farbcodiernormen werden mittels Filmabtaster und Normwandler erzeugt. Nigeria benötigt z. B. Material in U-Matic und Englisch, Niger in Secam/französische

Sprachversion. Das so mit hohem Aufwand aufbereitete Material wird z. T. verschenkt oder zu so günstigen Zahlungsbedingungen angeboten, daß jeder TV-Direktor zugreifen muß. Oft ohne die entsprechenden Produktionskapazitäten und Finanzmittel muß er die Sendezeiten seiner Anstalt billig füllen, wenn er seinen Job behalten will.

Die Preise von **TT/e-te-s** sind auf jeden Fall der Devisenreserve des jeweiligen Landes angepaßt und liegen weit unter denjenigen Produktionskosten pro Minute, die ein Entwicklungsland für eigenproduzierte Bildungsprogramme oder Unterhaltungsserien aufbringen müßte. Dafür, daß die für den Export zugerichteten deutschen Beiträge auch an den Mann/die Frau gebracht werden, sorgt eine Armada von sogenannten *TT*-Vertretern, träge miterwerben, auch, wenn für diese gar kein Bedarf besteht. Der Vertrieb wird per Kurier (z. T. mit dem diplomatischen Kurierdienst des Auswärtigen Amts) und über Luftfracht abgewickelt. Für *e-te-s* bedeutet dies ein permanentes Nachhinken hinter den Ereignissen, denn zwischen Drehtermin und Filmauslieferung liegen oft Tage oder Wochen. Gegen solche Kritik schützt man sich mit der Programm-Konzeption: Man mache ja bewußt „news in depth". Mag das glauben, wer den Gesellschafts- und Finanzvertrag der *e-te-s* nicht kennt. Die Rolle der *dpa* läßt sich beschreiben als die einer satten, selbstzufriedenen Agentur, zu deren treuen Kunden u. a. auch die bundesdeutschen Ministerien zählen; über die *e-te-s* läßt sie sich quasi zusätzlich mit Bundesmitteln subventionieren. Nebst ihschiene läuft zwischen *TT*-Vertriebsreferenten in der Zentrale und deren Auslandsmitarbeitern auf der einen Seite und den TV-Hierarchien vom Programmeinkäufer bis zum TV-Direktor in den importierenden Ländern auf der anderen Seite.

Durch *TT*-Vertreterkonferenzen im Ausland und durch *TT*-Programmkonferenzen wird versucht, sowohl die Vertriebsstrategie zu optimieren als auch die Programmdiskussion zwischen Kunden und Produzent zu gewährleisten.

Ideologie, kulturelle Zusammenarbeit und die NIIO

Die Geschichte von *e-te-s, TT, TS-FS* und deren faktisches Handeln haben sicherlich ihre Grundlage in den von den dama-

Ausgelieferte Filmminuten 1981

Region	1	2	3	4	5	6	7	8	9	0	Summe
Nordamerika	0	402	265	1724	158	1905	0	27	0	456	5137
Mittelamerika/Karibik	1775	6240	5280	17315	5243	3397	490	2753	6002	1966	50467
Südamerika	10357	25749	22861	39683	24923	15877	1553	11933	19513	15073	187522
Afrika	13546	22091	12893	53454	14378	9581	10419	9399	26582	35662	208005
Nah-/Mittelost	6604	14015	3469	11689	6320	2094	6075	3364	4939	8927	67496
Asien	5272	11358	4723	17429	4668	3724	4871	3547	9449	19155	84196
Australien/Ozeanien	0	390	77	136	275	114	234	247	0	104	1577
Europa	271	929	527	3793	851	345	447	0	1051	2806	11020
Summe	37825	81174	50095	145423	56816	37037	24095	31270	67536	84149	615420

Legende: 1 = Bildung/Erziehung; 2 = Wissenschaft/Technik; 3 = Kunst/Literatur; 4 = Sport; 5 = Information/Zeitgeschehen; 6 = Musik; 7 = Kinder/Jugend; 8 = Frau/Familie; 9 = Fernsehspiele/Serien; 0 = Unterhaltung
Filmminuten = Produktionslänge × Anzahl der Filmkopien
Tabelle aus: s. Anm. 1, Seite 316

bei *e-te-s* auch das *dpa*-Auslandsmitarbeiternetz. Dabei ist der *TT* in den afrikanischen Ländern, z. B. Ägypten und Niger, ein besonderer Coup gelungen: Dort fungieren „Programme Controller" der lokalen TV-Stationen als *TT*-Vertreter, wodurch der Einsatz der Mitarbeiter des Goethe-Institutes überflüssig wird, die andernorts nebenberuflich als *TT*-Vertreter arbeiten.

Abgerundet werden die Marketing- und Vertriebsbemühungen durch *TT*-eigene Regionalbüros (so z. B. in Thailand) sowie die Zusammenarbeit mit zumeist in ausländischem Besitz befindlichen Filmagenturen. Diese verfahren oft nach dem „Block-time-buying"-System: Sie kaufen bei einem TV-Kanal Sendezeit zum Fixpreis, belegen sie mit *TT*-Programmen und füllen diese mit Werbung diverser Sponsoren auf. Auf diese Weise verdienen diese Agenturen an den deutschen Beiträgen der *TT*. Die *TT* bevorzugt beim direkten Verkauf ihrer Programme an ausländische Fernsehanstalten das „pakkage-deal"-Prinzip. Verblüffend, dieses Verfahren wird auch beim sogenannten Nord-Süd-Handel praktiziert:

Dabei wird der Vertrieb schlüsselfertiger Projekte mit dem Kauf von Waren gekoppelt, die nicht unbedingt zum Gelingen des Projektes notwendig sind. Wer also einen Beitrag über Tropenkrankheiten haben will, der muß auch andere Beirem Wort- und Bilddienst bietet sie auch *e-te-s*-TV-Nachrichtenfilme zu günstigen Preisen an und hat somit ein komplettes Medienwarenangebot. Dieser Dienst ist für *dpa* ein zusätzliches lukratives Geschäft.

Prinzipiell verarbeitet *TT* Filme aller Sparten von Unterhaltungsserien über Politik, Sport, Wissenschaft bis hin zu kulturellen und politischen Magazinen, die zu 80 Prozent aus bereits in der Bundesrepublik ausgestrahlten Produktionen stammen. Kommerzielle Filmanbieter, Industriefilme, Bundespresseamtsstreifen und eine rund 20prozentige vollständig selbstgedrehte Produktionsquote ergänzen das angebotene Programm. Nicht umsonst kommen sich einige Redakteure eher als Filmsachbearbeiter vor und bezeichnen sich als „Filmkonfektionierer". Die *e-te-s* hat ihrer Aufgabe nach einen höheren Eigendrehtanteil, aber auch sie bedient sich aus dem *ARD/ZDF*-Filmmaterial-Pool.

Die Kölner Redakteure haben jedoch weder die Erfahrung noch die Mittel, selbst die wichtigsten Sehgewohnheiten und Zuschauerinteressen in den Zielländern zu eruieren. Allerdings bemühen sich die *TT*-Vertreter, auch Informationen über die Medienlandschaft des betreffenden Landes zu beschaffen. Außerdem fordert die *TT* von den belieferten TV-Stationen Sendenachweise. Die Kontaktligen CDU-Regierungen ausgearbeiteten „Gründungsverträgen". Die verschärfte Anwendung und Funktionalisierung dieses Instruments als drittes Element bundesdeutscher Außenpolitik durch auswärtige Kulturpolitik ist das Verdienst der sozial-liberalen Koalitionen der 70er Jahre.

In verbalen Äußerungen übertrafen sich Genscher und die hohen Beamten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) gegenseitig, wenn es um Bekenntnisse zu einer neuen, ausgewogenen Ordnung der internationalen Kommunikation ging. Wenn etwa Ex-Staatssekretär Brück vom BMZ über die *UNESCO*-Mediendeklaration meinte: *„Positiv ist zu verzeichnen, daß die Menschenrechte, insbesondere das Grundrecht der Meinungs- und Informationsfreiheit einen gebührenden Platz in der Deklaration gefunden hat und daß darauf verzichtet wird, eine — nach unserer Verfassung nicht akzeptable — Staatsaufsicht über die Medien zu errichten."* (Brück, 1978: 2), so fügte Herr Genscher hinzu: *„...der freie Informationsfluß zwischen den Völkern, den zu fördern eine zentrale Aufgabe ist, soll reziprok sein. (...) Es darf hier keine Einbahnstraßen geben."* Und weiter: *„Wir lehnen es ab, die Informationen und Meinungen, die die Medien verbreiten, zu kontrollieren oder zu reglementieren."* (Genscher, 1978: 46, 56)

Die Geschichte der *DW* und die Aufgabe von *TT* und *e-te-s* und die Praxis der Transkriptionsdienste sind aber genau das Gegenteil dessen, was man bei *UNESCO*-Auftritten und anderen Gelegenheiten an Grundsätzen verkündet. Der klassische „One-way-flow" von Programmen, die Einbahnstraße, ist schon von der strukturellen Organisation bei *TT/e-te-s* angelegt und somit offensichtlich medienpolitische Absicht der Bundesrepublik Deutschland. Staatsaufsicht, Zensurmaßnahmen, Manipulation der Programme unter der Prämisse „Deutschland-Bezug", PR für die Bundesrepublik Deutschland ist hier Ziel und Alltagspraxis.

Die Medien sind, wie die „Enquete-Kommission Auswärtige Kulturpolitik" bereits 1973 feststellte, auch nach Meinung der Bundesrepublik dafür ein geeignetes Mittel. Insbesondere käme es darauf an, *„..daß ausländische Rundfunk- und Fernsehsender gute und wirksame Informationsprogramme über Deutschland ausstrahlen."* Gewiß funktioniert die Mediendominaz der Industrienationen oder, wie J. Galtung es nennt, der *„Kommunikationsimperialismus"* hauptsächlich deshalb, weil die „Dritte Welt" in struktureller Abhängigkeit steht. Während der „freie Welthandel" es den Industrieländern erlaubt, die Konditionen des sogenannten „freien Weltmarkts" zu diktieren, penetrieren sie parallel dazu die „Dritte Welt" mit „freien Informationen".

Am Beispiel des sudanesischen Fernsehens, das noch heute zu den treuesten Kunden der *TT* zählt, wird die Struktur der Penetration deutlich und die Vermischung von „Kultur- und Kommunikations-Imperialismus" mit den ökonomischen Interessen. Anfang der 60er Jahre schenkte die Bundesregierung dem Sudan eine TV-Station, um verblüfft festzustellen, daß der Sudan weder die Mittel noch die Fachkräfte hatte, die Sendezeit mit Programmen zu füllen. In der Haus-Chronik der *DW* heißt es dann: *„Und im Rücken das durch nichts zu beruhigende Gefühl, daß es damit, daß im Sudan eine Fernsehstation eingerichtet worden war, nicht sein Bewenden haben könne. (...) Und im Sudan fehlte es an Mitarbeitern und Mitteln, um solche Programme zu realisieren. Angesichts (dieser) Verhältnisse ... entstand der Plan ...",* die Transkriptionsdienste zu errichten. (Deutsche Welle, o. V. 1961: 2)

Dies tat man natürlich aus rein altruistischen Motiven, um jenen Fernsehstationen, *„...die zu einer eigenen ausreichenden Produktion noch nicht in der Lage sind",* zu helfen. *„Nur der nicht perfekte Imperialismus benötigt Waffen; der professionelle Imperialismus stützt sich eher auf strukturelle als auf direkte Gewalt."* (J. Galtung). Zunächst wurde nach klassischem Muster „hard-ware" über die Entwicklungshilfe vergeben, um im zweiten Schritt die „soft-ware" nachzuliefern. Die TV-Technik verlangt nach bestimmten Präsentationsformen, der Erwerb der technischen Einrichtungen hat in sich die Automatik eines entsprechenden Programmbedarfs, womit die Falle für die Fernsehanstalten der „Dritten Welt" perfekt zuschnappt.

Die Eliten in der Peripherie sind das Scharnier, der „Brückenkopf" (Galtung), über den das Zentrum seine Ideologie kanalisieren läßt. Um beim Fernsehen zu bleiben: Die TV-Technokraten in der Peripherie funktionieren nach ihres „master's voice". Die relative Interessenharmonie zwischen den Eliten in Ländern der „Dritten Welt" und den Eliten der Industriestaaten im Zentrum ermöglicht es, daß die entfremdenden und entfremdeten Produkte von *ARD/ZDF*, kommerziellen Anbietern und Bundespresseamt „Dritte-Welt-gerecht" verarbeitet über die Bildschirme anderer Kulturen flimmern.

Die propagandistische Stoßrichtung, die mit und in der Arbeit der Transkriptionsdienste verfolgt wird, zeigt sich auch deutlich darin, daß handwerklich gut gemachte, aber kritische Beiträge wie etwa die Serie *Im Namen des Fortschritts* (RB/C. Deffarge, G. Troeller) durch die *TT* zum Zwecke der weiteren Verarbeitung abgelehnt wird.

Kiflemariam Gebrewold

Der Artikel erschien in der Zeitschrift „medium" 5/83, Seite 19 ff (Bezug über Gemeinschaftswerk der evangelischen Publizistik, Friedrichstr. 2—6, 6000 Frankfurt) und wurde von der Redaktion der „blätter" leicht verändert und gekürzt.

Anmerkungen:

1. Kiflemariam Gebrewold: Fernseh-Export der Bundesrepublik Deutschland. Studien zur Historie, Struktur und Funktion von TV-Transkriptionsdiensten. Bochum 1983 (= Bochumer Studien zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Studienverlag Dr. N. Brockmeyer, Bd. 34).
2. Steininger, 1972: 89—91
3. Steininger, 1972: 107

Literaturhinweise:

Konrad Berendes: Die Staatsaufsicht über den Rundfunk, Berlin 1973 (= Schriften zum öffentlichen Recht, Bd. 226)
Johan Galtung: eine strukturelle Theorie des Imperialismus, in: Dieter Senghaas (Hrsg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion. Frankfurt 1976.
Walter Mallmann: Rundfunkreform im Verwaltungswege? Rechtsgutachten zu der Frage. Sind Maßnahmen der vollziehenden Gewalt des Bundes zulässig, durch die ein privatwirtschaftliches Fernsehen eingeführt und Bundesorgane oder Anstalten mit der Aufgabe der überregionalen Rundfunkversorgung betraut werden?, in: Günter Zehner (Hrsg.): Der Fernsehstreit vor dem Bundesverfassungsgericht. Eine Dokumentation des Prozeßmaterials, Bd. I. Karlsruhe 1965.
Armand Mattelart: Multinational Corporations and the control of culture. The ideological appartus of imperialism. Brighton 1979.
Theodor Maunz: Rechtsgutachten über die Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs über die „Wahrnehmung gemeinsamer Aufgaben auf dem Gebiet des Rundfunks" mit dem Grundgesetz, in: Zehner, s. o.
Protokoll der 110. Sitzung des Programmprüfungsausschusses am 3. April 1981 (unveröffentlicht.)
Herbert I. Schiller: Mass Communication and Cultural Domination. New York 1976.
Walter Steigner: Deutsche Welle. Vortrag an der Ruhruniversität Bochum am 6. 12. 1977, in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.): Rundfunk-Intendanten. Kommunikatoren oder Manager? Rechtsstellung, Selbstverständnis und publizistischer Status der Leiter öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland 1979.
Rolf Steininger: Langer Streit um kurze Welle. Der Auslandsrundfunk in den Anfängen der Bundesrepublik 1950—1953. Berlin 1972.
Hans Otto Wesemann: Dolmetscher der Bundesrepublik, in: Deutsche Welle (Hrsg.): Deutsche Welle 1953—1963. Köln 1963.

Verlegen für Afrika

Der Buchmarkt im frankophonen Schwarzafrika

Die ehemaligen französischen Kolonien südlich der Sahara sind seit 25 Jahren vierzehn unabhängige Staaten (Senegal, Mauretanien, Mali, Bukina Fasso, Niger, Guinea, Elfenbeinküste, Togo, Benin, Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Gabun und Kongo). Sie werden oft unter dem Begriff „Frankophones Schwarzafrika" zusammengefaßt.

Wird dieser Begriff in räumlicher und geografischer Definition benutzt, so muß er auch die ehemals belgischen Kolonialgebiete einschließen, die heutigen Staaten Zaire, Ruanda und Burundi; ebenso den Inselstaat Madagaskar. In all diesen Staaten wird nach dem ersten Vierteljahrhundert der „Unabhängigkeit" eine Art Bilanz gezogen. Aufgabe dieses Textes ist es, einen sehr kleinen Teil dieser Bilanz genauer zu beleuchten: das Verlagswesen.

Der europäische Begriff des „Verlags" ist in der Umgangssprache der afrikanischen Bevölkerung erst in den vergangenen 15 Jahren geläufig geworden. Heute weiß jeder Taxifahrer in Lomé, Dakar oder Youndé, wohin sein Fahrgast möchte, wenn er den „Verlag Y" angibt. Adresse, Name, Firma sind für ihn Signifikate. Ob der Fahrer allerdings weiß, welche Geschäftstätigkeit dort vor sich geht, und ob sich beim Stichwort „Verlag" die für uns geläufige Assoziation „Buch, Druck, Vertrieb" einstellt, darf keineswegs vorausgesetzt werden. Der Grund dafür ist, daß bis vor nicht langer Zeit alle buchhändlerischen Betätigungen, vom Verlag bis zum Einzelhandel, ein rein europäisches Feld inmitten der sprießenden unabhängigen Wirtschaftsstruktur dieser afrikanischen Staaten war. Daß sich die Exklusivität der verlegerisch-buchhändlerischen Existenz nun etwas abgebaut hat, ist wiederum auf europäisch-französische Einflüsse zurückzuführen. Der einleuchtende Grund: Die Verleger in Europa, bemerkten mit steigendem Interesse, daß Afrika für ihre Produkte ein respektabler Markt geworden war. Um sich ihn zu sichern, passen sie sich den neuen Gegebenheiten an: sie afrikanisieren ihren Marktzugriff, indem sie Firmensitz am geografischen Ort beziehen. Mit einem neuen Namensschild, einem afrikanischen Direktor wird „Paris" ohne große Schwierigkeiten zu „Bamako". Und, nicht zu vergessen, ein eigenständiger Verlag ist ein Aushängeschild für den jungen Staat; er entspricht Wünschen und Bedürfnissen der jeweiligen Regierung. Wie diese vielseitigen und verzweigten Interessen im frankophonen Afrika zusammenwirken, soll im Folgenden dargestellt werden.

Unabhängigkeit

In der Kolonialzeit gab es im heutigen frankophonen Afrika südlich der Sahara keine Verlage im eigentlichen Sinne des Wortes. Sie waren auch nicht nötig, denn Lesen war überflüssig! Aber einige Jahre vor der Unabhängigkeit wurden bereits verschiedene afrikanische Autoren in Frankreich verlegt. Zur gleichen Zeit sind in etlichen Ländern Versuche unternommen worden, mit Broschüren einen breiten Teil der Bevölkerung zu erreichen. Die Themen waren z. B., Unabhängigkeit und Erwachsenenbildung. Das Interessante an diesen Ansätzen war, daß ein Großteil davon in einheimischen Sprachen verlegt wurde. Die Initiative hierfür kam von Mitarbeitern kirchlicher Missionsdruckereien. Leider konnten sich diese Ansätze nicht zu echten einheimischen Verlagsstrukturen weiterentwickeln. Im Gedränge der Unabhängigkeitssorgen ging die Initiative unter und lebte nie wieder auf.

Produktion von Büchern (Zahl der Titel in Tsd.)

	1960	1981
Afrika	5	14
Lateinamerika	17	38
Nordamerika	18	117
Asien	51	147
Europa[1]	239	402
Industrieländer	285	576
Entwicklungsländer	47	153
Welt	332	729

[1] *mit UdSSR*

Quelle: UNESCO, Satistical Yearbook 1983

Bis etwa 1970 gab es im gesamten frankophonen Afrika keinen afrikanischen Verlag, wenn man, mit den notwendigen Einschränkungen, vom Clé-Verlag in Yaoundé, Kamerun, absieht. Das gesamte Buchangebot bestand aus importierten französischen Büchern. Schriftsteller aus afrikanischen Ländern wurden von französischen Verlagshäusern in Frankreich verlegt und nach Afrika exportiert.

Mit der Unabhängigkeit bildeten sich in den afrikanischen Staaten ausgedehnte Unterrichtsstrukturen und damit die Nachfrage nach Büchern. Die französischen Verlagshäuser intensivierten ihre Vertriebsstrukturen, eröffneten Buchhandlungen und Verlagsvertreter bemühten sich um Absatzmöglichkeiten bei den zuständigen Ministerien. Aber auch die afrikanische Regierungen erkennen jetzt die weitreichenden Möglichkeiten des Mediums Buch. In Regierungskreisen werden Verlagsgründungen in Erwägung gezogen — dieselben Gedanken, die sich auch die großen französischen Verlage machen.

Um 1970 kommt es so zu den *ersten afrikanischen Verlagsgründungen* z. B. CEDA (zusammen mit Hatier) in Abidjan, Elfenbeinküste; Nouvelles Editiones Africaines (u. a. mit Bordas und Nathan) in Dakar, Senegal.

Verlagsstrukturen

1. Staatliche Verlage

Es gibt zwei Formen von staatseigenen Verlagen: die erste Form ist 100 % staatseigene Verlag. Es handelt sich meist um Staatsdruckereien, die gleichzeitig gewisse Verlagsfunktionen übernehmen. Sie veröffentlichen Tageszeitungen bis hin zu Schulbüchern. Dieser Typ Verlag ist in fast allen Ländern vertreten, seine Leitung liegt ganz und gar in Händen von Afrikanern.

2. Gemischt-Verlage

Sie gehören oft zu 51 % dem Staat, während sich die restlichen Anteile französische Verlagshäuser teilen. Hierbei stellen der französische Partner Finanzmittel, Know how, Druckvorlagen und (teilweise) Verwaltungspersonal, der afrikanische

Staat bringt Gebäude, Personal, Steuervergünstigungen und Absatzgarantien ein. Diese Verlagshäuser werden von einem afrikanischen Generaldirektor geleitet, dem Vertreter der französischen Interessengruppe zur Seite gestellt sind. Die Intensität des Beistandes hängt sehr von der Persönlichkeit des Generaldirektors ab und ist von Staat zu Staat unterschiedlich.

Die Gemischt-Verlage haben ein *dreifaches Programm*. Der erste Bereich, von den Titeln her der kleinste, von Finanzmitteln her der anspruchsvollste, umfaßt die Themen des *„Nation Building"*. In der Praxis stellte sich bisher aber leider heraus, daß es weniger um „Nation-" als viel mehr um „Präsidenten-Building" ging, Huldigungesschriften für das Staatsoberhaupt, teure goldgeprägte Lederbände. Französische Spezialisten haben „angepaßte" Verkaufssysteme hierfür entwikkelt, sodaß jeder afrikanische Aufsteigerinteressent mehr oder minder gezwungen ist, dieses Werk zu erwerben. von der 4-bändigen Ausgabe der Reden von Ahidjo (Ex-Präsident von Kamerun) sollen in 3 Monaten auf diese Weise 20.000 komplette Ausgaben verkauft worden sein. Ihr Preis: 25.000 Francs CFA im Jahr 1979. Gesamtumsatz: 5 Millionen DM. Selbst für europäische Verhältnisse: sehr respektabel.

Der zweite und wichtigste Teil der Verlagsveröffentlichungen betrifft die Herausgabe von *Schulbüchern*. Höchstens zwei Gemischtverlage pro Land teilen sich diese Monopolstellung des Schulbuchmarktes, sekundiert von jeweils seinem französischen Verlagspartner, dessen Bücher mit afrikanischem Verlagszeichen hier auf den Markt kommen. Oft waren sie schon lange Zeit unter dem französischen Verlagszeichen im afrikanischen Land benutzt worden. Mit der progressiven Dekolonisation des Schulprogramms werden natürlich neue Schulbücher benötigt. Meist werden jetzt die Texte von afrikanischen und französischen Fachkräften vor Ort erarbeitet und das Unterrichtsministerium beauftragt seinen Verlag und dieser seinen französischen Partner, die Bücher in Frankreich herzustellen. Das wird für den Verbraucher eine teuere Sache, da es zwar Schulpflicht, aber keine Lehrmittelfreiheit gibt. Zweifellos könnten Schulbücher, bei Entfallen der erwähnten Monopolstellung, zur Hälfte des Preises hergestellt werden. Voraussetzung wäre allerdings Bereitschaft und politisches Umdenken der Verantwortlichen in den afrikanischen Staaten.

Der dritte Teil des Programms der Gemischt-Verlage betrifft die Produktion von *allgemeiner Literatur*. Diese für die politische wichtige Sparte überläßt der französische Partner fast ausschließlich seinem afrikanischen Teilhaber. Der Grund ist eindeutig: hier ist nicht viel zu verdienen.

Kreativität steht im direkten Verhältnis zu demokratischer Aufgeschlossenheit. Im gleichen Maß, wie der Polizeistaat sich zurückzieht, treten Schriftsteller in den Vordergrund. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Nouvelles Editiones Africaines. In Dakar, Senegal, edierten sie eine beträchtliche Anzahl von sozialkritischen Gesellschaftsromanen, während ihre togolesische Niederlassung es bisher lediglich schaffte, die Reden des Staatschefs herauszubringen.

3. Kirchliche Verlage

Kirchliche Verlage sind nach den gültigen Verfassungen der meisten afrikanischen Staaten als *Privatunternehmen* anzusehen. Dank der starken Einflüsse der Kirche genießen sie trotzdem eine Sonderstellung. Streng genommen gibt es nur *einen* kirchlichen Verlag, der als Verlagshaus im europäischen Sinn bezeichnet werden kann: der *Clé-Verlag in Yaoundé, Kamerun*. Er ist Eigentum der protestantischen Kirchen des frankophonen Afrikas südlich der Sahara. Er schaffte es, ein gutes, überregionales und afrikanisches *Belletristik-Programm* aufzubauen. Diese Ziel wurde in Etappen erreicht. Anfangs rein kirchlich, verlagerte sich später der Schwerpunkt seines Verlagsprogramms auf die Veröffentlichung von zu jener Zeit unbekannten afrikanischen Schriftstellern. Mit der Kirche im Rücken genoß auch Clé eine Sonderstellung und hatte mehr Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit als ein Gemischt-Verlag. Allerdings war beim Durchblättern des Katalogs eine gewisse Selbstzensur nicht zu übersehen, denn auch der Clé-Verlag war schließlich (bis Ende 1983 unter Ahidjo) integriert in ein polizeiliches Diktatorial-System. Geschäftsführung, Programmplanung, Lektorat und Titelauswahl stehen in ausschließlicher Verantwortung des afrikanisch-kamerunischen Managements und Personal.

Die andern kirchlichen Verlage sind eigentlich nichts Anderes als Verlage religiöser Orden oder Missionsgeselsschaften. Ihr Programm ist ausgerichtet auf die Eingenheiten dieser Institutionen. Sie sind Eigentum des jeweiligen Ordens und werden fast ausschließlich von Weißen geleitet.

Buchproduktion 1981 in ausgewählten Ländern

	Zahl der Titel	davon Belletristik
UdSSR	83007	12271
USA	76976	3044
BRD	56568	14087
Südkorea	25747	10943
China	22920	3934
Indien	11562	3368
Argentinien	4251	914
Mexiko	2954	852
Nigeria	2316	328
Kuba	1438	263
Kenia	232	90

[1] Zahlen von 1980

Quelle: UNESCO, Statistical Yearbook 1983



Während der Frankfurter Buchmesse 1980 streikten die ausstellenden afrikanischen Verleger einen Tag lang und besetzten den Stand der Republik Südafrika. Ihrem Protest schlossen sich zahlreiche Schriftsteller an, u. a. Sembène Ousmane (links) aus dem Senegal.

Kleinverlag

Immer mehr Kleinstverlage, die bis zu drei Titeln pro Jahr veröffentlichen, tauchten in letzter Zeit auf. Ihre Besitzer sind Schriftsteller oder auch Bunchhändler. Sie haben große Exitenzschwierigkeiten, da ihnen das Schulbuchgeschäft verschlossen bleibt und sie den Fehler begehen, ihre Bücher nach europäischen Standards zu gestalten. Sie haben es nicht geschafft ein den Bedürfnissen und Möglichkeiten des Volkes angepaßtes Produkt zu entwickeln: lebensnahes Thema, einheimische Sprache, einfache Aufmachung, erschwinglicher Preis. Im Gegensatz zu größeren Konkurrenten, bleibt ihnen der Zugang zu staatlichen Finanzquellen verschlossen. Die staatlichen Institutionen handeln fast ausschließlich mit den schon etablierten Verlagen wie NEA oder Clé. Das ist besonders schade, da unter den Veröffentlichungen jener Kleinverlage oft echte Perlen zu finden sind. Auch Autoren, meist Dozenten, die ihre Bücher im Selbstverlag veröffentlichen, sind den Kleinverlagen zuzurechnen. Das Vertriebsproblem ist für die Kleinverlage fast unüberwindlich. Sie sind gezwungen, sich an etablierte Verlagshäuser zu wenden, wo ihnen im besten Fall eine stiefmütterliche Behandlung zuteil wird.

5. Afrikanische Verlage in Frankreich

Man kann über das Verlagswesen im frankophonen Schwarzafrika nicht sprechen, ohne die Verlage zu erwähnen, die in Frankreich afrikanische Autoren edieren. Die meisten dieser Autoren leben im Exil, ihre Bücher erscheinen in Verlagen, die in afrikanischem Besitz sind und von Afrikanern geführt werden, wie z. b. Presence Africaine in Paris, oder in französischen Verlagen, die als einen ihrer Schwerpunkte, die Edition afrikanischer Literatur herausstellen, z. B. L'Harmattan in Paris. Das Lesepublikum dieser Bücher sind hauptsächlich Afrikaner in Europa, wo die Bücher meist in verlagseigenen Buchhandlungen zu finden sind. Sporadisch findet man auch afrikanische Autoren in den großen französischen Verlagshäusern: sie sind vertreten in Taschenbuchreihen, bekannte Autoren auch mit Erstauflagen im üblichen Programm. Unbekannte afrikanische Autoren können nur mit bestsellerverdächtigen Werken debütieren. Absatzschwierigkeiten der *großen* Verlage treten kaum auf, sind ihre afrikanischen Autoren aus der Taschenbuchreihe doch sehr oft Pflichtlektüre im Schulprogramm afrikanischer Länder.

6. Der afrikanische Verlag: eine Buchfabrik

Bedauerlich, daß Afrika unbesehen das westliche Verlagssystem wie es sich 1970 darstellte, übernommen hat: als Buchfabrik. Dieser Länder hatten nach Jahrhunderten der geistigen, menschlichen und materiellen Ausplünderung, nicht die Voraussetzung und Notwendigkeit für Buchfabriken, sondern eher für die Form der Verlagsbuchhandlungen. Die Folge ist heute die Existenz von praktisch nur drei großen Verlagshäusern (Nouvelles Editions Africaines, CEDA, Editions Clé) für das gesamte francophone Afrika südlich der Sahara; immerhin 18 Länder, ca. 100.000.000 Einwohner auf 11.000.000 km². Auch für den Schriftsteller ist diese Situation katastrophal. Zu den erwähnten Verlagen kommt noch die Möglichkeit des „Auswanderns". Dann passiert genau dasselbe wie z. B. mit dem Öl: Afrika produziert es, die Industrieländer verarbeiten es und Afrika importiert es wieder. Dieses Fehlen von eigenen, autonomen Verlagsstrukturen ließe auch auf der Afrika-Buchmesse in Frankfurt im Oktober 1980 den Eindruck entstehen, es existiere nur ein beschränktes Angebot originärer Literatur aus dem frankophonen Teil Afrikas.

In der beschriebenen Situation ist es fast unmöglich, mit den existierenden Verlagshäusern einen verlegerische Betätigung ingang zu bringen, die sich als Zielgruppe das Volk gewählt hat. Eine Möglichkeit bietet nur die *Verlagsbuchhandlung*. Sie müßte ein einheimisches Unternehmen sein, das von Afrikanern geführt wird. Sie wäre zuständig, von der verlegerischen Aufgabe her, für eine bestimmte ethnische Sprachgruppe; vom Buchhändlerischen her würde sie für die Gegend all das führen, was verlangt wird: Schulbücher, Fachbücher, Romane, Schreibwaren. Ideal wäre ihr Sitz in der Provinzhauptstadt; der Inhaber der Verlagsbuchhandlung und Verleger zugleich, sollte ein Mann (oder eine Frau) des Volkes sein, der dessen Geschichte und Gegenwart, die Sorgen und Bedürfnisse seiner Landsleute kennt.

Zweifellos würde das Startkapital große Schwierigkeiten bereiten. Denkbar wäre jedoch eine Kapitalbeteiligung der Elite der Stammesgruppe, ebenso wie der Entwicklungshilfe-Organisationen, die sich aber bisher leider fast ausschließlich in ihrer Mittelvergabe festgelegt haben auf die Finanzierung von landwirtschaftlichen, exportorientierten Projekten.

Buchhandlungsstrukturen

Der Buchhandel war lange Zeit exklusive Angelegenheit der Europäer, sprich: der Franzosen. Im Unterschied zum Verlagswesen ist jedoch die Buchhandelsstruktur vielfältiger und älter. So gab es 1980 im frankophonen Afrika nur drei Verlagshäuser, hingegen ca. 100 Buchhandlungen. In den Jahren zu Beginn der Unabhängigkeit gab es keinen einzigen Verlag, aber immerhin 10 Buchhandlungen, alle in französischer oder belgischer Hand. Ganz bewußt wollten die Franzosen damals keine Verlage in Afrika, brauchten aber Umschlagplätze für die Buchproduktion aus der europäischen Metropole.

Für alle afrikanischen Verlage ist das größte Problem der Vertrieb. Die Größe des Kontinents, die of noch unzureichenden Infrastrukturen von Transport und Kommunikation, Kapitalmangel und der Mangel an fachlich ausgebildetem Personal sind die Gründe dafür, daß es bisher nicht möglich war, auch nur ein Barsortiment oder Auslieferungslager einzurichten. So erfolgt der Vertrieb der Bücher direkt von jedem Verlag zu jeder Buchhandlung. *Dreierlei* Buchhandlungen sind zu finden: die staatlichen Buchhandlungen, die privaten Buchhandlungen und die kirchlichen Buchhandlungen.

1. Die staatlichen Buchhandlungen

Einige afrikanische Staaten haben seit etlichen Jahren staatseigene Buchhandlungsketten eröffnet, die meist dem Unterrichtsministerium unterstellt sind. Die Absicht ist, der Landbevölkerung den Zugang zum Buch zu erleichtern und die Schulbuchpreise unter Kontrolle zu halten. Da das Verkaufspersonal keine fach-

liche Ausbildung hat, sind diese Buchhandlungen nichts Anderes als Verkaufsstellen für die vom Programm vorgeschriebenen Schulbücher und Schulartikel.

2. Private Buchhandlungen
Man muß zwischen *französischen* und *afrikanischen* Buchhandlungen unterscheiden. Erstere (in denen heute zum Teil auch afrikanisches Kapital steckt) führen ein vollständiges Sortiment, das dem einer französischen Mittelstadt entspricht. Die Kundschaft sind die am Ort lebenden Europäer und die afrikanische, französischgeprägte Oberschicht. Hier ist auch die französische und internationale Presse erhältlich, deren Vertrieb sowohl auf Landesebene als auch auf dem ganzen Kontinent ein Monopol des französischen Medienmultis Hachette (Paris) ist. Diese Buchhandlungen verweigerten bis vor wenigen Jahren die Aufnahme von Büchern afrikanischer Autoren. Erst mit wachsendem Einfluß der afrikanischen Verlagshäuser begann sich die Situation zu ändern: Ab ungefähr 1980 führte die größte Buchhandlung im frankophonen Afrika, Die „Libraire de France" in Abidjan, afrikanische Bücher... allerdings im Keller.

Die *afrikanischen* Buchhandlungen hingegen sind Schreibwarengeschäfte, die zum Schulanfang mit dem vollständigen Schulbuchprogramm aufwarten können. Man findet sie in den Städten wie auch im Inneren. Die großen Stadtbuchhandlungen kaufen direkt bei den Verlagen ein und beliefern aus ihrem Bestand die kleineren, entfernteren Verkaufsstellen. Hier ist kein fachlich ausgebildetes Personal vorhanden und nur die oft jahrelange Erfahrung und der Umgang mit dem begrenzten Sortiment garantiert den reibungslosen Ablauf. Ein Teil dieser Buchhandlungen schließt nach dem Schulbuchgeschäft wieder für den Rest des Jahres.

3. Kirchliche Buchhandlungen
Hier ist das afrikanische Buch vertreten und somit sind sie die *große Ausnahme*. Sowohl katholische als auch evangelische Buchhandlungen sind in fast allen Ländern zu finden. Die *katholischen* entsprechen europäischen Buchhandlungen; für eine wirklich erfolgreiche Verkaufsaktion hinsichtlich afrikanischer Literatur bestehen aber zwei Hindernisse: Sie sind die Nachkommen der alten Missionsbuchhandlungen, die auch heute noch von fachlich ausgebildeten, europäischen Ordensschwestern geleitet werden; diesen Buchhändlerinnen fehlt oft das Verständnis für afrikanische Literatur.

Die Buchhandlungen der *evangelischen* Kirche sind „afrikanische" und leiden unter dem gleichen Problem wie die afrikanischen Buchhandlungen: es fehlt geschultes Personal. Sie zeigen einen klaren Trend zur Schulbuchhandlung mit religiösen Schriften und Bürobedarf.

Die Autoren

Sehr viele der in Afrika ansässigen Schriftsteller leben in Staaten mit einem Einparteiensystem. Die Partei bestimmt das tägliche Leben, sie befindet, was gut ist, was gedruckt und gelesen werden darf. Verlage, denen der Schriftsteller sein Manuskript anbieten kann, sind oft Staats- und Parteibetriebe. Auch Zeitung, Radio, Fernsehen, die sein Buch besprechen und vorstellen sollen, sind im Staatsbesitz. Diese eingepferchte Situation stellt andererseits auch eine Herausforderung für den afrikanischen Autor dar. Durch Talent und Genie gelingt es manchem, sich eine Freizone zu schaffen: Die Themen werden dann oft hautnah und beleuchten die Gesellschaftssituation und soziale Ungerechtigkeiten bis hin zur Kritik an der regierenden Einheitspartei (siehe beispielsweise H. Lopes, Die strafveretzte Revolution, Peter-Hammer-Verlag).

Der afrikanische Autor gehört meist der wohlhabenden Oberschicht an. In Europa oder Amerika ausgebildet, bekleidet er oft staatliche Ämter und schreibt unter anderem, weil „Schriftsteller in Afrika zu sein" hin und wieder Rampenlicht verspricht und speziell geschaffene Preise winken: Der „große Preis afrikanischer Literatur", das „Beste afrikanische Theater", die „Beste afrikanische Novelle", Preis „Amadou Ahidjo", Preis „General Eyadema". Für all diese Preisvergaben ist allerdings das Lesepublikum nicht unbedingt nötig; eine Jury in Frankreich oder der Parteivorstand zu Hause entscheiden.

Handel mit Büchern und Broschüren 1981 (in Mio. US-Dollar

	Import	Export
USA	307	704
Großbritannien	293	498
BRD	195	345
Spanien	28	322
Frankreich	272	259
Honkong	13	84
Kanada[1]	370	54
Mexiko	126	44
Argentinien	55	43
Brasilien	29	12
Indien	18	5
Südkorea	12	4
Kenia	5	2
Nigeria	95	1
Afrika	216	13
Lateinamerika	375	125
Asien	329	275
Europa	1601	2166
Welt[2]	3538	3331

[1] *Zahlen für 1980*
[2] *Ohne sozialistische Industrieländer*

Quelle: UNCTAD, 1981 Yearbook of International Trade Statistics, New York 1982

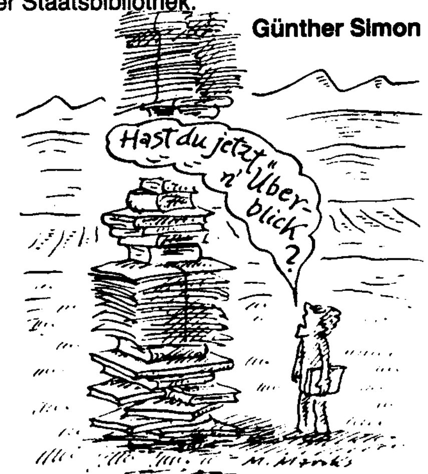
Die Verleger

Die Existenz der meisten Verleger in frankophonen Afrika gleicht auch heute noch einem Seiltänzerkunststück: er muß ständig hin- und herbalancieren zwischen Staat, Leser, Autoren... und Banken. Das Umfeld der Person des Verlegers ist dem des Schriftstellers gleich, Herkunft und Werdegang sind identisch. Seiner Persönlichkeit ist es zu verdanken, wenn er relativ großen Spielraum genießt. Dem afrikanischen Verleger fällt noch eine andere Aufgabe zu: er wird zum Mittelsmann zwischen Schriftsteller und internationaler Schaubühne. Trotz aller Fragwürdigkeit ist diese Rolle wichtig, denn jeder Schwarze auf diesem Podium trägt dazu bei, das unheilvolle Bild des ewig bettelnden Negers zu korrigieren. Wenigstens auf dem Feld der Literatur und der Geisteswissenschaften könnten so die Grenzen zwischen erster, dritter und vierter Welt verschwinden.

Die Leser

Auf den Leser und potentiellen Käufer von Verlagsproduktionen trifft dasselbe Soziogramm zu wie bei Autor und Verleger. Bücherlesen verlangt eine abrupte *Veränderung des traditionellen, afrikanischen Lebensstils:* sich absondern, zurückziehen, um sich mit dem Buchinhalt auseinandersetzen zu können. Zugleich verlangt Lesen ein Umfeld, das in vielen afrikanischen Regionen nicht vorhanden ist: gutes Licht, gemütliche Sitzgelegenheit, temperierte Räume. All dies beschränkt bereits die geographischen Verbreitungsmöglichkeiten des Buches auf die Städte, auf einen kleinen Teil der Bevölkerung. Magloire Kouassi, Journalist aus der Elfenbeinküste beschreibt das Problem in der Zeitschrift Bingo Nr. 330 vom Juli 1980 wie folgt: „...In der oralen Tradition aufgewachsen, hat der Ivorianer bedingt durch eine falsche Idee von Entwicklung ebenso wie durch eine Unterhaltungszivilisation, die aufbaut auf dem Spektakulären, auf Sport und Musik, dem Buch den Rücken gekehrt: 40.000 Zuschauer jeden Sonntag im Fußballstadion, gegen 1.103 eingetragene Leser in der Staatsbibliothek."

Günther Simon



Im Windschatten des Krieges

Die Entstehung eines neuen Publikationswesens im afghanischen Widerstand

An der Jahreswende 1979/80 marschierte die UdSSR in Afghanistan ein, um das an ihrer Reformpolitik gescheiterte und vor dem Zusammenbruch stehende kommunistische Regime zu stabilisieren. Völlig unerwartet für einen Großteil westlicher Beobachter gelang es jedoch dem in zahlreiche Parteien, Parteiungen und Gruppen zersplitterten Widerstand der Bevölkerung, sich gegen die sowjetischen Besatzer und die mit ihr verbündeten Anhänger der Kabuler Regierung erfolgreich zur Wehr zu setzen.
Die Professionalisierung des Krieges gegen einen fremden, hochgerüsteten und dazu noch „ungläubigen" Gegner war die erste Konsequenz. Die Umstellung von einer Bauernrevolte auf einen modernen Guerillakrieg reflektiert jedoch nur einen Aspekt eines sehr viel weitergehenden sozio-politischen Wandels, der keinen Aspekt des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens unberührt gelassen hat und zum entscheidenden Teil den Erfolg des afghanischen Widerstandes ausmacht: Dieser — gleichsam im Windschatten des Krieges vorsichgehende — Modernisierungsprozeß zeigt sich ebenso im Wandel der militärischen Taktik wie in der Veränderung der Infrastruktur des Widerstandes, im Aufkommen neuer Eliten und in der wachsenden Bedeutung von Ideologien als Mittel für neue politische und soziale Beziehungen (vgl. Grevemeyer: 1983 und 1985).

پیام تبریکیه جمعیت اسلامی افغانستان
بمناسبت انتخاب حجة الاسلام
آقای خامنه‌ای به ریاست جمهوری
اسلامی ایران



بسم الله الرحمن الرحیم
الذین ان مکناهم فی الارض اقاموا الصلوة وآتوا الزکاة وامروا بالمعروف ونهوا عن المنکر.
برادر بزرگ و محترم حضرت حجة الاسلام والمسلمین آقای سید علی خامنه‌ای رئیس جمهور منتخب کشور جمهوری اسلامی ایران!
ایدک الله تعالی ودامت افاضاتک علی المسلمین والمستضعفین.
ضمن تقدیم سلام وطلب رحمت و بر کات انتخاب شما را از طرف ملت مسلمان و
بقیه در صفحه (۲)

رزمندگان جمعیت اسلامی افغانستان

Ein Ausdruck dieser Modernisierung ist die Entstehung eines Presse- und Publikationswesens innerhalb des Widerstandes. Daß die Entwicklung auf diesem Sektor von westlichen Beobachtern bislang überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wurde, hängt sicherlich mit Sprachschwierigkeiten sowie Problemen der Beschaffung zusammen. Doch ebenso dürfte dafür eine gewisse Borniertheit verantwortlich sein. Denn so bereitwillig Solidaritäten für das generelle Anliegen des Widerstandes — die Befreiung Afghanistans von der sowjetischen Okkupationsmacht — gewährt werden, so zutiefst mißtrauisch steht man den gesellschaftlichen Traditionalismen und ideologischen Äußerungen der Afghanen sowie der Widerstandselite gegenüber. Dabei vermögen gerade die Publikationen einen guten Einblick in den Lern- und Bewußtseinsprozeß zu geben, der durch die gewaltsame Auseinandersetzung mit der UdSSR in Gang gesetzt wurde; zugleich ist das Entstehen eines eigenen Publikationswesens ein Ausdruck dessen, welche technischen, organisatorischen und eben nicht zuletzt geistig-kulturellen Reserven vom Widerstand mobilisiert werden konnte. Welche allgemeinen technischen und gesellschaftlichen Defizite dabei zu überwinden sind, mögen ein paar Angaben belegen.

In den siebziger Jahren betrug die Analphabetenrate in Afghanistan — trotz einer schon 1923 eingeführten und verfassungsmäßig abgesicherten allgemeinen und unentgeltlichen Schulpflicht — etwa 90%. Eine vom Staat strikt kontrollierte und nur selten (1949—1952; 1964—1970) gelockerte Editionspolitik hatte zur Folge, daß Ende der siebziger Jahre ca. 25 Tageszeitungen mit einer landesweiten Auflage von 150000 Exemplare und etwa gleichviel Spezialpublikationen mit einer Gesamtauflage von 50000 erschienen. Die Zahl der seit den zwanziger Jahren bis 1978 publizierten Buchtitel betrug vielleicht 3000, mit einer jeweiligen Auflage von 500 bis 2000. Die Bevölkerung wurde zu der Zeit auf etwa 16 bis 17 Millionen geschätzt. Die Einführung des Transistorradios in den sechziger Jahren löste die Probleme mit der Diffusion von Informationen gleichfalls nicht: Schlechter Empfang und hohe Anschaffungskosten sowie intellektuelle und sprachliche Verständnisschwierigkeiten (für einen Großteil der Bevölkerung waren die beiden offiziellen Landessprachen Farsi-Dari und Pashtu entweder Fremdsprachen oder das Kabuler Idiom war ihnen unverständlich) waren hierfür gleichermaßen verantwortlich. Aufgrund eines fast vollständig fehlenden landesweiten Vertriebssystems, wurden zudem über zwei Drittel aller Publikationen in der nur 500000 Einwohner umfassenden Hauptstadt Kabul verteilt. 90% der Gesamtbevölkerung blieben so von allen Diskussionen um Fortschritt und Modernisierung ausgeschlossen: für die Absolventen der Dorfschulen bedeutete es außerdem, ihre früheren Fähigkeiten zu lesen und zu schreiben, allmählich zu verlieren. Für die engagierten oder an Reformen interessierten Angehörigen der modernen Kabuler Mittelschicht hatte die staatliche Medienpolitik noch zusätzliche Konsequenzen: Das Verbot privater Veröffentlichungen und eine rigide Zensur verhinderte die Veröffentlichung oppositioneller oder kritischer Beiträge; Angehörige ethnischer Minderheiten konnten nicht in ihren Sprachen publizieren und schon gar nicht ihre Geschichte und Kultur propagieren; die Aufarbeitung der afghanischen Geschichte des 20. Jahrhunderts war tabu. Das Ergebnis: Eine gleichgeschaltete Regierungspresse spiegelte lediglich die Interessen des Hofes wieder, während sich eine unruhige Elite im Untergrund formierte. 1978 putschte sich eine solche zum Schweigen verurteilte und in den Untergrund gedrängte politische Gruppe an die Macht: die kommunistische Khalq-Parcham-Partei.

Die Anfänge einer Widerstandspresse

Als das Reformprogramm der Regierung Taraki/Amin 1978/79 allmählich immer größere Teile der Bevölkerung in den Widerstand trieb und die ersten Parteien sich im pakistanischen und iranischen Exil zu formieren begannen, standen dem Widerstand nur wenige publizistische Möglichkeiten zur Verfügung, um Gegenpropaganda und Aufklärung zu betreiben: Im Lande selbst boten hand- oder maschinenschriftlich vervielfältigte „Nachtbriefe" (an Wände geklebte oder unter die Türen geschobene Aufrufe, Erklärungen und Informationen) die einzige Chance zur Veröffentlichung oppositioneller Meinungen. In den schon 1979 befreiten Gebieten (Hazarajat, Kunar) fehlte es an technischen Einrichtungen, Papier und Fachkräften. Dennoch wurde (wahrscheinlich im August) 1979 die erste in einem befreiten Gebiet edierte Zeitung herausgegeben: Seda-ye Nurestan — Die Stimme Nurestans, genannt nach der an Pakistan angrenzenden afghanischen Provinz Nurestan.

Etwas anders sahen die Verhältnisse unter den afghanischen Oppositionsgrup-

pen in Pakistan, dem Iran und im westlichen Ausland aus. Fast unmittelbar nach dem Putsch 1978 begannen sie mit der Publikation von Flugblättern, Broschüren und Zeitschriften. Bei diesen oppositionellen Gruppen handelte es sich um politische Gruppierungen, die — wie etwa die „Hezb-e eslami" (Islamische Partei) — aufgrund ihrer Opposition gegen das frühere Regime Daud schon mehrere Jahre im Exil aktiv waren, oder um Parteiungen afghanischer Studenten, die seit Beginn der siebziger Jahre (in erster Linie in der Bundesrepublik) politisch und publizistisch tätig waren. Während letztere schon über Erfahrungen mit der Herausgabe von Zeitschriften verfügten, nahmen die in Pakistan und im Iran sitzenden Oppositionsparteien die Publikation von Zeitschriften erst nach dem Putsch auf. So wurde im Iran seit 1979 das Organ der „Islamischen Partei" unter der Bezeichnung „Rah-e haq" (Der Weg der Gerechtigkeit) herausgegeben, von der „Islamischen Vereinigung" (Jame'at-e eslami) wurde die Zeitschrift „Peiam-e afghanestan" (Botschaft Afghanistans) ediert und von einer Gruppe „in Afghanistan kämpfender Moslems" die Publikation „Peiam-e mobarez" (Botschaft des Kämpfers) verlegt. Bis auf wenige Ausnahmen — wie etwa die seit Beginn 1979 in Peshawar herausgegebene Zeitschrift „Esteqlal" (Unabhängigkeit) — nahmen die in Pakistan ansässigen Exilparteien die Publikation von Zeitschriften erst nach dem sowjetischen Einmarsch auf.



Titelbild der Zeitschrift „Heiliger Krieg"

Insgesamt blieb die Zahl der bis Ende 1979 neugegründeten Periodika begrenzt. Sie wandten sich an einen kleinen Kreis von Insidern, die Beiträge wirkten häufig konventikelhaft und erschöpften sich auf laienhafte Kriegsberichterstattung oder ideologische Rundumschläge.

Die Situation begann sich rapide nach dem sowjetischen Einmarsch zu verändern: Durch den nun verstärkt einsetzenden Flüchtlingsstrom nach Pakistan und in den Iran erhielten die Exilparteien eine ständig wachsende Gefolgschaft, begannen sich besser zu organisieren und kamen zunehmend in den Genuß von Hilfsgeldern. Systematische Säuberungen in der Verwaltung, im Militär und unter der ausgebildeten afghanischen Mittelschicht durch sowjetische Berater und die etwa 1982 erfolgte Umstellung des der sowjetischen Kriegstaktik auf eine Vernichtung der Reproduktionsbasis der Bevölkerung (Zerstörung von Ernten, Bewässerungssystemen, Dörfern und Vieh) hatte zur Folge, daß bis 1985 etwa ein Drittel der afghanischen Bevölkerung in Pakistan oder im Iran Zuflucht suchte. Der Flüchtlingsstrom brachte jedoch nicht nur zusätzliche Soldaten — immer zahlreicher begannen sich auch ausgebildete Fachleute einzustellen, die ein Professionalisierung des Widerstandes und darunter auch seiner politischen Propaganda einleitete.

Die afghanische Widerstandspresse nach dem sowjetischen Einmarsch

Seit 1980 erschienen und erscheinen über 100 Zeitschriften im afghanischen Widerstand. Zusätzlich wurden ca. 500 Broschüren, Pamphlete und Bücher verlegt. Das wichtigste Editionszentrum ist Peshawar/Pakistan geworden. Andere Verlagsorte in Pakistan sind Quetta, Lahore und Islamabad. Im Iran ist Teheran das Zentrum für verlegerische Aktivitäten; gelegentlich werden Zeitschriften oder Broschüren aber auch im Qom oder Mashhad herausgegeben. Im westlichen Ausland ist die Bundesrepublik Standort für die Erstellung oder Verteilung von Periodika und monographischen Publikationen. Ausnahmsweise wurden Zeitschriften auch in Indien, Frankreich, Dänemark, England oder in der USA verlegt. Verleger sind die großen Widerstandsparteien mit Sitz in Pakistan oder dem Iran, kleinere politische Gruppierungen oder Einzelpersonen. Die großen Widerstandparteien haben häufig Dependenzen an mehreren Orten und bringen — wie etwa die Islamische Partei — Zeitschriften oder Broschüren gelegentlich in den entsprechenden Landessprachen heraus (arabisch, urdu, englisch oder deutsch). Der überwiegende Teil aller Publikationen erfolgt in den beiden Landessprachen Afghanistans, Dari (Persisch) und Pashtu. Die Periodika erscheinen wöchentlich, zweiwöchentlich oder monatlich; kleinere Organisationen bringen ihre Publikationen häufig unregelmäßig heraus, stellen oft ihr Erscheinen ein und erscheinen dann gelegentlich unter anderem Namen erneut. Der Umfang der Periodika beträgt zwischen vier und 60 Seiten. Ihre Auflage variiert von wenigen Hundert bis mehreren Tausend. Gedruckt wird im Offset-Verfahren oder mittels einfacher Kopiersysteme; die Vorlage kann gesetzt oder hand- und maschinenschriftlich sein; eine Bebilderung ist üblich. Der Vertrieb erfolgt durch die Büros der Parteien und Gruppen; Straßenverkauf oder der Vertrieb durch Buchhandlungen ist unüblich; der inner-afghanische Widerstand wird von den Exilbüros beliefert — nur noch selten wird eine Zeitschrift im Lande selbst erstellt.

Die Beiträge in den Zeitschriften, Broschüren und Monographien umfassen Berichte von der Front, Informationen über die Lage in Afghanistan, unter den Flüchtlingen oder auf der internationalen Bühne, Lebensbeschreibungen von Märtyrern, historische Abhandlungen über die Rolle Rußlands für Afghanistan oder die Vorgeschichte des Putsches von 1978, Reden leitender Persönlichkeiten des Widerstandes und Abhandlungen der politisch-kulturellen Elite über Ziele und Absichten des Krieges sowie über die zukünftige politische Gestalt eines einmal befreiten Afghanistan sowie schließlich literarische Verarbeitung der Ereignisse in Prosa oder Gedichten.

Inhaltlich reflektieren die behandelten Themen die veränderten Verhältnisse im Widerstand seit der sowjetischen Invasion des Landes. Zwei Faktoren sind dadurch entscheidend geworden: Erstens die Einsicht, daß die Auseinandersetzung um Afghanistan langfristig ist und einen generellen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Wandel mit sich bringt; ein kritisches Nachdenken über die früheren Verhältnisse wurde dadurch ebenso ausgelöst wie die Suche nach Antworten auf die Frage der zukünftigen Gesellschaftsordnung Afghanistans. Und zweitens die Ideologisierung des Widerstandes im Rahmen religiöser, ethnischer und nationalistischer Leitbilder.

Beide Faktoren haben dazu beigetragen, daß die ehemalige kleinräumige Orientierung politischen Handelns gründlich beseitigt wurde. Allen ist klar, daß es nicht länger nur um ihr Dorf, ihre Talschaft oder ihren Stamm geht, sondern um die ganze Gesellschaft und vor allen um den ganzen Staat. Auf der anderen Seite hat die Ideologiesierung des Widerstandes neue Konfliktfelder geschaffen, da Gegensätze zwischen den Parteien und Gruppen im Widerstand nun durch Programme und Weltbilder bestimmt werden und nicht durch lokale, verwandtschaftliche oder Stammeszugehörigkeit. Das hat auch Konsequenzen für die Publikationspolitik. Grob unterteilt gibt es vier politische Richtungen, die jeweils über eigenen Publikationsorgane verfügen: fundamentalistische Parteien, Parteien aus Anhängern des traditionellen Islam, Parteiungen, die einem aufgeklärten Islam und westlich-demokratischen Vorstellungen verpflichtet sind sowie Gruppen, deren ideologische

Ausrichtung von Traditionen der europäischen Linken geprägt ist.

Die funamentalistischen Parteien (Hezb-e eslami, Jame'at, Nasr) geben die meisten Zeitschriften und Pamphlete heraus. Ihre Publikationen erscheinen in verschiedenen Sprachen und werden oft an mehreren Orten mit unterschiedlichen Beiträgen herausgegeben. Gelegentlich verfügen sie über eigene Unterorganisationen, die Zeitschriften für besondere Zielgruppen edieren, etwa für Frauen oder kulturell Interessierte.

Parteien aus Anhängern des traditionellen Islam (Harakat-e enqelab-e eslami/Bewegung für eine islamische Revolution; Hezb-e nejat-e eslami/Nationale Erretungsparei) sind fast ausschließlich in Pakistan vertreten; ihre Publikationen finden deshalb auch nur dort Verbreitung. Etwa zehn bis fünfzehn Zeitschriften wurden bislang von ihnen herausgebracht.

Parteiungen, die einem aufgeklärten Islam in Verbindung mit westlich-demokratischen Vorstellungen verpflichtet sind, umfassen ein weites politisches Spektrum und zeichnen für die Herausgabe sehr zahlreicher Zeitschriften. Politischer Druck von den großen Parteien, problematische Finanzierungen und die kleine Zahl ihrer Helfer führen jedoch oft zur Einstellung der von ihnen edierten Periodika oder zur höchst unregelmäßigen Herausgabe. Zeitschriften solcher Gruppen wurden und werden teilweise in New Delhi, im Iran und natürlich in Pakistan herausgegeben. Typische Beispiele sind das vom Afghan Information Centre in Peshawar herausgegebene „Monthly Bulletin", das objektive Informationen über die innerafghanischen Verhältnisse publiziert und in Überblicksanalysen durchaus auch kritische Töne anschlägt; die in Quetta/Pakistan publizierte Zeitschrift „Stimme Khorasans" (Neda-ye khorasan), die die bislang unterdrückte Minderheit der mongolischen Hazara anspricht; und die an einem unbekannte Ort in Pakistan herausgegebene Zeitschrift „Herz Asiens" (Qalb-e asia), die sich gegen jede Form der Unterdrückung und ideologischen Bevormundung zur Wehr setzt und die Zukunft Afghanistans in einer Gesellschaft sieht, in der die wichtigsten Grund- und Menschenrechte gesichert sind.

Gruppen, die Traditionen der europäischen Linken verpflichtet sind, publizieren ausschließlich im westlichen Ausland, vorzugsweise in der Bundesrepublik. Ihre Anhängerschaft rekrutiert sich normalerweise aus Studenten. Als wichtigste Veröffentlichung können die in Köln erscheindende Zeitschrift „Befreiung" (Rhea'i) sowie das in Karlsruhe publizierte Periodikum „Afghanistan Tribune" gelten.

Beispiele

Wie die Zeitschriften im einzelnen beschaffen sind, was an ihnen typisch ist und welcher Stellenwert ihnen im Widerstand zukommt, soll an drei konkreten Beispielen gezeigt werden. Bei den drei Zeitschriften handelt es sich um eine Publikation der „Vereinigung der Widerstandskämpfer Afghanistans", um die Veröffentlichung des „Afghan Information Center" und um die Zeitschrift des „Kulturrates der islamischen Widerstandskämpfer Afghanistans."

Die erste Organisation ist ein Zusammenschluß großer Exilparteien in Peshawar — in erster Linie der beiden fundamentalistischen Parteien „Hezb-e eslami" und „Jame'at". Der Islam in seiner fundamentalistischen Ausprägung stellt für Afghanistan ein relativ neues Phänomen dar. Das Afghan Information Center wiederrum repräsentiert die politischen Idee und Ziele einer kleinen, unabhängigen Gruppe von Intellektuellen, die um den ehemaligen Universitätsprofessor Majrooh aktiv ist und sich vor allem um eine fürs westliche Ausland bestimmte Berichterstattung bemüht. Bei der dritten Organisation handelt es sich um den Zusammenschluß einer Gruppe von Hazaras, die sich ausschließlich an Angehörige dieser in Zentralafghanistan siedelnden ethnischen Minderheit mongolischer Abstammung wendet. Allen drei Organisationen ist gemeinsam, daß sie ihre Entstehung den gewaltsamen Auseinandersetzungen um Afghanistan verdanken und eigene Vorstellungen über die zukünftige Gestalt Afghanistans entwikkelten; die von ihnen herausgegebenen Publikationen spiegeln den bewaffneten Kampf gegen die UdSSR wieder und reflektieren die neuen Leitbilder der afghanischen Gesellschaft, die aus den Erfahrungen dieses Krieges gewonnen wurden.

Unter den zahlreichen, von der „Vereinigung der Widerstandskämpfer Afghanistans" herausgegebenen Publikationen, kann die Zeitschrift „Peigham-e shehid" (Botschaft des Märyrers) als typisch angesehen werden. Sie erscheint seit Mitte 1982 bis heute monatlich, wird in Dari und Pashtu ediert, umfaßt etwa 60—100 Seiten und erscheint in Peshawar. Sie wird durch die großen Widerstandsparteien finanziert, die ihrerseits erhebliche Unterstützung von den Golfländern und von Pakistan erhalten. Ihre Aufmachung ist professionell: farbiger Umschlag, ordentlicher Satz. Die Zeitschrift verfügt über einen kleinen Stab von Schriftstellern und Verfassern, die großteils eine Hochschulausbildung in Kabul oder an islamischen Bildungseinrichtungen im Ausland erhielten, jedoch erst jetzt als Publizisten hervortreten.

Das Ziel der Publikation ist die Verbreitung islamisch-fundamentalistischer Ideen in Anlehnung an die, durch den sowjetischen Einmarsch ausgelösten, gewaltsamen Veränderungen. Propagiert wird ein internationalistischer Islam mit autokratischen Führungsstrukturen. Die Beiträge umfassen Abhandlungen zu zentralen Begriffen der islamischen Morrallehre — allen voran zum Stellenwert des „Heiligen Krieges" (Jehad) —, Reflexionen über den Marxismus als neue Form der Barberei, Berichte über fundamentalistische Bewegungen in anderen islamischen Ländern (Iran, Ägypten) und Lebensläufe von Märtyrern. Die Nachrufe auf gefallene Märtyrer und Schilderungen des bewaffneten Kampfes in Afghanistan propagieren das Ideal des aufrichtigen, tapferen und gläubigen Moslems, der bereit ist, sein Leben im Kampf gegen die „Ungläubigen" hinzugeben.

Über die Höhe der Auflage, Verbreitung und ihren Einfluß ist nichts bekannt. Wie die zahlreichen anderen Publikationen dieser Parteien werden sie jedoch über ein gut funktionierendes Verteilernetz in Pakistan und im Ausland (Iran, Indien, Europa) vertrieben; ein bedeutender Teil wird in Afghanistan verteilt.



Unter den in Pakistan herrschenden Verhältnissen, die von der Macht der islamischen Exilparteien geprägt sind, nimmt die Publikation des Afghan Information Centre — „Monthly Bulletin" — fast die Position einer Oppositionszeitschrift ein. Sie erscheint seit Anfang 1981 regelmäßig einmal im Monat, umfaßt 15—20 maschinenschriftliche, hektographierte Seiten und wird in Englisch herausgegeben. Sie verdankt ihre Gründung der Initiative einiger (auch im Westen ausgebildeter) afghanischer Intellektueller, denen westliche Sympathisanten finanzielle Mittel bereitstellen. Da das vorrangige Ziel mit der Gründung dieser Publikation eine Versorgung westlicher Medien und Solidaritätsgruppen mit objektiven Informationen über die Ereignisse in Afghanistan war, wird die Zeitschrift vorrangig aus den Abos dieser Zielgruppe finanziert. Die daraus resultierende finanzielle und politische Rückendeckung ermöglicht es den Mitarbeitern an dieser Zeitschrift relativ objektiv Informationen zu vermitteln; das umfaßt durchaus kritische Einschätzungen des Verhaltens der großen Exilparteien, die ihre Differenzen untereinander auch mit Waffengewalt austragen.

Jede Nummer bringt einen — nach Provinzen gegliederten — Überblick über die wichtigsten politischen und militärischen Ereignisse; das umfaßt Nachrich-

ten über Aktivitäten der verschiedenen Widerstandsgruppen sowie über den Zusammenschluß einzelner Parteiungen. Außerdem werden Interviews mit Militärkommandanten oder politischen Führern abgedruckt. Zusammenfassende Analysen systematisieren Trends in der politisch-militärischen Auseinandersetzung. Gelegentlich geben umfangreichere Re-


استقلال

Titelbild der Zeitschrift „Befreiung"

cherchen Aufschluß über strategisch wichtige Veränderungen, die so etwa die Nr. 27/Juni 1983 über die kriegsbedingten Auswirkungen auf die Agrarproduktion.

Eine dritte politische Richtung wird durch die Publiktion „Neda-ye khorasan" (Stimme Korans) vertreten. Sie erscheint seit November 1983 in Quetta/ Pakistan etwa viermal pro Jahr; die Texte der Publikationen sind in Dari verfaßt, werden mit der Hand geschrieben und dann in einer Auflage von 2—3000 Stück gedruckt. Die Zeitschrift wird durch Mitglieder, Abonnenten und Spenden finanziert. Ein Großteil der Auflage kommt in Afghanistan zur Verteilung.

Die Publikation ist die erste Veröffentlichung von Hazaras für Hazaras. Die schon Mitte 1979 erfolgte Befreiung des Hazarajat gab den vor etwa 100 Jahren gewaltsam in den afghanischen Staat integrierten, vielfach unterdrückten und als Paria-Volk behandelten etwa vier Millionen Hazaras die Chance, den Befreiungskampf mit ihrer politischen und kulturellen Emanzipation zu verbinden. Ein Ausdruck dessen war die Gründung eines Hazara-Kulturrates, der die Herausgabe dieser Zeitschrift betreibt. Der intellktuelle Kopf des Rates und der Publikation ist Mohammad Essa Gharjestani. Unter seiner Schirmherrschaft publiziert die Zeitschrift Artikel über die aktuellen Ereignisse im Hazarajat — geographisch entspricht diese Region Zentralafghanistan — und über den kulturpolitischen Hintergrund der Freiheitsbewegung der Hazaras. Die politische Richtung dieser Zeitschrift wird von den historischen Erfahrungen einer unterdrückten Ethnie bestimmt: Sie wendet sich gegen die autoritären Herrschaftsvorstellungen der fundamentalistischen Parteien und tritt für ein förderalistisch verwaltetes Afghanistan ein, in dem das Hazarajat weitgehende Autonomie erhalten soll und wo die wichtigsten Menschenrechte garantiert sind.

Ausblick

Die gewaltsamen Veränderungen in Afghanistan seit dem sowjetischen Einmarsch am 27. Dezember 1979 haben auch eine neue politische Kultur der Elite begründet, die in einer Vielzahl von Periodika, Broschüren und Büchern dokumentiert wird. Daß die politische und gesellschaftliche Neuformierung der afghanischen Gesellschaft im Windschatten des Krieges gegen die UdSSR durchaus auch die Entstehung einer „revolutionären" Kultur bedeutet, ist vielen Beteiligten klar und wird sogar als Voraussetzung für eine erfolgreiche Weiterführung des Kampfes begriffen, denn „gewaltsame Veränderungen ohne den gleichzeitigen Aufbau einer revolutionären Kultur, lassen letztlich auch den Krieg scheitern" (Eigeninterview mit dem Herausgeber der Zeitschrift „Neda-ye khorasan", Gharjestani).

Auf der anderen Seite hat die Ideologisierung des Widerstandes Gegensätze deutlich gemacht, die vielleicht schwerer auszugleichen sind als die traditionellen Konflikte, für die es über Jahrhunderte ausgebaute, bewährte und akzeptierte Instanzen der Schlichtung gab. Ob die bis heute sichtbare pluralistische Vielfalt der neuen politischen Kultur noch ausgebaut werden kann oder dem Diktat der großen — vorrangig fundamentalistischen — Parteien zum Opfer fallen wird, ist keineswegs entschieden. Entscheidend dafür dürfte auch noch eine weitere Entwicklung sein: die Alphabetisierung der Flüchtlinge. Denn obwohl von vielen Gruppierungen im Widerstand erhebliche Anstrengungen unternommen werden, innerhalb Afganistans und in den Flüchtlingszentren ein funktionierendes Schulsystem aufzubauen, kann nichts darüber hinwegtäuschen, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung und Gefolgschaft der Parteien an den publizistisch geführten Diskussionen nicht beteiligt ist. Anders auf lokaler Ebene, „vor Ort": hier haben sich in den letzten Jahren Institutionen und Verfahrensweisen herausgebildet, die den einfachen Bauern und Soldaten in den militärischen und politischen Entscheidungen einbeziehen. Der Erfolg des Widerstandes wird sicherlich zum nicht unerheblichen Teil davon abhängen, ob es gelingt, die einfache Bevölkerung in Zukunft noch intensiver an den politischen Entscheidungen und damit Diskussionen über Ziele und Zwecke des Krieges zu beteiligen. Alphabetisierungskampagnen und das schon vorhandene Publiktionswesen berechtigen zu Hoffnung.

Jan Grevemeyer

Literatur:

Grevemeyer, Jan-Heeren: 1983, Afghanistan — Widerstand im Wandel, in: blätter des iz3w, Nr. 108, 13—24.

Grevemeyer, Jan-Heeren: 1985, Religion, Ethnizität und Nationalimus im afghanischen Widerstand, in: Leviathan, 13. Jhg., Heft 1, 115—128.



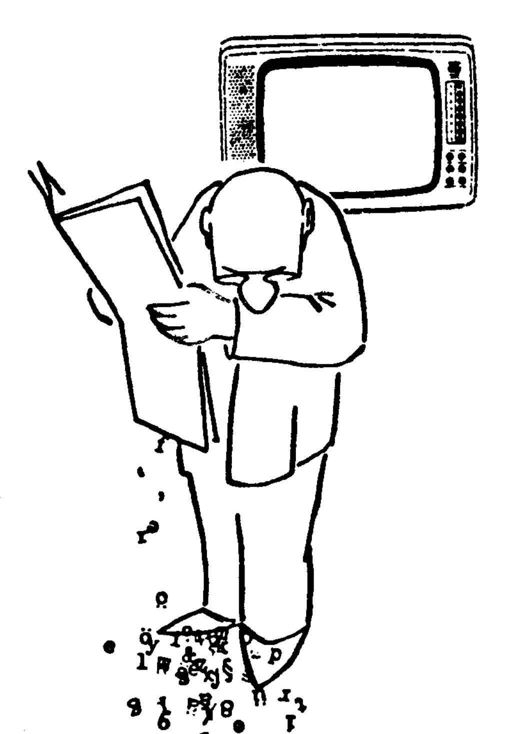
US-Getreidepreispolitik

In den USA finden z. Z. Diskussionen über eine Neuordnung der Landwirtschaftspolitik statt. Die US-Regierung und der Senat planen eine 25-%ig Preissenkung für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte der USA (Mais, Weizen, Sojabohnen, Baumwolle, Reis). Die dadurch entstehenden Einkommensausfälle bei den Landwirten sollen durch eine Erhöhung der Produktionsmenge ausgeglichen und die sich so ergebenden Produktionsüberschüsse exportiert werden, was wiederum erhebliche Auswirkungen auf das Preisniveau dieser landwirtschaftlichen Produkte auf dem Weltmarkt hätte. Niedrigere Weltmarktpreise bewirken vermutlich erhöhte Importe in Ländern der Dritten Welt und haben damit Auswirkungen auf die Nahrungsmittel-Selbstversorgung dieser Länder.

Politische Gruppierungen in den USA, die in Opposition zu diesen Absichten stehen, suchen für ihre Lobbyarbeit Informationen über die Beziehungen zwischen US-Getreidepreisen, Weltmarktpreisen und der Getreideproduktion in den Ländern der Dritten Welt. Interessierte und informierte iz3w-Leser können den text der anfrage bei der Redaktion anfordern. Termin für die antworten in die USA: vor Ende September (wegen der demnächst anstehenden Beratungen in Senat und Repräsentantenhaus).

Medien in Südafrika

Es gibt kein richtiges Leben im falschen (Adorno)



Am 15. März 1985 beschloß die Geschäftsführung des Zeitungskonzerns „South Africa Associated Newspapers“ (SAAN) die Einstellung der traditionsreichen Morgenzeitung *„Rand Daily Mail“* und der Sonntagszeitung *„Sunday Express“* zum 30. April 1985; an die Stelle der als liberal und apartheidkritischen *„RDM“* sollte eine täglich erscheinende Wirtschaftszeitung, *„Business Day“*, treten. Der „Tod der *RDM*“ hat vielfältige Reaktionen ausgelöst. Während der Staatspräsident und die herrschende Nationale Partei kaum ihre Genugtuung verbergen konnten, drückten die Konkurrenten der *RDM* durchweg ihr Bedauern über das Verschwinden der Zeitung aus. In anderen Äußerungen war von „Mord“ an einer Zeitung die Rede, und, daß das SAAN-Management die Einstellung vorwiegend aus politischen Gründen beschlossen habe.[1]

In der Tat fällt es schwer, nicht an politische Gründe für die Einstellung der *RDM* zu glauben. Die 1902 gegründete Zeitung war mit dem *„Sunday Express“* z. B. die einzige, die im Transvaal 1984 offen für ein „Nein“ der Weißen zum „Verfassungs-Referendum“ eintrat, und sich damit in Gegensatz zur Geschäftswelt setzte, die ein „Ja“ zu den „Reformplänen“ der Regierung vertrat. Der einzige südafrikanische Multi von Weltgeltung, „Anglo American Corporation“, verfügt aber über die „Johannesburg Consolidated Investments“ (JCI) über „bedeutende Anteile“ an SAAN. Außerdem ist in Journalisten- und Politiker-Kreisen Südafrikas die Rolle unvergessen, die die *RDM* 1978 bei der Aufdeckung des sogenannten „Infogate-Skandals“ spielte, den Bemühungen des damaligen Informationsministers Mulder und seines Staatssekretärs Rhoodie, die südafrikanischen Medien unter Regierungskontrolle zu bringen. Ergebnis der Bemühungen war damals aber immerhin, daß die *RDM* als einzige Zeitung in ihrem eigenen Verbreitungsgebiet, in der gleichen Sprache (Englisch) und zum morgendlichen Erscheinungstermin eine Konkurrenz erhielt: die von der Regierung subventionierte Morgenzeitung *„The Citizen“* der Gesellschaft „Perskor“.

RDM war aber auch ihres hohen Standards liberaler Berichterstattung wegen ein politisches Ärgernis: mehr als einmal war es die *RDM*, die über Streiks, Demonstrationen, willkürliche Inhaftierungen als erste — und oft als einzige — berichtete; ihre Reporter hielten sich oft weder an die Polizei-Kommuniques noch an sonstige Sprachregelungen über relevante Ereignisse. In der *RDM* hatte die angelsächsische Tradition des „investigative journalism“ einen für südafrikanische Verhältnisse guten Platz gefunden.

Und es ist gerade in dieser Funktion, in der der „Tod der *Mail*“ seine ersten Wirkungen hat: als größte Morgenzeitung des Landes setzte die *RDM* nicht nur einen Standard, an dem sich ihre Konkurrenten messen mußten, sondern sie lieferte auch die Nachrichten für die anderen SAAN-Morgenzeitungen in Kapstadt, Durban, Port Elizabeth und East London. Darüberhinaus aber auch die meisten Nachrichten für die „South African Press Association“, die — ähnlich wie die „Deutsche Presse-Agentur“ (dpa) — kooperativ von fast allen Zeitungen des Landes betriebene und kontrollierte Nachrichten-Agentur Südafrikas. Raymond Louw, Chefredakteur der *Mail* von 1966 bis 1977, hat denn auch bereits darauf hingewiesen, daß der Wegfall der *RDM* für die SAPA-Berichterstattung weitreichende Folgen haben wird, ja, daß die Gefahr besteht, daß SAPA fortan sich fast nur noch auf die Propaganda der „regierungstreuen“ Zeitungen verlassen muß.[2] Wer zudem noch weiß, daß die in Südafrika tätigen Auslandskorrespondenten ihre eigenen beschränkten Recherche-Möglichkeiten durch die Pflichtlektüre der *RDM* kompensierten, wird annehmen müssen, daß — jedenfalls auf absehbare Zeit — durch den Tod der *RDM* ein ohnehin bestehendes Problem stärker verdeutlicht wird: wie kann man — unter den in Südafrika gegebenen Verhältnissen — umfassende Berichterstattung über diesen Krisenherd sicherstellen?

Kampf um Leser- und Anzeigenraum

Zuerst einmal freilich ist die Einstellung der *RDM* in einem kapitalistisch strukturierten Medienmarkt Teil eines „Presse-Krieges“, der Südafrikas Medien seit Jahren bestimmt. Dieser „Krieg“ spielt sich auf mehreren Ebenen ab: dem Anzeigenmarkt, dem Kampf um Leser, der Kontrolle durch das Kapital und damit der Politik.

Zeitungen sind auch in Südafrika zuerst einmal Träger von Anzeigen, die durch redaktionelle Beiträge verkäuflich gemacht werden. Der bedeutendste Einschnitt in die südafrikanische Medienlandschaft war die Einführung des Fernsehens durch die staatseigene SA Broadcasting Corporation (SABC) 1976. Noch haben Zeitungen und Zeitschriften etwa 60% des Anzeigenaufkommens, aber das Fernsehen steigert seit 1978 seinen Anteil erheblich: mit jährlichen Steigerungsraten von rd. 10% hat es heute einen Anteil am Werbemarkt von rd. 30%. Diese Tendenz hat besonders die „Argus-Gruppe“ betroffen, die mit ihren Nachmittagszeitungen nur indirekt zu SAAN in Konkurrenz steht. „Argus“ (bekannteste Zeitung *„The Star“*) hat aber eine führende Rolle bei Kleinanzeigen („classified ads“) behalten können. Beide Gruppen werden — anders als die beiden anderen großen südafrikanischen Zeitungsgruppen „Nasionale Pers“ und „Perskor“, die dem burischen „Establishment“ nahestehen — von „Anglo American“ kontrolliert — und aus politischen Gründen ist „Anglo“ mehr an der Stabilisierung der „Argus-Gruppe“ inter-

essiert, deren Zeitungen eher „zahmer" sind.
Der Tod der *RDM* hatte letztlich betriebswirtschaftliche Gründe: sie machte Verluste, und diese Verluste rührten daher, daß sie zu viele schwarze Leser hatte, die die Zeitung gerade wegen ihrer klaren Haltung lasen. Doch diese Leserschaft war für die Werbewirtschaft nicht interessant genug. Auf dem Markt für schwarze Leser waren zwei andere Zeitungen für diese interessanter: die *„City Press"*, die 1984 von dem relativ unabhängigen Verleger Jim Bailey („Drum") an „Nasionale Pers" verkauft wurde, und *„The Sowetan"* von der Argus-Gruppe.

Die südafrikanischen Zeitungskonzerne und ihre im Text erwähnten Publikationen:

South Africa Associated Newspapers (SAAN)
Rand Daily Mail (RDM) — eingestellt, soll durch Business Day ersetzt werden
Sunday Express — ebenfalls eingestellt

Argus
The Star
The Sowetan
World und *Post* — verboten

Perskor
The Citizen

Nationale Pers
City Press

Kleinere, davon unabhängige Publikationen
SASPU National — SA Students Press Union — verboten
The Voice — South African Council of Churches
Work in Progress — Southern Africa Research Service
Grassroots — Sprachrohr der Bürgerinitiativen
Weekly Mail — ehemalige *RDM*-Journalisten

Bei diesen beiden „schwarzen" Zeitungen aber spielen nicht nur kommerzielle Überlegungen bezüglich des werbewirtschaftlich ja auch interessanten „schwarzen" Marktes eine Rolle. Während Argus die Verbote der Vorläufer des *„Sowetan"* — *„World"* und *„Post"* bzw. der dazugehörigen Sonntagsausgeben, noch nicht vergessen hat, und die Redaktionspolitik entsprechend vorsichtig darauf orientiert, brauchte „Nasionale" ein Sprachrohr, um „aufgeklärte Reformpolitik" auch an ein schwarzes Publikum verkaufen zu können: gezielt wird dabei nicht auf die auch in vielen Kreisen der „Nationalen Partei" als Marionetten eingestuften Homeland-Führer, wie Sebe oder Matanzima und ihren tribalistisch geprägten Anhang, sondern auf die urbane Mittelklasse. Es ist daher kein Zufall, daß Ton Vosloo, früher Chefredakteur der Afrikaans-sprachigen Zeitung „Beeld", der erste Bure war, der einen Dialog zwischen der Regierung Botha und der Befreiungsbewegung ANC vorschlug. Heute hat Vosloo Entscheidendes zu sagen über die redaktionelle Linie von *„City Press"* — einer Zeitung, die immerhin so viel Spielraum hat, daß sie Leserumfragen unter Schwarzen veranstalten kann, bei denen als Führer Nelson Mandela, Oliver Tambo und Govan Mbeki gewählt werden, während selbsternannte Führer wie Gatsha Buthelezi („Inkatha", der Zulu-Bewegung) trotz eifriger Bemühungen um Nachhilfe bei solchen Leserumfragen unter „ferner liefen" landen.[3] Doch findet der Zeitungs-Krieg im wesentlichen beim Kampf um den Anzeigenmarkt und um die weißen Leser statt, wobei der Verlierer — die SAAN-Gruppe — schon jetzt festzustehen scheint. Die langfristige Wirkung dieses Konzentrationsprozesses kann nicht ernst genug genommen werden.

In einem Land, das eine breite — und durchaus nicht immer miteinander versöhnliche — Meinungsvielfalt produziert, repräsentieren Massenmedien ohnehin nur einen kleinen Ausschnitt aus dieser Vielfalt. Und jede Einstellung einer Zeitung bedeutet eine weitere Verengung dieses Meinungsspektrums. Am logischen Ende dieses Konzentrationsprozesses könnte eine Situation entstehen. wie sie bereits zum Ende der Herrschaft von Ian Smith in Rhodesien bestand. Es war die „Argus Company", die damals die rhodesischen Medien kontrollierte und nur einen Teil des Meinungsspektrums innerhalb der Weißen vertrat, sich aber vornehmlich in den Dienst der Propaganda des weißen Minderheitsregimes stellte.[4]

„Freie Presse" am Gängelband der Regierung?

Doch über ein anderes Paradoxon der südafrikanischen Medienlandschaft täuscht auch diese düstere — und durchaus realistische — Perspektive nicht hinweg. Dieses Paradoxon betrifft gerade diejenigen, die an den Vorgängen in Südafrika lebhaft Anteil nehmen und deren Informationsquellen nun durch den Tod der *„Rand Daily Mail"* beeinträchtigt worden sind.

Die südafrikanischen Medien sind von einem dichten Netz von gesetzlichen Vorschriften überzogen, das in der Praxis auf eine mehr oder minder direkte Zensur hinauslaufen und — auf der Ebene der täglichen journalistischen Arbeit — das Phänomen „Selbst-Zensur" zur Folge haben. Die Berichterstattung über Gefängnisse und Verhaftungen, über militärische und sicherheits-relevante Vorgänge, über sensitive außenwirtschaftliche Vorgänge, über gebannte Personen und Organisationen unterliegt gesetzlichen Beschränkungen, die z. T. mit einem erheblichen Ermessungsspielraum versehen sind, also je nach politischer Opportunität entweder geahndet, oder aber durchgelassen werden können. Zudem hängt über jeder Publikation das Damoklesschwert des Banns. Eine durchaus nicht leere Drohung, wie die Verbote der *„World"*, der *„Post"* und der Studentenzeitschrift *„SASPU National"* im Mai 1985 beweisen. Und doch verlassen sich Gegner der Apartheid außerhalb Südafrikas bei ihrer Argumentation zu einem erheblichen Teil auf Nachrichten, die eben von diesen Medien geliefert werden, sei es direkt oder indirekt durch die Berichte der erwähnten Auslandskorrespondenten, deren Arbeitsbedingungen in der Regel auf ein Umformulieren dessen hinauslaufen, was ihnen die einheimische Presse — und vor allem die englischsprachige — liefert. Selbst so verdienstvolle Vehikel von Anti-Apartheid-Informationen wie der zweimonatliche *„Focus"* des „International Defence and Aid Fund" (London) oder der wöchentliche Ausschnittdienst *„ANC News Briefing"* des „African National Congress" wären ohne die systematische Auswertung der südafrikanischen Medien nicht denkbar. Dieses Paradoxon läßt sich in Form einer Frage ausdrücken: Wie kann ein umfassendes Bild der südafrikanischen Realität erarbeitet werden, wenn doch diese Medien gegängelt und geknebelt sind?.

Das Dilemma wird noch größer, wenn berücksichtigt wird, daß auch die *„Rand Daily Mail"* — von anderen Medien ganz zu schweigen — keineswegs eine prinzipielle Kritik betrieben hat, sondern allenfalls eine bürgerliche, also eine an besonderen politischen und humanitären Vorstellungen orientierte Haltung einnahm. Seit Jahren hat die liberale, sich gern als Opposition verstehende Presse die Regierung der „Nationalen Partei" aufgefordert, wirksame Schritte der Reform vorzunehmen; jetzt, da die Regierung jede noch so kleine Korrektur ihres Kurses an veränderte Umstände als „Reform" verkaufen will, hört man von der Presse allenfalls ein schmerzliches „Ja, aber".

Eine möglicherweise trivial zu nennende Anekdote mag das verdeutlichen: die *RDM* riskierte ihre Glaubwürdigkeit unter schwarzen Lesern, als sie 1983 bei dem sogen. „Silverstone Siege", einem Banküberfall mit Geiselnahme durch ANC-Guerrilleros, die Täter als „Terroristen" bezeichnete, wie es der Linie der Polizei entsprach. In Soweto wurden daraufhin sogar öffentlich Exemplare der *RDM* verbrannt. Daraufhin betrieb die *RDM* eine vorsichtigere Politik und nannte nur noch solche Leute „Terroristen", die zivile Ziele angriffen, während sie bei Polizei-Verlautbarungen differenzierte: wenn sie die Polizei direkt zitierte, sprach sie von „Terroristen", in ihren eigenen Reportagen aber von „Insurgenten". Die Polizei nahm das zum Anlaß, darauf hinzuweisen, daß es sich natürlich um „Terroristen" handele, wenn sie sie so nenne, die *Mail* möge sich doch bitte daran halten. Was die *RDM* seit 1984 dann auch tat. Mit anderen Worten: Polizei und Militär bemühen sich nicht nur, mit wachsendem Erfolg, zu bestimmen, worüber berichtet wird, son-

dern auch wie, bis hin zu den semantischen Details der Berichte.

Der Versuch einer Opposition

Nun zeigt die Tatsache, daß diese Geschichte hier erzählt werden kann, auch, daß es noch andere Informationskanäle aus und über Südafrika gibt, als nur jene der kapitalistisch strukturierten und weitgehend gezähmten Massenmedien. Natürlich gibt es in Südafrika auch eine durchweg apartheid-kritische Medienszene. Natürlich schafft sich eine sich verbreiternde Opposition — als Gegenöffentlichkeit — auch die ihr gemäßen Instrumente der Kommunikation.

So hat der South African Council of Churches (SACC) nicht nur einen Nachrichtendienst („EcuNews"), sondern auch eine Zeitung (*„The Voice"*), verfügen die an Bedeutung ständig zunehmenden unabhängigen Gewerkschaften über eine ganze Palette von eigenen Publikationen (wenn auch vorwiegend begrenzter Reichweite), geben die kritischen Studenten besonders der englischsprachigen Universitäten eigene Zeitschriften heraus, deren analytische Schärfe (besonders bei *„Work in Progress"*, herausgegeben von „Southern Africa Research Service") einen würdigen Platz in der linken Publizistik weltweit verdient. Natürlich sind Publikationen wie die unregelmäßig erscheinende *„Grassroots"*, die sich als Sprachrohr der vielen Bürgerinitiative versteht, wichtige Instrumente einer Kommunikation, die andere Akzente setzt als die offizielle Tagesordnung; natürlich tragen die kleineren, flugblattähnlichen Veröffentlichungen dieser Bürgerinitiativen — in der Spannbreite von Mietervereinigungen bis hin zu Boykottgruppen — dazu bei, daß die direkte Kommunikation sich verbreitern kann, stellen die kleinen, aber in den letzten Jahren immer öffentlicher zirkulierenden Flugschriften des ANC etwa wichtige Instrumente von Gegenöffentlichkeit dar, auf die die Gerichte zunehmend allergischer reagieren, indem sie bereits den bloßen Besitz — nicht etwa die Verbreitung — von einschlägigen ANC-Materialien (bis hin zu T-Shirts) bestrafen.

Natürlich ist das dritte — und wohl endgültige — Verbot von „SASPU National", der auf die Debatte um die Bildungspolitik orientierten Studentenzeitschrift der „SA Students' Press Union" (8 mal jährlich) ein von weißen liberalen Intellektuellen zu Recht beklagtes Einschränken einer notwendigen gesellschaftlichen Debatte.[5] Doch macht dieses Verbot zugleich auf ein Problem aufmerksam: viele dieser Publikationen haben — trotz einer gesellschaftlichen Zieldebatte, die weit über die „offizielle Politik" hinausgeht, und trotz einer durch moderne technische Möglichkeiten gegebenen Verbreitungsmöglichkeit — nur eine begrenzte Reichweite, die kaum über den Kreis der „bereits Überzeugten" hinausgeht; den gesellschaftlichen Diskurs beeinflußen sie daher nicht als Publikationen, sondern allenfalls in dem Maße, in dem sie auch und zugleich Träger und Transportmittel der Aktionen sind, die die Organisationen betreiben, die diese Publikationen herausgeben. Von daher ist dieses eigenartige Phänomen erklärlich, daß ein Verbot einer Publikation zwar beklagt werden mag, daß aber die hinter ihr stehende gesellschaftliche Organisation sofort wieder zu ihrer Tagesordnung übergeht — und im Zweifelsfalle mit einer neuen Publikation antritt. Liberale Journalisten, die früher bei der *RDM* beschäftigt waren, haben denn auch, wie könnten sie anders, seit dem 14. Juni mit einer *„Weekly Mail"* just die Traditionen fortzusetzen begonnen, die mit dem Tod der *RDM* verschüttet zu sein schienen; ein Unterfangen mit wahrscheinlich schwierigen ökonomischen Ansatz.



Schwierig vor allem deswegen, weil nicht nur Probleme überwunden werden müssen, die sich jedem Journalisten in Südafrika stellen, sondern auch weil die *„Weekly Mail"* zuerst einmal ihre Leser finden muß. In Südafrika gibt es anders als in der Bundesrepublik keine Distributionssubventionen (etwa durch billige Postgebühren); die vier großen Zeitungskonzerne unterhalten daher eigene Distributionssysteme, wobei SAAN und die Argus-Gruppe bereits früher zuzusammengearbeitet haben und in Zukunft eine noch engere Zusammenarbeit anstreben (die auch bis hin zu gemeinsamer Produktion gehen soll).[6]

Der Staat als Meinungsmacher

Der Konzentrationsprozeß der gedruckten Medien hat aber auch noch andere weitreichende Änderungen der Medienlandschaft Südafrikas bewirkt: seit Jahren klagten die Zeitungsverlage — ähnlich wie in der Bundesrepublik — über das Monopol der staatlichen SABC für den Bereich der elektronischen Medien. Besonders Ton Vosloo, Chef der „Nasionale Pers", tat sich dabei hervor.[7] Anfang Juli 1985 erreichte Vosloo, der auch Direktor eines „Electronic Media Network Consortium" (M-Net) ist, ein Abkommen mit SABC, das den Zeitungsverlagen einen eigenen Kanal ermöglichen wird. Von 1986 an wird neben die vier SABC-Fernsehkanäle ein Abonnenten-Fernsehen (STV) treten. SABC wird direkt (mit rd. 25% Anteilen) an STV beteiligt sein, im Gegenzug erhält M-Net Beteiligung am 4. Fernsehkanal. Das pikanteste Detail des Abkommens: STV wird weder aktuelle Nachrichten noch eigene Sport- und Politik-Sendungen erstellen, sondern diese von SABC beziehen. Die ideologische Begründung für diesen Ansatz, das elektronische Monopol von SABC zu brechen, hatte Vosloo bereits vorher angedeutet: „Da wir nun einmal eine Regierung haben, die ihre Botschaft an die gesamte Bevölkerung herantragen will — mit Filtern nicht allein eigener Wahl, sondern solchen mit freien, von Privatinitiativen getragenen —, muß sie auch akzeptieren, daß das Ungleichgewicht zwischen Druck- und elektronischen Medien korrigiert wird."[8] Diese Art von Ehe zwischen Regierung und Zeitungsverlagen dürfte jedenfalls mehr als nur ein kleines Scharmützel auf einem Nebenkriegsschauplatz sein. Ein von dem kritischen Johannesburger Verlag „Ravan Press" angekündigtes Buch von Julie Frederickse, der Journalistin, die bereits den Propaganda-Krieg in Rhodesien aufgearbeitet hat,[9] heißt denn auch treffend: „Another kind of war". Es beschäftigt sich mit dem „Krieg um die Köpfe" nicht nur der südafrikanischen Bevölkerung, sondern auch mit dem Drang dieses „neuen", „modernen" Südafrika, auch uns durch kanalisierte Informationen einzubeziehen in die Bemühungen, das weiße Südafrika für das Abendland zu retten.

Peter Ripken

Anmerkungen:

1. Eine Auswahl der Reaktionen zum Tode der RDM: Ronald Meinardus. Erloschener Funke. in: Informationsdienst Südliches Afrika, 3/85; Laurence Gandar, Guardian 29.4.85; Work in Progress, No. 36/85; The Star (weekly airmail edition), 25.3.85 und 1.4.85
2. Raymond Louw. The Death of a messenger. in: New African (London), June 1985
3. Work in Progress, NR. 33/84
4. Julie Frederickse. None but ourselves. Masses vs. the Media in the Making of Zimbabwe. Johannesburg/Harare 1982
5. Nadine Gordimer. RDM not only voice stilled. in: The Star (weekly airmail edition), 2.5.85
6. The Star (weekly airmail edition), 8.7.85
7. The South African Foundation News, June 1985, mit Auszügen aus einer Rede, die Ton Vosloo am 8. Mai 85 vor dem „Press Club of South Africa" in Johannesburg hielt.
8. ebda.
9. Siehe Anmerkung 4

Entwicklung durch Fernsehen

Alte und neue Medien in Brasilien

Brasilien ist ein Land, in dem es ein starkes nationales, von ausländischem Kapital und importierten Programmen weitgehend unabhängiges Fernsehwesen gibt — das sich trotzdem in Form und Inhalt nicht wesentlich von seinen westlichen Vorbildern unterscheidet. Dieser Artikel geht der Frage nach Entwicklung und politisch-ökonomischer Rolle des Fernsehens in Brasilien nach.

Das typische brasilianische Programm: „telenovelas"

Wenn Ende dieses Jahres im deutschen Fernsehen die brasilianische Serie „Escrava Saura" läuft, bleibt uns nicht länger vorenthalten, was seit langem an der Spitze der Popularitätsskala im brasilianischen Fernsehen rangiert: eine „telenovela". Telenovelas, Fernsehserien von mitunter mehreren hundert Folgen, haben im Verlauf der letzten Jahre die bis dahin dominierenden US-Produkte in der Popularität weit hinter sich gelassen.[1] Selbst „Dallas" war in Brasilien (wie im übrigen Lateinamerika) im Vergleich dazu ein Flop (Antola/Rogers 1984, 193). Die Story ist bei telenovelas meist nach dem gleichen Schema aufgebaut: „Ein armes, aber hübsches Mädchen geht in die Großstadt, findet Anstellung bei einer reichen Familie, verliebt sich in den Sohn der Familie und heiratet ihn, nachdem allerlei Schwierigkeiten überwunden sind. (ebd.). Die Popularität rührt denn auch aus diesem Handlungsschema, das die Sehnsüchte breiter Bevölkerungsschichten anspricht, sich dabei aber prinzipiell nicht allzuweit von ihrer Lebenswelt und ihren Erfahrungen entfernt. Die Einschätzung, telenovelas erfüllten „in der stark analphabetischen und illiteralen lateinamerikanischen Peripherie das allgemeine Bedürfnis nach melodramatischer eskapistischer Fiktion" (Stock 1984, 173), ist sicher nicht falsch, aber nur ein Teil der Wahrheit. Telenovelas sind darüberhinaus in gewisser Weise ein Ausdruck brasilianischer (bzw. lateinamerikanischer) Kultur und Lebensweise.

Es ist jedoch wichtig, zwischen Form und Inhalt der telenovela zu differenzieren. Mag der Inhalt etwas spezifisch brasilianisches und anspruchsvolles sein, so ist die Form in keiner Weise eigenständig, sondern aus den USA übernommen. Dort sind es die „soap operas", die zwar inhaltlich flacher sein mögen[2], jedoch genauso aufgebaut sind und die gleiche Funktion haben wie telenovelas. Denn: Nicht der Inhalt der telenovela ist das eigentlich Wichtige, sondern die Dramaturgie, die auf die regelmäßig eingeschobenen Werbeeinblendungen ausgerichtet sein muß. „Die Funktion von Fernsehen ist nicht etwa, Informationen und Unterhaltung zu liefern, sondern dem Publikum Konsumprodukte zu verkaufen" (McAnany 1984, 205)

Die Struktur des brasilianischen Fernsehens: Networks nach US-Vorbild

Diese Funktion ergibt sich aus der Struktur des brasilianischen Fernsehwesens. Es gibt in Brasilien keine öffentlich-rechtlichen Sender wie etwa in der BRD, sondern — wie in den USA — kommerzielle, auf Werbeeinnahmen angewiesene "networks", die in den 50er und 60er Jahren als regionale Stationen in den städtischen Zentren im Süden des Landes begonnen und ihren Sendebereich — vermittelt über angegliederte Tochterstationen — nach und nach über den größten Teil des Landes ausgedehnt haben. War die Situation bis Mitte der 60er Jahre noch durch eine erhebliche Konkurrenz zwischen verschiedenen Sendern gekennzeichnet, so hat sich seitdem — nicht zufällig zeitgleich mit der Machtübernahme durch das Militär — ein Sender zum führenden Network im Lande und zur viertgrößten kommerziellen Fernsehanstalt der Welt aufgeschwungen: TV Globo.

TV Globo wurde 1962 von einem den konservativen Militärs nahestehenden Zeitschriftenverleger gegründet. Minderheitspartner war, obgleich ausländisches Engagement im brasilianischen Medienbereich auch damals schon verboten war, der amerikanische Time-Life-Konzern. Er steuerte Kapital und sein know-how beim Aufbau des Senders, der 1965 den Betrieb aufnahm, bei. TV-Globo war insgesamt so finanzstark und modern ausgestattet, daß es ohne große Schwierigkeiten die besten Künstler und Manager von den Konkurrenzstationen abwerben konnte (Straubhaar 1984, 228 f.). Bis Ende der 60er Jahre gelang es TV Globo, die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen[3] und mit Einschaltquoten zwischen 60 und 90 % (ebd., 231) das Massenpublikum auf sich zu fixieren. Die Zusammenarbeit mit Time-Life wurde 1968 nach intensivem Protest der Konkurrenzstationen beendet. Time-Life erhielt sein investiertes Kapital zurückerstattet. „Im Kern bedeutete dies, daß TV Globo in einer entscheidenden Periode seines Wachstums zinsfreie Kredite erhielt" (ebd.).

Heute ist TV Globo ein Medienkonzern, zu dem eine große Zeitung, 17 Radiostationen, ein Verlag, eine Plattenfirma, eine Telekommunikationsfirma, eine Agentur, eine Kunstgalerie, eine Kabelfernsehgesellschaft und eine Firmenstiftung gehören (McAnany 1984, 214). TV Globo stellt seine Programme (im Unterschied übrigens zu seinen US-Vorbildern) zum großen Teil selbst her und versichert sich dabei durch regelmäßige Publikumsbefragungen, stets auf der Höhe des Geschmacks zu sein. Alljährlich werden darüberhinaus Vertreter der Werbebranche eingeladen, damit die Station ermitteln kann, welche der neuen Programme bei den Sponsoren am besten ankommen und damit die höchstmöglichen Werbeeinnahmen versprechen (Mattos 1984, 214)[4].

Mittlerweile setzt TV Globo importierte Programme, die in der Regel billiger sind als selbstproduziertes Material, praktisch nur noch als Füllmaterial in publikums- und damit werbeschwachen Zeiten ein (Straubhaar 1984, 230). Demgegenüber ist der Konzern mittlerweile selber in beträchtlichem Umfang im Export aktiv. Dabei sind es nicht nur Programme — die BRD ist bei weitem nicht das erste europäische Land, das Material von TV Globo kauft —, sondern auch das know-how, das TV Globo exportiert: Nicht nur an zahlreiche afrikanische Länder, sondern auch an italienische Privatstationen „verkauft TV Globo seine Erfahrung bei der Programmproduktion und beim Management einer Station" (Straubhaar 1984, 235). Damit reproduziert TV Globo die Strukturen, die das Wachstum dieser Station erst möglich gemacht haben: industrielles Wachstum durch Massenproduktion von Konsumgütern nach westlichem Vorbild.

Wirtschaftswachstum und Fernsehwachstum

Fernsehen ist in Brasilien genausowenig ein Oberschichtenphänomen wie die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern. Heute steht in jedem zweiten brasilianischen Haushalt ein Fernsehgerät (wovon ein Drittel Colorgeräte sind); in den städtischen Ballungszentren erreicht die Fernsehdichte 75 % (McAnany 1984, 205). Damit deutet sich bereits das Wechselverhältnis zwischen der Entwicklung des Fernsehwesens und dem zeitweilig rapiden Wirtschaftswachstum der brasilianischen Volkswirtschaft an. „Die für die brasilianische Akkumulationsstruktur nach 1955 zentrale Wachstumsdynamik der dauerhaften Konsumgüterindustrie beruhte keineswegs nur auf der elitären Oberschichtennachfrage, sondern hatte spätestens seit 1970 die Nachfrage von mindestens 60 % aller städtischen Haushalte zur Basis" (Hurtienne 1984, 381). Zu dieser Entwicklung leistete das Fernsehen einen zweifachen Beitrag:

Zum einen stellte die Nachfrage nach Fernsehgeräten ein wichtiges Wachstumsstimulans dar, zum anderen förderten die Fernsehprogramme sowohl durch die häufigen Werbeeinblendungen (bis zu 25 % der Gesamtsendezeit)[5] als auch — subtiler — über die Programminhalte den massenhaften Bedarf an Konsumgütern. Die „Mittelklasse-Lebenswelt der brasilianischen Tele-Novelas" (ebd., 377) hatte eine wichtige Vorbildfunktion und förderte die Vermittlung derjenigen Konsumstrukturen, die das brasilianische Entwicklungsmodell über einige Zeit am Laufen hielten.

Zu dieser unmittelbar ökonomischen kommt die politische Funktion des Fernsehens. Dabei ist die Schwerpunktsetzung auf Unterhaltungsprogramme und der geringe Anteil von Informationssendungen[6] — neben dem ökonomischen Imperativ der Maximierung der Werbeeinnahmen — nicht primär das Ergebnis direkter negativer staatlicher Sanktionen — etwa in Form der erst 1979 aufgehobenen Zensur. Wichtiger sind die indirekten Maßnahmen, die das Fernsehen veranlassen, kritische Inhalte zu vermeiden. Mittels ihrer Kontrolle des Banksystems und durch die Genehmigungspflicht für eine Reihe von Importen hat die Regierung die Möglichkeit einer indirekten Sanktionierung unliebsamer Sender. Regierungsfreundliche Stationen — allen voran TV Globo — haben demgegenüber durch vergünstigte Kredite, Subventionen, Steuererleichterungen und die Vergabe staatlicher Werbeprogramme Unterstützung durch die Regierung erfahren (Mattos 1984, 217). Darüberhinaus haben neben technischen Errungenschaften (Verbilligung durch Massenproduktion, Verbesserung von Übermittlungstechniken) vor allem staatliche Maßnahmen die Verbreitung von Fernsehgeräten gefördert. Speziell der Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur und die Einführung von Konsumentenkrediten (1968) haben wesentlich dazu beigetragen, das Fernsehen zu einem Massenphänomen zu machen, das Konsumgewohnheiten prägt und vom eigenen Elend ablenkt (vgl. McAnany 1984, 200).

Neue Medien — altes Spiel

Angesichts der Bemühungen der brasilianischen Führung, mit den fortgeschrittenen Industriestaaten gleichzuziehen, kann die Förderung der „Neuen Medien" nicht überraschen, sind die damit verbundenen Technologien doch in allen Industrie- und Schwellenländern gehätscheltes Prestigeobjekt der Regierungen.

Im speziellen Fall Brasiliens bemüht man sich seit zehn Jahren vor allem um den Aufbau einer eigenen Computerindustrie. Der Anstoß hierzu kam zu Beginn der 70er Jahre vom Militär. Aus der Furcht vor sicherheitsrelevanten Abhängigkeiten von ausländischen Mikrocomputerherstellern resultierte das Bestreben, diese Geräte im Inland, von national kontrollierten Firmen, herstellen zu lassen. 1974 nahm die erste brasilianische Computerfirma die Produktion auf. Zehn Jahre später drängen sich auf dem Markt für elektronische Komponenten und Computer an die 150 brasilianische Firmen mit einem Gesamtumsatz jenseits der Milliarden-Dollar-Grenze und rd. 35.000 Beschäftigten („Brasilien: Wie die Japaner", Spiegel 45/1984).

Dies ist das Ergebnis einer Marktreservierungspolitik, die es ab 1977 verbot, ausländische Mikrocomputer zu importieren. Inländische Computerhersteller mußten mehrheitlich in brasilianischem Besitz sein. Allein der Markt für Großcomputer blieb für die brasilianischen Töchter multinationaler Computerkonzerne offen, die indes mindestens 60 % ihrer Produktion im Ausland absetzen mußten (Murphy 1983, 111).



1984 wurde die bis dahin auf Dekrete gestützte Politik auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Das mit überwältigender Mehrheit am 3.10.1984 verabschiedete nationale Informatik-Gesetz stellte in einigen Punkten noch eine Verschärfung der gängigen Praxis dar. So muß bei den Elektronikproduzenten künftig das stimmberechtigte Kapital zu 100 % im Besitz brasilianischer natürlicher Personen sein. Ausgenommen sind ausländische Investitionen im Norden und Nordosten des Landes, wo man hofft, durch Exportproduktion in Freihandelszonen, nach „bewährtem" ostasiatischen Beispiel, die industrielle Entwicklung vorantreiben zu können (vgl. „Abschottung der Computerindustrie Brasiliens", Neue Zürcher Zeitung v. 19.11.1984).

Eine Beurteilung der Informatikpolitik muß zwangsläufig zwiespältig ausfallen: Einerseits trägt sie aufgrund der rigiden Maßnahmen gegenüber multinationalen Konzernen und ihrer „self-reliance"-orientierung gewisse fortschrittliche Züge, andererseits trägt sie zur Verschärfung bestehender Entwicklungsprobleme bei. So wird durch den zunehmenden Einsatz von Computern im Dienstleistungsbereich und die fortschreitende Automatisierung und Roboterisierung in der Industrie die bestehende Massenarbeitslosigkeit zusätzlich verstärkt (vgl. „Roboter rauben die letzten Jobs", Frankfurter Rundschau v. 16.8.1982).

Mehr als Prestigeobjekt erscheinen zwei andere Errungenschaften. Ein Bildschirmtext-Feldversuch in Sao Paulo soll die Möglichkeit einer Einführung dieser Kommunikationstechnologie in den städtischen Ballungsräumen erkunden. Bedenkt man allerdings, daß schon in der BRD die Kaufkraft für eine breite Einführung von BTX nicht ausreicht, so kann man sich vorstellen, wie es mit der künftigen Verbreitung dieses Mediums in Brasilien aussehen wird.

Daneben verfügt Brasilien mittlerweile über ein eigenes satellitengestütztes Kommunikationssystem. Es hat insgesamt 231 Mio. $ gekostet und wurde mit Krediten finanziert, die binnen 13 Jahren rückzahlbar sind; die Lebensdauer der Satelliten wird auf acht Jahre veranschlagt. Sie ersetzen Übermittlungskapazitäten, die bislang von der internationalen Satellitenbetreiberorganisation INTELSAT für 7 Mio. $ pro Jahr gemietet worden waren (vgl. CONTINCO-Wirtschaftsberichte aus Brasilien, 1062/1985, S. 4). Man muß den künftigen Bedarf Brasiliens an Satellitenkommunikationskapazitäten schon sehr optimistisch einschätzen, um zu einer betriebswirtschaftlich positiven Beurteilung dieses Projekts zu kommen.

Schlußfolgerungen

Heute hat Brasilien — so der erste Eindruck — das erreicht, was noch vor 10 Jahren kaum jemand für möglich gehalten hätte: Ein national kontrolliertes, von Programmimporten unabhängiges, im Export erfolgreiches und von staatlichen Eingriffen relativ freies Fernsehwesen sowie vielversprechende Ansätze im Bereich der Neuen Medien. Doch der Eindruck ist trügerisch: Nationale Kontrolle und nationale Identität sind offenbar nicht zwingend miteinander verknüpft. Die Situation in Brasilien zeigt vielmehr: Medien in der Dritten Welt brauchen weder in westlichem Besitz noch mit westlichen Inhalten gefüllt zu sein, um westliche Werte zu transportieren. Das nach dem Vorbild der US-amerikanischen Networks aufgebaute, mit westlich geschulten Program-

machern bestückte und von industriellen und staatlichen Werbegeldern abhängige brasilianische Privatfernsehen vermittelt westliche Verhaltens- und vor allem Konsumschemata, obwohl es unter nationaler Kontrolle und mit national produzierten Programmen gefüllt ist.

Das brasilianische Fernsehen wirkt dabei — seit seiner politisch geförderten Verbreitung über die städtischen Oberschichten hinaus — als Katalysator für ein wirtschaftliches Wachstum, das auf der Produktion von Konsumgütern für den Massenverbrauch beruht. Es dient demnach der Förderung und politischen Stabilisierung eines Entwicklungsmodells, das auf der Nachahmung der industriellen Entwicklung westlicher Industriestaaten beruht. Auch die Förderung der „Neuen Medien" paßt in diese Sichtweise: Als Versuch, die Industriepolitik der fortgeschrittenen Industriestaaten unreflektiert und unangepaßt zu imitieren. In der Informatikpolitik manifestiert sich der ungebrochene Glaube an das Paradigma einer Entwicklung durch Modernisierung — durch Industrialisierung nach dem Vorbild der Ersten Welt.

Die Situation Brasiliens lehrt darüber hinaus hinsichtlich der Forderung nach einer Neuen Internationalen Informationsordnung, wie fatal es sein kann, über die Beschäftigung mit den internationalen Machtstrukturen die jeweilige nationale Situation zu vernachlässigen. Neben der Forderung nach einer Umstrukturierung des internationalen Mediensystems kann, so lehrt das brasilianische Beispiel, die Forderung nach einer „Demokratisierung der Kommunikationsstrukturen" (wie schon im MacBridge-Bericht formuliert, vgl. Roncagliolo 1984, 230 f.) in den einzelnen Staaten gar nicht wichtig genug genommen werden.

Jörg Meyer-Stamer

Anmerkungen:

1 Zwar beträgt der Anteil importierter Programme an der Sendezeit immer noch 39%, jedoch liegt ihr Anteil an den Einschaltquoten nur noch bei 22% (Antola/Rogers 1984, 186 u. 189).

2 Ein weiterer wichtiger Unterschied ist, daß soap-operas tagsüber für Hausfrauen, telenovelas dagegen während der abendlichen Hauptsendezeit für die ganze Familie gesendet werden (Antola/Rogers 1984, 194).

3 Neben TV Globo gibt es vier weitere kleinere, landesweit sendende Stationen. „Diese Stationen visieren den Markt der Oberschicht an, von der große Teile importierte Filme (...) volkstümliche brasilianischen Produkten vorziehen." (Straubhaar 1984, 231)

4 Allerdings ist TV Globo aufgrund seiner Marktmacht relativ unabhängig von direkten Pressionsversuchen seitens der Verwalter des Werbebudgets (vgl. Straubhaar 1984, 234).

5 vgl. Kniestedt 1980, der außerdem darauf hinweist, daß dieser Werbeanteil auch in Nachrichtensendungen durchgehalten wird. Übrigens war Brasilien zwischen 1976 und 1979 das Land, in dem — hinter den USA, Japan und Großbritannien — das meiste Geld für Werbung ausgegeben wurde (Mattos 1984, 213).

6 Informationsprogramme haben im brasilianischen Fernsehen einen Anteil an der Sendezeit von 12,8% (UNESCO Statistical Yearbook 1984).

* * *

Literatur

Antola/Rogers 1984; Livia Antola, Everett M. Rogers: Television flows in Latin America. In: Communication Research, 11 (1984) 2, S. 183—202.

Beltran 1980; Luis Ramiro Beltrán S.: Massenmedien in Lateinamerika: Spiegelbild einer ungerechten Gesellschaft. In: Rundfunk und Fernsehen, 28 (1980) 1, S. 21—39.

Hurtienne 1984; Thomas Hurtienne: Das Beispiel Brasilien. In: Medienmacht im Nord-Süd-Konflikt: Die Neue Internationale Informationsordnung/Red. Reiner Steinweg. Frankfurt: Suhrkamp, 1984. (Friedensanalysen 18).

Kniestedt 1980; Joachim Kniestedt: Rundfunk und Fernsehen in Brasilien — eine vergleichende Betrachtung mit der Bundesrepublik Deutschland. In: Deutsch-Brasilianische Hefte, 19 (1980) 5, S. 294—301.

McAnany 1984; Emile G. McAnany: The logic of cultural industries in Latin America: the television industry in Brazil. In: Changing patterns of communication control. Norwood: Ablex, 1984 (Critical communications review; Vol. 2). S. 185—208.

Mattos 1984; Sergio Mattos: Advertising and government influence: the case of Brazilien television. In: Communication Research, 11 (1984) 2, S. 203—220.

Murphy 1983; Brian Murphy: The world wired up. Unscrambling the new communications puzzle. London: Comedia, 1983.

Roncagliolo 1984; Rafael Roncagliolo: Die neue Weltinformationsordnung: Demokratisierung der Kommunikationsstrukturen. In: Medienmacht im Nord-Süd-Konflikt ... S. 229—244.

Stock 1984; Wolfgang Stock: Periphere Kommunikation. Dependenz und Massenmedien in Lateinamerika. Diss. Aachen 1984.

Straubhaar 1984; Joseph D. Straubhaar: Brazilian television: the decline of American influence. In: Communication Research, 11 (1984) 2, S. 221—240.

Wichtige Artikel zum Thema „Medien in der Dritten Welt" in früheren Ausgaben der „blätter des iz3w"

iz3w Nr. 82, Dezember 1979, S. 20ff: „Information als Deformation"; der Artikel gibt einen guten Überblick über die Arbeitsweise der internationalen Nachrichtenagenturen. 90% der in der Welt verbreiteten Nachrichten werden von den fünf großen europäischen und amerikanischen Agenturen geliefert. Sie bestimmen auch die Informationen, die in der Dritten Welt über die Dritte Welt verfügbar sind...

iz3w Nr. 61, Mai 1977: Schwerpunkheft zum Thema „Dritte Welt im Spiegel der Massenmedien"; u. a. enthält das Heft die ganz grundlegende — und auch leider immer noch aktuelle — Analyse von Horst Pöttker über die Dritte Welt Berichterstattung der Regenbogenpresse. Das Heft ist vergriffen, Kopien können aber noch über das iz3w bezogen werden.

iz3w Nr. 123, Februar 1985, S. 16ff: „Auf dem Weg zur Weltinformationsgesellschaft?" In diesem sehr ausführlichen Artikel geht es insbesondere um die Auswirkungen der Neuen Medien auf das Verhältnis Industriestaaten — Enwicklungsländer vor dem Hintergrund der Diskussion um eine Neue Internationale Informationsordnung (NIIO).

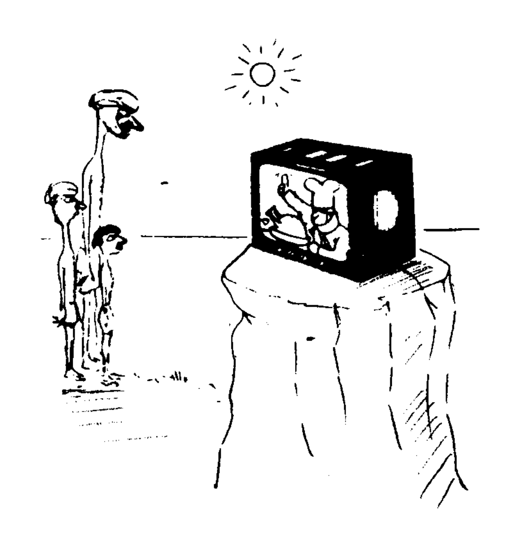
Elektronische Medien in Indonesien

Ein Modell für die Dritte Welt?

In den letzten Jahren ist die Rolle der Kommunikationstechnologie als eine Ursache für die Abhängigkeitsbeziehungen zwischen der Dritten Welt und den westlichen Industrienationen in den Vordergrund getreten. Die vorwiegend westlich orientierten Medieninhalte wurden für den Verlust sozial-kultureller Identität verantwortlich erklärt.

Oberflächlich betrachtet scheint sich die Landschaft elektronischer Medien in Indonesien positiv gegenüber der Situation in anderen Ländern der Dritten Welt abzuheben: Das Land betreibt ein eigenes Satellitensystem und ausländische Medieninhalte wurden erheblich reduziert. Außerdem sind Werbesendungen im Fernsehen ganz verschwunden — ein bisher einmaliger Vorgang in der Dritten Welt — und in Rundfunk und Presse stark vermindert. Die negativen Auswirkungen alter und neuer Medien[1] scheinen überwunden und man unterliegt leicht der Versuchung, die indonesische Medienpolitik als positives Vorbild für andere Dritte-Welt-Länder zu betrachten.

Bei genauerer Analyse sind die erfreulich klingenden Ansätze allerdings zu relativieren und die Medienpolitik Indonesiens fügt sich in den bekannten Rahmen ökonomischer und machtpolitischer Interessen ein.





Die Einführung der Satellitentechnologie

In den Jahren 1976/77 nahm Indonesien als erstes Land der Dritten Welt (und als viertes Land überhaupt) zwei eigene Satelliten in Betrieb (PALAPA A1 u. A2)[2]. Schon damals tauchte die Frage auf: Warum investiert ein Land, dessen Großteil der Bevölkerung noch am Rande des Existenzminimums lebt, Millionenbeträge für ein solches Projekt?

Die offizielle Begründung der Regierung war, daß Kommunikation via Satellit notwendig sei, um den Prozeß des „Nation Building" voranzutreiben (Lent, 1982: 172). „Klassische" Kommunikationsmittel wie Richtfunkstrecken und Seekabel wurden von der Regierung als Schwerpunkttechnologie aufgrund „zu hoher Kosten und großer Dauer bis zur Verwirklichung" (FAZ v. 10.7.76) verworfen und sollten das satellitengestützte Kommunikationssystem lediglich in einigen Bereichen ergänzen.

Diese Begründung schien zunächst einleuchtend und das Satellitenprojekt sinnvoll zu sein. Der Mangel an einer effizienten Kommunikationsinfrastruktur hatte angesichts der schwer zugänglichen Geographie (13.000 Inseln, davon ca. 6.000 bewohnt) sowie der ethnischen und sozialen Vielfalt des Landes (über 60 Völker mit mehr als 200 eigenen Sprachen) die innere Konsolidierung und sozio-ökonomische Entwicklung des Staates erschwert. Der Aufbau einer satellitengestützten Kommunikationsinfrastruktur schien geeignet, den Prozeß der „nationalen Integration" zu fördern. In Wirklichkeit aber bestimmten vorwiegend eigennützige Interessen die Anschaffung der Satellitentechnologie.

Ökonomische Interessen — das Millionenspiel

Nach dem wenig erfolgreichen Entwicklungsweg im Anschluß an die Unabhängigkeit (1949) und dem von einigen linksnationalen Generälen initiierten und gescheiterten Putschversuch von 1965 begann unter General Suharto die Politik der sog. „Neuen Ordnung", deren Wirtschaftspolitik am Vorbild der fortgeschrittenen kapitalistischen Industriestaaten orientiert ist (vgl. Nohlen, 1980: 166)[3].

Zu den Zielen einer solchen Wirtschaftspolitik gehört u. a. auch die Förderung ausländischer Direktinvestition. Die indonesische Regierung unternahm deshalb Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre eine Reihe von Maßnahmen, um ausländische Investoren ins Land zu holen. Man wollte, so der damalige Informationsminister, für diese Investoren „eine bestmögliche Atmosphäre" schaffen (Jones, 1976: 2). Zum guten „Investitionsklima" gehörte auch der Aufbau einer effizienten Kommunikationsinfrastruktur. Die damaligen Bedingungen führten oft zu Beschwerden seitens ausländischer Unternehmen, ihre Mitarbeiter von den äußeren Inseln müßten extra in die Hauptstadt Jakarta oder sogar nach Singapur fliegen, um sich mit den Hauptverwaltungen in den Heimatländern in Verbindung setzen zu können (BW v. 24.8.74).[4]

Durch Bestechung und andere zweifelhafte Methoden hatten transnationale Konzerne aus der Kommuniktionsbranche seit Jahren darauf gedrängt, ein Satellitensystem anzuschaffen. So soll der US-amerikanische Konzern HUGHES AIRCRAFT einem hochgestellten indonesischen Regierungsmitglied ein „Vermittlungshonorar" von 20 % zugesagt haben (immerhin rd. 14 Mio. US$!). Andere Unternehmen aus den USA, Japan und Europa sollen ebenfalls durch große „Spendierfreudigkeit" aufgefallen sein (Jones, 1976: 2). Auch bei anderen Kommunikationstechnologiegeschäften sind Bestechungstatbestände festgestellt worden, in die HUGHES verwickelt war (vgl. Eells/Jacoby/Nehemkis, 1977: 20f). Es ist daher kaum zufällig, daß dieser Konzern den Zuschlag für den Bau der beiden ersten Satelliten erhielt, ebenso die Option für den Bau zweier weiterer Satelliten (PALAPA B1 u. B2), von denen der erste 1983 erfolgreich installiert wurde, während der zweite 1984 beim Aussetzen verlorenging. Aber auch andere Multis profitierten noch reichlich von den Millionen-Dollar-Projekten. Den „Gesamtkuchen" von 370 Mio. US$ teilten sich 15 transnationale Konzerne, von denen allein 7 aus den USA stammten. Eine gewichtige Rolle spielten dabei die internationalen Banken, denn trotz steigender Erdölexporterlöse in den 70er Jahren mußte Indonesien das Satellitensystem aufgrund der hohen Anschaffungs-, Folge- und Betriebskosten zu 90 % mit ausländischen Krediten finanzieren (vgl. Jones, 1976: 5).

Gleichwohl hoffte man, den Satellitenbetrieb mit der Vermietung von Satellitenkanälen für die Übertragung von Radio- und Fernsehprogrammen, sowie für Telefon, Telex und Datenübertragungsdienste an andere ASEAN-Staaten und zahlungskräftige Unternehmen rentabel zu halten. Ob diese Rechnung aufgeht, läßt sich bisher nicht abschließend beurteilen.

Eindeutig nicht erfolgreich sind die bisherigen Bemühungen gewesen, sich aus der technologischen Abhängigkeit zu lö-

sen. Die vom Import modernster Kommunikationstechnologien erhofften schnellen positiven Auswirkungen auf die Entwicklung einer eigenen „High-Tech"-Industrie, die sowohl den potentiell großen Binnenmarkt als auch die Absatzmärkte der anderen ASEAN-Staaten erschließen sollte, sind nicht eingetreten. Die Entwicklung steht heute bestenfalls im Anfangsstadium.

Auch Planungen der indonesischen Regierung, bis 1983 einen in nationaler Regie entwickelten und gebauten Satelliten zu installieren (ebd.: 2), mußten aufgegeben werden; stattdessen wurden, wie erwähnt, erneut zwei in den USA hergestellte Satelliten geordert.

Man wird also auch weiterhin auf Importe von Kommunikationstechnologie angewiesen sein. So ist vor einiger Zeit mit Frankreich ein Kooperationsabkommen bezüglich der Planung weiterer Kommunikationsprojekte abgeschlossen worden, u. a. für den Bau der PALAPA-Satelliten der C-Reihe (IT v. 1.6.84). Ob diese Planungen aber in naher Zukunft realisiert werden können, erscheint bei einer derzeitigen Auslandsverschuldung von 25 Mrd. US$ — mit steigender Tendenz — fraglich (NZZ v. 22. 2. 85).



Militärische Interessen an der Satellitentechnologie

Unabhängig davon, daß Schlüsselpositionen in der Regierung von Militärs besetzt und Regierungs- und militärische Interessen somit weitestgehend kongruent sind, war die Institution „Militär" auch ein wesentlicher Initiator der Anschaffung eines landesweiten, satellitengestützten Kommunikationssystems. Begründet wurde die Notwendigkeit mit der „Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit" (Jones, 1976: 1), weil das Satellitensystem „eine Armee, die ständig auf der Hut vor Aufruhr und Revolten sein muß, mit schnelleren Kommunikationsmöglichkeiten ausstatten würde" (WP v. 27.11.75).

Gemeint sind dabei die ständigen bewaffneten Konflikte der indonesischen Armee mit Befreiungsbewegungen, die für die Loslösung einiger Provinzen des Landes kämpfen[5], bzw. die Befürchtung von sonstigen potentiellen Konflikten im Lande, etwa islamische Aufständen, die es in der Vergangenheit schon des öfteren gegeben hat. Das mangelnde Kommunikationssystem hatte bis dahin einem effektiv koordinierten Einsatz der Armee Grenzen gesetzt, die durch das neue System aufgehoben wurden. Darüber hinaus können Satellitenbodenstationen besser gegen Guerillaangriffe verteidigt werden, als die zahlreicheren Relaisstationen des Richtfunknetzes und die Kabelverbindungen.

Zur Zeit haben die Militärs ein exklusives Nutzungsrecht für einen der 12 Satellitenkanäle. Eine noch bessere Effizienz und Absicherung gegen Außeneinwirkungen verspricht man sich von der gegenwärtigen Entwicklung eines rein militärischen Kommunikationssystems mit eigenen Satellitenempfangsanlagen (ST v. 2.2.85).

Das Satellitenkommunikationssystem ist somit ein wichtiges Element der militärischen Absicherung des gegenwärtigen politischen Systems.

Hörfunk und Fernsehen — Instrumente der Regierungspolitik

Hörfunk und Fernsehen haben seit Inbetriebnahme der Satelliten eine weite Verbreitung gefunden. 1982 gab es ca. 20 Mio. registrierte Radioempfänger und ca. 3,6 Mio. registrierte Fernsehgeräte (UNESCO, 1984: IX-16; IX-26) — die Zahlen dürften heute etwas höher liegen. Gemessen an der ca. 150 Mio. Einwohner zählenden Bevölkerung erscheint das relativ wenig, doch ist die Zahl wesentlich größer, wenn die nichtregistrierten Geräte hinzugezählt werden. Ferner hat die Regierung seit Ende der 70er Jahre ca. 30.000 Fernsehgeräte auf öffentlichen Plätzen in Dörfern und Städten aufstellen lassen. Die Programme erreichen somit ein weit größeres Publikum, als die Zahlen anzeigen: 1981/82 hatten nach Angaben des „State Budget Book" ca. 85 Mio. Einwohner Zugang zu Fernsehgeräten (NfA v. 14.1.82).

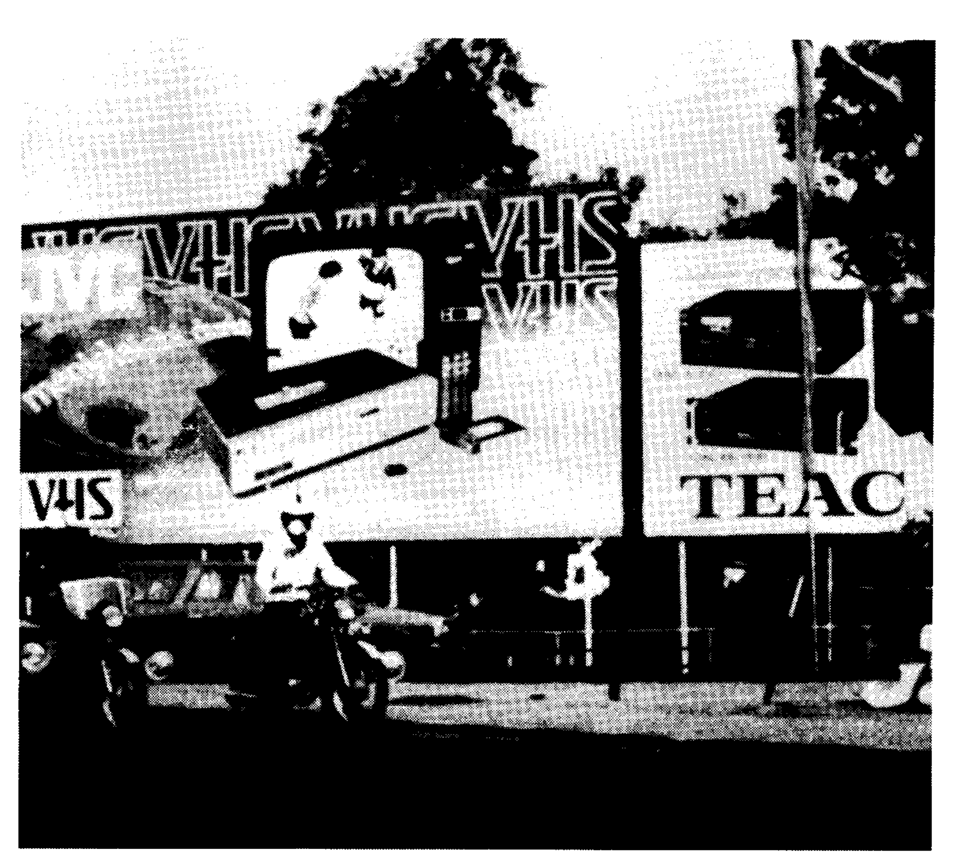
Die Struktur des Hörfunks

Die dominierende Position im indonesischen Hörfunkwesen nimmt die staatliche „RADIO REPUBLIC INDONESIA" (RRI) ein. Die Gesellschaft hat z. Zt. 49 Stationen: Neben der Zentralstation in Jakarta gibt es noch 5 Koordinationsstationen auf den großen Inseln, denen wiederrum Regional- und subregionale Lokalstationen nachgeordnet sind (vgl. mertes, 1982: 13).

1984 bestand die Hälfte der RRI-Programme aus Unterhaltungsbeiträge, der Rest aus Nachrichten (25%), Religion, Kultur und Erziehung (20%) und Werbung (5%) (Habir, 1984: 27). Weil ca. 80% der Bevölkerung in ländlichen Bereichen leben, wird im Rahmen der Informationssendungen ein starkes Gewicht auf Landfunkprogramme gelegt, in denen Landwirtschaftsberatung durchgeführt wird. Im Schulfunk hat man Versuche gestartet, sog. „Open-School-Modelle" einzuführen. Diese Bildungssendungen ähneln den bei uns ausgestrahlten „Funk-Kollegs" (Mertes, 1982: 14).

Bei den meisten Sendungen ist die Regierung sehr darauf bedacht, über Quelle und Inhalt die Kontrolle zu behalten. So dürfen die nachgeordneten Stationen zwar eigene Produktionen ausstrahlen, — z. B. spielen bei den Lokalstationen Familiennachrichten und Grußsendungen eine gewichtige Rolle — ansonsten muß aber das landesweite Programm der Zentrale in Jakarta übernommen werden. Die Ausstrahlung eigener Nachrichten und die Übernahme ausländischer Programme ist ihnen grundsätzlich verboten. Gleiche Regelungen gelten für die kleinen Sendeanstalten, die von kommunalen Regierungen betrieben werden (vgl. ebd.: 12).

Private Hörfunksender sind zwar (noch) erlaubt, doch sind sie zunehmenden Repressalien ausgesetzt. Die Programme der Privatsender bestehen zum größten Teil aus Unterhaltungsbeiträgen, die auf bestimmte lokale Hörerkreise orientiert sind. Sie fanden deshalb in den letzen Jahren bei der Bevölkerung mehr Anklang als die RRI-Sendungen (Ridwan, 1982: 36). Diese Entwicklung wurde von der Regierung nicht ohne Besorgnis zur Kenntnis genommen und führte mit dazu,



Video-Werbung in Jakarta, Indonesien

daß die Werbezeiten im Hörfunk ab 1981 stark eingeschränkt wurden. Die Privatsender, die keinerlei staatliche Zuwendungen erhalten, sich überwiegend aus Werbeeinnahmen finanzieren und außerdem Steuern wie ein Unternehmen abführen müssen, sollten auf diese Weise finanziell ausgehöhlt werden.

Darüber hinaus dürfen die Privatsender seit Anfang 1985 keine eigenen Nachrichtensendungen mehr verbreiten (ST v. 27.12.84). Die 392 Stationen der „Vereinigung für nationale indonesische private Hörfunksender" müssen stattdessen die Nachrichtenbeiträge von RRI übernehmen. Ziel dieser Sanktion sind im wesentlichen die Hörfunkstationen islamischer Organisationen, die damit „mundtot" gemacht werden sollen.

Außerdem versucht die indonesische Regierung auch gegenüber benachbarten Staaten Druck auszuüben, um zu verhindern, daß unliebsame Informationen in die Bevölkerung gelangen. So gab es des öfteren Konflikte mit „RADIO AUSTRALIA". Das indonesisch-sprachige Nachrichtenprogramm der australischen Hörfunkanstalt wird in einigen Regionen Indonesiens viel gehört und hatte kritisch über die indonesische Vorgehensweise in Ost-Timor berichtet. Dieser Bereich gehört für die Regierenden in Jakarta zu den sog. „sensitiven" Nachrichteninhalten, die auch für indonesische Journalisten tabu sind. 1980 wurde daraufhin dem Indonesien-Korrespondenten von „RADIO AUSTRALIA" die Akkreditierung entzogen und bis heute nicht erneuert (Habir, 1984: 27).

Die Struktur des Fernsehens

Das indonesische Fernsehen befindet sich ausschließlich in staatlicher Hand. Die 1962 gegründete nationale Fernsehgesellschaft „TELEVISI REPUBLIC INDONESIA" diente hauptsächlich als Medium zur „Darstellung des auf Massenwirkung abzielenden Präsidenten Sukarno" (Mertes, 1982: 13). Allenfalls wurden noch westliche Unterhaltungsfilme und viel Werbung ausgestrahlt, woran sich auch nach der Machtübernahme General Suhartos zunächst wenig änderte.

Änderungen vollzogen sich zeitgleich mit der Einführung der Satellitentechnologie. Seit 1976/77 werden die TVRI-Sendungen von der Zentrale in Jakarta und den Regionalstationen auf den größeren Inseln aus zu den PALAPA-Satelliten gestrahlt und von dort über lokale Verteilstationen weitergeleitet.

Aufgrund der nunmehr weiteren Verbreitung des Fernsehens in den ländlichen Gebieten wurde die Programmstruktur revidiert. Seitdem wurde der Anteil ausländischer Programminhalte, insbesondere von Fernsehfilmen aus westlichen Ländern, von 50 % auf 30 % reduziert. Gleichzeitig sank der Unterhaltungsanteil von 50 % auf 27 % zu Gunsten von Bildung, Kultur und Information (vgl. Habir, 1984: 27) — eine Bilanz, auf die die Regierung immer wieder mit Stolz hinweist.[6]

Das Medium Fernsehen wurde zusätzlich — wie auch der Hörfunk — verstärkt dazu genutzt, die indonesische Nationalsprache BAHASA INDONESIA über das ganze Land zu verbreiten.

Beispielhaft für die neue Schwerpunktsetzung der Programme ist die Reihe „FRAGMENTS OF DEVELOPMENT", mit der die Regierung versucht, Werbung für ihre nationalen Entwicklungsprojekte zu betreiben. In dieser Sendereihe werden z. B. Techniken des Teeanbaus, Elemente der Familienplanung oder die „Vorteile" des indonesischen Transmigrationprojekts dargestellt (CSM v. 1.6.81)

Die Akzeptanz dieser Informations- und Bildungsprogramme hält sich aber in Grenzen und hatte bisher nicht den gewünschten Erfolg. So kam in der 1980 vorgelegten Zwischenbilanz einer Begleitstudie heraus, daß vom überwiegenden Teil der ländlichen Bevölkerung sowohl Radio- als auch Fernsehsendungen mehr als Quelle der Unterhaltung denn als Quelle von Informationen genutzt werden (vgl. UNESCO, 1980: 69). „Wenn es um Informationen geht, richten sich die Dorfbewohner mehr nach ihren örtlichen Amtsvertretern, religiösen Führern oder anderen geschätzten Persönlichkeiten" (Padgaonkar, 1982: 9).

Trotz dieser Tatsache erhofft sich die Regierung aber einen Erfolg auf lange Sicht: Über den Gewöhnungseffekt an die Fernsehprogramme im Allgemeinen soll auch der Einfluß der speziellen Informationsprogramme wachsen (vgl. UNESCO, 1980: 69).

Die Informationsprogramme bieten denn auch eine Menge Konfliktstoff, insbesondere gegenüber den ländlichen Eliten, die langfristig um ihren Einfluß in den Dörfern fürchten. Die „zu starke Orientierung an der Regierungspolitik" und das staatliche Nachrichtenmonopol[7] haben in letzter Zeit zu heftigen Kritiken, besonders aus den Reihen der islamischen PPP-Partei (Interessenvertretung der Landbesitzer) geführt (IT v. 27.8.84).

Aus der städtischen Bevölkerung gab es ebenfalls Proteste gegen die „langweiligen", ländlich ausgerichteten Fernsehprogramme (ebd.). Einer Studie zufolge sind die Einschaltquoten in der Hauptstadt Jakarta und anderen Städten aufgrund dieser Programmstruktur stark rückläufig (Habir, 1984: 27). Deshalb ist geplant, zunächst für die Hauptstadt Jakarta und später auch für andere Städte einen zweiten Fernsehkanal zu eröffnen, der hauptsächlich aus Werbeeinnahmen finanziert werden soll. Diese Entscheidung ist Ausdruck einer zwiespältigen Haltung der Regierung gegenüber der Werbung.

Das Verbot der Fernsehwerbung

Werbesendungen sind seit April 1981 im indonesischen Fernsehen verboten. Damit wurde ein vorläufiger Schlußpunkt hinter eine Entwicklung gesetzt, die mit der Einführung des Satellitenfernsehens begann und nach wie vor durch einen ständigen Interessenkonflikt zwischen Regierung, nationaler und internationaler

Geschäftswelt und insbesondere den religiösen Eliten in den ländlichen Gebieten gekennzeichnet ist.

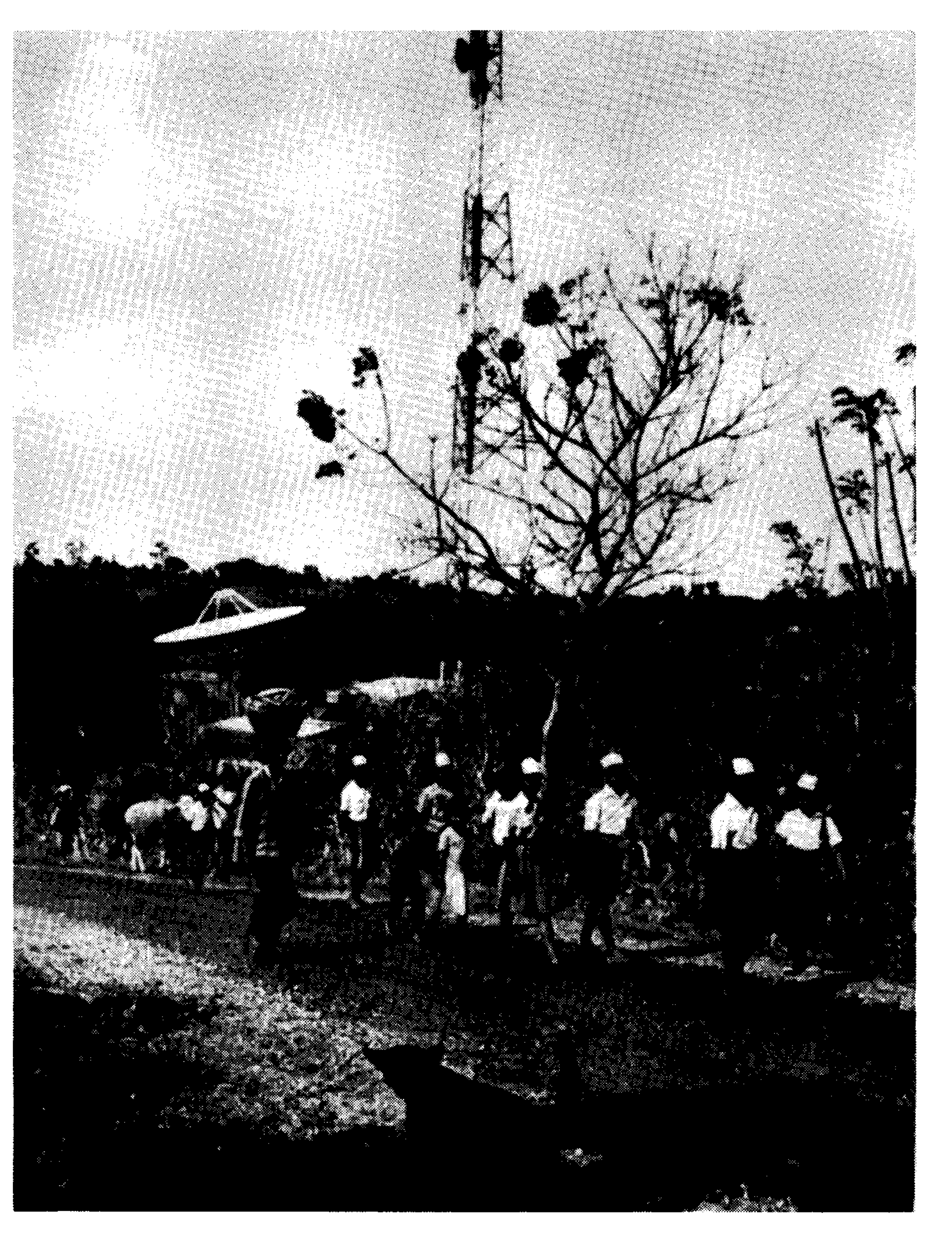
Die Verbreitung des Fernsehens in den ländlichen Gebieten führte auf Seiten der Regierenden bald zu Bedenken, daß durch die Werbesendungen politische Instabilitäten geschaffen werden könnten. Man befürchtete, daß bei der Landbevölkerung Konsumerwartungen geweckt würden, die nicht zu realisieren wären (CSM v. 1.6.81), und daß die im wesentlichen auf städtische Absatzmärkte ausgerichteten Werbesendungen Unterschiede zwischen Stadt und Land hervorheben und somit einen Anlaß zur Landflucht geben würden (Habir, 1984: 25).

Die ersten Gegenmaßnahmen bestanden darin, Werbespots nur zwischen 17 und 18 Uhr in Jakarta und anderen größeren Städten auszustrahlen, weil TVRI in den ländlichen Gebieten erst ab 18 Uhr mit dem Programm begann. Diese Regelung wurde aber 1978 auf Druck der nationalen und internationalen Werbe- und Konsumgüterindustrie aufgehoben, die sich den neuen potentiellen Absatzmarkt nicht entgehen lassen wollte (vgl. Alfian/ Chu, 1980: 54). Die Werbesendungen wurden seitdem bis zum Verbot landesweit ausgestrahlt.

Die Regierung versuchte daraufhin, wenigstens die Dominanz ausländischer Werbekonzerne zurückzudrängen[8] und zog 1978 in Erwägung, den transnationalen Werbekonzernen die Konzessionen zu entziehen. Die Konzerne änderten daraufhin ihre Taktik und schlossen sog. „Beratungsverträge" mit indonesischen Werbegesellschaften, die die Produkte dann unter ihrem Namen vermarkteten (Anderson, 1980: 1259). Dieser Praxis sollte mit dem Werbeverbot ein Ende bereitet werden.

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung zeigten Ergebnisse der schon erwähnten Begleituntersuchungen über die Auswirkungen von Medien, daß die Befürchtungen der Regierenden nicht zu Unrecht bestanden. Neben einigen dubiosen Einzelerscheinungen[9] kamen die Studien u. a. zum Ergebnis, daß die Werbesendungen sowohl eine Tendenz für eine höhere Massenkonsumnachfrage als auch Veränderungen in den Verhaltensmustern der ländlichen Bevölkerung bewirkt hatten. Letzteres traf insbesondere für Eßgewohnheiten, Kleidung und ähnliche Alltäglichkeiten zu — es war insgesamt eine stärkere Orientierung an den „Fernsehvorbildern" festzustellen (vgl. UNESCO, 1980: 70).

Zudem wurden die meisten Werbesendungen in einer sehr städtisch-luxuriösen Umgebung gezeigt, die weit von den realen Lebenserfahrungen des Großteils der Bevölkerung entfernt waren. Dies hat zu großen Neidgefühlen der Land- gegenüber der Stadtbevölkerung geführt und die Tendenz zur Landflucht verstärkt. Zum Teil wurde auch für Produkte geworben, die bei den bestehenden Einkommensverhältnissen für die meisten Landbewohner unerschwinglich waren, was die Unzufriedenheit noch gesteigert hat (Djajanto, 1981, 22).



Die Untersuchungen förderten eine zweite, für die Regierung wichtige Erkenntnis zu Tage: In vielen Dörfern zeigen die religiösen, oft islamisch-fundamentalistisch orientierten Eliten eine sehr ablehnende Haltung gegenüber modernen Medien und insbesondere auch gegenüber Werbung. Es wurde z. B. kritisiert, daß vor allem Jugendliche und Frauen, beeinflußt durch die Medien, sich von traditionell-religiösen Wertvorstellungen lösen. Ferner stieß man sich daran, daß sich die Abendprogramme mit den Gebetsstunden überschneiden. Besonders während des islamischen Fastenmonats RAMADAN erreichte die Verärgerung ihren Höhepunkt (Padgaonkar, 1982: 9).

Da der Einfluß der religiösen Eliten in den Dörfern nach wie vor stark ist, ist das Werbeverbot auch als eine Art „Beruhigungspille" zu sehen, zumal es mit einigen der islamisch-orientierten Kräfte des Landes schon genug Konflikte gibt.

Angesichts der Wiederauflebung des islamischen Fundamentalismus auch in Südostasien, gepaart mit der Unzufriedenheit in der Landbevölkerung hatten die Regierenden mehr Furcht vor einer potentiellen „islamischen Revolution" nach iranischem Vorbild als vor dem Druck städtisch-ökonomischer Interessen. Das Werbeverbot ist demnach vorrangig unter machtstabilisierenden Aspekten zu bewerten. Daß die Regierung im Prinzip nichts gegen die Werbung hat, dokumentiert die erwähnte Planung eines zweiten Fernsehkanals als Zugeständnis an die städtischen Eliten. Wie lange das totale TV-Werbeverbot noch aufrechterhalten wird bzw. werden kann, bleibt abzuwarten.

Indonesiens Medienpolitik — kein Vorbild für die Dritte Welt

Das Beispiel Indonesien zeigt, daß natiale Kontrolle über Medientechnologie und -inhalte noch längst keine positive Alternative bedeuten müssen. Großangelegte moderne Medienprojekte werden unter dem Deckmantel des Entwicklungs-

interesses eingeführt, während die, die Entwicklung wirklich nötig hätten, selten und in höchst zweifelhafter Weise daraus Nutzen ziehen können.

Die Etablierung der indonesischen Satellitenkommunikation folgte dem bekannten Strickmuster des unreflektierten Technologieimports aus westlichen Industrieländern: Profitiert davon haben in erster Linie die multinationalen Kommunikationskonzerne, die internationalen Banken und die herrschende Elite des Landes. Gleichzeitig wurden langfristige finanzielle und technologische Abhängigkeiten gegenüber den westlichen Ländern geschaffen.

Die Entwicklung der indonesischen Medienpolitik macht ebenfalls deutlich, welche innenpolitischen Machtmittel der herrschenden Elite mit modernen Kommunikationstechnologien an die Hand gegeben werden. Die indonesische Regierung kann die Darstellung politischer Opposition verhindern und mit ihrem direkten Einfluß auf die Programmstruktur der Medien im Sinne ihrer politischen Zielsetzung gestalten. Sie entscheidet weitesgehend, welche Informationen in welcher Weise an die Bevölkerung weitergegeben werden.

Diese Kontrolle und Zentralisation der nationalen Informationsflüsse erscheint besonders widersprüchlich angesichts der Haltung der indonesischen Regierung auf internationaler Ebene. Innerhalb der Bewegung der blockfreien Staaten gehören die indonesischen Vertreter mit zu den eifrigsten Verfechtern einer Neuordnung und Demokratisierung der internationalen Informationseinflüsse, wie sie ansatzweise im MacBride-Bericht postuliert werden (vgl. Abdulgani, 1983: 70ff).

Indonesien verhält sich somit wie viele andere Länder der Dritten Welt, die nachdrücklich eine „Neue Internationale Informations- und Kommunikationsordnung" fordern, auf nationaler Ebene aber eine äußerst autoritäre Medienpolitik betreiben. Man muß sich also auch im Falle Indonesiens fragen, wie ernsthaft und glaubwürdig solche Forderungen angesichts der Realitäten im eigenen Lande sind.

Klaus-D. Oelmann

Anmerkungen

1. vgl. dazu den Artikel von J. Meyer-Stamer/ K.-D. Oelmann: „Auf dem Weg zur Weltinformationsgesellschaft — Neue Medien und Dritte Welt"; in: „blätter des iz3w", Nr. 123/ Feb. 1985, S. 16—24.
2. Ursprünglich sollte schon 1970 ein Satellitensystem angeschafft werden, die Weltbank lehnte aber seinerzeit Finanzierungshilfen mit der Begründung ab, daß dies ein unangebrachter Luxus sei (BW v. 24.8.74).
3. In letzter Zeit findet eine zunehmende Orientierung am japanischen Modell statt, „weil Japan erfolgreich ist und gleichzeitig seine kulturelle Identität bewahrt hat" (IO v. 16.2.85).
4. 1974 gab es sogar in der Hauptstadt Jakarta nur 45.000 Telefone für 5 Mio. Einwohner, ein Direktwahlnetz gar nicht vorhanden (BW v. 24.8.74).
5. Gegenwärtig am bekanntesten sind die „FREE WEST PAPUA MOVEMENT" (OPM) auf Irian Jaya und die „FRETILIN" in der Provinz Ost-Timor. Detailliertere Darstellungen der Situation in den genannten Gebieten sind in einigen Artikeln der „blätter des iz3w" zu finden (Nr. 100/März 1982: 26ff.; Nr. 112/Sept. 1983: 3ff.; Nr. 116/März 1984: 3ff.).
6. In einem anderen Kontext sehen die Daten aber anders aus: Die Programmimporte betragen, gemessen an der gesamten Sendezeit zwar nur 30%, am Anteil der Unterhaltungssendungen liegen sie aber bei 74% (Lent, 1982: 174). Außerdem haben usamerikanische Krimi-Serien wie „Mannix" oder „Kojak", aber auch westliche Sportsendungen den größten Zuschauerzuspruch (Alfian/Chu: 1980: 52). Auch bei den nationalen Programmprodukten sind die Unterhaltungssendungen am beliebtesten.
7. Bei den Nachrichten gilt ähnliches wie beim Hörfunk: Die Regionalstationen dürfen nur die Hauptnachrichtensendungen aus der Zentrale in Jakarta übernehmen.
8. 1976 bezogen sich im indonesischen Fernsehen 73% aller Werbesendungen auf importierte Produkte. Die Programme wurden von ausländischen Multis (Bsp. Coca-Cola, Mitsubishi, Unilever) bezahlt. 1977 beherrschten 7 transnationale Werbekonzerne den indon. Markt (Anderson, 1980: 1259).
9. In einem javanischen Dorf wurden Unmengen von Medikamenten für Erkältungsvorbeugung konsumiert. Bei der Befragung kam heraus, das die Dorfbewohner glaubten, sie würden dadurch so stark wie die Karatekämpfer in dem entsprechenden Werbespot (Djajanto, 1981: 22)

Abkürzungen:

BW — Business Week, New York
CSM — The Christian Science Monitor, Boston
FAZ — Frankfurter Allgemeine Zeitung
IO — Indonesian Observer, Jakarta
IT — Indonesian Times, Jakarta
NfA — Nachrichten für Außenhandel, Eschborn
NZZ — Neue Züricher Zeitung
ST — The Straits Times, Singapur
WP — Washington Post

Literatur:

(Abdulgani, 1983) H. Roeslan Abdulgani: „Mass communication in Indonesia and its perception on cultural exchange"; in: The Indonesian Quarterly, 11(1983)2, S. 56—75

(Alfian/Chu, 1980) Andrew A. Alfian/Godwin C. Chu: „Programming for development in Indonesia"; in: Journal of Communication, 30(1980)4, S. 50—57

(Anderson, 1980) Michael H. Anderson: „Transnational advertising and politics: the case of Indonesia"; in: Asian Survey, 20(1980)12, S. 1253—1270

(Djajanto, 1981) Wasief Djajanto: „Indonesia government expands ad ban"; in: Advertising Age, 1981 (March), S. 22

(Eells, Jacoby...,1977) Richard Eells u. a.: „Bribery and Extortion in World Business", New York 1977

(Habir, 1984) Manggi Habir: „A space age system spreads the word to the villagers"; in: Far Eastern Economic Review, 123(1984)9, S. 26—27

(Jones, 1976) Rebecca Jones: „Satellite Communications: Indonesia's bitter fruit"; in: Pacific Research and World Empire Telegram, 7(1976)4, S. 1—6

(Lent, 1982) John A. Lent: „ASEAN mass communications and culural submissions"; in: Media, Culture and Society, 4(1982)2, 171—189

(Mertes, 1982) Karl Mertes: „Rundfunk in Indonesien heute"; in: Weltweit hören, 10(1982)8, S. 12—14

(Nohlen, 1980) Dieter Nohlen: „Lexikon Dritte Welt", Baden-Baden, 1980

(Padgaonkar, 1982) Dileep Padgaonkar: „Indonesien erkennt die Gefahren der neuen Medien"; in: Unesco Dienst, (1981)H. 1., S. 8—9

(Ridwan, 1982) Asril Ridwan: „Private Rundfunksender in Indonesien"; in: Weltweit hören, 10(1982)8, S. 36—37

(UNESCO, 1980) UNESCO (Hrsg.): „Documents of the new communication order, 2: Impact of modern communication technology — II. Indonesia"; Paris, 1980

(UNESCO, 1984) UNESCO (Hrsg.): „Statistical Yearbook 1984", Paris 1984

Die Kanaken haben eine Zeitung

Während sich Regierung und Opposition in Frankreich mit allen juristischen Tricks, incl. Anrufung des „Conseil constitutionel" (einer Art Verfassungsgericht) darüber streiten, ob das neue Gesetz verfassungskonform ist, das Kanakien (Neu Kaledonien) in vier Regionen einteilt, die jeweils eine bestimmte Anzahl Vertreter in den Kongreß des Gesamt-Territoriums entsenden, hat der FLNKS Anfang Juli endlich die seit langem erstrebte Wochenzeitung ins Leben rufen können:
BWENANDO.

Damit ist ein wichtiges Zwischen-Ziel erreicht: Vor den anstehenden Wahlen im September oder Oktober und für den weiteren Kampf um volle Unabhängigkeit Kanakiens von Frankreich kann sich die kanakische Bevölkerung über alle für sie wichtigen Ereignisse und Entwicklungen endlich aus anderem Munde als dem rechtsgerichteter Kolonisten und Unabhängigkeits-Gegner informieren. Allen Lesern des Iz3W, die durch ihre Spende dazu beigetragen haben, daß dieser Plan verwirklicht werden konnte, sei hier herzlich gedankt!

Wer sich aus erster Hand informieren möchte, kann „BWENANDO" (französischsprachig) zum Jahrespreis von 8850 Francs (ca. 50,- DM) incl. Zustellung per Luftpost abonnieren.

BWENANDO
B.P. 1671
Nouméa
Nouvelle Calesonie

Das zweite Ziel, die Errichtung eines Senders[1], um sofort über Zusammenstöße mit den Kolonisten und ihren Knechten, den Gendarmen und Militärs, zu informieren und Diskussionen über sich abzeichnende Entwicklungen bis in unzugängliche Regienen zu nicht des Lesens kundigen Kanaken zu bringen, ist jedoch noch nicht erreicht. Denn die Staatsanwaltschaft Freiburg hat einen Teil des für Radio Kanaky bestimmten Materials bei einem Freiburger Techniker unter dem Vorwand beschlagnahmt, es sei für Radio Dreyeckland, dem **freien** Radio in Südbaden.

Bitte tragt durch Eure Spenden dazu bei, daß Radio Kanaky bald senden kann!

Hier noch einmal das Spendenkonto:
Europagruppe DIE GRÜNEN
Stichwort „Kanaken-Radio"
Sparda-Bank Köln eG,Filiale Bonn
Konto-Nr. 841935 Bankleitzahl 370 605 90

Rezensionen

Neue Bücher über alte und neue Medien

Soeben erschienen ist ein neues Buch von Jörg Becker, der seit langem über den Zusammenhang zwischen den Strukturen im Kommunikationsbereich und der Entwicklung der Dritten Welt gearbeitet hat. In seiner neuesten Publikation **Massenmedien im Nord-Süd-Konflikt, Frankfurt: Campus, 1985, DM 38,—** faßt er die Ergebnisse seiner Arbeit zusammen. Dabei kontrastiert Bekanntes — etwa über den (für das Bild der Dritten Welt in unseren Medien typischen) Rassismus in Kinderbüchern oder die Entstehungszusammenhänge und das Scheitern der Forderung nach einer neuen internationalen Informationsordnung — mit Analysen, die weitgehend unbekannte Sachverhalte zum Gegenstand haben. Wer hätte beispielsweise vermutet, daß

— mittlerweile auch der Papiermarkt in der Hand mulitnationaler Konzerne ist? Daß in Zeiten der Papierverknappung und -preisexplosion die überwiegend von Importen abhängigen Länder der Dritten Welt die Hauptleidtragenden sind, kann da kaum noch überraschen;

— der afrikanische Buchmarkt überwiegend in der Hand von Medienkonzernen aus den Industrieländern ist;

— Bertelsmann den größeren Teil seines Umsatzes im spanischsprachigen Ausland, d. h. vor allem in Lateinamerika erwirtschaftet;

— eine strukturelle Ähnlichkeit zwischen den bekannten Konflikten zwischen Erster und Dritter Welt im Bereich der Massenkommunikation und jenen zwischen Europa und den USA im Bereich des grenzüberschreitenden Datenverkehrs besteht?

Besondere Aufmerksamkeit widmet Becker darüberhinaus den „Neuen Medien", wobei er nicht nur die zweifelhaften Segnungen der Satellitentechnologie kritisiert, die die Abhängigkeit und Penetration der Dritten Welt verstärkt, sondern auch die Widersprüchlichkeiten herausarbeitet, die die informations-technologische Entwicklung in sich birgt und die leicht zu gesellschaftlichen und ökonomischen Folgen führen können, welche die ursprünglichen Absichten ihrer Initiatoren konterkarieren.

Beckers Buch ist aufgrund seiner an Teilproblemen orientierten Gliederung auch für Leser, die nur an einzelnen Aspekten interessiert sind, gut lesbar. Es ist flüssig geschrieben und darüberhinaus aufgrund seines Personen- und Sachregisters auch als Nachschlagwerk benutzbar.



Ein zweites jüngst erschienenes Buch, das nur auf den ersten Blick wenig mit der Dritten Welt zu tun hat, beschäftigt sich mit einem speziellen Teilbereich der Neuen Medien: **Georg-Michael Luyken: Direktempfangbare Rundfunksatelliten. Erklärung, Kritik und Alternativen zu einem „neuen Medium". Frankfurt: Campus, 1985, DM 49,—.**

Direktempfangbare Rundfunksatelliten (DRS; vgl. „blätter" 123, S. 17) sind eine Technologie, die dem Wettlauf der fortgeschrittenen Industriestaaten nach einer möglichst günstigen Position auf dem „Zukunftsmarkt" hochtechnologischer Kommunikationsanlagen entspringt — ohne daß dabei die Frage nach dem gesellschaftlichen Bedarf oder der inhaltichen Füllung eine nennenswerte Rolle spielt. DRS sind nach Luykens Analyse letztlich für die westlichen Industrieländer mit ihren hochentwickelten Fernsehverteilsystemen ein ebenso teurer wie überflüssiger Luxus — und die Tatsache, daß derzeit ein DRS-Projekt nach dem anderen abgeblasen wird, gibt ihm Recht. Damit ist die Existenz der verbleibenden DRS-Projekte nur mit erhofften Demonstrationseffekten für Auslandsmärkte zu erklären. Hier irrt Luyken allerdings, wenn er diese Märkte nur in der entwickelten Welt lokalisiert: Die Energie, mit der Länder wie Brasilien, Indien und Indonesien zwar nicht DRS-Systeme, aber immerhin konventionelle Satellitenkommunikationssysteme aufbauen, ist sicherlich nicht geeignet, seine These von der Kaufkraftschwäche der Länder der Dritten Welt zu untermauern.

Überträgt man nun die Ergebnisse von Luykens Analyse auf die Dritte Welt, so sind die Konsequenzen der DRS-Technologie für diese wenig erfreulich. Die Schaffung einer grundlegenden Kommunikationsinfrastruktur etwa wird über ein DRS-System zu einem sehr hohen monetären Preis erreicht. Weitere negative Effekte sind die Einbuße an nationalstaatlicher Souveränität (DRS können ohne Rücksicht auf Grenzen jedes Land bestrahlen), eine zunehmende Privatisierung des ehedem weitgehend öffentlichen Kommunikationswesens und eine Zunahme der Abhängigkeit dadurch, daß nur einige Firmen aus wenigen Ländern diese Technologie beherrschen, ganz zu schweigen von der geringen Zahl der Anbieter von Satellitentransportmöglichkeiten.

Luyken liefert eine wichtige Studie der politischen Ökonomie der internationalen Kommunikation und der Machtverhältnisse und Einflußmöglichkeiten in den Gremien der internationalen Kommunikationspolitik. Die Untersuchung ist überaus materialreich, aufgrund des sehr wissenschaftlichen Stils jedoch nicht ganz einfach zu lesen.

Explizit mit der Bedeutung neuer Informationstechnologien für die Dritte Welt befaßt sich ein drittes Buch:

Rolf Arnold (Hrsg.): Neue Informationstechnologien und Entwicklungszusammenarbeit. Baden-Baden: Nomos, 1985, DM 44,—

Der Band faßt Beiträge und Ergebnisse einer Tagung zusammen, zu der die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung im vergangenen Herbst die einschlägigen bundesdeutschen Experten versammelt hatte. Die Beiträge umfassen ein breites thematisches Spektrum: Von den gesellschaftlichen Voraussetzungen und Auswirkungen sowie den Beschäftigungswirkungen der neuen Informationstechnologien über regionale Anwendungsbeispiele (Kenia, Indien, arabische Länder, Lateinamerika) bis zur Bedeutung für die Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Besonders lesenswert sind dabei die Aufsätze von Jörn Behrmann, der auf mögliche Konflikte zwischen einer Informationstechnologie immanenten Rationalität und kulturoriginären Denkstilen hinweist, und Heidrun Kaiser, die aufzeigt, in welchem Maße die Exportinteressen der jeweiligen nationalen Industrien die Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Informationstechnologie prägen, sowie die Kontroverse zwischen Jörg Becker und Tzol Zae Chung (Geschäftsführer des Zentrums für Technische Zusammenarbeit der TU Berlin). Diese kommen zu völlig entgegengesetzten Antworten auf die Frage: Benötigt die Dritte Welt neue Informationstechnologien? Während Becker darauf hinweist, daß die zentalen Probleme der Dritten Welt nicht technischer Natur sind und mithin auch nicht mittels neu-

er Technologien gelöst werden können, insistiert Chung auf den entwicklungsfördernden Möglichkeiten der neuen Informationstechnologien.

Insgesamt gibt dieser Band einen guten Überblick über den Stand der Diskussion zum Thema Informationstechnologie und Dritte Welt und ist daher zur Einführung in diesen Themenbereich bestens geeignet.

Jörg Meyer-Stamer

Herbert I. Schiller: Die Verteilung des Wissens
Information im Zeitalter der großen Konzerne
Campus Verlag, Frankfurt/New York, 1984

Der Informations- und Kommunikationsindustrie gehört die Zukunft. Politiker und Wirtschaftsmanager haben daran keinerlei Zweifel. Die Zahlen geben ihnen Recht. Welchen Bereich man auch wählt, ob Mikrochips oder Computer, Satellitensysteme oder Kabelkanäle, Datendienste oder Informationsbanken: die Unternehmen florieren, der Absatz steigt und der volkswirtschaftliche Einfluß dieser Branche nimmt ständig zu.

Kein Land zeigt dies so deutlich und beispielhaft wie die USA und darum gilt denn auch trotz aller nationalen Besonderheiten, daß dort vorexerziert wird, was bei uns in Kürze eintreffen wird. Die führende Wirtschaftsmacht des Westens gibt die Marschroute an. Eine Analyse dieser Entwicklung hat deshalb auch hierzulande Wert. Sie liegt nunmehr vor.

Obwohl die kritische Studie des amerikanischen Kommunikationswissenschaftlers Herbert I. Schiller „Die Verteilung des Wissens — Information im Zeitalter der großen Konzerne" erst jetzt in deutscher Übersetzung erschienen ist, mithin vier Jahre seit ihrer Veröffentlichung in den Staaten vergangen sind, hat sie dennoch nichts von ihrer Brisanz verloren. Ihre Aktualität verdankt sie vor allem der Arbeitsmethode des Professors für Kommunikationswissenschaft der Universität von Kalifornien, der im Unterschied zu vielen Vertretern seiner Disziplin auf empirische Zahlenspiele und mediale Gewissensforschung verzichtet und statt dessen die ökonomischen Zwänge des kapitalistischen Marktes untersucht. Während viele seiner Kollegen der Faszination der neuen Medien erliegen und von ihren Fähigkeiten schwärmen, kalkuliert Schiller kühl die Verwertungsinteressen des eingesetzten Kapitals. Er fragt nach der wirtschaftlichen Macht der Marktführer und ihrem politischen Durchsetzungsvermögen.

Anhand zahlreicher Beispiele erklärt er den unaufhaltsamen Aufstieg der Informations- und Kommunikationsindustrie in den Staaten, beschreibt, wie ihre Produkte und Dienstleistungen sämtliche Bereiche der Gesellschaft durchdringen und unterwerfen, die gesamte Wirtschaftsstruktur des Landes allmählich umkrempeln. Während die Basis-Industrien wie Metallverarbeitung, Autos, Textilien oder Nahrung an Bedeutung verlieren, wächst die volkswirtschaftliche Bedeutung der Informationsbranche. Schätzungen zufolge erarbeitete dieser Sektor schon 1976 gut die Hälfte des amerikanischen Bruttosozialproduktes. Die Elektronikkonzerne stürmen die Bestsellerlisten der Wirtschaft. Klagen andere Produktionsbereiche über sinkende Exportraten, erzielen die US-Hersteller von Computern und Bürogeräten Handelsüberschüsse in Milliarden-Dollar-Höhe. Die Kommunikationskonzerne sind zu den Spitzenreitern des Exports geworden, beherrschen trotz wachsender japanischer und europäischer Konkurrenz die Weltmärkte.

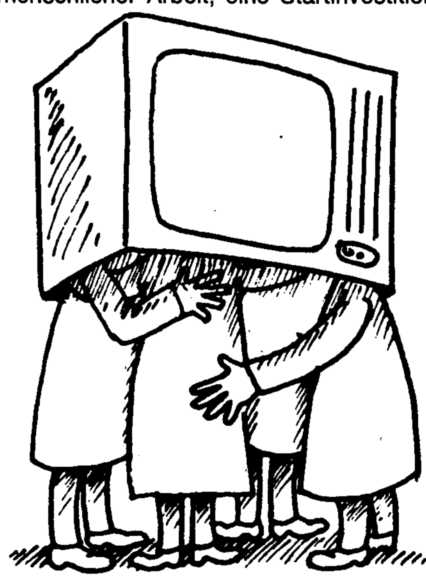
Unumstrittener Star der gesamten Computerbranche ist seit eh und je IBM. Mit weniger als 50 Prozent Marktanteil gibt sich der Multi nicht zufrieden. Ernsthafte Konkurrenz ist nicht in Sicht. Sollte tatsächlich einmal ein Unternehmen den Rechnerriesen herausfordern, dann wird es geschluckt oder zerschmettert. Mehr Wettbewerb herrscht dagegen bei den Minicomputern. Hier kämpfen gut ein Dutzend Firmen um Marktanteile. International den Kopf vorne haben allerdings auch hier die amerikanischen Unternehmen.

Als Musterbeispiel der Dynamik der freien Marktwirtschaft gilt bis heute die Halbleiterindustrie. Wahre Legenden ranken sich um jenes Dutzend risikofreudiger, energischer und einfallsreicher Firmen, die in einer Garage begannen und heute den Weltmarkt beherrschen. Schiller räumt in seinem Buch mit dem Mythos von der Wiedergeburt des kreativen Kapitalismus radikal auf. Riesige Forschungsaufträge der Regierung, insbesondere der Militärs, verhalfen der Mikrochip-Industrie zu ihrem kometenhaften Aufstieg. Vor allem der Staat kaufte, was die Jungunternehmen entwarfen. Ohne seine milliardenschwere Nachfrage hätte es wohl kaum jenes vielgepriesene Wachstum der Elektronikspezialisten gegeben.

Immer wieder kommt Schiller auf dieses Phänomen der Informations- und Kommunikationsindustrie zurück, daß sie ihre weltweite Führungsposition nicht aus eigener Kraft eroberte, sondern staatlicher Unterstützung verdankt. Er schreibt dazu:

„Schon für die grundlegenden Forschungsarbeiten fließen die Subventionen den großen Konzernen zu. Sind Erfindungen, Verfahren, Einrichtungen erst einmal entwickelt und anwendungsreif — ausnahmslos auf öffentliche Kosten —, werden sie privater Kontrolle übergeben, worauf erklärt wird, daß das neue Unternehmen ‚sich selbst finanzieren muß'.

Der Markt, bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht zur Kenntnis genommen oder einfach übergangen, wird nun zur Aufsicht über die neuen Informationsmöglichkeiten aufgerufen." Sehr ausführlich geht der kalifornische Kommunikationswissenschaftler auf diesen Aspekt des Geschäfts mit den neuen Technologien ein, nämlich die private Aneignung öffentlich geförderten Wissens zum Nulltarif und seine anschließende Veräußerung gegen Höchstpreise, die Kommerzialisierung der Forschungsergebnisse. Die Information hört auf, ein soziales Gut der Allgemeinheit zu sein. Sie wird zur Ware, die sich nur noch diejenigen leisten können, die das nötige Kleingeld dafür aufbringen und das sind die großen Konzerne. Besonders deutlich zeigt sich dies auf dem Sektor der „software", also der Herstellung und dem Entwurf von Programmen für Computer sowie der Konstruktion von Datenbanken. Der Aufbau einer arbeitsfähigen Datenbasis, so berichtet Schiller, erfordert das Äquivalent von 30 Jahren menschlicher Arbeit, eine Startinvestition



von 800.000 bis eine Million Dollar und jährliche Betriebsausgaben zwischen 120000 bis 200.000 Dollar. Und wieder einmal war es der Staat, der die Analage solcher teuren Speichersysteme in Privatbesitz massiv förderte und damit den US-Unternehmen den Weltmarkt der Information öffnete. Zwei Drittel aller in Datenbanken gesammelten Datensätze befinden sich heute in den Vereinigten Staaten und 75 Prozent dieses gespeicherten Wissens ruht in kommerziellen Systemen. Wer diese Informationen benutzen will, der muß dafür zahlen. Für den Besitzer ist das ein ideales Geschäft: er kann die Ware immer wieder verkaufen und behält sie dennoch.

Unter diese Voraussetzungen verwundert denn auch nicht, daß sich die USA in allen internationalen Gremien heftig für den freien Informationsfluß einsetzen. Schließlich profitieren sie am meisten davon. Millionen Einzelinformationen fließen aus aller Welt in die USA, werden dort gesichtet und aufbereitet und schließlich als ausgewertete Datenbündel wieder verkauft. Erheblich zugeknöpfter zeigt sich die amerikanische Regierung aller-

dings, geht es darum, daß diese bearbeiteten Informationen auch wieder in ihre Ursprungsländer gelangen. Nur gegen hohe Bezahlung ist man dazu bereit. Kleine Staaten oder kleine Unternehmen fallen da als Kunden aus. Die Kommerzialisierung der Information vertieft so die Kluft zwischen Informationshabenichtsen und Informationsbesitzern.

Das jüngste Beispiel einer solchen staatlich geförderten, privat angeeigneten und meistbietend verkauften Technologie ist die Fernerkundung. Mit Spezialkameras ausgerüstete Satelliten lichten dabei ununterbrochen die Erdoberfläche ab. Aus den Bildern lassen sich nach komplizierten Computerauswertungsverfahren Enrteergebnisse voraussagen, Waldbestände und Fischvorkommen bestimmen, Erdölquellen und Erzlager, Umweltschäden und Wasserreservoirs erkennen. Der wirtschaftliche und politische Wert solcher Informationen liegt auf der Hand. Wer sie besitzt, ist all seinen Konkurrenten stets um eine Nasenlänge voraus. Die Daten sind denn auch so teuer, daß sie sich nur reiche Staaten oder internationale Konzerne leisten können.

Die USA, die ein Monopol auf dem Gebiet der Fernerkundung aufgebaut haben, hüten sich wohlweislich, die Auswertungstechnologie zu übermitteln. Schillers Schlußfolgerung:

„Im Bereich der Information, und speziell bei der Fernerkundung, ist der Technologietransfer besonders wichtig, denn wenn für ihn nicht hinreichend gesorgt ist, bleibt der Informationsempfänger trotz der Versorgung mit Daten abhängig vom Informations- und vom Technologielieferanten. Je weiter die Technologie fortentwickelt wird und je weniger adäquat ihr Transfer ist, um so wahrscheinlicher wird eine Ausdehnung der Abhängigkeit. Tatsächlich ist dies eine der zentralen, allerdings versteckten Annahmen der „Führungsrollen"-Rhetorik, wie sei ständig von Politikern der Vereinigten Staaten geäußert wird. Die Führungsrolle in der Technologie ist ein Euphemismus für die Aufrechterhaltung der Herrschaft im technischen Bereich und auf all den damit zusammenhängenden kulturellen und ökonomischen Gebieten."

Und die Kontrolle der USA ist allumfassend. Der von der amerikanischen Raumfahrtfirma Hughes gebaute Kommunikationssatellit Palapa, der die tausenden von indonesischen Inseln mit Fernmeldeverbindungen versorgt, kann zum Beispiel jederzeit sowohl vom Konzern selbst, als auch vom US-Verteidigungsministerium abgeschaltet werden. Deutlicher kann kaum noch demonstriert werden, in welche Abhängigkeiten diejenigen geraten, die die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien nur geliehen bekommen, sie aber nicht beherrschen. Der Widerstand wächst denn auch gegen diese Formen des elektronischen Kolonialismus. Noch ist die Auseinandersetzung nicht entschieden. Schillers Verdienst ist es, die Gefahren beim Namen genannt zu haben. **Johannes Kaiser**

Irina Buche/Jan Metzger/Rainer Schell (Hrsg.); Mexiko — die versteinerte Revolution.
Bornheim-Merten Lamuv-Verlag, 1985, DM 16,80

Journalistische Bücher über die „Dritte Welt" sind häufig auf die Vermittlung politischer und ökonomischer Gesamtzusammenhänge (Welternährungskrise, Verschuldungskrise, Verslumung der Städte, Strukturen des Welthandels...) hin ausgerichtet. Dieses Verfahren kann vergessen lassen, daß die unter dem Oberbegriff „Dritte Welt" zusammengefaßten Länder äußerst unterschiedliche polische Systeme, Wirtschaftsstrukturen und kulturelle Traditionen aufweisen.

Unsere Kenntnisse über einzelne Länder der „Dritten Welt", selbst über solche, die eine wichtige Rolle in der Weltpolitik spielen, sind zumeist äußerst gering, so daß das Erscheinen eines auch preislich zugänglichen, länderkundlichen Beitrags grundsätzlich zu begrüßen ist.

Leider erfüllt der jetzt vom Lamuv-Verlag herausgebrachte Band über Mexiko die Informationsbedürfnisse nach einer einigermaßen umfassenden, abgerundeten Erstinformation über eines der politisch wichtigsten Länder Lateinamerikas nur sehr unzureichend, da die Darstellung des Landes hier insgesamt zu impressionistisch-essayistisch bleibt.

Es werden Beschreibungen von Einzelphänomenen der mexikanischen Innenpolitik aneinandergereiht (Stand der Landreform, Modus der Präsidentenwahl, Parteienstruktur, Lebensbedingungen in der Hauptstadt, Erdölboom, mexikanische Wanderarbeiter in den USA, spezifisch mexikanische Formen der Korruption usw.), die jedes für sich genommen natürlich wichtige Elemente im politischen Leben des Landes sind. Sie fügen sich hier aber nicht zu einer Gesamtdarstellung der politischen Struktur des Landes zusammen, sondern bleiben mehr oder weniger unverbunden als essayistisch geschilderte Einzelgegebenheiten nebeneinander stehen und damit letztlich für einen Leser ohne Vorwissen über das Land Mexiko unverständlich.

Besonders vermißt habe ich eine ausführlichere Gesamtdarstellung der mexikanischen Geschichte und vor allem der mexikanischen Revolution, die über eine mehrmalige namentliche Erwähnung der beiden Bauernführer Emiliano Zapata und Pancho Villa, die Landreform unter dem Präsidenten Cardenas und die zweiseitige Zeittafel zur mexikanischen Geschichte im Anhang hinausgegangen wäre und wie sie der Untertitel des Buches ja auch suggeriert. Die ausführliche Schilderung der derzeitigen „Versteinerung" der Revolution (d. h. ihre Korrumpierung und die Herausbildung eines neuen Herrschaftsapparates) bleibt unverständlich, wenn man ihr historisches Gewordensein nicht kennt.

Auch die Darstellung der mexikanischen Volkswirtschaft ist mir in dem Buch zu sehr auf die Beschreibung von wirtschaftlichen Einzelgegebenheiten (Aufbau der neuen Erdölindustrie, die Ansiedlung von auf die USA hin orientierten Grenzindustrien an der US-amerikanischen Grenze, die Auslagerung von Erdbeermonokulturen aus Kalifornien u. ä.) beschränkt, ohne daß z. B. auf die weltwirtschaftlichen Determinanten eingegangen wird, von denen die mexikanische Volkswirtschaft bestimmt wird. Auch ein genaueres Eingehen auf Geographie und Bevölkerungsstruktur hätte ich wünschenswert gefunden, zumindest insoweit, als diese die historische, politische und ökonomische Entwicklung geprägt haben.

Ich möchte diese Besprechung nicht beenden, ohne von dieser Kritik ausdrücklich das m. E. wirklich ausgezeichnete Kapitel über Ursachen und „Bewältigung" der mexikanischen Verschuldungskrise in den 80er Jahren auszunehmen, das den informativsten Teil des Buches ausmacht. Schade, daß nicht das gesamte Buch in dieser klaren und zusammenhängenden Weise geschrieben worden ist. **Dietlinde Haug**

CONFENIAE: Ölpalmen-Plantagen im Amazonastiefland Ecuadors — ein agroindustrielles Großprojekt bedroht indianischen Lebensraum
München 1985, DM 3,—

„Dieses Projekt trägt zur wirtschaftlichen Integration des ecuadorianischen Amazonasbeckens bei. In einer unterentwickelten Region werden rund 700 Arbeitsplätze geschaffen... Die Produktion (Palmöl) ist ausschließlich für den Inlandsmarkt bestimmt... die DEG leistet einen Finanzierungsbeitrag von insgesamt 13,1 Mio DM; davon 3,1 Mio als Beteiligung und 10 Mio als Darlehen..."

Soweit ein Auszug aus einer Projektbeschreibung der DEG (Deutsche Entwicklungsgesellschaft). Das ecuadorianische Amazonasbecken ist aber auch der Lebensraum der Quichua-Indianer: sie und ihr Widerstand gegen das Ölpalmen-Projekt stehen im Mittelpunkt der 45 seitigen Broschüre, die von der Indianer-Organisation COFENIAE (Confederacion De Nacionalidades Indigenas De La Amazonia Ecuatoriana) verfaßt wurde. Die deutsche Ausgabe ist in der Reihe „bewußt: päd" der ag spak erschienen.

Nach einem kurzen Überblick über die Geschichte des ecuadorianischen Amazonasbeckens und seiner indianischen Bewohner seit dem Einfall der Spanier, folgt in einem ersten Teil eine sehr anschauliche Beschreibung der Wirtschaftsform der Quichua. Diese sogenannte Chacra-Wirtschaft, eine Art Wald-Gartenbau, kombiniert mit Jagd, Fischfang und

Sammlertätigkeit, benötigt als unbedingte Voraussetzung den intakten Urwald. Seit Jahrhunderten leben die Indianer so ohne ökologische Probleme in und von ihrer natürlichen Umwelt.

Der zweite Teil widmet sich der Geschichte des Anbaus der afrikanischen Ölpalme in Ecuador und den Bestrebungen diesen noch mehr auszuweiten, um profitabel exportieren zu können. Die neue Plantage soll dort entstehen, wo heute noch der Regenwald die Lebensgrundlage für die Quichua bildet.

In einem dritten Teil beschreibt die Broschüre die zu erwartenden ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Ölpalmen-Monokulturen.

Am Schluß steht der Aufruf der CONFENIAE zu internationaler Unterstützung zur Verhinderung des Projektes. Dieser Appell richtet sich insbesondere auch an die Aktionsgruppen in der Bundesrepublik, denn die DEG ist an der Finanzierung der Ölpalmen-Plantage beteiligt. Eine kurze Projekt-Beschreibung erschien bereits in den „blättern des iz3w" Nr. 125, S. 29ff.

Bernd Riegraf

Bezug: ag spak, Kistlerstr. 1, 8000 München 90 (3,— DM bitte in Briefmarken beilegen)

Spendenaufruf für die politischen Gefangenen in der Türkei



Sie wissen es nicht,

Aber sie wissen es nicht,
daß die widerstandsfähigen
Samenkörner der Freiheit,
deren Blut sich seit Jahren
mit dem Wasser dieser Erde
vermischt hat, angefangen
zu keimen.
Eine Junge Pflanze ist
schwer zu brechen.
Dann wird sie zum Baum,
vom Baum zum Wald.
So ein Wald wird es sein,
daß er weder durch Abholzen
noch durch Abbrennen
vernichtet werden kann.
Freundschaft und Brüderlichkeit
überall erklingen,
ein dicht schützender Wald.
So ein Wald.

Iliyas Has 1982

Ilias Has wurde im Oktober 1984 von der Junta hingerichtet.

Fünf Jahre nach dem Militärputsch sitzen immer noch über 6.000 politische Gefangene in den Knästen der Türkei. Vor allem in den kurdischen Gebieten und den großen Städten der Westtürkei werden immer wieder Razzien und Verhaftungen durchgeführt.

Die Gefangenen brauchen unsere Solidarität.

Diejenigen, die nach jahrelanger Haft freigelassen werden, sind oft durch die Haftbedingungen und Folterungen krank und bedürfen ärztlicher Behandlung. Auch sind die Anwaltskosten in den Massenprozessen von den Angehörigen der Gefangenen nicht aufzubringen.

Benötigt werden vor allem **regelmäßige** Spenden! Wir haben daher einen Solidaritätsfond eingerichtet und fordern Euch auf, diese Arbeit durch einen monatlichen Beitrag von DM 10,- (oder mehr) zu unterstützen, werbt Freunde und Bekannte für diese Hilfsaktion!

Dauerauftrag:
Spendenkonto
Katharina von Kerssenbrock
Kto.-Nr. 1201/469267 (BLZ 200 505 50)
Hamburger Sparkasse

oder: schickt uns die folgende Einzugsermächtigung an Katharina v. Kerssenbrock, Eimsbüttler Str. 45, 2000 Hamburg 50

Hiermit erkläre ich mein Einverständnis, daß das Türkei-Komitee c/o K. v. Kerssenbrock, Eimsbüttler Str. 45, 2HH 50 als Spende zur Unterstützung der politischen Gefangenen in der Türkei jeden Monat einziehen läßt.

DM .... von meinem Konto Nr. ....

Krd.institut .... BLZ ....

Name ....

Datum/Unterschrift ....

Presseerklärung

Warnung vor Afrika-Hilfe

In einer Presseerklärung vom 10.7.1985 warnt das Bielefelder Dritte-Welt-Haus, regionales Dritte Welt Informations- und Beratungszentrum, und überregional durch die Broschüre „Die Hungernden sind die Nahrung der Macht" (v. Januar 85) bekannt geworden, vor fünf Vereinen im Bundesgebiet, denen allesamt dubiose Werbemethoden und u. a. die Veruntreuung von Spendengeldern unterstellt werden. So laufen mehrere Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft u. a. gegen die Hamburger und Bielefelder Vereine.[1]

Das Dritte Welt Haus erwähnt namentlich den

- in Bielefeld ansässigen Förderkreis Afrika -Hilfe,
- das Afrika-Hilfswerk in Meerbusch/Neuss
- das Kinderhilfswerk für Afrika, Hamburg
- den Förderkreis für soziale und medizinische Hilfe des Kinderhilfswerks für Afrika, Hamburg,
- die Kinder-Lebenshilfe für die Dritte Welt, Twistringen/Wächtersbach.

Die Vereine treten in verschiedenen Städten in der Bundesrepublik auf und arbeiten im Zusammenhang mit den Afrika-Sammelaktionen „Ein Tag für Afrika" vom Frühjahr 85. Sie spiegeln mildtätige Zwecke für den notwendigen Kampf gegen den Hunger in Afrika vor. Keiner der genannten Vereine ist allerdings bisher gemeinnützig oder als „vorläufig gemeinnützig" anerkannt. Es besteht der Verdacht, daß ein Großteil der Spendengelder in die eigenen Taschen von Vorstands- und Gründungsmitgliedern wandert.

So wurde beispielsweise im Rahmen einer Hausdurchsuchung bei dem Verein Förderkreis Afrika-Hilfe in Bielefeld staatsanwaltschaftlich festgestellt, daß von den Einnahmen 77,5 % für Werbung und Mitgliederbetreuung ausgegeben werden. Die Spendenorganisationen bzw. der Vorstand gibt den Bereich der Mitgliederbetreuung und -werbung an Werbeagenturen, Druckereien und Verlage weiter, die in den Händen von Vorstands- oder Gründungsmitgliedern sind. Durch „Aufwandsentschädigungen" werden hohe Anteile der Spendengelder an bestimmte Firmen transferiert.[2]

Zwischen allen genannten Vereinen gibt es personelle Verbindungen.[3]

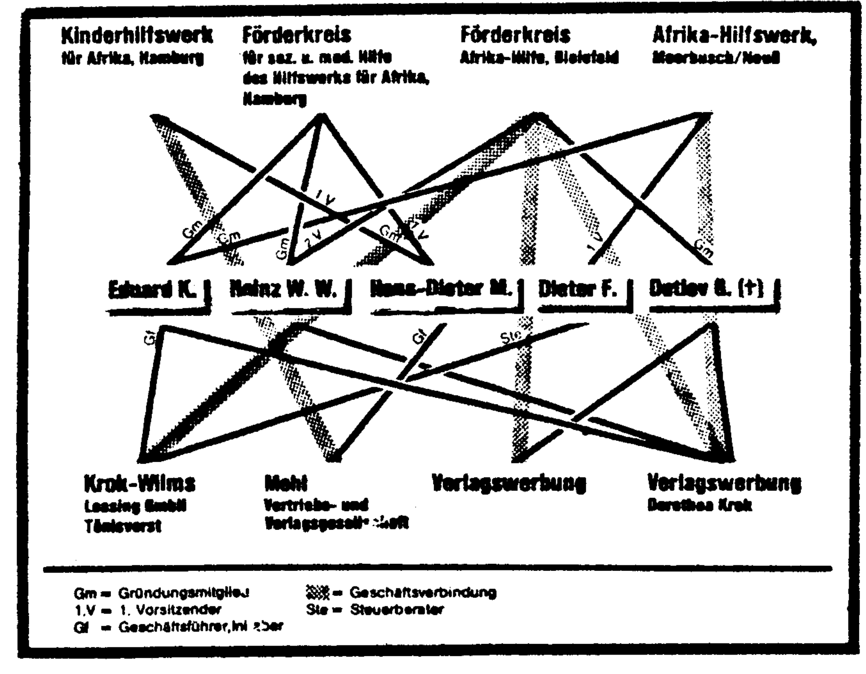
Das Dritte Welt Haus ist speziell wegen der rigiden Werbemethoden der Vereine auch überregional angesprochen worden. Werbekolonnen sogenannter „Drücker", machen Hausbesuche und werben z. T. mit unlauteren Mitteln bis zur „Nötigung" private „fördernde Mitglieder" oder Anzeigengeber für Werbeprospekte.[4] Dabei wurden z. B. von einem inzwischen inhaftierten Werber in Bielefeld falsche Tatsachen behauptet. Er gab sich z. B. mit einem abgelaufenen Ausweis als Mitglied der Gewerkschaft der Polizei aus. Auch die Behauptung, die Polizeigewerkschaft unterstütze die Herausgabe einer Werbebroschüre wird von der Polizei dementiert. Ebenso entbehrt die Behauptung, daß das Geld ohne große Abzüge in die Dritte Welt gehe, jeder Grundlage.

Das Dritte Welt Haus will mit dieser Presseerklärung vor allem vor den Praktiken dieser Organisationen warnen und bittet alle, die zu Hause oder auf der Straße in Kontakt mit Werbern der Vereine kommen, sich mit Informationen an das Dritte Welt Haus e. V.in Bielefeld, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1, Tel. 62802 zu wenden. Auch würden wir gerne Kontakt zu Förderern oder Mitgliedern der Vereine aufnehmen. Weitere Informationen über die Vereine gibt es bei der Deutschen Zentralstelle für soziale Fragen in Berlin, Miquelstr. 83, 1000 Berlin 33.

Anmerkungen:

1. Bei der Staatsanwaltschaft Bielefeld z. B. ein Verfahren wegen Veruntreuung von Spendengeldern gegen Detlef G. (4/85), oder ein Verfahren bei der StA in Hamburg unter dem Aktenzeichen 161 Js4/84 gegen H. D. Mehl, Vorsitzender und Gründungsmitglied vom Kinderhilfswerk für Afrika e. V. und des Vorsitzender vom Förderkreis für soziale und medizinische Hilfe des Kinder-Hilfswerk für Afrika, das im übrigen vom Amtsgericht Hamburg als gemeinnützig abgelehnt wurde.
2. Ein Beispiel: Von den Förderer-, Mitgliederbeiträgen des Förderkreises Afrika-Hilfe, Bielefeld von jährlich 120,— DM gingen 93,— DM an Frau Dorothea K., Ehefrau von Eduard K., Gründungsmitglied vom Afrika-Hilfswerk, Meerbusch und vom Förderkreis für soziale und medizinische... in Hamburg, sowie Geschäftsführer der Fa. Krok-Wilms-Leasing GmbH in Tönisvorst. Der Steuerberater dieser Fa. Dieter F. ist Vorsitzender des Afrika-Hilfswerk e. V., Meerbusch. Heinz W. W. wiederum ist 2. Vorsitzender des Förderkreises Afrika-Hilfe, Bielefeld.
Nach Abzug von 2,5 % gingen 90,— DM von den ehemals 120,— DM Spende als „Aufwandsentschädigung" an die Firma Detlef G., der bis zu seinem Tod im April 85 1. Vorsitzender des Förderkreises Afrika-Hilfe in Bielefeld war, an Heinz W. W. oder Eduard K., die ihre Werbekolonnen davon bezahlten.
3. Ein Beispiel: Eduard K.
ist a) Gründungsmitglied beim Förderkreis für soziale und medizinische Hilfe ..., Hamburg;
b) Gründungsmitglied des Afrika-Hilfswerk, Meerbusch und c) Geschäftsführer der Krok-Wilms-Leasing. Wilms ist 2. Vorsitzender in Bielefeld, Gründungsmitglied des Förderkreises für soziale und medizinische Hilfe ... Hamburg und Geschäftsführer der Krok-Wilms-Leasing. Dieter F. Steuerberater bei Krok-Wilms-Leasing ist gleichzeitig 1. Vorsitzender in Meerbusch beim Afrika-Hilfswerk (siehe Verflechtungskarte).
4. Auch bei der DZF Berlin (Adresse s. o.) sind in letzter Zeit verstärkt Meldungen über die Werbemethoden, die teilweise bis zur Nötigung gehen, eingegangen.





Solidaritätsaktion für Edmundo Huamani, Peru

Hintergrund: Seit Januar 1983 sind in der Region Ayacucho zahlreiche Fälle bekanntgeworden von Verhaftungen und „Verschwinden" regionaler und nationaler Landarbeiterführer sowie Fälle von Folter.

In den Andendepartements Ayacucho, Huancavelica und Apurimac sind mehr als 1000 Menschen „verschwunden". Bei den meisten Opfern handelt es sich um indianische Bauern. Die drei Departements stehen im Ausnahmezustand wegen der Auseinandersetzungen zwischen Regierungskräften und der Guerilla „Sendero Luminoso".

FIAN hat erfahren, daß Edmundo Huamani, ein bekannter Landarbeitsführer und Mitglied der Confederación Nacional Agraria (CNA), am 22. Juli zu Hause von Angehörigen der Zivilgarde in der Stadt Puquio, Provinz Lucanas, Ayacucho verhaftet wurde. Er wurde zum Hauptquartier der Zivilgarde von Puqio gebracht. Den Berichten zufolge wurde seine Verhaftung nicht bestätigt.

Im Juli 1984 wurde ein anderer Landarbeiterführer und Sprecher der CNA für Menschenrechtsfragen, Jesus Oropeza Chonta, ebenfalls in Puquio verhaftet. Wochen später wurde er mit verstümmeltem Körper tot aufgefunden.

Gründe für die Eilaktion:
Es besteht Grund zu ernster Sorge um die Sicherheit Edmundo Huamanis. FIAN betrachtet die Organisationen der Kleinbauern und Landarbeiter des Andenhochlandes als wichtige Akteure zur Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung für viele Tausende von Hungernden und Unterernährten der Region.

FIAN weist darauf hin, daß die Gewalttaten des „Sendero Luminsos" in keiner Weise die massiven Menschenrechtsverletzungen durch die staatlichen Sicherheitskräfte und deren Unterdrückungsmaßnahmen gegen Kleinbauern, Landarbeiter und deren Organisationen rechtfertigen.

Vorgeschlagene Aktion: Es sollen schnellstmöglich Briefe in gutem Spanisch oder Englisch an die nachfolgenden Adressen gesandt werden. Ein Briefvorschlag liegt bei. Porto für einen Standardluftpostbrief nach Perú: DM 1.50 (bis 5 g).

Ende der Aktion: Bitte keine Briefe nach dem **14. September.**

Adressen:
Sr. Abel Salinas, Ministro del Interior, Ministerio del Interior, Plaza 30 de Agosto 150, San Isidro, Urb Corpac, Lima 27, Peru
Sr. Fiscal de la Nación, Fiscalia de la Nación, Pescadería, Lima, Peru (Generalstaatsanwalt)
Sr. Jefe de Comando Político-Militar de la Sub-Zona de Emergencia de Ayacucho, Cuartel „Los Cabitos", Ayacucho, Peru (Chef des politisch-militärischen Kommandos)

Bitte senden Sie Kopien an:
Sr. Fiscal Supremo, Decano de Ayacucho, Palacio de Justicia, 20 Constitutción, Ayacucho, Peru (Staatsanwalt)
Kanzlei der Botschaft der Republik Peru, Pittersdorfstr. 121, 5300 Bonn 2
bzw. an die entsprechenden Stellen in Österreich und der Schweiz

Food First Information & Aktion Network
15.8.85

Briefvorschlag:
Muy estimado senor:
Con profunda preodupación me he enterado de la desaparición del Sr. EDMUNDO HUAMANI, miembro de La Confedaeración Agraria Nacional.

El Sr. Huamani fue detenido en su casa en la ciudad de Puquio Provicia Lucanas, Departamento Ayacucho, por intregrantes de la Guardia Civil el 22 de julio, no siendo aún confirmada su detención.

El Sr. Huamani es una persona que se preocupa por el cumplimiento de los derechos humanos, sobre todo el derecho a la alimentatión, independiente de nacionalidades, partidos políticos, razas ni religiones.

Me he informado que la nación peruana valora el concepte de los derechos humano e incluso ha ratificado los correspondientes convenios internacionales.

De acuerdo a ello, le ruego se informe a la familia del Sr. Huamani, donde se encuentra él encarcelado y se respete la integridad física y sicológica del Sr. Edmundo Huamani.

Atendamente

Gewissen – nur in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit?

Ab und zu gibt es auch Positives aus der bundesdeutschen Rechtsprechung zu melden. Uli Z., der von Juni '81 bis Oktober 882 als Entwicklungshelfer für den Weltfriedensdienst e. V., Berlin, in Mosambik arbeitete, hat kürzlich Anlaß zur Freude gehabt:

Ihm war nach seiner Rückkehr aus dem Entwicklungsdienst vom Arbeitsamt eine Stelle als Drucker bei den US-Streitkräften angeboten worden. Er lehnte diese mit der Begründung ab, als ehemaliger Entwicklungshelfer könne er nicht für den militärischen Bereich arbeiten. Das Arbeitsamt belegte ihn daraufhin mit einer 8wöchigen Sperrzeit, in der ihm keine Arbeitslosenhilfe ausgezahlt wurde. Seinem Widerspruch gegen diese Sperrzeit wurde nicht stattgegeben, da er für seine Ablehnung angeblich keinen „wichtigen Grund" hätte. Uli Z. ließ sich dadurch jedoch nicht entmutigen, sondern klagte beim Sozialgericht Frankfurt gegen den Bescheid des Arbeitsamtes. Dort hat er nun doch Recht bekommen.

Das Gericht erkannte seinen Gewissenskonflikt als „wichtigen Grund" an und hob den Bescheid des Arbeitsamtes auf. Dazu aus der Urteilsbegründung:

„Daß einem ehemaligen Entwicklungshelfer die Arbeit in einem Bereich, der unmittelbar militärischen Zwecken dient, nicht zumutbar ist und daher ein wichtiger Grund zur Arbeitsablehnung gegeben ist, ergibt sich auch aus § 12 des Entwicklungshilfegesetzes. Danach soll ein nach Ende des Entwicklungsdienstes Arbeitssuchender ‚unter Berücksichtigung der besonderen Erfahrungen und Kenntnisse, die er sich während des Entwicklungsdienstes und des Vorbereitungsdienstes angeeignet hat, vermittelt und beruflich gefördert werden.' Diesem gesetzlichen Antrag steht die Vermittlung in eine Arbeit bei den amerikanischen Streitkräften, die unmittelbar militärischen Zwecken dient, diamental entgegen, da durch Streitkräfte keinesfalls ‚in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zum Fortschritt der Entwicklungsländer beigetragen wird' (§ 1 Abs. 1 Entwicklungshilfegesetz).

...in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit (kann) der Versichertengemeinschaft kein Schaden daraus entstehen, wenn statt des aus Gewissensgründen dieser Arbeit im Militärbereich Ablehnende jemand anders, der diesen Gewissenskonflikt nicht hat, in diese Stelle vermittelt wird."
Sozialgericht Frankfurt am Main, Az.: S. 19/20/Ar-301/84 vom 14.5.85

„Hoch die internationale Solidarität!“

Buchprojekt: Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik (Arbeitstitel)

In Zusammenarbeit mit dem KÖLNER VOLKSBLATT VERLAG arbeiten wir zur Zeit an einem Buchprojekt (und an einer Rundfunksendung für den WDR) zur Geschichte und „Konjunkturanfälligkeit“ der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik. Dabei wollen wir den Strömungen und Veränderungen in der Solidaritätsbewegung nachgehen und die Entwicklung der Bewegung vor dem Hintergrund der innenpolitischer Entwicklung in der BRD dokumentieren. Hierzu haben wir schon eine Reihe Interviews mit Beteiligten gemacht: mit alten Algerien-Kämpfern und Mitgliedern der Vietnam-Bewegung von 1968, mit Leuten aus der Chile-Solidarität der 70er Jahre und aus den Nicaragua- und El Salvador-Gruppen von heute, mit Mitgliedern aus dem Koordinationsausschuß des BUKO und Organisatoren/innen der Lateinamerika-Tage in Berlin.

Wir wollen auch fragen, was internationale Solidarität mit der gesellschaftlichen Situation bei uns zu tun hat. Ist sie eine Flucht vor den verkrusteten politischen Verhältnissen in der BRD, die unveränderbar scheinen?

Wieso wechseln die Objekte unserer Solidarität scheinbar wie Modeströmungen? Warum brechen Solidaritätsgruppen oft zusammen, wenn Befreiungskämpfe in der Dritten-Welt gewonnen wurden und der mühsame Aufbau einer unabhängigen Gesellschaft beginnt, der freilich allzuoft nicht unseren Idealvorstellungen entspricht (oder nicht entsprechen kann)?

Wir bitten alle Gruppen und Einzelpersonen in der Bewegung, uns bei diesem Projekt zu unterstützen: Mit Anregungen, alten oder neuen Thesenpapieren, theoretischen Aufsätzen, Dokumenten, Flugblättern, satirischen Beiträgen zum Thema, wie auch mit Fotos aus der Arbeit der Dritte-Welt-Gruppen seit ihrer Gründung.

Wir bitten alle, die Dritte-Welt-Zeitungen herausgeben, uns eine kurze Selbstdarstellung zu schicken (Entstehung, Geschichte, inhaltliche Schwerpunkte, Abo-Entwicklung, Perspektive...), da wir im Anhang des Buches die Publikationen der Bewegung kurz vorstellen wollen (Bitte maximal eine Schreibmaschinenseite!). Sie Reflexion über die Internationalismus-Bewegung in der BRD wird auch das Schwerpunktthema des BUKO 1986 sein. Wir hoffen, unser Buch bis zu diesem Zeitpunkt vorlegen zu können als Beitrag zu einer breiteren Diskussion, die von allen, mit denen wir bislang darüber gesprochen haben, als notwendig und überfällig bezeichnet wurde.

RHEINISCHES JOURNALISTENBÜRO,
Werner Balsen/Karl Rössel
Spichernstr. 8
5000 Köln 1
Tel.: (0221) 513029

Ausstellung „Zwei Wege der Entwicklung“

Studenten der Universität Karlsruhe konzipierten und erstellten die Ausstellung „Zwei Wege der Entwicklung — angepaßte Technologie in der Dritten Welt“. Sie ist ein Resultat des Seminars „Angepaßte Technologie und Entwicklung“, das unter Leitung von Prof. E. Naudascher und R. Dobat als Teil der Überfachlichen Lehre der Bauingenieurfakultät abgehalten wurde.

Diese Ausstellung zeigt am Beispiel der Maisverarbeitung in Kenia auf ca. 50 Tafeln eine Reihe von Problemen und Fragen auf, die Ländern, die wir Entwicklungsländer nennen, mit dem, was bei uns als Entwicklungshilfe bezeichnet wird und mit ihrer eigenen Entwicklung haben.

Es wird das traditionelle Stampfverfahren im Holzmörser gezeigt, die industrielle Großmühle und als ein Beispiel für angepaßte Technologie die Hammermühle. Der Ernährungswert der Produkte der verschiedenen Verfahren wird erläutert, wie sie den Arbeitsmarkt sowohl von der Qualifikation als auch von der Anzahl der Arbeitsplätze her beeinflussen, welche Transport- und Vermarktungsprobleme entstehen, wie stark das je- weilige Verfahren von der Einfuhr von Ersatzteilen und Know-how abhängig ist bzw. in- wieweit das Verfahren eine Autonomie ermöglicht.

Schließlich wollen einige Denkanstöße dabei helfen, diese Welt nicht als aufgeteilt in eine erste, zweite, dritte, vierte (usw.?) Welt zu sehen, sondern als eine Einheit, in der Entwicklungen parallel und untereinander vernetzt ablaufen. Es geht um den Einfluß der Geldgeber auf die Entwicklungshelfer, um den Einfluß der Eliten und ihrer oft am westlichen Lebensstil orientierten Konsum- und Verhaltensweisen. Auch um ihr Fortschrittsdenken in den Entwicklungsländern und um den Einfluß der Bevölkerung in den Industrienationen durch ihren Verbrauch an Rohstoffen und hochverarbeiteten Lebensmitteln auf die Entwicklungsländer. Außerdem wird auf die Wechselwirkung Produkt — Technik — Lebensweise eingegangen.

Die Ausstellung ist für Schulen (Schüler ab 14 Jahre) sowie für alle Gruppen, die durch ihre Arbeit für die Probleme einer Welt mit sehr unterschiedlichen Lebensbedingungen sensibilisieren wollen, sehr gut geeignet.

Sie umfaßt Gestelle und Schautafeln und kann kostenlos geliehen werden. Nur der Transport und ein kleiner Instandhaltungsbeitrag müssen übernommen werden.

Nähere Auskünfte bei:
Christoph Straub
Fritz-Erler-Str. 11
7500 Karlsruhe 1
Tel.: (0721) 374360

„Materialsammlung zum Thema Kaffee“, Hinweise auf Aktionen, Projekte, Spiele, praktische Anregungen, Bezug: Nordelbisches Missionszentrum, Referat Weltdienst, 1985, (Hrsg.), Agathe-Lasch-Weg 16, 2 Hamburg 52

„Osstimor — Das vergesene Sterben“, Indonesischer Völkermord unter Ausschluß der Weltöffentlichkeit, Klemes Ludwig/Korina Horta, Juni 1985, Reihe bedrohte Völker, pogrom 114/115

Offener Brief

An die Flender-Werke



FLENDER Contagem-MG Brazil

Die Flender-Werke (A. Friedrich Flender Werke GmbH & Co KG Antriebstechnik, Alfred-Flender-Str. 77, 4290 Bocholt, Tel.: 02871/92-1) sind ein alteingessenes westfälisches Unternehmen im Familienbesitz (zu 100 % in Händen der Familien Flender und Siegert). Flender, ein in der Antriebstechnik international führendes Unternehmen, beschäftigt weltweit ca. 4300 Mitarbeiter und produziert in 7 Ländern, darunter auch in Indien (360 Mitarbeiter), USA (140 Mitarbeiter) und Südafrika. Neben ihrer brasilianischen Niederlassung in Belo Horizonte, an der im übrigen die „Deutsche Entwicklungsgesellschaft" zu 40 % beteiligt ist, gehören noch die Tübinger „Flender Himmelwerke GmbH & Co KG" (700 Mitarbeiter) zu Flender. Ob es auch dort zum Himmel stinkt, vermögen wir nicht zu beurteilen. Einigen Mitarbeitern des DED rauchte es jedenfalls so sehr, daß sie eine Stellungnahme zu den Geschäftspraktiken der Flender-Werke in Belo Horizonte veröffentlichten, die wir gekürzt abdrucken. Auf unsere Anfrage hin wies die Bocholter Zentrale von Flender die Vorwürfe u. a. damit zurück, daß — nach Aussage von Staatssekretär Grüner — der Betrieb in gutem Zustand sei. (red.)

Wir, deutsche Entwicklungshelfer und mit ihnen zusammenarbeitende Brasilianer, sind in letzter Zeit besonders empört über die Praktiken einer Reihe hier tätiger deutscher Unternehmen. Diese Firmen verhalten sich bei Streiks schlimmer als einheimische Betriebe: Streikende Arbeiter werden — auch nach sechs- bis achtjähriger Betriebszugehörigkeit — fristlos entlassen und statt ihrer neue eingestellt.

In ihrem Betrieb, der Flender Brasil Ltda. streikten 147 brasilianische Arbeiter vom 9. bis 22. Mai 1985, nachdem eine von den Arbeitern geforderte und von dem Unternehmen in Aussicht gestellte Lohnerhöhung nicht gewährt wurde — mit dem Kommentar der Geschäftsleitung, daß, wer nicht einverstanden sei, ja gehen könne.

Im einzelnen ging es dabei um folgende Forderungen:

— 50%ige Lohnerhöhung (Verhandlungsbasis; die endgültige Höhe sollte zwischen Unternehmen und Arbeitern ausgehandelt werden)

— Staffelung des Werksessenpreises nach sozialen Kriterien (ein Direktor mit einem Monatsgehalt von Cr$ 20.000.000 und ein Hilfsarbeiter — beispielsweise eine Reinigungskraft — mit monatlich Cr$ 500.000 zahlen den gleichen Essenspreis von Cr$ 60.000 im Monat)

— Eine bessere, humanere Behandlung der brasilianischen Beschäftigten der Flender-Werke

— Es werden häufig Unterhaltungen auf deutsch in Gegenwart von Brasilianern geführt, z. T. Anweisungen auf deutsch gegeben, in der Erwartung, daß diese richtig ausgeführt werden.

— Ein Angehöriger der Geschäftsleitung hat die Angwohnheit, die Toilette in Anwesenheit der Reinemachefrauen zu benutzen.

— Eine Putzfrau wurde beim Säubern der Treppe von einem deutschen Herrn hinuntergestoßen — ohne sichtbaren Grund und ohne Entschuldigung.

— Ein Arbeiter, der an einem Transportband arbeitete, erhielt einen Tritt, weil der die Maschine nicht richtig bedient habe.

— Schubfächer der Arbeiter, in denen auch private Gegenstände aufbewahrt waren, wurden durchsucht.

— Informationen über das Privatleben ehemaliger Beschäftigter werden an andere Firmen weitergegeben, wenn sie sich dort bewerben — eine in Deutschland ebenfalls unzulässige Praxis.

Es ist unserer Ansicht nach erwähnenswert, und zeugt überdies von großer Erbitterung der Betroffenen, wenn die Forderung nach menschlicher Behandlung in den Forderungskatalog eines Streiks aufgenommen wird.

In einer Zeit, in der Brasilien das Ende einer einundzwanzigjährigen Militärherrschaft und die Wiederherstellung demokratischer Rechte erlebt, erscheint das Vorgehen deutscher Firmen noch unverständlicher. Streik, als Mittel des Arbeitnehmers, seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, ist ebenso Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft, wie die Bereitschaft des Arbeitgebers, Verhandlungen über diese Forderungen zu führen. Das Verhandlungsprinzip wird im übrigen auch von der neuen brasilianischen Regierung durch ihren Arbeitsminister Piazzanotto vertreten. Doch hat es den Anschein, daß sich deutsche Firmen unter dem Militärregime wohler fühlten.

Von den 147 Arbeitern bei Flender Brasil wurden 21 fristlos und ohne weitere Ansprüche (unter Hinweis darauf, daß sie der Firma Geld schulden würden) entlassen und sieben weitere in der folgenden Woche, allerdings unter Ausbezahlung ihnen zustehender Gelder (Urlaub, Garantiefonds etc.). Die bei Flender Brasil verbliebenen Arbeiter befürchten, daß die Entlassungwelle weiter anhalten könnte.

Wie wenig die Flender-Werke von Verhandlungen halten, zeigt uns die Tatsache, daß sie schon am 22. Mai eine große Stellenanzeige in der lokalen Tageszeitung „Estado de Minas" erscheinen ließen, in der für alle Facharbeiter, die am darauffolgenden Tag entlassen werden sollten, Ersatzleute gesucht wurden. Die Betroffenen erfuhren so von ihrer Entlassung aus der Zeitung.

Wir erwarten, daß die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden, da ein Streik ein demokratisches Bürgerrecht ist, dessen Ausübung nicht durch einschüchternde, antidemokratische Maßnahmen einer deutschen Firma behindert werden darf. Darüberhinaus fordern wir, gegen offen oder versteckt rassistisches Verhalten des deutschen Personals vorzugehen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Belo Horizonte, im Juli 1985

Tagungshinweise

Deutsch-tansanisches Seminar über **Jugendarbeit in Tansania**, 13. 9.—15. 9. 85, Emlichheim, Information und Anmeldung: AEK, Postfach 11 09, 4973 Vlotho

---

3. Tübinger Bloch-Tage, 8./9. 11. 85, Information und Anmeldung, Postfach 5 91, 605 Offenbach 4

Die Bildungs- und Begegnungsstätte für **gewaltfreie Aktion**, Kirchstr. 14, 3131 Wustrow, hat für das 2. Halbjahr 85 ein umfangreiches **Programm** von Tagungen zur Gewaltfreiheit, Atomenergie etc. vorgelegt, das den Rahmen unserer Tagungshinweise sprengen würde. Deshalb: Programm dort anfordern!

Festival **„Karibuni — Afrika, Das andere Gesicht Afrikas"**, 18. 10—2. 11. 85, Frankfurt, Information und Anmeldung: FILMgalerie Afrikafestival '85, Kepplerstr. 11, 6 Frankfurt 1

„Die Schule ist ein Entwicklungshindernis — **Bildungsprobleme in der Dritten Welt**", 27.—29. 9. 85, Gummersbach, Information und Anmeldung: Theodor-Heuss-Akademie, Postfach 3401 29, 5270 Gummersbach 31

Zentrale Demonstration „Freiheit für Südafrika! Boykott gegen Apartheid!" am 21. 9. 85 in Bonn. Information: AAB, Blücherstr. 14, 53 Bonn

---

„Das Ende der **Dekade der Frau** 1976—1985 Rückblick und Ausblick", 13.—15. 9. 85, Bonn, Information und Anmeldung: Deutscher Frauenrat, Südstr. 125, 53 Bonn 2

Delegiertenkonferenz des Dachverbandes entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Baden-Württemberg, 1.—3. 11. 85, Tübingen, Information und Anmeldung: Eva Boesenberg/Peter Baeumle, Gutleutstr. 32, 78 Freiburg

---

Medienbörse Film, 21.—26. 10. 85, Wiesbaden, Information und Anmeldung: Gemeinschaftswerk der Evang. Publizistik, Friedrichstr. 2—6, 6000 Frankfurt 17

„Befreiung gern — aber bitte nicht auf unsere Kosten...", 18.—20. 10. 85
„Das Engagement von Christen und Kirchen für die farbige Welt", 21.—27. 10. 85, Berlin/DDR (Vorbereitungstreffen 21. 9.)
„Kaffee und Tee — Genuß auf wessen Kosten?", 8.—10. 11. 85
„Ursachen und Folgen der Aufrüstung für die Dritte Welt", 25.—29. 11. 85
Information und Anmeldung für diese Tagungen: Projekt Frieden und Ökumene, Rockenhof 1, 2000 Hamburg 67

Bundesweite **Aktionswoche „Gegen die Macht der Kaffeekonzerne** — Die Gewinne denen, die den Kaffee anbauen.", 21.—28. 10. 85, Koordinationsstellen: Informationsbüro Nicaragua, Postfach 10 13 20, 56 Wuppertal 1, und: Dritte Welt-Haus, Buchtstr. 14/15, 28 Bremen 1

Namibia-Tagung, 18.—20. 10. 85, Bad Boll
Film-Workshop, 15.—17. 11. 85, Wiesensteig
Information und Anmeldung: Evang. Akademie, 7325 Bad Boll

„Ausländer und Deutsche — Was trennt uns?", 11.—13. 10. 85, Pforzheim
„Afrika — Kontinent am Scheideweg", Begegnungen von Afrikanern und Afrika-Interessierten, 16. 11. 85, Pforzheim
„Armut und Hunger — unsere ökumenische Antwort", 29. 11.—1. 12. 85, Pforzheim, Information und Anmeldung: Evang. Begegnungsstätte Hohenwart, Schönborgstr. 25, 7530 Pforzheim-Hohenwart

---

„Der Kirchliche Entwicklungsdienst — Hoffnung für die ‚Dritte Welt'?", 7.—8. 11. 85, Hohenwart, Information und Anmeldung: Diakon. Werk, Vorholzstr. 3, 75 Karlsruhe 1

„Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Philippinen — die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung", 13.—15. 9. 85, Bad Zwischenahn, Information und Anmeldung: Terre des Hommes Ammerland, Hermann Nanninga, Nikolaikirchweg 37, 29 Oldenburg

---

Türkei und Türkisch-Kurdistan — Bundesweite **Aktionswoche** für Menschenrechte, Demokratie und Frieden, 9.—14. 9. 85, Kontaktadresse: KOMKAR, Burgunderstr. 35—37, 5 Köln 1

„Frauen in Lateinamerika — ihre Unterdrükkung — ihr Kampf", 20.—22. 9. 85 Vreden, Information und Anmeldung: Bildungswerk der Humanistischen Union, Kronprinzenstr. 15, 43 Essen 1

Fachsymposion **„Archäologie in Peru**/Archäometrie", 19./20. 9. 85, München, Information und Anmeldung: Deutsch-Peruanische Archäologische Gesellschaft, Defreggerstr. 1, 8000 München 1

„Einsatz von Medien in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit", 27.—29. 9. 85, Bonn, Frauen-Seminar, 25.—27. 10. 85, Wuppertal
Seminar zur Vorbereitung des 10. Bundeskongresses **„Geschichte und Perspektiven der entwicklungspolitischen Arbeit in der Bundesrepublik"**, 1.—3. 11. 85, Bielefeld
„Weltwirtschaft — Verschuldung — Die Bundesrepublik und die Deutschen Banken", 6.—8. 12. 85, Düsseldorf
Information und Anmeldung für diese Tagungen: BUKO, Nernstweg 32—34, 2 Hamburg 50

---

1. Internationalismus-Kongreß der GRÜNEN, 4.—6. 10. 85, Kassel, Information und Anmeldung: Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN, Colmatstr. 36, 5300 Bonn

---

Stillegung aller Atomanlagen, Bundesweite Demonstration, München, 12. 10. 85

Bundesweite Aktionswoche vom 21.-28. Oktober 1985

GEGEN DIE MACHT DER KAFFEEKONZERNE

Die Gewinne denen, die den Kaffee anbauen.

KAFFEE ist ein aufregendes Getränk: sei es beim ausgedehnten Kaffeeklatsch, beim Frühstücksschmaus, als stündlicher Muntermacher im Büro oder als schneller Kaffee zwischendurch bei Tchibo – fast jeder Bundesbürger »krönt seine schönsten Stunden« (Jacobs) täglich mit einer Tasse Kaffee und entrückt so dem tristen Alltag auf seine »Insel der Frische« (Tchibo).

KAFFEE läßt aber auch anderen den Puls höher schlagen: den Börsenspekulanten und Kaffeekonzernen, die am weltweiten jährlichen Kaffeeumsatz verdienen. Dabei wird nicht nur den Beschäftigten der Konzerne und den Konsumenten kräftig in die Tasche gelangt:

- Plantagenarbeiter in El Salvador oder Brasilien schuften sich buchstäblich zu Tode. Drei Monate Arbeit in der Ernte, und der Lohn reicht nicht zum Überleben der Familie.
- Rothfos (weltgrößter Rohkaffeehändler), Tchibo, Jacobs und wie sie alle heißen, schicken ihre Händler aus. Vom Bremer oder Hamburger Hafen transportieren sie den Rohkaffee nach Berlin, um ihn dort zu rösten. Das ist unsinnig, aber bringt wegen der Berlinförderung noch mehr Geld. Und für Geld gehen die Kaffeekonzerne über Leichen:
- Campesinos und Plantagenarbeiter wehren sich immer mehr gegen ihre Lage. Mit Terror und Gewalt versuchen die herrschenden Klassen in den Anbauländern jeden Widerstand zu brechen. 100000 Menschen des eigenen Volkes haben allein die Diktaturen El Salvadors und Guatemalas in den letzten Jahren umgebracht. Dafür dürfen sie mitverdienen am langen Weg des Kaffees auf unseren Frühstückstisch. Schließlich wollen sich die Konzerne die Finger nicht selbst schmutzig machen.
- Die sandinistische Befreiungsfront in Nicaragua jagte am 10. Juli 1979 den Diktator Somoza weg. Seitdem versucht das Land einen eigenen Weg zu gehen: Die dortige Regierung stellt sich nicht mehr in den Dienst der ausländischen Multis und auch nicht der einheimischen Großgrundbesitzer. Offener Krieg und ein aggressives Handelsembargo sind die Antwort.

KAFFEE sollte deshalb wachmachen und anregen, über diese Verhältnisse nachzudenken und Konsequenzen zu ziehen. Da wir entsprechende Werbung von den Konzernen nicht verlangen können (etwa: Jacobs - die Krönung der Ausbeutung!) heißt unsere Antwort:

Kauft keinen Kaffee der Konzerne!

Unser Widerstand muß darüber hinausgehen, das Unrecht nur anzuklagen. Erschweren wir deshalb den Kaffee-Konzernen das Geschäft mit der Ausbeutung der Dritten Welt! Laßt uns alle Phantasie anstrengen, damit die Konzernetagen und ihre public-relations-Abteilungen unruhige Tage haben!

Koordinationsstelle: Informationsbüro Nicaragua e.V., Postfach 10 13 20, 5600 Wuppertal 1, Tel. 0202/76 05 27
Koordinationsstelle Nord: Dritte-Welt-Haus, Buchtstraße 14/15, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/32 60 46

Spendenkonten:
Informationsstelle Guatemala e.V.
Postgiroamt Köln Kto.-Nr. 311 580-508
Stichwort: URNG-Volksorganisation
Informationsbüro Nicaragua e.V.
Stadtsparkasse Wuppertal (BLZ 330 500 00)
Kto.-Nr. 96 36 11 (Alle eingehenden Gelder gehen zur Hälfte an die FDR/FMLN und die FSLN.)

Neuerscheinungen

„Hohe Schornsteine am Amazonas", Umweltplünderung, Politik der Konzerne und Ökoprobleme in Brasilien, Helmut Hagemann, 186 S., Dreisam Verlag, Freiburg

„Wie sicher ist ein Ausländer in der BRD", Erfahrungen und Materialien zur Aufenthaltsberchtigung, Hang/Küster, 181 S., DM 9.80, ISBN 3-88548-304-1, Bezug: Express Edition, Kottbusser Damm 79, 1 Berlin 61

„Das Schluchzen des weißen Mannes", Europa und die Dritte Welt — eine Polemik, Hrsg. Pascal Bruckner, 213 S., 18 DM, ISBN 3880-22-293, Rotbuch Verlag, Berlin

„Universität Göttingen und Dritte Welt", Hrsg. Forschungs- und Studienzentrum der Agrar- und Fortswissenschaften der Tropen und Subtropen, 170 S., kostenlos, Bezug: UNI Göttingen, Büsgenweg 2, 34 Göttingen

„World Policy Journal", Hrsg. UNO New York, Volume II, Nr. 3, Summer 1985, $ 4.75, Englische Beiträge zu Reagnomics, Nicaragua, El Salvador

„Graue Wölfe — Türkischer Rechtsextremismus", Jürgen Roth, Texte eines Referates, dt-türkisch, 14 Seiten, 2 DM zuzügl. Porto, Bestellanschrift: IG „Ausländische Mitbürger", Landhausstr. 62, 7000 Stuttgart 1

„Arbeitslosigkeit und Friedensfrage", Hrsg.: Pax Christi, Dt. Sekretariat, 72 Seiten, 5 DM, Bestellung über Pax Christi, Windmühlenstr. 2, 6 Frankfurt 1

„Die Theorie als Waffe — Amilcar Cabral", Schriften zur Befreiung in Afrika, 321 S., 19.80 DM, Hrsg.: Amilcar Cabral Gesellschaft, Vertrieb: CON, Westerdeich 38, 2800 Bremen

„Denn sie wissen, was sie tun", Zwischen Solidarität und Boykott, BRD und Nicaragua, Ali Schwarz/Manfred Ernst, Juni 1985, 336 Seiten, 19.80 DM, Bezug: FDCL, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61

„Falscher Alarm", Studien zur sowjetischen Nahostpolitik, Hrsg.: Bunzl/Flores/Rasou, Österreich, Insitut für Internat. Politik, Wien, Braumüller 1985, ISBN 3-7003-0637-7, 224 S., 28 DM zuzügl. Versandkosten.

„Internationale Solidarität mit Mittel- und Lateinamerika", djp-jugendpressematerialien Nr. 9, 60 S., 6 DM, Bezug: djp, Postfach 140163, 53 Bonn 14

„Das Herz des Himmels", Vom Leiden der Indios in Guatemala, Hrsg. Erich Hackl, 104 S., 19.80 DM, ISBN 3-210-24.813-3

„Tor zu!", Postkartenserie zum Thema Hamburg und 3. Welt, 7 DM, Bezug: Info-Stelle BRD—3. Welt, Postfach 202320, 2000 Hamburg 20

„Nicaragua: Aufbruch in Abhängigkeiten", 5 Jahre sandinistische Wirtschaftspolitik, Hrsg. Fürst/Hess/Jäger/Stonbelt, 129 S., DM 14.80, ISBN 3-923329-08-3

„Bewußtseinsbildung unter Harijans in Indien", Auf dem Weg zur Selbstbestimmung, 100 S., 5 DM, Bezug: iz3w Hannover, Postfach 224, 3152 Ilsede 1

„El Salvador und Nicaragua im Vergleich", Nicht-staatliche Organisationen debattieren die Politik der Bundesregierung zu Mittelamerika, Nahua-Script Nr. 8, 64 S., Bezug: Edition Nahua, Postfach 101320, 56 Wuppertal 1

„Bremen's Zusammenarbeit mit den sog. Entwicklungsländern 1979—1984", Ausstellungskatalog, 167 S., Hrsg. Senator für Wirtschaft und Außenhandel, Bezug: Landesamt für Entwicklungsarbeit, Slevogtstr. 48, 28 Bremen 1

„Massenmedien im Nord-Süd-Konflikt", Jörg Becker, 200 S., ISB 3-593-33452-6, Bezug: Campus Verlag, Myliusstr. 15, 6 Frankfurt 1

Aufruf zu bundesweiten Aktionen am 4. und 5. Oktober 1985

„Stoppt die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika!"

Gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im Südlichen Afrika

Angola, Januar 1984: Weiß-Südafrika führt — vom militärisch besetzten Namibia aus — den seit 1975 blutigsten Feldzug gegen dieses Land. Eine halbe Million Menschen ist auf der Flucht. Von angolanischen Streitkräften werden erbeutet: Mehrere Militärunimogs von **Daimler-Benz, Stuttgart.**
Indischer Ozean, September 1979: Das Apartheid-Regime zündet die erste Atombombe. Das notwendige Know-how zur Urananreicherung stammt vom staatlichen **Kernforschungszentrum Karlsruhe,** Spezialteile u. a. von **Varian MAT, Bremen** und **Gutehoffnungshütte (GHH), Sterkrade.**

Sebokeng, Oktober 1984: 7000 südafrikanische Soldaten und Polizisten durchkämmen die von 120000 Schwarzen bewohnte Stadt bei Johannesburg. Unterdrückung und Apartheid lassen sich nur noch mit militärischen Mitteln durchsetzen. Es herrscht Krieg. Bei Protesten sterben 130 Menschen durch Polizeieinsatz. Mit dabei: **Militär-Lastwagen von Magirus Deutz, Ulm.**

Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich unter den fünf größten Rüstungsexporteuren der Welt. Jeder Export eines Rüstungsgutes unterliegt der gesetzlichen Kontrolle und der Genehmigung durch die Bundesregierung. Für Südafrika darf eine Genehmigung zum Rüstungsexport nicht erteilt werden. Rüstungslieferungen sind nach bundesdeutschem Recht verboten und aufgrund des UN-Embargos völkerrechtswidrig.

Trotzdem lieferten und liefern bundesdeutsche Unternehmen — mit Wissen, Duldung oder rechtswidriger Genehmigung der Bundesregierung — Nuklearteile, Waffen, militärische Güter, Rüstungslizenzen und ganze Systeme nach Südafrika. Oft wird dabei wahrheitswidrig behauptet, dies sichere Arbeitsplätze in der BRD. Neben der Bundesregierung sind verantwortlich die Vorstände z. B. von STEAG, ESSEN; MTU, Friedrichshafen; RHEINMETALL, Düsseldorf; SIEMENS, München; MAN, Nürnberg, MBB, Düsseldorf, HECKLER & KOCH, Oberndorf; SEL, Stuttgart, BMW, München.

Die Bundesregierung und die Rüstungskonzerne sind mitschuldig
- an der aggressiven Politik im südlichen Afrika,
- an der völkerrechtswidrigen Besetzung Namibias durch Südafrika,
- an den ständigen Überfällen auf Angola und Mozambik und der militärischen Bedrohung der Nachbarstaaten.

Damit könnte das rassistische Südafrika einen Weltkrieg auslösen. Die Rüstungsexporte in dieses Land sind Bestandteil der Bemühungen, Südafrika in die Politik der NATO einzubeziehen.

Die Bevölkerungsmehrheit von Südafrika und Namibia, ihre international anerkannten Befreiungsbewegungen fordern die Einhaltung des Rüstungsembargos. Friedens-, „Dritte-Welt"-, Solidaritäts- und Ökologiebewegungen, Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, jede und jeder von uns ist aufgerufen:

Stoppt die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika!
Beteiligt Euch am 4. und 5. Oktober an fühlbaren Aktionen gegen die Rüstungsexporte nach Südafrika!

Vorgeschlagen werden dezentrale Aktionen in möglichst vielen Städten, getragen von möglichst vielen Gruppen, Organisationen und Personen: Um die Öffentlichkeit zu informieren, Bundesregierung, Rüstungsindustrie und ihre Manager als Verantwortliche festzumachen und Politiker zum Handeln zu zwingen.

I. Internationalismus-Kongreß der GRÜNEN, Kassel 4.-6. 10. 1985

Es gehören keine besonderen detektivischen Fähigkeiten dazu, die theoretischen Defizite der Grünen im außen- entwicklungspolitischen Bereich aufzudecken. Sämtliche Programme, die in der fünfjährigen Parteigeschichte verabschiedet wurden, offenbaren diese Schwäche. Auch die Existenz einer Grünen-Bundestagsfraktion, deren Mitglieder nicht nur emsig in der gesamten Welt herumreisen, sondern in vielen Fragen der Außen- Entwicklungspolitik sich auch erhebliche Sachkompetenz angeeignet haben, kann über diese Defizite nicht hinwegtäuschen. Die Bundestagsgruppe-Internationalismus hat aus dieser Situation den Schluß gezogen, daß es nicht ausreicht, an den programmatischen Unzulänglichkeiten herumzukorrigieren und etwa eine Expertenkommission zu bilden, die das Abstimmungsmaterial für einen Programmparteitag produziert. Es erschien uns vielmehr notwendig, zunächst einen möglichst gründlichen Politisierungs- und Mobilisierungsprozeß in der Partei zu diesem Thema zu initiieren, und gemeinsam mit der Soli-Dritte-Welt-Bewegung über die internationalistische Theorie und Praxis der Grün/Alternativen zu diskutieren.

Die Bundesarbeitsgruppe Internationalismus, unterstützt durch den Bundesvorstand, die Bundestagsfraktion und die Europa-Fraktion will deshalb Anfang Oktober einen offenen Internationalismus-Kongreß der Grünen durchführen. Es geht wie gesagt einerseits um die Aufarbeitung der theoretischen Defizite, aber auch darum, gemeinsam mit der Soli-Bewegung die Perspektiven für eine neue internationalistische Praxis (politische Kampagnen etc.) zu diskutieren.

Weltwirtschaftsstrukturen — Friedenspolitik — Ökologie International — und Kulturimperialismus/Internationalismus-Begriff/Arbeit der Grün/Alternativen, sind die Themenschwerpunkte des Kongresses, zu denen wir eine ganze Reihe Arbeitsgruppen mit Referenten, Aktionsgruppen usw. durchführen wollen. Es ist jedoch nicht unsere Absicht eine Expertendiskussion anzuzetteln, die uns möglichst detaillierte Einblicke in innere Zustände exotischer Regionen vermittelt, vielmehr soll es darum gehen, uns die notwendigen Grundlagen zu verschaffen, die uns Ansatzpunkte bieten, hier in unserem Land die Ursachen für das Elend in der Dritten Welt zu bekämpfen.

Das Ziel kann nicht sein, bessere entwicklungspolitische Modelle zu entwerfen, für mehr „Entwicklungshilfe" einzutreten, mit dem wir eine Verbindung zwischen den weltweiten Emanzipationsbewegungen und unserem eigenen Kampf gegen die Zerstörung unserer Lebensbedingungen herstellen können.

Das **Programm** und die **Anmeldungsformulare** für den Kongreß könnt ihr ab Anfang September in der Bundesgeschäftsstelle der Grünen: **Colmatstr. 36, 5300 Bonn 1,** anfordern. Dort erhaltet ihr ebenfalls den ausführlichen Reader (DM 12,-) den wir für den Kongreß herausgegeben haben, und dringend zur Vorbereitung empfehlen!

Anja Kuhr (Bundesarbeitsgruppe-Internationalismus, Die GRÜNEN

Zeitschriftenübersicht

Lateinamerika Nachrichten, Nr. 140, August 1985
Über die „guatemaltekisch-deutsche Zusammenarbeit — Nahrungsmittel für Arbeit" gewährt die BRD Wirtschaftshilfe für Aufstandsbekämpfungsprojekte, die die guatemaltekische Armee auf dem Land durchführt. — Ein bußfertiger Contra berichtet von seinem zehnjährigen Kampf mit den Somozisten gegen die Sandinisten in **Nicaragua.** — Der Leiter des „Dienstes für Frieden und Gerechtigkeit" in **Peru** nimmt Stellung zum Vorwurf, auf Seiten von Sendero Luminsoso zu stehen und zur Taktik des Militärs, die Bauern in denn „antisubversiven Kampf" einzubeziehen.
Außerdem: Artikel über die Situation **Boliviens** vor den Wahlen, die Opposition in **Honduras,** eine Kritik an der bei den Berliner Lateinamerika-Tagen aufgetretenen „Aktion Inka", ein Hilferuf der **uruguayischen** Tupamaros uvm.
Bezug: LN im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
Preis: 4,50 DM

Peripherie Nr. 20, Juli 1985
Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt
Schwerpunktthema: **Minderheiten**
Beiträge zu **Indianer** und Indianisten, Reservatspolitik gegen „Buschleute" in **Namibia,** Schwarze in den **USA** und zur Geschichte der **Miskito.**
Bezug: s. Lateinamerika Nachrichten
Preis: 9 DM (30 DM im Abo bei 4 Ausgaben im Jahr)

ila-info Nr. 88, August 1985
Schwerpunkt: **Ecuador:** Abenteuer heute — auf der Suche nach neuer Ausbeute
Außerdem: **Argentinien** — Die außenpolitischen Möglichkeiten der Regierung Alfonsin/Havanna — Stadt ohne Slums/**Bolivien** — Die Wahlen/ **Chile** — 19 Mrd. $ Auslandsverbindlichkeiten/ **Nicaragua** — und die deutschen Rechte/**BRD** — ein Waffenexportland u. a.
Bezug: Infostelle Lateinamerika, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1
Preis: 3 DM

AIB Nr. 8—9/1985
Thema: **Sowjetunion und Dritte Welt** — Ist die SU wie die USA eine imperialistische Weltmacht?
Außerdem: **Südafrika** — Hintergründe der Reformen der Regierung
Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg
Preis: 5 DM

Solidarische Welt Nr. 110
Schwerpunkt: **Landkonflikte in der 3. Welt**
Länderbeispiele: **Brasilien** — Amazonas-Gebiet/**Kap Verde** — Agrarreform/**Ghana** — traditionelles Bodenrecht im Übergang/**Südafrika** — Zwangsumsiedlungen/**Indien** — Schuldknechtschaft und Widerstand
Bezug: ASW, Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61
Preis: 3 DM (incl. Porto)

INPREKORR — Internationale Pressekorrespondenz 172/173, Aug./Sept. 1985
Editorial: Herbstaktionen des DGB — Theorieteil, **„Die Internationale":** 25 Thesen zur imperialistischen Kriegsgefahr von Ernest Mandel; Kritik der 25 Thesen von Angelika Klein; Das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Kolonialvölker — Die Entwicklung **Indonesiens** — Die Autonomiepläne **Nicaraguas** für die Atlantikküste — Friedensbewegung in **DDR, Ungarn, CSSR** — **Spanische** Anti-Nato-Bewegung
Bezug: Internationale Sozialistische Publikationen (ISP), Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1
Preis: 60 Seiten, 5 DM; Abo 12 Ausgaben 35 DM

EPK — Entwicklungspolitische Korrespondenz 2/1985
Schwerpunkt: **Kultur;** Afrikanische Musik in den unterschiedlichsten Formen. Traditionelle Rhytmen und Instrumente; die Musik der Griots in Westafrika (Interview); Veränderung durch die Versklavung; europäische und amerikanische Einflüsse; neu entstandene Musikformen: z. B. Salsa
Außerdem: Kadans — kreolische Volksmusik; Tango — Musik der Vorstädte; Bericht über den kenianischen Schriftsteller Ngugi wa Thiong'o
Bezug: EPK, Pf 2846, 2000 Hamburg 20
Preis: 4 DM

epd — Entwicklungspolitik 15/16/85
Information: Ökumenischer Rat, Buenos Aires — Nambibia — Brasilien — Singapur — GTZ — EKD und PCR — Nicaragua — Frauenkonferenz — Städtepartnerschaften — kirchl. E.-Hilfe — Antimilitarismus — Äthiopien Interview/Analyse: Deutsche Firmenleiter in Algerien — „Bochumer Nahbereichsthese" — Aufbruch oder Abschluß? Zum Abschluß der UN-Frauenkonferenz — Evangelisation oder Theologie der Befreiung? — „Almoco" für Minister Warnke
Bezug: epd, Pf 170361, 6000 Frankfurt 17
Preis: Einzel/Doppelnummer 3,—/4,50 DM, Abo 52,20 DM, 24 Ausgaben

Türkei- u. Kurdistan Bulletin Nr. 0/85
Faschist Türkes frei — Statt Amnestie: Kronzeugengesetz — Kurdistan — Die Türkei im Nahen Osten
Hintergrund: **Die Intellektuellen in der Türkei**
Bezug: K. v. Kerssenbrock, Eimsbüttler STr. 45, 2000 Hamburg 50

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 93/94, August 1985
Schwerpunkt dieses Heftes ist die **BUKO-Auswertung.** Neben dem Vortrag von **Elmar Altvater**-Lebensgrundlage und Lebensunterhalt, **zum Verhältnis von Ökologie und Ökonomie** in der gesellschaftlichen Krise — finden sich **Protokolle** der Arbeitsgruppen, sowie sämtliche verabschiedete **Resolutionen** und **Beschlüsse** und daneben etliche **Fotos** vom Kongress.
Zweiter Schwerpunkt ist der von der BUKO-Kampagne **„Stop den Rüstungsexport"** gestaltete Teil **„Atombomben made in Germany".** Hier geht es um die Problematik der militärisch-zivilen Atomgeschäfte. Einzelne Artikel beschäftigen sich mit der Entwicklung des Atomwaffensperrvertrags und der Politik der BRD, behandeln neue Tendenzen auf dem Weltmarkt mit dem Bombenstoff Uran... Eine **Länderliste für Atomgeschäfte** der Bundesrepublik Deutschland mit der Dritten Welt ergänzt das Ganze.
Weitere Artikel im FORUM zur Asylpolitik, zu Giftexporten, zur Solidaritätsarbeit mit den Kapverdischen Inseln und Guinea Bissau, aus der BUKP-Pharma-Kampagne, aus der Agro-Koordination und einiges mehr...

SOMMERSCHLUSSVERKAUF

Wir räumen unser Lager

Alles ganz billig! Kauft was das Zeug hält!

Wir bieten stark verbilligte „Pakete“ älterer Broschüren und Nummern der „blätter“ an, weil wir Platz in unserem Lager brauchen. Falls der eine oder andere der unten aufgeführten Titel im Rahmen dieser Verkaufsaktion ausgehen sollte, verbilligt sich das Paket entsprechend.

Name d. „Pakets“	Einzeltitel	Ersch.datum	früh. Preis
Broschüren „Chile“	U. Bernauer/E. Freitag: Poder popular in Chile am Beispiel Gesundheit	1974	6,80
	Lateinamerika-Nachrichten: Colonia Dignidad — Der doppelte Skandal	1980	3,-
	Ökonomischer Völkermord in Chile, Offene Briefe von A. G. Frank an Milton Friedman	1977	2,-
	Chile — 10 Jahre Militärdiktatur	1983	1,-
	zusammen, incl. Porto und Versand		5,-
Bücher „Südafrika“	Ed. Sousa Ferreira: Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika u. Europa	1971	4,-
	S. Gervasi: Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika	1972	4,-
	als „Zugabe“: Grundfragen der Weltagrarentwicklung	1972	? (220 S.)
	zusammen, incl. Porto und Versand		5,-
blätter „SO-Asien“	Nr. 56: Revolutionäre Gewalt in Indochina	Okt. 76	2,50
	Nr. 63: Wohnraumprobleme am Bsp. Malaysias	Aug. 77	2,50
	SD 68: Ursachen und Formen des Elends der indischen Bevölkerung	März 78	2,-
	SD 75: Sri Lanka	Febr. 79	2,-
	Nr. 80: Indochina	Sept. 79	2,50
	Nr. 85: ASEAN	Mai 80	4,-
	Nr. 92: China	März 81	4,-
	zusammen, incl. Porto und Versand		8,-
blätter „Afrika“	Nr. 58: Aufbau in kürzl. befreiten Ländern	Dez. 76	2,50
	Nr. 46/47:Zimbabwe	Aug. 75	2,80
	Nr. 74: Mosambik — Befreiung kommt nicht in Kisten	Dez. 78	2.50
	Nr. 81: Eritrea-Befreiungskampf	Nov. 79	2,50
	Nr. 91: Guinea-Bissau	Febr. 81	4,-
	zusammen, incl. Porto und Versand		6,-
blätter „Lateinamerika“	Nr. 45: Landreform in Lateinamerika	Juni 75	2,20
	Nr. 48: Widerstand in Chile	Sept. 75	2,20
	Nr. 51: Russel-Tribunal: Repression in Lateinamerika	Juni 75	2,20
	SD. 69: Argentinien (Fußball-WM)	Mai 78	2,-
	Nr. 71: Chile — Faschismus im 5. Jahr	Aug. 78	2,50
	SD 73: Zur Mexikanischen Revolution	Nov. 78	2,-
	Nr. 77: Kolumbien	Mai 79	2,50
	Nr. 90: El Salvador	Dez. 80	4,-
	Nr. 98: Venezuela	Dez. 81	4,-
	zusammen, incl. Porto und Versand		13,-
blätter „Internat. Abhängigkeit“	Nr. 50 Multinationale Konzerne	Dez. 75	2,20
	Nr. 76: UNCTAD	März 79	2,50
	Nr. 78: Patenschaften in der Dritten Welt	Juni 79	2,50
	Nr. 82: Informationen als Deformation	Dez. 79	2,50
	Nr. 84: Wem nützt der Tourismus?	März 80	4,-
	Nr. 88: Angepaßte Technologie	Sept. 80	4,-
	Nr. 95: Rüstung	Aug. 81	4,-
	zusammen, incl. Porto und Versand		12,-
blätter „Landwirtschaft/ Gesundheit“	SD 66: Landwirtschaft: Hunger aufgrund kapitalistischer Unterwerfung	Dez. 77	2,-
	SD 67: Landwirtschaft: Strategien zur Überwindung des Hungers	Febr. 78	2,-
	Nr. 93: Pflanzengifte in der 3. Welt	Mai 81	4,-
	Nr. 94: Ernährung — Energie — Gesundheit	Juni 81	4,-
	SD 97: Gesundheit und Arzneimittel in der 3. Welt	Nov. 81	4,-
	zusammen, incl. Porto und Versand		9,-
blätter „Ausländer/ Afghanistan“	Nr. 79: Ausländer in der BRD	Aug. 79	2,50
	Nr. 83: Afghanistan	Febr. 80	4,-
	Nr, 89 Für den Erhalt des Asylrechts	Okt. 80	4,-
	zusammen, incl. Porto und Versand		5,-

Achtung: Versand erfolgt nur gegen Voreinsendung des genannten Betrags in Briefmarken! Kein Versand gegen Rechnung!

Viktor Lüpertz

Bergrstr 6

7801 Oberried

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Ronnie Reagan's HOT WARS TO GO

WE DELIVER WHETHER YOU ORDER OR NOT

APPETIZERS

COST TO TAXPAYERS

Crushed Grenada .... $59.5 Million since the invasion
A Caribbean delicacy made in the U.S.A. A great way to test your stomach and whet your appetite for bigger things.

Honduran "Big Pine" I, II and III .... $39 Million
While you're not looking, thousands of troops, scores of ships and tons of war materiel will be set in place for the main course to come.

Media Mind Mixers .... FREE courtesy of the corporate media
A sampler of mental junk food, scare words, slanted stories, and choice U.S. Government-Approved propaganda. If you can swallow this, you'll swallow anything.

MAIN DISHES

El Salvador Stew .... $1.7 Billion total aid since 1980
Warmed-over version of an old Southeast Asian recipe. A full-scale counterinsurgency war with U.S. advisers, weapons and war supplies. Comes with a complete air war including C-47 gunships, A-37 fighter planes, Huey helicopters, napalm and white phosphorous bombs. Served with death squads and human rights atrocities.

Steamed Nicaragua .... $80 Million known costs of covert funding
An old favorite from the CIA Cookbook. Just put a popular revolution in a pressure cooker and turn up the heat. Includes a proxy army organized from the ex-dictator's goons, mined harbor, internal subversion, plus lots of Red scare seasoning and colossal lies.

SIDE ORDERS

Guatemalan Squash .... $87.5 Million proposed aid 1986
A little-known favorite from the countryside, prepared with ingredients imported from the North. Warning: Deadly to native Indian populations.

Sizzling Costa Rica .... $9.2 Million total 1985 military aid
A rare treat. We take the only nation in Central America without an army and add guns, armored vehicles and supplies imported from the U.S. for a strong taste of militarism.

Half-Baked Opposition .... Seasonally available a few days a year
An offering from the Democratic side of the menu. Lukewarm mush on a bed of soggy milquetoast. Hardly fills you up at all.

NO SUBSTITUTIONS FOR SOCIAL PROGRAMS OR HUMAN NEEDS.

Original-Flugblatt aus Alaska

Fed up with the selection?